

Die Internationale. Zeitschrift für Praxis und Theorie des Marxismus. Band 6 – Ergänzungsband – 1

Die Internationale. Zeitschrift für Praxis und Theorie des Marxismus

Verlag Neue Kritik Frankfurt/Main 1971

Die Internationale. Zeitschrift für Praxis und Theorie des Marxismus

Begründet von Rosa Luxemburg und Franz Mehring

Herausgegeben von der Zentrale der Komm. Partei Deutschlands

(Sektion der 3. Internationale)

Jahrgang 8

[Band 6 – Ergänzungsband]

Vereinigung Internation. Verlags-Anstalten G. m. b. H.

Berlin SW 61

Die KPD
die einzige Arbeiterpartei in Dawes-Deutschland

Einstimmig angenommen auf der Tagung des
Zentral-Ausschusses am 10./11. Januar 1925
1925

Vereinigung Internationaler Verlags-Anstalten
Berlin SW 61 G. m. b. H. Planufer 17

Inhaltsverzeichnis

Seite

| | |
|--|----|
| Einleitung zu den Thesen des Zentralausschusses | |
| 1. Wozu braucht man überhaupt Thesen | 5 |
| 2 Die Schwierigkeit der Lage | 8 |
| 3. Dawes-Deutschland | 8 |
| 4. Heran an die Mitgliedschaft | 9 |
| I. Zur internationalen Lage | |
| 1. Dawesplan und Deutschland | 10 |
| 2 Dawesplan und das internationale Finanzkapital | 10 |
| 3. Ende der pazifistischen „Aera“ | 11 |
| 4. Der amerikanische Imperialismus | 12 |
| 8. Vorbereitung der Intervention gegen Sowjetrußland | 12 |
| 6. Zuspitzung der internationalen Konflikte | 12 |
| 7. Allgemeine Unsicherheit im Lager der Bourgeoisie | 13 |
| 8. Auswirkung auf das Proletariat | 14 |
| 9. Das englisch-russische Einheitskomitee | 15 |
| II. Lage in Deutschland, Ausgaben der KPD | |
| A. Zur Lage | |
| 1. Auswirkungen des Dawes-Planes | 15 |
| 2. Die Gruppierungen der deutschen Bourgeoisie | 16 |
| 3. Zwei Hauptgruppierungen | 16 |
| 4. Die letzten Reichstagswahlen, Klassen und Parteien | 17 |
| Die Sozialdemokratie – Die Deutschnationalen – Zentrum – Die einzige Arbeiterpartei, die KPD – Deutsche Volkspartei – Verfall der Völkischen | |
| 5. Kräfteverhältnisse der Klassen | 20 |
| 6. Die Kolonisierung Deutschlands, der Bankrott der deutschen Bourgeoisie | 20 |
| 7. Aufgabe des Proletariats | 21 |
| B. Aufgaben der KPD | |
| 1. Klarheit über die Ausgaben | 22 |
| 2 Zwei Möglichkeiten | 22 |
| 3. Rolle der Partei zwischen zwei Wellen der Revolution | 22 |
| 4. Kampf um die Mehrheit der Arbeiterschaft | 23 |
| 5. Einheitlichkeit und Disziplin | 23 |
| 6. Unversöhnlichkeit | 24 |
| 7. Der Kommunist, das Vorbild der Arbeiter | 24 |
| 8. Der Kommunist als Führer und Lehrer der Massen | 25 |

| | |
|---|----|
| 9. Grundlage der Parteiarbeit, Ausbau der Betriebszellen | 25 |
| 10. Die Hauptaufgabe: Gewerkschaftsarbeit | 25 |
| 11. Wirtschaftskämpfe, revolutionäre Agitation und Propaganda | 26 |
| 12. Amnestiekampagne | 26 |
| 13. Landarbeit | 27 |
| 14. Unsere Parlamentstaktik | 27 |
| 15. Produktionskontrolle | 27 |
| 16. Produktionskontrolle ist Machtübernahme | 27 |
| Aktionsprogramm der KPD | |
| 1. Einigung zum Klassenkampf | 28 |
| 2. Gewerkschaftsfraktionen und Betriebszellen | 28 |
| 3. Einheit der Gewerkschaften | 28 |
| 4. Betriebsrätewahlen | 28 |
| 5. Machtfrage | 29 |
| 6. Außenpolitische Aufgaben | 29 |
| 7. Bolschewisierung | 30 |
| Gegen den Trotzkismus | 30 |
| [5] | |

Einleitung zu den Thesen des Zentralausschusses.

1. Wozu braucht man überhaupt Thesen?

Es gibt manches Mitglied in unserer Partei, welches nicht recht begreifen kann, wozu die hohen und höchsten Körperschaften immer wieder Resolutionen annehmen, und noch dazu so „ellenlange“. Würde man eine Statistik machen, wie viele unserer Genossen die Beschlüsse der Weltkongresse, der Parteitage oder gar der Zentralausschüsse lesen oder durchstudieren, dann käme ein jämmerlich mageres Resultat dabei heraus. Aber dieselben Genossen, die über den „Thesenquatsch“ in einer Mitglieder- oder Funktionärversammlung prächtig rasonieren können, dieselben Genossen sind im Betrieb und in der Gewerkschaft oft sehr unsicher in den politischen oder wirtschaftlichen Fragen, mit denen der Klassenkampf an sie herankommt. Um die einfachsten Fragen des täglichen Lebens vor den Massen beantworten zu können, um nicht zu schwanken, wenn unsere Gegner Georgien oder die Kindertrumpeten aus der Versenkung hervorholen, dazu ist es notwendig, daß man sich geordnet, systematisch und gründlich über die gemeinsame Beurteilung der jeweiligen wirtschaftlichen und politischen Situation verständigt: und das man sich bis in die Einzelheiten klar wird, welche Aufgaben gerade jetzt vor der Partei stehen.

Die KPD hatte innerhalb verhältnismäßig kurzer Zeit zwei Reichstagswahlkämpfe zu bestehen. Niemand weiß besser als die Kommunisten, daß die Reichstagswahlkämpfe nur Scheingefechte sind, die die wirkliche Klassenlage unverändert lassen. Aber in der Wahlagitation sammeln wir tausend Erfahrungen über die Stimmungen in der Arbeiterschaft, über die Schwächen und Unklarheiten in unseren eigenen Reihen und das Wahlergebnis ist im gewissen Sinne ein Maßstab für das Resultat unserer Arbeit. Bei den Maiwahlen wurden wir getragen, von einer allgemeinen Welle der Empörung gegen die Sozialdemokraten, einer allgemeinen Welle von Sympathie für die KPD, die während des ganzen Winters von Seeckt verboten war. In den Massen zitterte die Wut über den Winter der Kälte und des Hungers noch nach, die anderthalb Millionen Erwerbslose aus den Januar Tagen 1924 waren erst wenige Wochen in der Arbeit und trauten dem Stabilisierungsschwindel noch nicht recht. Jedes Mitglied unserer Partei weiß, daß unsere Organisationsarbeit bei den Maiwahlen herzlich schlecht war. Hatten wir doch ein halbes Jahr mit heftigen Parteidebatten verbracht, waren wir doch verboten und unterdrückt und begannen wir doch erst die Partei nach den Schlägen des Herbstes und des Winters 1923-24 wieder aufzubauen. Die Dezemberwahlen boten ein ganz anderes Bild. Keine gleichmäßige Zunahme wie im Mai, sondern ungleichmäßiger Rückgang von drei Prozent bis zu siebenzig Prozent Verlust, wie in Braunschweig und in Teilen von Magdeburg-Anhalt, oder sogar Zunahme, wie in Düsseldorf, [6] Gera usw. Schon diese krasse Differenz zwischen den einzelnen Resultaten zeigt, daß die Arbeit der Partei in der jetzigen Situation ein wesentlicher Faktor in der Frage unseres Verhältnisses zu den Massen ist. Hätten wir überall richtig, kommunistisch, bolschewistisch gearbeitet, so hätten wir weder eine Million Stimmen verlieren, noch die Sozialdemokraten ihren Schwindel, ihren ungeheuren schändlichen Schwindel durchführen lassen können, nämlich daß wir, die Verfolgten und Gehetzten, die gehaßtesten Klassenkämpfer in Deutschland die „Verbündeten“ der Reaktion seien, während die braven Ebert, Noske und Leinert wahre Menschen- und Friedensfreunde und prächtige Kämpfer gegen die Reaktion sind! Und deshalb haben die Beratungen, die nach Abschluß der Wahlkampagne in Berlin in der höchsten Körperschaft der Partei, dem Zentralausschuß, stattfanden und deren Resultat wir heute unserer Mitgliedschaft in der Form dieser Broschüre unterbreiten, eine außerordentliche Bedeutung. Jedes Mitglied weiß, daß wir eine Massenpartei in Deutschland sein müssen, um die Revolution vorzubereiten und zu organisieren. Jedes Mitglied weiß, daß das Sektierertum nichts mit dem Bolschewismus gemein hat, das Sichtrennen von den Massen nicht zur Stärkung der revolutionären Kräfte, sondern zur Zersplitterung, zur Zersetzung, zur Ablösung von den Massen führt, wie es uns das Beispiel der KAPD beweist. Jedes Mitglied weiß, daß die Frage des künftigen Sieges über die Bourgeoisie die Frage ist, ob es uns gelingt, eine bolschewistische Massenpartei zu schaffen; eine Partei, die nicht versumpft und die Massen in ihre Bahnen zu lenken versteht, eine Partei, die gerade im Feuer des Kampfes zwischen zwei Wellen der Revolution sich erprobt und eisern zusammenschließt. Gesagt haben wir das alles hundertmal und abgestimmt tausendmal. Einstimmig. Die paar legten Ueberreste von Brandlerismus, die sich hier und da in der Partei noch zeigen,

sind praktisch bedeutungslos. Aber die Wahlen haben uns ganz kraß klar gemacht, daß wir über Abstimmungen und Beschlüsse nicht hinausgekommen sind. Das ganze Schwergewicht der Debatten des Zentralkomitees und der Thesen liegt in der Frage: wie kommen wir von der Theorie zur Praxis? Wie machen wir aus unserer Losung: die KPD die einzige Arbeiterpartei! – aus einem Beschluß ernste, lebendige Arbeit in den Betrieben und in den Gewerkschaften.

2. Die Schwierigkeit der Lage.

Die Hauptsache ist also: man muß sich ganz klar werden, in welcher Situation das deutsche Proletariat gegenwärtig steht und welche Aufgaben die Partei dabei zu erfüllen hat, Was war die Lehre des „deutschen Oktober“, die noch immer nicht ganz von allen Genossen verstanden wurde, auch wenn sie zustimmen? Während der Wahlkampagne begann Trotzki in Rußland eine neue Debatte mit dem Zentralkomitee der RKP. Diese Debatte zwischen Trotzki und dem Zentralkomitee der RKP behandelt durchaus nicht nur „russische Fragen“. Trotzki behandelt Fragen der Kominternpolitik, vor allem die Frage des „deutschen Oktober“. Und in seiner Darstellung des „deutschen Oktober“ finden wir eine ganze Reihe von Zügen wieder, die unsere Genossen, die Trotzki nicht gelesen haben, viel primitiver ausdrücken, die uns aber bei der Durchführung unserer Beschlüsse wesentlich hemmen. Wie stellt Trotzki den „deutschen Oktober“ dar? Im Oktober war in Deutschland eine „klassische revolutionäre Situation“. Alle Umstände für einen siegreichen Aufstand waren gegeben. Was versagte, war die Führung. Im Gegensatz zum russischen Oktober, wo die „Führung“ nicht versagte. „Studiert den russischen Oktober!“ – das ist die Losung, die Trotzki der Komintern gibt. Begreift die Rolle der Führung, aber nicht der [7] Führung durch die Partei, sondern durch einzelne Personen. Und aus dieser verpaßten klassischen revolutionären Situation zieht Trotzki dann Folgerungen von einer langen Periode des „Pazifismus“. Der siegreiche Imperialismus Amerikas knechtete alle Völker des Westens und des Ostens. Alle Gegensätze aller kapitalistischen Staaten, insbesondere des kolonisierten Europas, treten zurück vor dem einen Gegensatz, der sie entscheidet, dem Gegensatz zu Amerika.

Gewiß, wir haben die Oktober-Krankheit schon zu 75 Prozent aus der Partei herausgetrieben. Aber diese Stimmung von der verpaßten klassischen, revolutionären Situation, diese Stimmung, daß die „Führung“ versagt habe, und daß alles gar keinen Zweck hat, diese Stimmung ist doch noch immer da und sie hemmt uns, sie hindert uns. Die Schwierigkeit unserer Lage besteht eben darin: zu verstehen, daß wir zwischen zwei Wellen der Revolution sind, zu verstehen, daß wir in dieser Uebergangsperiode stets darauf bereit sein müssen, eine plötzliche Aenderung in der Gesamtlage zu verstehen und uns taktisch darauf einzustellen und nicht wieder alles so zu verpassen, wie wir es nach dem Einmarsch der Franzosen ins Ruhrgebiet im Januar 1923 getan haben. Gleichzeitig aber müssen wir endlich kapieren, daß, wenn wir die einzige Arbeiterpartei sein wollen, diese Losung nicht eine bloße leere Formel sein darf, sondern im Betrieb, in der Gewerkschaft praktisch durchgesetzt werden muß. Die Teilforderungen der Arbeiterklasse müssen jetzt im Mittelpunkt unserer Arbeit stehen. Durch die Konzentration auf die Teilforderungen müssen wir in Teilkämpfe hineinkommen, an deren Spitze die Kommunisten stehen, und wir müssen diese Teilkämpfe lenken in die Richtung auf die Revolution. Nur wenn wir verstehen, jetzt mit der ganzen Kraft, der ganzen Leidenschaft und der ganzen Energie, deren die Partei fähig ist, uns auf die Teilkämpfe des Proletariats zu konzentrieren und diese Teilkämpfe in unmittelbare und lebendige Verbindung mit der Machtfrage zu bringen, nur dann werden wir einen künftigen „deutschen Oktober“ nicht verpassen.

Aber wir können diese Aufgabe nur lösen, wenn wir zwei Dinge wirklich lernen: Erstens, das deutsche Proletariat ist elend zurückgeschlagen worden, weil es keine revolutionäre, bolschewistische, genügend feste Partei besaß, die es in entscheidenden geschichtlichen Momenten führen konnte. Der Sieg hängt nicht von der Führung einzelner Personen ab, sondern von der revolutionären Partei, die imstande ist, das Proletariat zu leiten. Der russische Oktober war nicht siegreich durch einzelne Führer, sondern dadurch, daß Lenin in fünfundzwanzigjähriger Arbeit die bolschewistische Partei Rußlands geschaffen hatte. Kein Proletariat der Welt hat heldenhaftere, lautere Führer besessen als das deutsche Proletariat. Die Märtyrer der deutschen Revolution, Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht, sind gerade Blutzengen dafür, daß die Arbeiterklasse ohne eine bolschewistische Partei nicht siegen kann.

Die zweite Lehre, das Wesen einer bolschewistischen Partei, die Bolschewisierung der europäischen Parteien, besteht nicht allein in der Einsicht in die Rolle der Partei, sondern in der Fähigkeit, sich jene bestimmten organisatorischen und taktischen Methoden anzueignen, mit denen es gelingt, das Proletariat in der Richtung auf die Revolution in Bewegung zu setzen. Unversöhnlicher, schonungsloser Kampf gegen den Menschewismus. Unversöhnliches Festhalten daran, daß die SPD, gleichgültig, wie viele Stimmen sie bei irgendwelchen Wahlen bekommt, eine bürgerliche Partei ist. Unversöhnlicher Kampf gegen das Versöhnertum und die menschewistischen Neigungen, die auch in unseren Reihen in dieser Uebergangsperiode unvermeid-[8]lich auftauchen müssen. Aber dieser unversöhnliche Kampf gegen den Menschewismus darf nicht dazu führen, daß wir nicht begreifen, daß im gegenwärtigen Moment die Partei zurückgehen wird, wenn wir es nicht verstehen, die SPD auf dem Felde des täglichen Klassenkampfes zu schlagen. Das ist die Hauptsache, die man verstehen muß.

3. Dawes-Deutschland

Wie ist nun die konkrete politische und wirtschaftliche Situation nach Zusammentritt des neuen Reichstags? Wie ist die Lage zwischen den Klassen und welche unmittelbaren Aufgaben haben wir uns zu stellen? Wir haben eine Regierungskrise seit sechs Monaten, seit dem Abschluß des Dawes-Abkommens auf der Londoner Konferenz. Auch mit der Zangengeburt der gegenwärtigen Lutherregierung ist diese Krise nicht beendet. Wir werden jetzt eine Reihe dauernder Regierungskrisen haben, Und wofür ist das ein Symptom? Diese Dauerkrise ist ein Symptom für die unsichere Lage der deutschen Bourgeoisie. Wenn der „politische und wirtschaftliche Ausstieg“ Deutschlands unter dem Dawes-Abkommen so gesichert wäre, wie uns das die Sozialdemokraten einreden wollen, dann hätten wir längst eine feste Regierung. Aber die Beruhigungswahlen haben die Beunruhigung verstärkt. Die dauernden Regierungskrisen sind ein Beweis für den Zustand der Unsicherheit und der Schwäche der deutschen Bourgeoisie, die schwankt zwischen einer unverhüllten Ausbeuterpolitik, die ihr allein einen Profitanteil an der Kolonisierung garantiert und der Maskierung dieser Ausbeuterpolitik durch das sozialdemokratische Feigenblatt.

Diese unsichere politische Lage führt zur Erschütterung aller Parteien. Die Deutschenationalen sind auch mit der jetzigen Regierungskombination nicht ganz zufrieden und sie werden die nationalistisch gestimmten Mittelschichten, die sie an sich herangezogen haben, gerade durch ihre Regierungstätigkeit enttäuschen müssen. Denn diese Bürgerblock-Regierungen werden infolge der unsicheren Lage „vorsichtig“ im Sinne der Monarchisten regieren müssen, das heißt nicht alle Forderungen der Monarchisten erfüllen können.

Das Zentrum, das im Rheinland 2 Millionen Arbeiterstimmen an sich gefesselt hat, hat den Wahlkampf gewonnen mit der Parole: Regierung der Mitte. Gerade die rheinischen Arbeiter stehen unter dem schärfsten wirtschaftlichen Druck eines brutalen Unternehmertums. Diese christlichen Arbeiter werden durch die kommenden Ereignisse in Unruhe geraten.

Die „stärkste Partei“, die SPD, ist zunächst völlig ausgeschaltet, kompromittiert der Arbeiterklasse gegenüber durch die Enthüllungen des Ebert-Prozesses, den Bürgerlichen gegenüber durch den Skandal der Barmat-Korruption, geschwächt durch den Angriff auf ihren Beamtenapparat in Preußen und in ihrer Scheinopposition gehemmt durch unsere rücksichtslose Politik.

Alle Regierungskombinationen dieses Dawes-Deutschland werden schwanken und bei jeder Verschiebung der Kräfteverhältnisse in neue Schwierigkeiten hineinkommen. Diese politische Dauerkrise ist nur der Ausdruck der wachsenden wirtschaftlichen Schwierigkeiten der deutschen Bourgeoisie. Deutschland hat eine Außenhandelsbilanz, die passiv ist, ein passives Staatsbudget für 1924, ein vorausgesehenes Defizit für 1925, ein ständiges Fortschreiten der Teuerung, Hinaufschnellen der Preise. Die Erwerbslosenziffern steigen im Weltmaßstabe und im deutschen Maßstabe. Der Anteil der Arbeiter an den Steuern steigt und der Anteil des Lohnes an den Produktionskosten fällt.

[9] Noch kracht die Sanierung nicht offen zusammen, aber sie kracht schon in allen Fugen, große soziale Kämpfe in der nächsten Zeit sind unvermeidlich. Ein doppelter Druck lastet auf der Kolonie Deutschland: der Druck der ausländischen Imperialisten, zwischen denen sich die Gegensätze täglich

verschärfen, und der Druck der einheimischen Unternehmerklasse. Aber diese Lage erfordert von uns eine größere Sachlichkeit, eine größere Gründlichkeit, ein stärkeres Durcharbeiten, ein tieferes Hineingehen in alle Fragen. Unseren Charakter als einzige Arbeiterpartei können wir natürlich nur durch die allgemeine politische Haltung herausarbeiten. Aber in der konkreten Durchführung können wir eine ganze Reihe von Unterstützungsmaßnahmen treffen. Dazu gehört vor allem diese sachliche, gründliche, ernste Mitarbeit jedes einzelnen Genossen, der in der vordersten Reihe der Klassengenossen steht. Diese gründliche sachliche Mitarbeit, dieses Auftreten als Vertreter der kommunistischen Partei im Betrieb und in der Gewerkschaft, diese Durchführung unserer Losungen in der Praxis ist eine der Hauptforderungen, die unsere Thesen stellen. Den Kampf gegen die bürgerlichen Regierungen aus dem Parlament in die Betriebe hineinzutragen, das Geschwätz von den tausend parlamentarischen Kombinationen für die Arbeiter zu entlarven und zu zeigen, daß die Lage der Arbeiterklasse nicht durch das Verteilen von Ministersesseln geändert werden kann. Die Fragen des täglichen Lebens: des Lohnes, der Teuerung, des Achtstundentages, der Steuern, des Kampfes gegen die Knebelung der kommunistischen Partei und der kommunistischen Presse und des Kampfes um die Befreiung der politischen Gefangenen des Proletariats in Verbindung mit der Frage der Einheit der Arbeiterklasse in den Betrieben – zu stellen, das sind die Aufgaben, die die Partei jetzt mit voller Kraft anpassen muß.

Die unsichere Lage des Weltkapitals, die Dauerkrisen, die auch in den großen siegreichen Staaten England und Frankreich vorhanden sind, die wachsenden Schwierigkeiten, die durch das Vordringen des amerikanischen Kapitals gegen Asien, Europa und Rußland sich entwickeln, zeigen sich in der wachsenden kommunistischen Bewegung Frankreichs, zeigen sich aber vor allem auch in der Oppositionsbewegung, die innerhalb der englischen Gewerkschaften zum Ausdruck kommt. Daß gerade im Jahre 1925 Purcell die menschwistische Märchen über Rußland und Georgien durch nüchterne Aussagen englischer Gewerkschaftler mit zerstreuen half, ist kein Zufall. Wir haben im Jahre 1925 diese englische Gewerkschaftsdelegation in Rußland, weil die englischen Arbeiter spüren, wie das Weltkapital vorwärts stößt. In Verbindung mit dem anglo-russischen Komitee müssen wir den Kampf gegen die deutsche Unternehmerklasse, den Kampf für die täglichen Klassenforderungen des Proletariats verknüpfen mit der Aufrollung der Frage der Einheitsfront der Arbeiterklasse gegen das Weltkapital in den Gewerkschaften, der Wiederherstellung der gewerkschaftlichen Einheit im nationalen und internationalen Maßstab als Vorbereitung der Abwehr der neuen drohenden imperialistischen Kriege und als Abwehrmaßnahme gegen die immer schärfere Unterdrückung durch das Weltkapital.

4. Heran an die Mitgliedschaft.

Wir sprechen sehr offen davon, daß wir in die Massen dringen müssen. Aber wir vergessen zu oft, daß wir die Arbeiter, die in unserer Partei sind, nicht genügend mit dem Verständnis unserer eigenen Politik erfüllen. Jedes geschulte Mitglied, jedes Mitglied, das genau weiß, was es will, jedes Mitglied, das auf die Einwände der Menschewisten gut und überzeugend antworten kann, ist ein Werkzeug. mit dem man die Massen [10] zur Revolution erzieht, Um an die Massen heranzukommen, müssen wir an unsere Mitglieder herankommen. Die Losung: Bolschewisierung der KPD – wird manchmal übersetzt mit dem Schrei nach Bildung, Kurse und Bildung sind eine sehr gute und notwendige Sache, wenn sie mit der politischen täglichen Arbeit verbunden werden. Aber vor allem: lernt die Beschlüsse Eurer Partei verstehen, lernt sie wirklich, studiert sie, studiert sie so lange bis Ihr sie nicht nur ganz verstanden habt, sondern sie in der Praxis anwenden könnt.

*

I. Zur internationalen Lage

1. Dawes-Plan und Deutschland.

Mit der Annahme der Dawesgesetze im August 1924 ist ein bestimmter Abschnitt der Geschichte der Nachkriegsjahre erreicht worden. Die gesamte deutsche Bourgeoisie hat damit, mindestens für eine Zeit lang, die Hoffnungen und Illusionen begraben, als könne sie, sei es durch „nationalen Widerstand“, sei es durch die Gnade einer überirdischen „Vernunft“ der internationalen Bourgeoisie, eine selbständige Rolle spielen. Die gesamte deutsche Bourgeoisie hat sich entschlossen, sich mit Eifer

zu unterwerfen und die Rolle der geduldeten, auf Akkord arbeitenden Zwischenmeister des Finanzkapitals zu übernehmen. Diese Rolle besteht in erhöhter Ausbeutung des deutschen Proletariats, in verstärkter Unterdrückung der Arbeiterklasse, in Aufrechterhaltung von „Ruhe und Ordnung“ mit allen Mitteln. Für diese Tätigkeit verspricht das internationale Finanzkapital der deutschen Bourgeoisie Gewinnbeteiligung bei der Auspressung des deutschen Proletariats durch Mehrarbeit, niedrigere Löhne, neue Steuern und Zölle.

Sämtliche bürgerlichen Parteien in Deutschland, von den Deutschnationalen bis zu den Sozialdemokraten, den eifrigsten Verfechtern dieser Kolonisierung, Türkisierung, Oesterreichisierung und Aegyptisierung Deutschlands haben die feierliche Verpflichtung übernommen, den vom internationalen Finanzkapital diktierten Dawesplan getreulich durchzuführen, auch wenn Millionen deutscher „Kulis“ dabei zu Grunde gehen sollten.

2. Dawesplan und das internationale Finanzkapital.

Für das internationale Finanzkapital bedeutete der Dawesplan dreierlei:

erstens den vorläufigen Abschluß der seit den Friedensschlüssen geübten Versuche, den europäischen Markt wieder herzustellen und dadurch den Weltmarkt wieder zu schaffen;

zweitens bedeutete die Annahme des Dawesplans durch die großen europäischen Räuberstaaten England und Frankreich die stillschweigende Anerkennung der Hegemonie^{*)} der Vereinigten Staaten;

drittens aber begann zugleich damit der ernsteste Gegner des nordamerikanischen Imperialismus, England, einen auf lange Sicht gedachten Kampf auf Leben und Tod gegen den England tödlich bedrohenden imperialistischen Konkurrenten, die Vereinigten Staaten. Durch Beteiligung der Vereinigten Staaten am europäischen Raub soll der amerikanische Imperialismus gebunden werden; die Atempause sucht sowohl der englische, wie der französische Imperialismus auszunützen, um den – an und für sich feindlichen – amerikanischen Imperialismus als Bundesgenossen gegen den europäischen Hauptgegner, Frankreich, bzw. England, zu seiner Schwächung, wenn nicht gar Vernichtung, zu gewinnen.

Deutschland spielt dabei die Rolle eines Beute- und Kompensations-objektes.

3. Ende der pazifistischen „Aera“.

Weit entfernt davon, ein mythischer Supraimperialismus^{**)} zu sein, der „Europa auf Ration setzen“ und den Frieden durch seine Uebermacht sichern könnte, hat der amerikanische Imperialismus gerade durch den Dawesplan die Kriegsgefahren gewaltig vergrößert, das Gleichgewicht in der ganzen Welt gestört und die bestehenden großen und kleinen imperialistischen Konflikte verschärft.

Die „Aera“ des Pazifismus ist vorbei. Ihre Leistung war das Vortragen eines Gasangriffs der ideologischen Benebelung. Die Bourgeoisie sieht überall diese Vorbereitung als beendet an und wechselt die Ideologie. Pazifismus ist nicht mehr Mode. Die neue Ideologie ist: starke Regierungen, scharfe Methoden, heilige Allianz gegen die drohende Gefahr des Bolschewismus, Preislieder auf militärische Tüchtigkeit.

Seitdem die englische Bourgeoisie ihren eifrigen Lakaien Macdonald mit schlechtem Zeugnis verabschiedet hat, hat Herr Herriot alle Triller der neuen Melodie vortrefflich erlernt. In Europa gibt es keinen Pazifismus mehr. In Nordamerika wird der Pazifismus durch gewaltige Probemobilisation („Verteidigungstag“^{***)}) ersetzt und durch ein Flottenmanöver von Halbjahrsdauer demonstriert, welches im Stillen Ozean den Ruhm der modernen amerikanischen Flotte, ihrer ohne Rücksicht auf das

*) d. i. führende Rolle

**) mythisch d. h. sagenhaft. Die hier kritisierte Theorie des „Supraimperialismus“ wurde von Genossen Trotzki in seiner Rede vor den Veterinärärzten vom 28. Juli 1924 entwickelt und in den Artikeln des Genossen Stalin „Zur internationalen Lage“ (Inprekorr, Wochenausgabe Nr. 40, vom 4. Dezember 1924) widerlegt. Vergl. das Referat der Genossin Ruth Fischer auf dem Z.-A. vom 16. Oktober 1924.

***) Diese Probemobilisierung fand am 28. September 1924 statt. Es wurde nicht nur die Armee und die Flotte, sondern die gesamte Industrie mobilisiert, noch einem genauen Plane, zur sofortigen Umstellung auf die Kriegsmaterialproduktion.

Washingtoner Abkommen^{*)} erhöhten Reichweite der Kanonen, der raffiniertesten Kombination von Schiff und Flugzeug vermehren und der gelben Rasse Respekt vor der Zivilisation der Wallstreet und des Yankee-Imperialismus beibringen soll.

4, Der amerikanische Imperialismus.

Der amerikanische Imperialismus sieht sich so wenig durch seine Dawespläne gebunden, daß er, im Gegenteil, neue aggressive Pläne propagiert: [12] schon soll Frankreich dawesiert werden, und die interalliierten Kriegsschulden werden als Druckmittel benutzt; schon wird ein Plan der Teilung Chinas fast öffentlich verhandelt, der einen tödlichen Angriff gegen Japan „nebenbei“ bedeutet.

5. Vorbereitung der Intervention gegen Sowjetrußland,

Während die imperialistischen Mächte fieberhaft zum Kampf um neue Kolonialgebiete und Einflußsphären rüsten, sehen sie die Herrschaft in ihren Kolonien immer mehr durch die ansteigende nationale Unabhängigkeitsbewegung bedroht, (China, Indien, Marokko^{**}). Die bloße Existenz der Sowjetunion, die der Welt das Beispiel der wirklichen Durchführung des Grundsatzes der Selbstbestimmung der Völker gegeben hat, und die großen Erfolge der Sowjetregierung in ihrer äußeren und inneren Politik, sowie an der Wirtschaftsfront, geben allen diesen Freiheitsbewegungen einen mächtigen Antrieb. Zugleich sehen die Imperialisten in der wachsenden kommunistischen Weltbewegung die drohende Gefahr, daß die Entfesselung eines imperialistischen Krieges das Signal zur proletarischen Revolution sein könnte. Daher besteht bei den führenden imperialistischen Mächten, vor allem bei den Vereinigten Staaten und England, volle Einigkeit darüber, daß die erste Voraussetzung für die Durchführung ihres imperialistischen Programms die Niederrichtung der Sowjetmacht ist. Die konservative Regierung Englands ist eifrig bemüht, einen europäischen Kriegsbund gegen die Sowjetmacht zustande zu bringen und treibt die weißgardistischen Regierungen des Balkan- und der Randstaaten in dieser Richtung vor. Die Regierung Herriot, die zuerst versucht hatte, sich mit der Sowjetregierung zu verständigen, wird durch Konzessionen der englischen Bourgeoisie und durch den Druck in der Frage der interalliierten Schulden in das antisowjetistische Bündnis gedrängt.

6. Zuspitzung der internationalen Konflikte.

Die imperialistischen Konflikte, die Kämpfe der Kolonialvölker um ihre Unabhängigkeit, die Klassenkämpfe spitzen sich zu und treiben die Bourgeoisie [13] an, ihre Offensive gegen das Proletariat, die mit verschärften Verfolgungen der revolutionären Parteien begonnen hat, durch den Kreuzzug gegen die Vormacht des Weltproletariats, gegen die Sowjetunion, zu krönen.

Die Gesamtbilanz ist also: das politische Gleichgewicht ist in den letzten Monaten viel unsicherer geworden, und, trotz Konferenzen, Völkerbund, Garantiepakt^{*}, Tränenweibern der 2, Internationale, lauern überall bereits wieder Kriegsgefahren.**

^{*)} Die Washingtoner Abrüstungskonferenz 1922 regelte das Verhältnis der Kriegsflotten Englands, Amerikas und Japans 5 : 3 : 3. Die modernsten Kampfmittel (U-Boote und Flugzeuge) sind dabei nicht einbegriffen! Frankreich hatte dagegen protestiert, daß die Land- und die U-Boot-Rüstung in die Abmachungen einbezogen würde.

^{**}) In China hat die Niederlage Wu-pei-fu's, des Agenten der amerikanischen und der englischen Imperialisten, der nationalen Freiheitsbewegung einen mächtigen Anstoß gegeben, obwohl der vorläufige Sieger Tschan-so-lin keineswegs ein prominenter Führer dieser Bewegung ist, sondern stark unter dem Einfluß des japanischen und des französischen Imperialismus steht. Durch alle wechselnden Phasen des Bürgerkriegs ist die Richtung der Entwicklung zur Zusammenfassung der nationalen Kräfte, zur Zurückdrängung des Einflusses der imperialistischen Mächte, die wachsende Autorität der Führer der nationalen Freiheitsbewegung und der Sowjet-Union unverkennbar.

In Indien schwindet der Einfluß Gandhis, der die revolutionäre Bewegung durch sein Programm der Gewaltlosigkeit und der wirtschaftlichen Reaktion (Boycott der Industrie und Rückkehr zur altväterlichen Heimarbeit) hemmte.

Die spanische Niederlage in Marokko verschärft den Gegensatz zwischen Frankreich und England. Ein französischer Anspruch auf die bisherige spanische Zone bedroht die englische Schlüsselstellung am Westeingang des Mittelmeers. Die spanische Niederlage belebt die Bewegung, der sich gegen den Imperialismus auflehnen den mohamedanischen Kolonialvölker. Eine allzustarke Ansammlung englischer Kriegsschiffe im Mittelmeer bedroht aber zugleich die französischen Verbindungen mit Nordafrika, dem Reservoir des französischen Heeres und des französischen Imperialismus.

^{***}) Der „Garantiepak“ war ein Projekt, das der Tagung des Völkerbundes in Genf im September 1924 vorlag und besonders von Frankreich befürwortet wurde, weil es den „Frieden“ sichern sollte, nämlich den Frieden von Versailles. Durch

7. Allgemeine Unsicherheit im Lager der Bourgeoisie.

Daß in dieser allgemeinen Unsicherheit, in dieser unentwirrbaren Verflechtung imperialistischer Intrigen, Konflikte, Vertagungsversuche, Deutschland lediglich die Rolle eines Kompensationsobjektes spielt, zeigt besonders klar die Behandlung der Räumung Kölns. Unter dem Vorwand, Deutschland sei nicht genügend entwaffnet, bleibt die englische Besetzung aufrecht erhalten, weil der englische Imperialismus dem französischen eine Konzession machen muß, für eine Konzession, die dieser dem englischen Imperialismus an ganz anderer Stelle des Erdballs macht^{*)}. Das von den imperialistischen Räubern zu Schwindelzwecken gepriesene Selbstbestimmungsrecht der Völker wird von ihnen mehr denn je mit Füßen getreten. Selbst die großen Räuber besitzen über sich selbst kein Selbstbestimmungsrecht mehr. Sie treiben konsequent in imperialistische Konflikte. Allen Ausbalancierungsversuchen und allen Kompensations- und Konzessionsmanövern zum Trotz verwirren sich die Fäden. Jede der imperialistischen Großmächte möchte gern eine feste Koalition mit anderen zur Beseitigung der Gegner schließen, aber keine kann es. Heute kokettiert Frankreich mit der **Sowjetunion**, morgen verfällt es mit Haut und Haaren Herrn Hughes.^{**)} Heute drückt England mit Amerika **zusammen auf Frankreich und morgen schon stoßen sich ihre Interessen so hart, daß wiederum Amerika den „Freund“ Englands, Frankreich, gegen das perfide Albion benutzt, Italien taumelt hin und her, das ist seine „selbständige“ Politik. Japan sucht eine „Orientierung“ und findet keine zwischen Sachalin [14] und Singapore^{***)}. Die Tschechoslowakei weiß nicht recht, ob sie noch Frankreichs Schoßkind oder ob schon Stiefkind ist. Polen, der Balkan werden geschüttelt von inneren Kämpfen; nationale Minderheiten rennen verzweifelt an gegen brutasten weißen Terror einer feigen und vertierten Bourgeoisie; außenpolitisch sind all diese leinen Räuberstaaten desorientiert. Ueberall Militärmissionen, Intrigen, Kuriere konkurrierender Großmächte, Finanzschiebungen, überall Korruption, stinkender Sumpf einer verfaulenden, alles verpestenden „Ordnung“.**

8. Auswirkung auf das Proletariat.

Nur langsam beginnt das internationale Proletariat sich auf sich selber zu besinnen. Der Versuch der Durchführung des Dawesplanes ist ein schwerer unerträglicher Druck für das gesamte europäische Proletariat. Denn die Verwandlung Deutschlands in eine „Industriekolonie“ bringt den umgekehrten Effekt einer gewöhnlichen Kolonisierung: nicht Korruptionsbrocken für die Arbeiter der imperialistischen Länder aus Extraprofiten, sondern gesenkte Löhne und verlängerte Arbeitszeit als Ausgleich mit den Methoden der Industriekolonie, das einzige Mittel, mit ihr zu konkurrieren, und zugleich das Höchstmögliche aus ihr herauszupressen^{†)}.

diesen Pakt sollten alle Völkerbundsmächte zur militärischen Unterstützung jedes „angegriffenen“ Völkerbundmitgliedes verpflichtet werden. Dieser „Garantiepakt“, von dem die „Tränenweiber der 2. Internationale“ die eidgültige Beseitigung der Kriegsgefahr zu erwarten vorgeben, ist schon erledigt, weil England, gestützt auf den Widerstand der Dominions gegen eine solche Bindung, die Ratifizierung ablehnt.

^{*)} Welcher Art diese Kompensationen sind, ist schwer genau zu sagen, weil sich die Verhandlungen darüber in den Dunkelkammern der Geheimdiplomatie abgespielt haben. Wahrscheinlich handelt es sich um Zugeständnisse in Kleinasien und Nordafrika.

^{***)} Hughes war bis zum Januar 1925 Staatssekretär des Aeußeren und als erbitterter Feind der Anerkennung der Sowjets bekannt. Nach seinem Rücktritt hat Präsident Coolidge ausdrücklich erklärt, daß die Vereinigten Staaten die Politik gegen die Sowjetregierung nicht zu ändern gedenken. Trotzdem ist die Anerkennung der Sowjetregierung durch die Vereinigten Staaten nicht unwahrscheinlich. Sie würde natürlich kein Aufgeben, sondern nur eine Aenderung der Taktik des Kampfes gegen die Sowjetmacht bedeuten.

^{***)} Sachalin wurde nach der Oktober-Revolution von den Japanern Rußland geraubt. Diese Streitfrage hinderte Japan im Kampfe gegen den amerikanischen und britischen Imperialismus Anlehnung bei der Sowjet-Regierung zu suchen. Seit der Tagung des Z.-A. ist es den Sowjetdiplomaten gelungen, mit Japan eine Vereinbarung auf der Grundlage der Räumung Sachalins gegen gewisse Konzessionen zu schließen. Der Ausbau des Kriegshafens in Singapore durch die konservative Regierung ist eine offene Drohung Englands gegen Japan.

^{†)} Die Kolonien in der Zeit des aufstrebenden Kapitalismus waren rückständige Länder, die als Rohstoffquellen und Kapitalsanlagegebiete, sowie zur Ansiedlung überschüssiger Bevölkerung ausgenutzt wurden. In den Kolonien wurde mit billigerer Arbeitskraft produziert, aber nicht solche Produkte, die der Produktion des Mutterlandes Konkurrenz machten. Die Extraprofite aus den Kolonien ermöglichten es der Bourgeoisie den gewerkschaftlich am besten organisierten Schichten des Proletariats (Arbeiteraristokratie) Zugeständnisse zu machen, durch die diese Schichten an der

Das englische Proletariat, das von seiner früheren Stellung eines bevorzugten Proletariats des größten, monopolistischen Räuber- und Wucherstaates immer tiefer herabsinkt, hat deshalb sehr gut begriffen, daß dem internationalen, verstärkten, besonders grausamen Angriff des Kapitals eine organisierte, einheitliche geschlossene Klassenfront des Proletariats international entgegengesetzt werden muß. [15]

9. Das englisch-russische Einheitskomitee.

Die Bildung des englisch-russischen gewerkschaftlichen Einheitskomitees ist eine Tat von geschichtlicher Bedeutung. Der Dawesplan ist eben erst in Kraft getreten. Er konnte sich noch nicht in seiner ganzen Schwere gegen das Proletariat auswirken. Je mehr er in Wirksamkeit tritt, desto stärker bedroht er das internationale Proletariat mit der völligen wirtschaftlichen Verelendung und politischen Versklavung. Die Herstellung der internationalen geschlossenen Arbeiterfront zum Kampf gegen diese Gefahr ist eine Lebensfrage für die Arbeiter aller Länder. Diese Front besteht noch nicht. **Erst ein erster Anfang ist gemacht, und von Ost und West Europas, aus der proletarischen Sowjetrepublik mit ihren sieben Jahren fester Regierung und unerhörter heroischer Leistungen der befreiten Arbeiterklasse und der zu menschlichem Dasein erwachenden Bauernbevölkerung, sowie aus England, dem Lande mit neun Monaten Posse des „konstruktiven“ Zwiebacksozialismus der zweiten Internationale ertönt gleichzeitig mit der besten Propaganda der bolschewistischen Methoden, der Propaganda durch Tatsachen, der alte Ruf:**

Proletarier aller Länder vereinigt euch!

*

II. Lage in Deutschland, Aufgaben der KPD

A) Zur Lage.

1. Auswirkung des Dawesplanes.

1. Die Annahme des Sachverständigengutachtens durch die gesamte deutsche Bourgeoisie zeigte die gleiche Wirkung, wie im internationalen Maßstab die Annahme dieses Plans durch alle bürgerlichen Staaten: die eben noch geschlossen scheinende Front platzte sofort auseinander und auch in den einzelnen Teilen und Flügeln dieser ehemaligen Front zeigen sich tiefe Risse.

Genau so wie alle imperialistischen Staaten sich einig waren und sind, daß das Proletariat der ganzen Welt niedergehalten werden muß und daß das am besten geschehen kann, wenn man zunächst das deutsche Proletariat zu Industriekulis macht, genau so ist und war sich **die deutsche Bourgeoisie einig in dem Willen, Sklavenaufseher über diese Kulis zu sein.** Dazu möchte die deutsche Bourgeoisie eine unbedingt zuverlässige, energische bürgerliche Regierung schaffen, die die Abwälzung der Lasten auf das Proletariat nach dem Dawesplan mit diktatorischer Gewalt durchführt. Das ist der Sinn des Schreies nach dem „**Bürgerblock**“. Genau so, wie im internationalen Maßstab die Häuptlinge der Zweiten, sogenannten Internationale, den Arbeitern einzureden versuchten, daß der Dawesplan das Paradies schafft und daß der (jeweils königlich englische, republikanisch französische oder polnische usw.) Kapitalismus die harmonischste und segensreichste Einrichtung der Welt ist, genau so **beteuern die sogenannten Sozialisten, entgegen allen Tatsachen, daß der Dawesplan die einzige Möglichkeit für den „Wiederausstieg“ der deutschen Arbeiterklasse ist,** und daß nichts für die Arbeiter förderlicher sein könne als die Stabilisierung eines geduldeten After- und „Kolonial“-

imperialistische Politik interessiert wurden. Das ist die leninistische Theorie des Imperialismus, die zugleich den Sozialimperialismus erklärt. Deutschland unter dem Dawesplan ist das erste Beispiel eines neuen Typus der Industriekolonie. Diese Kolonie des internationalen Finanzkapitals wirft auch Extraprofite ab, dient auch als Rohstoffquelle („Sachlieferungen“) und Kapitalanlagegebiet (Dawes-Anleihe), aber es feistet das als ein modernes, hochindustrielles Land, also durch eine Produktion, die mit den kolonisierenden Ländern konkurriert. Die Herabdrückung des Reallohnes der deutschen Arbeiter ermöglicht daher nicht höhere Löhne der Arbeiter in den anderen imperialistischen Staaten, sondern machen dort gleichfalls die Herabdrückung des Reallohnes notwendig. Daher wirkt die Dawesierung Deutschlands nicht nur in Deutschland, sondern international nicht in der Richtung der Klassenversöhnung, sondern in der Richtung der Verschärfung der Klassengegensätze.

Kapitalismus in [16] der scheinselfständigen Republik der kaiserlichen Generäle, kaiserlichen Sozialdemokraten und des § 48 der Weimarer Verfassung.

Aber genau so, wie die imperialistischen Großmächte, noch bevor der Dawesplan zu funktionieren begonnen hat, ihrer unvereinbaren Interessengegensätze wegen ihn selbst zu durchlöchern gezwungen sind durch Extraabgaben (26 Prozent Ausfuhrabgaben), Gebietsbesetzungen (Ruhr, Köln), Zolltarife und Handelsverträge, die gegeneinander gerichtet sind, genau so trennen und scheiden sich die einzelnen Schichten, Fraktionen und Cliques der deutschen Bourgeoisie nach ihren Interessen, noch bevor der Plan zu wirken begonnen hat.

2. Die Gruppierungen der deutschen Bourgeoisie.

Die Gruppierungen der deutschen Bourgeoisie sind zum Teil Abspiegelungen der internationalen Gruppierungen. Politisch wird der Riß in der deutschen Bourgeoisie durch die parlamentarische Dauerkrise versinnbildlicht.

Die Gegenüberstellung: Bürgerblock-Linksblock! ist durchaus schwindelhaft; es handelt sich nicht so sehr um politische Anschauungen, als vielmehr um die Gegenüberstellung von Schwerindustrie und verarbeitender Industrie. Aber wie hier infolge der ausgedehnten Konzernwirtschaft die Grenzen ineinanderfließen (so ist der „verarbeitende“ Siemenskonzern ebenso wie der AEG-Konzern gleichzeitig ein Teil des „schwerindustriellen“ Siemensstruts), so fliehen auch politisch die Grenzen ineinander: Das Zentrum hat bei den letzten Reichstagswahlen Linkspartei gespielt, paßt aber durchaus in einen Rechtsblock, die Volkspartei spielte noch in Preußen republikanische Partei, führte den Wahlkampf aber als monarchistische Partei; die Demokraten sind ganz gerne in kleineren Rechtsblockregierungen Hausfreund, die Sozialdemokraten der übelsten Sorte werden in Sachsen von den Deutschnationalen über den grünen Klee gelobt.

Grundsätzlich ist die SPD durchaus bereit, in eine Koalition auch mit den rechten Flügelparteien der Bourgeoisie einzutreten. Aber der rechte Flügel, Deutschnationale und Deutsche Volkspartei, werden die SPD erst dann wieder an die Regierungsstellen lassen, wenn sie ihnen als Prellblock gegen den Ansturm des Proletariats notwendig erscheint.

3. Zwei Hauptgruppierungen.

Im Wesentlichen handelt es sich um einen nach Beendigung der Inflationsperiode neu ausbrechenden Kampf zwischen dem Bank- und Handelskapital und der an diese Kapitalsgruppe angelehnten verarbeitenden Industrie einerseits und andererseits der eigentlichen Schwerindustrie, welche sich in der Inflationszeit vom Bankkapital viel unabhängiger gemacht hat, als das je zuvor möglich war^{*)}.

Infolgedessen sind die **wirklichen** führenden Parteien dieser beiden [17] Gruppen die zahlenmäßig kleinen Parteien Volkspartei und Demokratische Partei. Die gegenwärtige parlamentarische Krise ist unverständlich, wenn man diese Grundtatsache nicht versteht^{**)}.

^{*)} Das ist der **wesentliche** Gegensatz. Daneben sind andere Gegensätze. Zwischen den verschiedenen Gruppen des Bürgertums zum genauen Verständnis des Kampfes der Parteien zu berücksichtigen. Der Gegensatz zwischen den kleineren, nichtkartellierten Kapitalisten und den großen Konzernen fällt zum größten Teil mit dem Gegensatz von verarbeitenden und Schwerindustrie zusammen. Diese Kleinbourgeoisie findet Unterstützung bei dem rebellierenden Kleinbürgertum, das zum Teil aus dem Lager der „Rechten“ zur SPD abgeschwenkt ist. Die Rebellion von Kleinbürgern und kleinbürgerlich gesinnten katholischen Arbeitern hat das Zentrum bei der von seinem schwerindustriellen Flügel durchgesetzten Rechtsschwenkung behindert.

^{**)} Viele Genossen haben sich durch den äußeren Schein täuschen lassen und den Sozialdemokraten einerseits, den Deutschnationalen andererseits diese führende Rolle zugeschrieben. Dagegen sei darauf hingewiesen, erstens, daß die SPD trotz ihrer parlamentarischen Stärke bei den Verhandlungen über die Regierungsbildung tatsächlich ganz ausgeschaltet war, während die Reichstagsauflösung und die Dauerkrise durch die Demokraten verursacht wurde, die in den Bürgerblock nicht eintreten wollten. Erst diese Weigerung veranlaßte das Zentrum, auch seinerseits zunächst den Bürgerblock abzulehnen. Auf der anderen Seite haben nicht die Deutschnationalen die Deutsche Volkspartei für ihre Politik gewonnen, sondern umgekehrt die Deutsche Volkspartei zwingt die Deutschnationalen für die Dawes-Erfüllungspolitik mit die Verantwortung zu übernehmen, um so die lästige nationalistische Konkurrenz loszuwerden.

4. Die letzten Reichstagswahlen. Klassen und Parteien.

Die letzten Reichstagswahlen haben ein sehr eigenartiges Verhältnis der Klassen in Deutschland beleuchtet, über welches man sich genau Rechenschaft ablegen muß. Die Situation ist eine Uebergangssituation, gekennzeichnet durch große ideologische Verwirrung aller Klassen; die Illusionen sitzen nicht tief und Stimmungsumschlag ist nach jeder Richtung hin möglich.

a) **Sämtliche Klassen in Deutschland sind zersplittert, im Zustand eines Uebergangs, der Umschichtungen nach jeder Richtung jederzeit bringen kann;**

b) die Verwirrung ist so groß, daß bei parlamentarischen Wahlen **gerade die prinzipienlosesten**, die mit ihrer Politik am offensten bankrotten Parteien, **die Sozialdemokraten** auf der einen Seite (deren Reformismus und Republikanismus zum Verlust **sämtlicher** Reformen und fast schon selbst der Republik geführt hat), die **Deutschnationalen** auf der anderen (deren Nationalismus von ihnen in die Tasche gesteckt wurde, die für Ministerposten, ebenso wie die Sozialdemokraten, jeden Eid in jeder Religion ablegen) die meisten Stimmen erhalten haben;

c) **die beiden zahlenmäßig stärksten parlamentarischen Parteien sind innerlich schwach.** Die eine, die SPD, hat ihre vielen Mandate ihrer „Linksblock“-Taktik zu verdanken: sie zog alle kleinbürgerlich-republikanischen Elemente sowohl aus der Arbeiterklasse an, wie aus dem eigentlichen Kleinbürgertum durch ihr Geschrei von der Bedrohung der Republik durch die Monarchisten, durch die „überparteiliche“ sozialfaschistische Reichsbannerorganisation, sowie durch unmäßige Reformversprechungen, von denen sie keine einzige halten kann, noch will. Die Deutschnationalen auf der anderen Seite zogen breite Schichten von Kleinbürgern, insbesondere ländlichen, aber auch aus der Arbeiterklasse an, durch die Zweideutigkeit ihrer Haltung dem Dawesplan gegenüber, die sowohl denen Hoffnung gibt, welche auf seine Ablehnung oder Sabotage spekulieren wie denen, welche von seiner Durchführung unter einer „festen“ Regierung sich etwas versprechen.

Die Sozialdemokratie.

Die Sozialdemokratie wird von entschiedenem, zu jeder Schandtats gegen das Proletariat entschlossenen Schuftentum geführt, die die Zeit für [18] gekommen erachten, durch sozialdemokratische Noskes, Severinge, Landsberge, Hörsinge und Heines „deutschnational“, d. h. nach preußischer Landratsmanier, zu regieren. Der **Ebertprozeß** ist die Ankündigung dieser Bereitschaft gewesen. Sie haben mit der Arbeiterklasse so restlos gebrochen, daß sie die Geheimnisse ihrer Vergangenheit und ihrer Verstatstechnik auf offenem Markt preisgeben, nur um der Bourgeoisie zu zeigen, daß sie deutschnationaler sind als die Deutschnationalen und kaiserlicher als der Kaiser. Diese Gesellschaft würde bei einem monarchistischen Putsch oder Staatsstreich mit fliegenden Fahnen zu ihrem angestammten Herrscher übergehen.

Aber gerade das macht ihre Schwäche aus. Auch der fanatischste SPD-Arbeiter, der heute vielleicht noch schweigt, wird, sowie die Lasten des Dawesplanes auf ihn noch mehr drücken werden, sich an diese Bekenntnisse schöner Seelen erinnern, und gerade solche Arbeiter werden vielleicht die fanatischsten Feinde der Ebert und Scheidemann werden, wenn ihnen die Galle erst einmal überläuft. Die sogenannte Spaltung der SPD in Sachsen ist der Versuch, den Stimmungen der Arbeiter entgegen zu kommen, dabei aber um die wirkliche Spaltung herumzukommen und ein Fraktionsgeschäft zu machen. Wir Kommunisten müssen dafür sorgen, daß diese Dinge nicht mißverstanden und nicht vergessen werden.

Die Deutschnationalen.

Auf der anderen Seite hat die deutschnationale Partei Anhänger aus allen Klassen, was ihr zwar viele Mandate verschafft hat, was sie aber gleichzeitig über kurz oder lang zum Tode verurteilt.

Die Politik dieser Partei wird bestimmt durch die Interessen der Schwerindustrie, welche zeitweilig mit denen der Großagrarien parallel laufen. Würde aber die deutsche Politik nach deutschnationalen Rezepten gemacht werden, so würde sie sich sofort ganz brutal gegen die gesamte Arbeiterklasse richten, ebenso gegen das Kleinbürgertum, insbesondere das ländliche und überdies sehr bald

die Großagrarien zu den Schwerindustriellen in Gegensätze bringen (Zollfragen, Verwaltungsapparat, vor allem aber außenpolitisch, wo die Schwerindustriellen internationale Konzernpolitik, die ostelbischen Großagrarien aber treudeutsche Politik des hinterwaldlerischen „geschlossenen“ Staates treiben würden);

Zentrum.

d) die bisher immer stabile Zentrumspartei gerät jetzt ebenfalls in eine kritische Phase. Sie ist eine durch kapitalistische Demagogie zusammengehaltene Partei der Schwerindustrie, die sich auf ziemlich breite Arbeitermassen, auf Bauern und auf Kleinbürger stützt. Sie besitzt auch einen einflußreichen, feudalen, monarchistischen Agrarier- und Schlotmagnatenflügel. Die wirklichen Herren dieser Partei wollen, wie die gesamte Schwerindustrie, einen reaktionärerem Kurs, vor dem sich die leitenden Marionetten der Partei insbesondere die auf dem sogenannten linken Flügel der Wirkungen auf die Arbeiter und Kleinbürger wegen fürchten.

Die einzige Arbeiterpartei, die KPD

e) Das Proletariat besitzt nur die KPD als unzweideutige, ausgesprochene Klassenpartei, die nur Klasseninteressen des Proletariats, nur die Interessen der proletarischen Revolution wahrnimmt. In der Epoche der [19] proletarischen Revolution und insbesondere unter den Bedingungen des Dawes-Planes ist die Kommunistische Partei nicht nur die Partei, die die dauernden und allgemeinen Interessen des Proletariats allein vertritt, sondern zugleich auch die einzige Partei, die die vorübergehenden und teilweisen Interessen, die Tagesinteressen der Arbeiter wirklich vertritt, weil auch diese Interessen nur im revolutionären Klassenkampf durchgesetzt werden können. Die KPD ist also in jedem Sinne die einzige Arbeiterpartei. Als solche kämpft sie auch für die wirklichen Klasseninteressen der kleinbürgerlichen werktätigen Schichten, vor allem der Kleinbauern, denen nur durch die rücksichtslose Niederwerfung der Bourgeoisie und der Großgrundbesitzer geholfen werden kann. Die verbürgerlichte Sozialdemokratie gibt mit den Klasseninteressen des Proletariats zugleich die Interessen aller Werktätigen preis,

Die 2¾ Millionen proletarischer Wähler, welche bei der Reichstagswahl für die KPD, gestimmt haben, taten das eben ihrer Eindeutigkeit wegen. Unter den vorhandenen Verhältnissen der tiefstgehenden Klassenunsicherheit und Verwirrung wiegen diese Stimmen mehr als das Doppelte oder gar Dreifache.

Der größte Teil der 8 Millionen sozialdemokratischen Stimmen sind lose Stimmen, Stimmungsstimmen, es sind Stimmen, die für eine Partei ohne Programm, ohne Grundsätze, ohne Taktik abgegeben wurden. Die SPD konnte mit ihrem kleinbürgerlichen, konservativen Programm der Erhaltung der Republik deshalb Stimmen gewinnen, weil die teilweise Scheinstabilisierung der deutschen Wirtschaft, die nun schon seit einem Jahre andauert, großen Teilen des Proletariats und des Kleinbürgertums gegenüber dem maßlosen Elend des Inflationsjahres als ein Fortschritt erscheint und als eine Bürgschaft für eine weitere allmähliche Besserung auf dem Wege eines demokratischen Wiederaufbaues. Die Enttäuschung dieser Hoffnungen ist über kurz oder lang, wahrscheinlich aber in ziemlich kurzer Frist, unvermeidlich und dann wird der vorübergehenden Erholung der SPD, der rasche Verfall folgen. Die SPD erweist sich trotz ihrem Gewinn von beinahe 2 Millionen Stimmen als machtlos, sie ist bei der Regierungsbildung vollkommen ausgeschaltet, die Bourgeoisie behandelt sie wie einen toten Hund, weil sie sich nicht auf reale Kräfte außerhalb des Parlaments stützt. Denn das Proletariat will und kann sie nicht mobilisieren, weil sie sich gerade nur auf solche Schichten der Arbeiterschaft stützt, die als Anhängsel des Kleinbürgertums, aus der Klassenfront des Proletariats herausgerissen, zur Ohnmacht verurteilt sind.

Deutsche Volkspartei.

f) Auf der anderen Seite besitzt die Bourgeoisie im Parlament nur die Volkspartei als konsequente, lediglich auf die Klasseninteressen der Bourgeoisie bedachte Partei. Aber da die Klasse in sich widerspruchsvolle Interessen besitzt, ist das Konsequente an dieser Klassenpartei einzig ihre Inkonsequenz. Ihre Schwankungen, Manöver, ihre Unbeständigkeit entspringen nicht den Qualitäten oder Eigenarten ihrer „Führer“, sondern der objektiven Lage der deutschen Bourgeoisie.

Verfall der Völkischen.

g) Dieser Lage entspricht auch der Verfall der Völkischen, die, zu innenpolitischen Zwecken geschaffen, sich doch durch die Ideologie der Kämpen [20] gegen den Erbfeind und „soziale“ Redensarten Anhang im Kleinbürgertum erwarben. Seitdem Frankreich nicht mehr siegreich zu schlagen ist und die Fragen des innenpolitischen Lebens nicht mehr mit dem Maule diskutiert, sondern mit der Antreiberpeitsche von exakt und „stabilisiert“ arbeitenden Sklavenaufsehern gelöst werden sollen, braucht weder die Bourgeoisie ihre „wilden“ Faschisten, noch das Kleinbürgertum die konfusen Maulhelden.

5. Klasseverhältnisse der Klassen.

Aber diese parlamentarischen Abpiegelungen entsprechen nicht den Kräfteverhältnissen der Klassen. In Wirklichkeit liegt die Sache so, daß „die stärkste Partei“, die SPD, nur noch Reste des Staatsapparates in der Hand hat, nachdem sie alles Uebrige mit wahrer Lakaienhaftigkeit in die Hände der erbittertsten Klassenfeinde des Proletariats hinübergespießt hat. **Stark ist sie nur noch als reaktionäre, gegenrevolutionäre Kraft durch ihren Gewerkschaftsapparat.**

Die deutsche Bourgeoisie ist nicht deshalb stark, weil sie viele Vertreter im Parlament hat, sondern deshalb, weil sie Reichswehr und Polizei vollkommen in der Hand hat, dazu den größten Teil des Beamtenapparates, weil sie die volle Verfügungsgewalt über Industrie, Banken, Handel, über Schule, Presse, Justiz, Kirche, Theater, Kino usw. hat.

Im Parlament kann man Komödien aufführen und Koalitionen und Kombinationen stiften, außerhalb des Parlaments hat der Dawesplan, je mehr er in Kraft tritt, nur die eine unmittelbare Wirkung:

er scheidet die Klassen unerbittlich.

Hier gibt es keine Kompromisse und Uebergänge von der Bourgeoisie zum Proletariat: ökonomisch, klassenmäßig steht auf der einen Seite die gesamte Bourgeoisie (so sehr sie sich in sich auch bekämpfen mag), auf der anderen das Proletariat, aber auch der größte Teil des ländlichen Kleinbürgertums und ein großer Teil des städtischen.

6. Die Kolonisierung Deutschlands, der Bankrott der deutschen Bourgeoisie.

Der Dawesplan sieht voraus:

Verlängerung der Arbeitszeit, Lohnherabsetzung, Aufhebung der Streik- und Koalitionsrechte, Massenentlassung von Beamten (insbesondere Eisenbahnern), Steuererhöhungen, Einführung neuer Verbrauchssteuern, Zölle.

Aber die internationalen Schwierigkeiten pflanzen sich im Innern fort. Soll die deutsche Industrie arbeiten, damit Deutschland zahlen kann, so soll sie doch andererseits so arbeiten, daß sie der Industrie der Siegermächte keine Konkurrenz macht. Vor der Konkurrenz auf den eigenen Märkten wird sich die Industrie dieser Länder durch Schutzzölle und Exportabgaben sichern, und das hat bereits begonnen^{*)}. Aber dann ist ein wesentlicher Teil der Märkte für die deutsche Industrie versperrt. Die noch freien Märkte aber sucht sich auch die Industrie der Siegermächte zu erobern (z. B. Rußland, wohin England und Frankreich streben, Südamerika, wo England mit den Vereinigten Staaten ringt, Ostasien, wo England mit Japan und den Vereinigten Staaten kämpft). **Für die deutsche Exportindustrie ist so die Lage [21] hoffnungslos. (So ergaben z. B. die ersten elf Monate des Jahres 1924 eine passive Handelsbilanz von 2,3 Milliarden Goldmark), und wird mit wachsendem Kampf um die Märkte schlimmer werden,** da die imperialistischen Räuber alle Mittel in der Hand haben, den unbequemen Konkurrenten fernzuhalten und zu drosseln. Insbesondere gilt das für die Eisen- und Textilindustrie, in denen England selber eine Krise durchmacht, deren Ende schon deshalb nicht abzusehen ist, weil 1. die Dominions und Kolonien (insbesondere Indien und Kanada) mit England in immer schärfere Konkurrenz treten, 2. aber die Vereinigten Staaten den Export in diesen Waren steigern.

^{*)} In England wurde zu diesem Zwecke ein Industrieschutzgesetz beschlossen, das praktisch den Freihandel aufhebt, in Frankreich wurde noch während der Handelsvertragsverhandlungen der Zolltarif hinaufgesetzt.

Andererseits ist die deutsche Schwerindustrie immer mehr darauf angewiesen, sich von den natürlichen europäischen Erzmonopolisten „fressen“ zu lassen. Die alte imperialistische Idee eines ruhrlothingischen Montantrusts lebt sowohl bei den deutschen rheinischen „Patrioten“ wie bei den französischen Hüttenkönigen. Die Dauerbesetzung der Ruhr ist vorläufig für beide Teile die gegebene Lösung.

Auch hier kollidieren die französischen Interessen mit den englischen. Ein französischer Montantrust ist eine tödliche Drohung für England. Daher muß England, sei es auf Internationalisierung der Ruhr, sei es auf Internationalisierung des Montantrusts dringen.

Die Vereinigten Staaten ihrerseits nützen diese Gegensätze aus, um sich in der deutschen Industrie endgültig einzunisten.

Diese internationalen Konflikte, die bereits mit den Intrigen des Reparationsagenten Gilbert (durch seine Befehle über die Exportabgaben)^{*)} begonnen haben, werden sich unbedingt steigern, da die Imperialisten kein anderes Mittel der Lösung als Gewalt haben.

Und zwischen diesen Intrigen taumeln die deutsche Bourgeoisie sowie ihre einzelnen Fraktionen umher, bereit, sich heute diesem, morgen jenem Teil der Räuber aus Gedeih und Verderb anzuschließen.

7. Aufgabe des Proletariats.

Das deutsche Proletariat ist sich des Ernstes seiner Lage nicht bewußt. Es hat viele kostbare Zeit verzettelt. Es hört noch auf die sozialpatriotischen, sozialfaschistischen Verräter, es läßt von ihnen seine Kräfte noch zersplittern; es hat noch nicht erkannt, daß es sich von ihnen restlos befreien muß, daß es entschlossen eine einheitliche Klassenfront aufrichten muß zum Kampfe gegen den Dawesplan, d. h. gegen seine Versklavung im wörtlichsten Sinn.

[22] Gegen den Vormarsch der Dawesreaktion, die das Proletariat mit der völligen wirtschaftlichen Verelendung und der grenzenlosen politischen Unterdrückung bedroht – nicht einmal die kümmerlichen Reste der Ebertinischen „Demokratie“ sind gesichert –, propagiert und organisiert die KPD die **Einheit des Proletariats als Klasse in den Betrieben und in den Gewerkschaften**. Der von der SPD, betriebene Anschluß des Proletariats an das Bürgertum (Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold) lähmt und zersplittert die Kräfte der Arbeiterklasse und liefert sie wehrlos der Bourgeoisie aus.

Die Hauptaufgabe der KPD besteht in dieser Situation darin, in den unmittelbaren Tageskämpfen das deutsche Proletariat in dieser Klassenfront zu sammeln, als Bundesgenossen das ländliche Proletariat und möglichst breite Schichten des proletarisierten Kleinbürgertums zu gewinnen und die deutschen Kämpfe gegen den internationalen allseitigen und vielgestaltigen Angriff mit dem internationalen Klassenkampf zu verbinden unter der Losung: Proletarier aller Länder vereinigt euch!

B) Aufgaben der KPD

1. Klarheit über die Ausgaben.

Die Kommunistische Partei wird ihre Aufgaben nur dann richtig erfüllen, wenn sie sich vollkommen, bis in die letzte Zelle und bis zum letzten Mitglied hinab, volle Rechenschaft ablegt über

^{*)} Die 26prozentige Reparationsabgabe vom deutschen Export wurde im Mat 2921 als Bestandteil des Londoner Zahlungsplanes festgelegt und von England bis zum Februar 1924 eingehoben, dann wegen Deutschlands Zahlungsunfähigkeit auf 5 Prozent ermäßigt, nach der Londoner Konferenz aber, obwohl im Dawesplan nicht vorgesehen, zuerst von England, dann auch von Frankreich wieder eingeführt. Ende Oktober 1924 hat Gilbert, der amerikanische Reparationsagent der deutschen Regierung erklärt, daß er ihre an die deutschen Exporteure geleisteten Zahlungen für diese Reparationsabgabe nicht für das Reparationskonto gutschreiben würde. Amerika meldete damit sein Kontrollrecht über alle Reparationszahlungen an. Der damit geschaffene Konflikt ist noch nicht ausgetragen. Die Vereinigten Staaten haben auch auf der interalliierten Finanzkonferenz, Anfang Januar 1924, ihren Anspruch auf einen angemessenen Anteil der Dawesprofite, nachdrücklich angemeldet und durchgesetzt, während sie die Frage der Schulden der Alliierten an Amerika nicht einmal zur Diskussion zuließen.

- a) die Situation, in der wir uns befinden,
- b) die dieser Situation entsprechenden taktischen Methoden,
- c) die innerparteilichen Aufgaben, die der Situation und der dieser Situation entsprechenden Taktik entsprechen.

2. Zwei Möglichkeiten.

Die Situation in Deutschland ist gekennzeichnet durch die Möglichkeit von zwei Richtungen der Entwicklung, wie das schon der Frankfurter Parteitag festgestellt hat.

Auf der einen Seite machen es sowohl die innenpolitischen Verhältnisse wie auch insbesondere die wachsende außenpolitische Unsicherheit mit ihren Kriegsgefahren möglich, daß eine schnelle Erschütterung in Deutschland eine akut-revolutionäre Situation schafft.

Andererseits ist eine Verschleppung der deutschen Krise, eine etwas längere Zeit andauernde Oesterreichisierung und Aegyptisierung Deutschlands durchaus möglich, ja vielleicht, abgesehen von unerwarteten Wendungen, wahrscheinlicher als eine rasche Entwicklung. Die Folgen der großen Niederlage des deutschen Proletariats im Jahre 1923 können sehr wohl in einer solchen Verschleppung bestehen.

3. Rolle der Partei zwischen zwei Wellen der Revolution.

Diese zweite Möglichkeit hat durchaus nichts zu tun mit der fatalistischen Betrachtung des Gen. Trotzki über einmalige, unwiederbringlich verpaßte Gelegenheiten.

Die KPD muß sich bewußt sein

- a) daß Deutschland sich zwischen zwei Wellen der Revolution befindet;
- b) daß die Partei gerade in solchen Situationen beweist, ob sie wirklich eine revolutionäre Partei ist; [23]**
- c) daß die Partei auch in dieser Situation alle Ausgaben so lösen muß, daß eine plötzliche objektive Wendung sie auf dem Posten findet, d. h. bereit, eine ebenso schroffe taktische Wendung zu machen, sozusagen von heute auf morgen, vom Kampf um einige Pfennige Lohnerhöhung zum Kampfe um die volle Staatsmacht überzugehen;
- d) daß die Partei jeden ihrer Kämpfe stets mit dem Bewußtsein des Endziels führen muß;
- e) daß die Partei bei ihrer Agitation, die sich um die Gegenstände des alltäglichen Kampfes dreht, es verstehen muß, grundsätzlich revolutionäre Agitation zu treiben, die konkret, populär, die Notwendigkeit der Diktatur des Proletariats predigt und beweist;
- f) daß in einer solchen Periode (und erst recht, je stärker die Reaktion ist), die KPD die einzige Arbeiterpartei ist und daß selbst bei scheinbarer Uebereinstimmung in einem augenblicklichen Teilziel (z. B. Achtsturentag), wenn die SPD auf den Gedanken kommen sollte, sich als „proletarische Oppositionspartei“ aufzuspielen, nur die KPD die Klassenpartei des Proletariats ist, während die Führer der SPD (von Zentrumsleuten zu schweigen) Agenten der Bourgeoisie im Lager des Proletariats sind.

4. Kampf um die Mehrheit der Arbeiterschaft,

Die Partei muß sich ferner bewußt sein, daß in solchen Perioden

- a) eine tiefgehende Verwirrung in allen Klassen und auch in der Arbeiterklasse eintritt, welche raschen Umschlag nach jeder Seite möglich macht;
- b) daß die Bourgeoisie bis in die Zeit der Diktatur des Proletariats ihren Einfluß auf große Teile des Proletariats ausübt und daß die Partei deshalb einen fortgesetzten zähen Kampf um die Mehrheit der Arbeiterschaft führen muß.

e) erst rocht die zäheste, geduldigste, unbeirrteste Propaganda- und Agitationsarbeit notwendig ist, ein Zerkauen von Dingen, die für jeden von uns völlig selbstverständlich erscheinen, die aber von vielen Arbeitern, die ehrlich an allerlei Illusionen hängen, nicht oder noch nicht begriffen werden.

5. Einheitlichkeit und Disziplin.

Die Partei muß sich absolut klar darüber sein, daß in dieser Situation sie von allen Seiten mit allen Mitteln erbarmungslos angegriffen wird. Sie muß deshalb

a) **ihre ideologische Einheitlichkeit absolut sicherstellen; irgendwelche Fraktionsbildungen, Heranbildung von Flügeln, Gruppierungen, die gerade in solcher Situation besonders leicht entstehen, dürfen unter keinen Umständen geduldet werden;**

b) zur Verhinderung von Gruppierungen einerseits, Verflachung und Versumpfung andererseits muß das innerparteiliche Leben gerade in solchen Perioden gesteigert werden; Vertiefung der Kenntnisse der Funktionäre, Schulung jedes Mitgliedes, unbedingte Teilnahme jeder, auch der kleinsten Zelle an allen politischen Fragen der Partei sind das einzige Mittel, die Partei vor Gefahren zu behüten;

c) **die straffste Disziplin ist gerade in solchen Perioden ein unerläßliches Erfordernis;**

d) die Partei muß in jedem Mitglied das lebendige Bewußtsein wecken, [24] wir, die Verfolgten, Gehetzten, Verleumdeten von heute wissen fest, daß wir die Sieger von morgen sind, und wir gehen, fest und geschlossen, unseren revolutionären Weg als die eiserne Avantgarde des Proletariats, die nicht aus Schwärmerei, Putschismus, Phantasie an den Sieg glaubt, sondern aus Marx' wissenschaftlicher Lehre das Wissen um den Sieg schöpft und aus Marx' und Lenins Anweisungen den Weg zum Sieg kennt und geht, unbekümmert um das Geheul der Meute.

6. Unversöhnlichkeit

Die Partei muß unbarmherzig alle „Versöhnler“ aus ihrer Mitte ausmerzen, welche regelmäßig in solchen Perioden aufstehen, meist aus den Kreisen der Intellektuellen, und zu heulmeiern anfangen: „Seht, welch ein Jammer! Immer wieder kämpfen Arbeiter gegen Arbeiter, und die Bourgeoisie lacht dazu! Muß man denn die Sozialdemokratie so bekämpfen? Kann man mit ihr nicht in gewissen Fragen zusammengehen? Sie ist doch schließlich eine Arbeiterpartei.“

Jeder Kommunist aber muß wissen

a) daß es zwar „ein Jammer“ ist, wenn Arbeiter gegen Arbeiter kämpfen, daß aber dieser Jammer nicht aus der Welt geschafft wird, wenn man Gegensätze vertuscht und verkleistert, sondern dadurch, daß man sie **bis zu Ende auskämpft;**

b) daß unsere Gegensätze zur SPD, nicht in „einzelnen Methoden“ bestehen, sondern in allen Fragen, die den Marxismus-Leninismus von bürgerlichen Lehren, das revolutionäre Proletariat von Kleinbürgern unterscheiden;

c) daß **nichts Gemeinsames** sein kann zwischen der revolutionären Partei des Proletariats und einer Partei, die aus dem Marxismus das Wichtigste fortgeworfen hat, nämlich die Lehre von der **Unversöhnlichkeit der Klassengegensätze** zwischen Bourgeoisie und Proletariat, von der dem Kapitalismus **innewohnenden** Vertiefung dieser Gegensätze, von der Steigerung und Erweiterung der Verelendung bei wachsender Konzentration des Kapitals, von der **Notwendigkeit der Diktatur des Proletariats** und der Unmöglichkeit, auf andere Weise als durch die Zerschlagung der bürgerlichen Staatsmaschinerie zum Sozialismus, d. h. zur Umwälzung der Produktionsverhältnisse im Interesse der arbeitenden Klasse zu kommen.

d) **daß wir zwar um die Köpfe und Herzen der der Sozialdemokratie noch folgenden Arbeiter ringen (wobei von uns sicher viele Fehler gemacht werden), daß wir aber uns selbst ausgeben und liquidieren, wenn wir die SPD „auch“ als eine Arbeiterpartei ansehen.** Die Führer der SPD sind Agenten der Bourgeoisie im Lager des Proletariats. Das allen Arbeitern konkret populär, an Tatsachen nachzuweisen (z. B. durch den Ebertprozeß, die schamlose Selbstenthüllung der SPD

und der früheren USP durch Dittmann) ist die Aufgabe, nicht aber süßliche Versöhnerei „gegen die Reaktion“, die wir in unsere Reihen tragen, wenn wir uns mit den Agenten der Bourgeoisie und ihren Minnesängern (den „Versöhnlern“ in unseren Reihen) anders als kämpfend einlassen.

7. Der Kommunist, das Vorbild der Arbeiter.

Jeder Kommunist muß wissen, daß er, wie immer, so erst recht in dieser Periode, im Betriebe, in der Gewerkschaft, in der Genossenschaft nur dann voll seine Pflicht tun kann, wenn er **in jeder Beziehung** den Arbeitern ein [25] Vorbild ist: der aufgeklärteste, gebildetste, geschickteste Arbeiter in der Betriebsversammlung, der energischste, mutigste, klassenbewußteste dem Unternehmer, Direktor, Antreiber gegenüber; der eifrigste, aufopferndste Gewerkschafts- und Genossenschaftsarbeiter, der sachlichste, positivste, kampfbereiteste als Betriebs-, Gewerkschafts-, Genossenschaftsfunktionär, Parlamentarier, kurz, überall, wo er Arbeiter vertritt.

8. Der Kommunist als Führer und Lehrer der Massen.

Jeder Kommunist muß gerade in solchen Perioden sich der Verantwortung für jede Aeüßerung bewußt sein, Sachlichkeit, Positivität, kritische Schärfe, Unerschrockenheit, glühender Haß und kalter Verstand allen reformistischen Bonzen gegenüber, Geduld, große Geduld allen andersdenkenden Arbeitern gegenüber, organisatorische Fähigkeiten, Werben unter den Unorganisierten für die Gewerkschaften zur Verstärkung des kommunistischen Einflusses, Fähigkeit, mit der Feder einfach, präzise, wirklichkeitstreu umzugehen, Abstreifen jedes zünftlerischen, spießbürgerlichen Geistes – das muß die Partei von jedem ihrer Mitglieder gerade in solchen Perioden verlangen.

9. Grundlage der Parteiarbeit: Ausbau der Betriebszellen.

Die Durchführung aller Parteiausgaben erfordert den verstärkten Ausbau der Betriebszellen. Dabei muß von den wichtigsten Groß-Betriebszellen ausgegangen werden. Wo wir in wichtigen Großbetrieben noch keine organisatorischen Stützpunkte haben, ist die Organisierung der Zellen von außen sofort energisch in Angriff zu nehmen. Die Werbung neuer Mitglieder hat vor allem unter diesem Gesichtspunkte zu erfolgen.

10. Die Hauptaufgabe: Gewerkschaftsarbeit.

Die Hauptaufgabe der Partei liegt auf dem Gebiete der **Gewerkschaftsarbeit**.

Gerade wenn wir eine Verschleppung erleben sollten, wird diese Arbeit noch wichtiger, als sie es auf alle Fälle ist. Die gelben Streikabwürger wollen die Kommunisten von den Gewerkschaften fernhalten. Aber wir wissen, daß die Dawesperiode, mag sie lang oder kurz sein, erbitterte Kämpfe um Lohn und Arbeitszeit bringen wird.

Die gegenwärtige, völlig unsichere Lage in Deutschland hat alle Anzeichen einer **Uebergangssituation**: die Bourgeoisie, die ganze Bourgeoisie, will die volle Macht haben, d. h. die reinste Sklavenhaltergewalt, um möglichst viel aus dem Proletariat zu pressen. Wenn das Proletariat nicht vollen und energischen Widerstand leistet, am besten zum Gegenangriff übergeht, wird es dieses Versäumnis teuer bezahlen.

Nur große, von revolutionärem Geiste erfüllte Gewerkschaften sind imstande, diese Kämpfe um **ausreichende Löhne**, strikten, starren (nicht „elastischen“) **Achtstundentag**, Wiederherstellung und Erweiterung der **Rechte der Betriebsräte** erfolgreich zu führen.

Es genügt nicht, in die Gewerkschaften zu gehen, Jeder Kommunist muß:

- a) in der Gewerkschaft energischste, sachlichste **politische** Arbeit neben ebensolcher gewerkschaftlicher leisten;
- b) mindestens fünf unorganisierte Arbeiter in die Gewerkschaft bringen;
- c) eine gute Fraktionsarbeit aller Kommunisten und aller Sympathisierenden organisieren helfen; [26]
- d) für die gewerkschaftliche internationale Einheit (Vereinigungskongreß mit Proportionalvertretung) energisch, täglich, überall (im Betrieb, in der Gewerkschaft, im Laden, auf der Straße) agitieren und organisieren.

11. Wirtschaftskämpfe und revolutionäre Agitation und Propaganda.

Die Kämpfe um den Achtstundentag, um Lohnerhöhungen, um die Amnestie müssen viel energischer organisierter als bisher geführt werden (Betriebsbeschlüsse, Kommissionen, Forderungen an Parteien, Gewerkschaften, Genossenschaften usw.); sie müssen **propagandistisch**, agitatorisch so ausgenützt werden, daß sie als Kämpfe **gegen den Dawesplan** und für die Diktatur des Proletariats **be-griffen** und bewußt als solche geführt werden.

a) Wir müssen geduldig allen Arbeitern auseinandersehen, daß die albernen Lügen der SPD. über unseren „Putschismus“ nur ausgestreut werden, um die Arbeiter auch vom bloßen Gedanken an Machteroberung abzubringen;

b) wir müssen konkret in jedem Falle zeigen, wie die Kapitalisten selbst kleine Reformen nicht hergeben, wenn man sie nicht erkämpft, wie die Reformisten nicht einmal im Parlament für Reformen stimmen, weil sie für ihre Koalitionsbrüder „unannehmbar“ seien, wie wir **Kommunisten keineswegs gegen Reformen** sind, die dem Proletariat nützen, wohl aber ihm offen sagen, daß es erstens **nicht einmal kleine Reformen ohne Kampf** erhält, zweitens **den Effekt** dieser Reformen, wenn sie schon erzwungen werden, nicht lange spürt, weil die Bourgeoisie, solange sie an der Macht ist, ihre Konzessionen tausendfältig ungültig machen kann, wie also drittens der **Reformismus** (das ist: **Ersehen der Revolution durch Reformen**) grober Schwindel ist;

c) wir müssen konkret den Klassencharakter des Staates zeigen und etwa die Demagogie der Forderung von Amnestie für die politischen Gefangenen hier und in Rußland zerpfückten und zeigen, wie dem **Klassensinne nach** die eine Forderung proletarisch und revolutionär, die andere grob gegenrevolutionär ist; dasselbe bei Abrüstung, bei der Frage der Gewalt, des Massenterrors;

d) wir müssen den Arbeitern immer wieder sagen, daß wir die Mehrheit des Proletariats erobern wollen, nicht die statistische, sondern die Mehrheit der entscheidenden Schichten an entscheidender Stelle, **wodurch wir nach Eroberung der politischen Macht bestimmt auch die große statistische Mehrheit erobern werden**. Wir müssen dies, sowie unsere Ablehnung vom Putschismus, Blanquis-mus und Individualterror sehr sorgfältig und geduldig wiederholen und die elenden und plumpen Lügen der Sozialdemokraten und der bürgerlichen Presse immer wieder widerlegen.

e) Dabei werden wir mit größtem Nutzen an die Berichte der englischen Gewerkschaftler über Sow-jetrußland anknüpfen und hartnäckig die einfachen Tatsachen der sowjetrussischen Entwicklung sprechen lassen. Der Vergleich des Macdonald'schen „konstruktiven“ „Aufbaues“ mit dem bolsche-wistischen „Experiment“ spricht deutlicher, als zehn dicke Bücher.

12. Amnestiekampagne.

Der Partei ist es bereits gelungen, breite Arbeitermassen für das Schicksal der 7000 Opfer der weißen Justiz zu interessieren und sie zum Kampf für ihre Befreiung aufzurütteln. Diese einsetzende Bewegung muß in **Verbindung mit allen wirtschaftlichen und politischen Kämpfen** des Proletariats zu einer **wichtigen Massenbewegung** gesteigert werden. Auch [27] für die Erfüllung dieser Aufgabe ist die systematische, organisierte Arbeit in den Betrieben und Gewerkschaften notwendig. Auch die Amnestie ist keine Frage der geschickten Parlamentsaktion, sondern der einheitlichen Massenaktion außerhalb des Parlaments.

13. Landarbeit.

Eine weitere äußerst wichtige Aufgabe ist die **Festigung unserer Verbindungen mit dem flachen Lande**. Wir müssen den Bauern und Landarbeitern **beweisen**, daß wir nicht gewöhnliche Stimmenjäger sind, und sie uns zu **Verbündeten** machen. Genaues Studium ihrer Sorgen und Nöte, **Patenschaf-ten** großer Betriebe über Dörfer, persönliche feste Verbindungen, Versorgung mit Literatur, feste Verbindungen unserer **Abgeordneten** mit dem Lande – das ist, was die Partei zunächst leisten muß.

14. Unsere Parlamentstaktik.

Mit großer Sorgfalt muß den Arbeitern die Taktik unserer Parlamentsfraktionen erläutert werden. Wir müssen dem letzten Arbeiter klar machen, daß wir:

- a) zwar nichts vom Parlament erwarten und seine Heuchelei entlarven;
 - b) aber **selbstverständlich** für **jedes** Gesetz, das dem Proletariat nützen könnte, stimmen;
 - c) auch selber viele solche Gesetze einbringen und jede Gelegenheit ergreifen, um gegen jede Belastung der Arbeiterklasse und der werktätigen Massen zu kämpfen;
- daß aber das Parlament gar nicht daran denkt, auch nur Reformen gutzuheißen, sowie sie dem Kapital die geringsten Lasten auferlegen, sodaß
- d) ohne Aufhebung des Bank- und Handelsgeheimnisses alles Gerede über „gerechte Lastenverteilung“ Schwindel ist,
- zumal der Apparat zur Durchführung von Gesetzen, die etwa angenommen werden sollten, in der Hand der reaktionärsten Beauftragten der Bourgeoisie liegt.

15. Produktionskontrolle.

Ohne Kontrolle

- a) der Banken,
- b) des Handels, insbesondere des Außenhandels,
- c) der Großindustrie,
- d. h. ohne
- d) Aufhebung des Bank und Handelsgeheimnisses,
- e) der Steuer-, „Geheimnisse“ der Selbst-, „Einschätzer“ reinster Schwindel ist, von einer Lastenverteilung zu reden.

Die Korruptionsskandale, die einer auf den anderen folgen, lassen **ahnen**, was alles ans Tageslicht käme, wenn das Proletariat seine Kontrolle ausüben würde,

16. Produktionskontrolle ist Machtübernahme.

Es ist klar, daß diese Kontrolle gleichbedeutend ist mit Machtübernahme, denn freiwillig wird die Bourgeoisie ihre Geheimnisse niemals preisgeben.

So muß der Kampf um die „Lastenverteilung“, der in Wirklichkeit nur **der Kampf gegen den Dawesvertrag** sein kann, wenn er ernsthaft geführt [28] werden soll, zum Kampf um die politische Macht und um das „Sachverständigengutachten der Arbeiter“, das Sozialisierungsprogramm, werden.

Die KPD, setzt sich zur Aufgabe, das gesamte Proletariat und alle Ausgebeuteten Deutschlands zum Kampfe gegen die internationale Bourgeoisie zu organisieren und zu führen unter dem alten Kampfruf: Proletarier aller Länder, vereinigt euch!

*

Aktionsprogramm der KPD.

1. Einigung zum Klassenkampf.

Einigung des Proletariats auf dem Boden des Klassenkampfes, einheitlicher Kampf des internationalen Proletariats und aller Ausgebeuteten unter Führung der Kommunisten gegen den Ansturm der Weltreaktion, das ist die Aufgabe, die die KPD auf dem Kampfplatz, auf den sie gestellt ist, zu lösen hat.

2. Gewerkschaftsfraktionen und Betriebszellen.

Der Verlust von 27 Prozent der im Mai 1924 abgegebenen Stimmen am 7. Dezember ist nicht allein durch die Schwierigkeiten der objektiven Lage und die scharfen Verfolgungen zu erklären, sondern auch durch die **organisatorische Schwäche der Partei in den Betrieben und in den Gewerkschaften. Der Ausbau dieser organisatorischen Positionen ist daher die notwendige Voraussetzung für die Erfüllung aller unserer Ausgaben, die erste und wichtigste Ausgabe unserer Arbeit.**

Der Beschluß des Z. A. vom 19. Oktober bezüglich der gewerkschaftlichen Organisation der Parteimitglieder muß **restlos durchgeführt** werden, desgleichen der Umbau der Partei auf **Betriebszellen**. Diese organisatorische Arbeit hat aber nur dann einen Zweck, wenn die **Betriebszellen und Gewerkschaftsfraktionen** restlos in den Dienst unserer politischen Arbeit gestellt werden,

3. Einheit der Gewerkschaften.

Im Vordergrund der politischen Arbeit in den Betrieben und in den Gewerkschaften steht die Propaganda für die **Einheit der Gewerkschaftsbewegung** im nationalen und internationalen Maßstab als die unerläßliche Voraussetzung für erfolgreiche Kämpfe des Proletariats gegen den Vormarsch der Weltreaktion. Ausgehend von den Tagesforderungen, wie sie z. B. im Gothaer Programm formuliert sind, muß diese Losung der gewerkschaftlichen Einheit in allen wirtschaftlichen Kämpfen propagiert werden.

4. Betriebsrätewahlen.

Die **Betriebsrätewahlen**, die erste Probe auf das Funktionieren unserer Betriebszellen und Gewerkschaftsfraktionen, die wir in der nächsten Zeit zu bestehen haben, muß **in den Dienst der Einheitskampagne gestellt werden, Anschluß des deutschen Proletariats an das anglo-russische Komitee, das ist das [29] nächste Ziel**, Um dieses zu erreichen, müssen die Betriebe politisiert, Frage der Kandidatenausstellung und der Listeneinbringung **vor der gesamten Belegschaft** gestellt werden. **Jeder Kuhhandel** ist ausgeschlossen. Die Betriebszellen müssen sich mit aller Energie darauf konzentrieren, daß die **freie gewerkschaftlichen Listen mit unseren Kandidaten besetzt** werden. Wo das nicht gelingt, muß bei der Einbringung oppositioneller Listen sorgfältig darauf Bedacht genommen werden, daß die gewerkschaftlichen Positionen nicht durch den Ausschluß führender Genossen gefährdet werden. Das taktische Vorgehen zu diesem Zwecke muß in jedem einzelnen Falle im Einvernehmen mit der Bezirksleitung festgelegt werden.

5. Machtfrage.

Die ständige parlamentarische Krise, der offenkundige Uebergang der Regierungsmacht an die Vertreter der Schwerindustrie und der Junker, die unerhörten Korruptionsskandale, an denen alle herrschenden Kreise und alle bürgerlichen Parteien beteiligt sind, die außenpolitische Hilflosigkeit der deutschen bürgerlichen Regierungen, all dies sowie die zu erwartende Zuspitzung der Klassenkämpfe verpflichten die KPD, die Frage der politischen Macht in Verbindung mit den anderen aktuellen Lösungen der Partei vor den breiten Massen aufzurollen. In den Betrieben und in den Gewerkschaften müssen die Arbeiter vor die Frage gestellt werden:

Welche Regierung braucht das Proletariat?

Jeder Arbeiter wird verstehen, daß er nur eine solche Regierung brauchen kann, die seine Existenz sicherstellt, also **die mindestens die Gothaer Forderungen durchführt** (Achtstundentag, ausreichende Löhne, Einreihung der Erwerbslosen in den Produktionsprozeß usw.), und die außerdem einen Verwaltungsapparat besitzt, der nicht in der Gewalt der Monarchisten und der Arbeiterfeinde ist. Eine solche Regierung kann sich (wie auch das Beispiel der „Arbeiterregierungen“ in Sachsen und Thüringen bewies) nicht auf das bürgerliche Parlament, nicht auf den korrupten, reaktionären Verwaltungsapparat stützen, sondern sie muß sich stützen auf **proletarische Massenorgane**, die den bürgerlichen Staatsapparat zerschlagen, die illegale und die legale Reichswehr entwaffnen und das Proletariat so organisieren, daß es die Regierungsbeschlüsse selbst durchführen oder ihre Durchführung kontrollieren kann. Nur eine solche Regierung kann die Produktion den Händen der Bourgeoisie entreißen und sie der Leitung und Kontrolle der arbeitenden Massen unterstellen. Eine solche Regierung ist nichts anderes als die **Diktatur der Arbeiter- und Bauernräte**.

6. Außenpolitische Ausgaben.

Die außenpolitische Zuspitzung durch die Fortdauer der Besetzung der Kölner Zone machen die Lösungen der **Entwaffnung der Bourgeoisie, Beseitigung der Reichswehr, Entmilitarisierung der Schupo, Bewaffnung des Proletariats, Zerreißen der Verträge von Versailles und London**,

Bündnis mit Sowjetrußland, aktuell und den Massen verständlich. Die Masse des deutschen Volkes muß gegen den verbrecherischen Pakt seiner Verwendung als Kanonenfutter der Weltreaktion in einem **Interventionskrieg gegen die Sowjet-Union** aufgerüttelt werden. Auch diese Aufgaben erfordern die Einigung des Proletariats als Klasse und die Einigung der Proletarier aller Länder. Auch die Massenpropaganda in dieser Frage ist daher mit der Propaganda der Einheit der Gewerkschaften zu verbinden.

[30] Die Bolschewisierung der Partei ist die notwendige Voraussetzung für die Durchführung aller dieser Ausgaben. Nur bei der **größten Klarheit und Festigkeit** in den Reihen der Partei, bei der schärfsten politischen Abgrenzung gegen alle **Schattierungen des Menschewismus** kann die Partei auch in den schwierigsten Situationen die **enge Verbindung** mit den Massen behalten, **ohne sich den reformistischen Illusionen anzupassen** und dadurch) zum Anhängsel der Bourgeoisie zu werden. Engste Verbindung mit den Massen in den Betrieben und in den Gewerkschaften, aber nicht **als Anhängsel** dieser Massen, ihren wechselnden Stimmungen nachgebend, sondern als die klare, feste, **unerschütterliche Führerin der ganzen Masse der Ausgebeuteten und Unterdrückten** – das ist des Sinn der Bolschewisierung der Partei.

*

Gegen den Trotzismus.

Resolution des Z.-A. (einstimmig angenommen)

Der Z.-A. stellt fest, daß der rechte Flügel der Komintern, der auf dem 6. Weltkongreß aufs Haupt geschlagen wurde, und in allen entscheidenden Sektionen seinen Einfluß verloren hat, noch immer nicht den Versuch aufgibt, seine opportunistischen Anschauungen gegen die bolschewistische Linie der Internationale durchzusehen. Das zeigt der neue Vorstoß, den Genosse Trotzki durch sein Buch über die Lehren des Oktober unternommen hat.

Dies Buch ist ein unter der Maske einer historischen Darstellung unternommener Versuch zur Diskreditierung der **leninistischen Theorie, der bolschewistischen Partei und ihrer Führer**, die die Führer der Komintern sind.

Genosse Trotzki begreift nicht, daß die Geschichte der russischen und der internationalen Revolution dem Leninismus in allen Punkten recht, dem Trotzismus in **allen** Punkten unrecht gegeben hat. Der Trotzismus ist eine opportunistische Theorie, weil er die Rolle des Proletariats und seiner Partei als Führer der ganzen Masse der Unterdrückten völlig verkennt.

Trotzkis Theorie der „**permanenten Revolution**“ ist nichts anderes als eine Abart der von den Theoretikern der verkrachten 2½. Internationale, den rechten Unabhängigen und den Austromarxisten vertretenen Auffassung, daß das Proletariat in den führenden kapitalistischen Ländern gleichzeitig eine „reine“ sozialistische Arbeiterrevolution durchführen muß. Diese Theorie bedeutet

1. die Leugnung der Möglichkeit, daß das Proletariat in einem rückständigen Land die Macht erobert und behauptet, wenn es nicht alsbald durch die Revolution in anderen Ländern unterstützt wird;
2. die Leugnung der Möglichkeit und Notwendigkeit des dauernden Bündnisses des Proletariats mit der Bauernschaft und den anderen vom Kapitalismus ausgebeuteten und unterdrückten kleinbürgerlichen Schichten, die vom Proletariat zum Sozialismus geführt, nicht aber, wie die Bourgeoisie, unterdrückt werden, also die Verkennung des strategischen Grundgedankens des Leninismus, der die Weltrevolution aus einer abstrakten Theorie zur lebendigen Wirklichkeit macht.

[31] Ohne Verständnis für diesen Grundgedanken des Bolschewismus kann Trotzki auch nicht die Bedeutung des Kampfes verstehen, in dem sich die bolschewistische Partei von allen bürgerlichen Fraktionen innerhalb der Arbeiterschaft abgrenzte und zum Führer der Revolution entwickelte. Trotzki hat sich daher bald mit dieser, bald mit jener Gruppe der Menschewiki versöhnt und in der ganzen Epoche von 1905 bis 1917 gegen die Unversöhnlichkeit der Bolschewiki gekämpft. Er hat noch während des Krieges den Bruch mit dem Zimmerwalder Zentrum verurteilt und sich der

Zimmerwalder Linken, diesem Keim der 3. Internationale, nicht angeschlossen. So trat er in die Revolution von 1917 ein ohne Verbindung mit der revolutionären Partei, die allein die Revolution führen konnte, und er wäre trotz aller seiner Fähigkeiten ohne Einfluß auf den Gang der Revolution geblieben, wenn er nicht den Anschluß an die bolschewistische Partei gefunden hätte.

Trotzkis jetzt schon durch die Tatsachen widerlegte Perspektive auf eine länger dauernde pazifistische Epoche, in der Amerika die europäischen Länder „auf Ration setzt“, entspricht einer Auffassung über die imperialistische Etappe des Kapitalismus, die mit der Theorie Lenins nichts gemein hat und sich Kautskys Phantasie vom „Ultra-Imperialismus“ nähert.

Gerade die Kommunistische Partei Deutschlands, die sich in der Epoche der Vorbereitung der Revolution und in der Herausbildung der bolschewistischen Kaders der Arbeiterklasse befindet, muß die Auffassung des Genossen Trotzki, der die Bedeutung der Partei in der Vorbereitung der Revolution nicht versteht und den Sieg des Proletariats von dem Verhalten einzelner Führer in entscheidenden Augenblicken allein abhängig glaubt, mit aller Entschiedenheit ablehnen. Diese scheinradikale trotzkistische Theorie wäre in Deutschland eine gefährliche Unterstützung passiver Stimmungen revolutionärer Arbeiter, die die Bedeutung der Vorbereitungsarbeit zur Revolution nicht verstehen und glauben, ihre Pflicht zu erfüllen, wenn sie sich zum letzten Gefecht bereithalten.

Der Z.-A. stellt fest, daß Trotzki bei der Beurteilung der deutschen Oktoberereignisse genau den gleichen opportunistischen Fehler macht wie bei seiner Darstellung des russischen Oktober. Trotzki hat noch im vorigen Jahre, nach dem Oktober-Zusammenbruch, den opportunistischen Flügel der KPD unterstützt und sich **mit Radek, Brandler und Thalheimer solidarisiert**. Wenn er nunmehr das Versagen der Brandler-Zentrale darin sieht, daß sie es nicht verstand, von der Politik zum bewaffneten Kampf überzugehen, so beweist das, daß er die Bedeutung der Auseinandersetzungen über die Lehren des deutschen Oktober nicht begreift, er hat nicht verstanden, daß der Oktoberzusammenbruch die konsequente, notwendige Vollendung einer Politik war, die nicht auf den Machtkampf, sondern auf das Bündnis mit der SPD zur Verteidigung der „Demokratie“ gerichtet war.

Der Z.-A. begrüßt die einmütige Stellungnahme der KPD und der anderen Bruderparteien gegen den Versuch, den Trotzkiismus unter der Maske des Leninismus in die Komintern einzuschmuggeln. Die Partei wird es sich zur Aufgabe machen, bei der Schulung ihrer Mitglieder den ganzen Wesensunterschied zwischen der revolutionären Theorie Lenins und der halbmenschwistischen, inkonsequenten Auffassung Trotzkis klar auseinanderzusetzen.

Den internationalen Kampf gegen den Trotzkiismus benutzten die deutschen Trotzkiisten Brandler und Thalheimer dazu, um in der versteckten Form einer Erklärung gegen Trotzki einen Angriff gegen die deutsche Partei und ihre Führung zu richten. Dieser in der Zeit eines schweren Kampfes der [32] Partei unternommene Vorstoß ist ein parteifeindlicher Akt, der beweist, daß diese ehemaligen Führer mit der Partei nichts mehr gemein haben. Die Partei ist verpflichtet, sich mit allen Arbeitern, die die vom Frankfurter Parteitag und vom 5. Weltkongreß beschlossene Taktik noch nicht ganz begriffen haben oder dem sozialdemokratischen Einfluß zum Teil unterliegen, geduldig und ernsthaft auseinanderzusetzen. Mit den rechten Fraktionsmachern wird sich die Partei nicht in eine Diskussion einlassen, sondern die bolschewistische Einheit der Partei gemäß den Beschlüssen des Z.-A. vom Mai 1924 mit aller Kraft festigen.

[1]

Ueber die Bolschewisierung der Parteien der Komintern

Thesen, einstimmig angenommen von der Erweiterten Exekutive der Komintern, März/April 1925

Mit Einleitung, Erläuterungen und einem Anhang herausgegeben von der Zentrale der KPD

[3]

Inhalt

| | |
|---|----|
| Einleitung. | 5 |
| Ueber die Bolschewisierung der Parteien der Komintern | |
| Teil 1: Zur Fragestellung | 11 |
| Teil 2: Marxismus und Leninismus | 15 |
| Teil 3: Die Bolschewisierung und die Eroberung der Mehrheit der Arbeiterklasse | 20 |
| Teil 4: Die Bolschewisierung und die Frage der Verbündeten des Proletariats in der Revolution | 24 |
| Teil 5: Die konkreten Aufgaben der einzelnen Parteien | 27 |
| Teil 6: Die Bolschewisierung und die Organisationsfragen | 31 |
| Teil 7: Die Bolschewisierung und die internationale Führung | 34 |
| Anhang: Bedingungen zur Aufnahme in die Kommunistische Internationale | 37 |
| Leitsätze über die Rolle der Kommunistischen Partei in der proletarischen Revolution | 41 |

[5]

Einleitung

I.

Bolschewisierung – die Losung des 5. Weltkongresses.

Die Zentrale der Kommunistischen Partei Deutschlands übergibt die Thesen der Erweiterten Exekutive-Sitzung (12. März bis 6. April 1925) der Parteimitgliedschaft. Diese Thesen sind die erste ausführliche, konkrete Darstellung der Losung, die der 5. Weltkongreß allen Kommunistischen Parteien gegeben hat. In einem gewissen Sinne ergänzen sie die Taktik-Thesen des 5. Weltkongresses und müssen im Zusammenhang mit diesen Taktik-Thesen studiert werden.*)

Die Losung der Bolschewisierung kam in der KPD und auch in allen anderen Parteien der Komintern in Gefahr, zu oberflächlich und zu schematisch angewendet zu werden. Eine Zeitlang war das Wort Bolschewisierung das Aushilfsmittel für alles, was man in der Partei besser machen wollte. Die Genossen zur Disziplin zu erziehen, die Kleinarbeit gut machen, in schwerer Lage tapfer sein, vor Gericht sich als Revolutionär zu bekennen, Gewerkschaftsarbeit machen, alles das heißt in der Mitgliedschaft Bolschewisierung. Und in bestimmten Sinne ist das auch richtig. Alles das gehört zur Erfüllung der Aufgabe Bolschewisierung. Aber es wäre falsch, eine Aufgabe gleichmäßig wichtig neben die andere zu setzen, sondern was wir eben lernen müssen ist, zu verstehen, worin die Hauptlehre und die Hauptlosung des 5. Weltkongresses von der Bolschewisierung der Parteien liegt.

II.

Der spezielle Sinn der Losung Bolschewisierung für die Parteien der Komintern.

Wenn unsere Parteien bolschewisiert werden müssen, dann sind sie noch nicht bolschewistische Parteien, d. h. wir haben revolutionäre, wir haben kommunistische Parteien, aber die spezielle Eigenschaft der Bolschewiki, die sie befähigten, sowohl den Sieg zu organisieren und ihn zu behalten, als auch in einer langen und schwierigen Periode der Niederlage und des Rückflutens der proletarischen Bewegung ihren revolutionären Aufgaben treu zu bleiben, diese spezielle Eigenschaft der Bolschewiki haben wir uns in noch nicht genügendem Maße angeeignet. Deshalb die Losung der Bolschewisierung. Worin besteht nun diese besondere Eigenschaft der Bolschewisierung, die in den Zeiten der Niederlage, die in den Zeiten des Krieges den Weg gezeigt haben? Zunächst: Es ist ganz klar, die „Bolschewisierung“ wird nicht auf einmal erworben, sondern die Aneignung dieser Eigenschaft wird ein langer und mühevoller Prozeß sein, der nicht allein durch das Studieren von Thesen geschehen kann, wenn er auch zum Teil durch das Studium vom Thesen geschehen muß, sondern der der Nachprüfung an den praktischen Erfahrungen des täglichen Kampfes und der Ausprobierung unserer Auffassungen in den täglichen Kämpfen bedarf. Die Losung der Bolschewisierung entstand vor allem im Kampfe gegen die rechten Gefahren. Zwischen zwei Wellen der Revolution, bei einem verlangsamten Tempo der Welt-[6]revolution müssen die rechten und liquidatorischen Tendenzen wachsen. Unsere Kommunistischen Parteien gegen die rechten Gefahren zu härten und zu stählen, das eine Hauptaufgabe unserer jetzigen Periode.

Gibt es rechte Gefahren in der deutschen Partei? Jeder Genosse wird das bejahen. Und zwar liegen die rechten Gefahren vielfach dort, wo man sie am wenigsten sucht. Sie liegen nicht nur bei den Spitzen der Emigrantenfraktion Brandler u. Co., sondern sie liegen näher und gefährlicher in der Schwäche und Unsicherheit unseres Auftretens im Betrieb und in der Gewerkschaft, in den vielen opportunistischen Fehlern, die wir in den Kommunen, Parlamenten und Gewerkschaften begehen, und sie liegen ebenso in unserem Zurückweichen, unserem Sich-erschrecken-lassen, unserem Weichwerden vor dem Geschwätz und den Tricks der Menschewiken. Aber zur Ueberwindung der opportunistischen Gefahren, zu ihrer Ausrottung in unseren eigenen Reihen und vor allem zur Durchführung einer praktischen, nicht opportunistischen Arbeit unter den breiten Massen genügt nicht nur eine allgemeine „Wut auf die Verräter“, ein allgemeines Mißtrauen, Haß, Empörung und Schimpfen gegen die Opportunisten. Mit einer gefühlsmäßigen Empörung gegen die Rechten und gegen die Opportunisten kann man auskommen in einer Zeit, in der die revolutionären Ereignisse so handgreiflich und

*) Siehe Ergänzungsheft zu Nr. 19/20 der „Int.“ 1924.

klar den besten Teilen der Arbeiterklasse den Weg vorzeichnen, daß für diesen besten und revolutionärsten Teil kein Schwanken und kein Verirren möglich ist.

Aus verschiedenen historischen Gründen, auf die wir noch näher eingehen werden, bestand oder besteht der größte Teil unserer Partei aus solchen Arbeitern, die gegen den Opportunismus nicht viel mehr mitbringen, als einen großen Haß und eine große Erfahrung über vielen Verrat. In einer solchen Lage, wie wir sie heute in Deutschland haben, genügt dieser Haß allein nicht. In einer Periode zwischen zwei Wellen der Revolution ist die Lage auch für den besten Teil der Arbeiterklasse, für die Kommunistische Partei und den Kreis der mit ihr sympathisierenden Arbeiter, nicht mehr so einfach, so klar, so durchsichtig, wie in den Zeiten akuter revolutionärer Kämpfe. Um hier den Verrat als Verrat zu erkennen, um hier den Opportunismus in der Praxis zu bekämpfen – dazu braucht man eine geduldige, unaufhörliche Arbeit, um sich ideologische Grundlage, die Gedanken und die Theorie des Leninismus auch als „einfaches Mitglied“, als Nichtführer, als Soldat im Betrieb und in der Gewerkschaft anzueignen.

Einer der wesentlichsten opportunistischen Züge der deutschen und der europäischen Arbeiterbewegung überhaupt ist ihre „Verachtung der Theorie“ und der theoretischen Streitigkeiten. Während die besten Reihen der russischen Arbeiterklasse jahrzehntelang heiß und leidenschaftlich um die Theorie und Praxis der Grundfragen der proletarischen Revolution gerungen haben, verachtet ein großer Teil auch der besten proletarischen Elemente bei uns „theoretische“ Streitigkeiten und gibt sich mit seinem „Instinkt“ zufrieden! Der Instinkt des Arbeiters ist eine ungeheuer wertvolle Mitgift, aber gerade der klassenbewußte Arbeiter muß das dunkle Fühlen in ein klares Denken umwandeln können. Und das ist das Wertvollste an diesen Thesen über die Bolschewisierung, daß sie unseren Mitgliedern zeigen sollen, daß ein wesentlicher Teil unserer Bolschewisierung auch darin besteht, den Leninismus als die revolutionäre Theorie des Proletariats zu studieren, zu begreifen und praktisch anzuwenden.

Was sind die Hauptfragen, die hier begriffen werden müssen, um den Kampf gegen die Opportunisten innerhalb und außerhalb der Komintern schonungslos führen zu können? Diese Hauptfragen sind*):

[7] „Zu wirklich Kommunistischen Parteien können die Sektionen der Komintern in der gegenwärtigen Epoche nur dann werden – wenn sie sich um das Banner des Leninismus scharen.

„Es versteht sich von selbst, daß der Leninismus in keiner Weise dem Marxismus entgegengestellt werden kann. L e n i n war der hervorragendste Schüler von M a r x. Ohne Marxismus kein Leninismus. Jedoch der Leninismus hat den Marxismus vor allem um die Erfahrung der drei russischen Revolutionen und des weiteren um die Erfahrung einer Reihe anderer revolutionärer Bewegungen, die seit Beginn des 20. Jahrhunderts bis in die Gegenwart hinein in Erscheinung getreten sind, bereichert. Der Leninismus hat die allgemeine Lehre des Marxismus bereichert durch die Bewältigung der Fragen:

1. der Theorie des Imperialismus und der proletarischen Revolution;
2. der Bedingungen und des Modus der Verwirklichung der Diktatur des Proletariats;
3. der Wechselbeziehungen zwischen Proletariat und Bauernschaft;
4. der Bedeutung der nationalen Frage im allgemeinen;
5. der Bedeutung insbesondere der nationalen Bewegungen in den Kolonial- und Halbkolonial-Ländern für die proletarische Weltrevolution;
6. der Rolle der Partei;
7. der Taktik des Proletariats in der Epoche der imperialistischen Kriege;
8. der Rolle des proletarischen Staates in der Ueborgangsperiode;

*) Aus den Thesen „Ueber die Bolschewisierung der Parteien der Komintern“, angenommen auf der Sitzung der Erweiterten Exekutive vom 12. März bis 6. April 1925, Teil 2, Marxismus und Leninismus, VI, Marxismus und Leninismus.

9. der Sowjetmacht als des konkreten Typus des proletarischen Staates in dieser Periode;
10. des Problems der sozialen Schichtung im Proletariat selbst als einer Quelle der Spaltung der Arbeiterbewegung in eine opportunistische und eine revolutionäre Richtung usw.;
11. über die Ueberwindung sowohl der rechten sozialdemokratischen Tendenzen als auch der linken Abweichungen in der kommunistischen Bewegung („Linke Kinderkrankheiten“.)“

Unsere Partei hat eine solche Arbeit des Studiums des Leninismus begonnen. Die Bolschewisierungsthesen werden ihr einen Antrieb geben, sie fortzusetzen und dadurch helfen, die Losung der Bolschewisierung in ihrem ganzen Umfange zu verstehen. Und der ganze Umfang besteht darin, daß gerade in der jetzigen Periode der revolutionären Arbeiterbewegung der Sinn der Losung Bolschewisierung sich nicht erschöpft in einem aktiven Kampfe gegen rechts, sondern daß dieser Kampf gerade dazu geführt wird, um den kommunistischen Parteien zu einer solchen Klarheit und Grundsatzfestigkeit zu verhelfen, daß sie in der Lage sind, zwischen zwei Wellen der Revolution die absolut notwendige, für die Gewinnung und siegreiche Führung des Klassenkampfes unentbehrliche Fähigkeit, zu manövrieren und zu lavieren, zu gewinnen. Die Bolschewisierung der Kommunistischen Partei erfordert hier gerade das Verständnis der breiteten Mitglieder für diesen unserer Aufgabe in der jetzigen Periode. Ebenso wenig wie Bolschewisierung in der Auslegung mancher unserer Opportunisten übersetzt werden, darf mit dem mechanischen und simplen Begriff der „Massentaktik an sich“, ohne daß die konkreten und revolutionären Methoden der Gewinnung der Massen, ebenso wie der Zweck und der Sinn der Gewinnung der Massen für die Revolution dabei umrissen werden, ebenso wenig darf uns der umgekehrte Fehler passieren, daß Bolschewisierung einfach übersetzt wird mit „radikaler Politik schlechthin“, d. h. mit einer Politik, sie sich zwischen zwei Wellen der Revolution damit begnügt, die Endlösung des Diktatur des Proletariats zu propagieren, unbekümmert sowohl um die konkrete politische Situation und ihre Kampfsmöglichkeiten, unbekümmert um die Tatsache, daß es gerade jetzt die Hauptaufgabe [8] der Kommunistischen Parteien sein muß, den Massenkampf der Arbeiter um ökonomische und politische Teilforderungen zu organisieren und diese Massenkämpfe immer mehr und mehr in die Richtung der Revolution zu lenken. – Den ersten Teil dieser Aufgabe hat unsere deutsche Partei schon ziemlich gut begriffen, den zweiten Teil noch sehr schlecht.

III.

Was haben wir also unter der Losung Bolschewisierung in der deutschen Partei schon erreicht?

Trotz der vielen Fehler, die unserer Partei noch anhaften, haben wir seit dem Frankfurter Parteitag einige wichtige Aufgaben der Bolschewisierung gelöst. Die erste Aufgabe war: die Einheitlichkeit der Partei herzustellen, Vor dem Frankfurter Parteitag hatten wir eine zerrissene, in Fraktionen gespaltene, nach geographischen Grenzen geteilte Partei, eine Partei, die vollständig unfähig war, in solcher Zerrissenheit ihre revolutionäre Arbeit zu verrichten, Seit Frankfurt haben wir die jahrelange Spaltung und Zerrissenheit überwunden. Wir haben der Partei ein neues Gefühl für die Bedeutung der „Parteidisziplin“ beigebracht, und wir haben diese Parteidisziplin in sehr „schwierigen Fragen, wie in der Frage der Gewerkschaftsarbeit, zum sehr großen Teile schon durchgesetzt. Das ist ein sehr wichtiges und positives Resultat.

Die zweite Aufgabe – die Lösung der Gewerkschaftsfrage, In diesem Punkte herrschte in unserer Partei ebenfalls eine jahrelange Verwirrung, Die Strafe für die Sünden des Brandlerismus war eine ungeheure Verwirrung in der Frage des Verbleibens in den reformistischen, reaktionären Gewerkschaften. Die Debatte über diese Frage wurde zu einer Debatte über die Perspektive der deutschen Revolution, über die Methode der kommunistischen Arbeit, über die Rolle der Kommunistischen Partei. Diese Debatte haben wir ziemlich tief bis in die letzten Zellen durchgeführt und nicht nur eine große theoretische Einheitlichkeit, sondern auch einen, wenn auch langsamen, Beginn der praktischen Durchführung erreicht,

Die dritte Aufgabe – das Verständnis der Partei für den jetzt aktuellen Kampf um politische und ökonomische Teilforderungen. In gewissem Sinne war die Frage der Teilforderungen eine direkte Fortsetzung der Gewerkschaftsdebatte. Auch in diesem Punkte hatten

wir mit einem bösen Erbe des Brandlerismus zu kämpfen. Durch die opportunistische Verwässerung der leninistischen Staatstheorie, durch die Ausstellung eines „ganzen Systems von demokratischen Uebergangsformen“ zwischen demokratischer Republik und proletarischer Diktatur, durch die vollständige Verwirrung und Unklarheit über die Rolle und den Charakter der Sozialdemokratischen Partei war die Partei in eine gewisse Unklarheit auch über die Frage der Teilforderungen hineingeraten, weniger in der Theorie als in der Praxis. Auch in dieser Frage ist, besonders durch die Thesen des letzten Zentralausschusses vom 11. Januar, nach der Dezemberwahl, eine größere Klarheit in der Parteimitgliedschaft erreicht worden.

IV.

Die dringendste Aufgabe,

Was haben wir jetzt als aktuellste und dringendste Aufgabe der „Bolschewisierung“ zu stellen? Durchzuführen haben wir von unseren theoretischen Erkenntnissen noch sehr, sehr viel. Was wir aber ideologisch noch zu klären haben und was die Aufgabe der kommenden Monate der Parteiarbeit sein muß, das ist das Verständnis der breiten Mitgliedschaft für die Zulässigkeit und Notwendigkeit von Manövern und Kompromissen zum Zwecke der [9] Entlarvung der sozialdemokratischen und kleinbürgerlichen Betrüger, ebenso wie zum Zwecke der Gewinnung breiter Massen der Arbeiter, der Mittelschichten und der armen Bauern. Auch in diesem Punkte haben wir das böse Erbe des Brandlerismus und die bittere Tradition des „ständigen Arbeiterverrats“ in der deutschen Arbeiterbewegung zu überwinden. Aber in noch höherem Maße wie von der Lösung aller anderen Teilausgaben hängt von der Lösung dieser Aufgabe das Schicksal der Kommunistischen Partei ab.

V.

Einiges über unsere Tradition; unsere rechten Abweichungen, über den Luxemburgismus.

Besonders aufmerksam muß in den Thesen über die Bolschewisierung das Kapitel über den Luxemburgismus studiert werden, Warum? Unsere Partei hat eine sehr eigentümliche, schwierige und schmerzhaft entwickelte Entwicklung hinter sich. Die Wurzeln des Brandlerischen Opportunismus reichen bis tief in die alte Sozialdemokratie zurück, und zwar bestehen sie nicht nur, wie man allgemein annimmt, in den Traditionen der Sozialdemokratie schlechthin, sondern, vor allem auch in dem, was die Eigentümlichkeit der linken Sozialdemokraten, der Opposition in der Sozialdemokratie, ausmachte, was sie theoretisch und praktisch unterschied von der bolschewistischen Partei und der bolschewistischen Bewegung, kurz, in den „europäischen“ Abweichungen der deutschen Unken sozialdemokratischen Opposition vor dem Weltkriege vom Bolschewismus. Bevor unsere Partei sich nicht gemeinsam eine einheitliche Auffassung über ihre Vergangenheit erarbeiten wird, wird sie auch bei der Lösung der Gegenwartsaufgaben immer leicht in Schwankungen geraten. Und dabei muß die Partei diese Kritik ihrer eigenen Vergangenheit und der Verbindung ihrer Gegenwartsaufgaben so vornehmen, daß sie alles, was revolutionär in der deutschen Arbeiterklasse war, als ihre Tradition, als ihren Vorläufer sieht. Wir müssen den Arbeitermassen eigen, daß die Kommunistische Partei von 1925 auf höherer geschichtlicher Stufe gereifter durch die Erfahrungen des Weltkrieges, des Zusammenbruchs der II. Internationale, der russischen und der deutschen Revolution, die wahre Fortsetzerin der alten Sozialdemokratischen Partei der 90er Jahre ist, während die Sozialdemokratische Partei, ebenfalls auf höherer Stufe, beschwert mit sieben Jahren Opportunismus und praktischen Zusammengehens mit der Bourgeoisie nicht nur in ihren verseinerten Formen (schwarz-rot-goldener Block), sondern auch im Zusammengehen mit dem offenen Militarismus von Noske und Seeckt die Rolle der Freisinnigen in Deutschland am Ende des 19. Jahrhunderts übernommen hat. Die Lösung dieser Fragen fällt unseren Mitgliedern noch sehr schwer. Wir müssen aber lernen, den Luxemburgismus, die europäischen Abweichungen vom Leninismus, die die Wurzel des Brandlerismus sind, zu verstehen, ohne das Unvergängliche am Werke Rosa Luxemburgs und Karl Liebknechts aus den Augen zu verlieren oder gar nicht mehr zu verstehen, daß der Spartakusbund mit allen seinen Fehlern der revolutionärste und fortgeschrittenste Teil der deutschen Arbeiterklasse war. (Was einen großen Unterschied vom Trotzismus darstellt, der sich entwickelte im Kampfe gegen den fortgeschrittensten Teil der russischen Arbeiterklasse, gegen den Bolschewismus!) Aber gerade das zu lernen, das ist eine der wesentlichsten, besonderen Aufgaben der deutschen Partei in der Frage ihrer Bolschewisierung.

**VI.
Lernen und arbeiten.**

Immer wieder muß sich jedes einzelne Mitglied unserer Kommunistischen Partei sagen: Wenn ich in diesen so schwierigen Zeiten wirklich nicht nur mit dem Wort, sondern mit der Tat ein Revolutionär bleiben will, dann muß ich mit aller Kraft und Zähigkeit in das Wesen unserer kommu-[10]nistischen Bewegung tiefer und tiefer einzudringen versuchen, dann muß ich mir so viel Kenntnis der allgemeinen Grundlagen unserer Arbeit aneignen, daß ich im Stande bin, sicher und fest, und nicht nur aus dem Gefühl heraus, den täglichen Verleumdungen der Bürgerlichen und der Sozialdemokratie im Betrieb und in der Gewerkschaft gegenüberzutreten. Vor allem aber muß ich die Beschlüsse unserer Weltpartei und meiner deutschen Partei kennen und studieren. Also heran auch an diese für dich so schwere Arbeit, du einfacher Soldat der Weltrevolution, der auf dem schweren Posten im Betrieb und in der Gewerkschaft steht, heran auch an diese Arbeit mit der gleichen Energie, Leidenschaft und Zähigkeit, mit der wir dereinst den Kampf mit den Massen gegen die Bourgeoisie führen wollen, dann – wird unsere deutsche kommunistische Partei vorwärtskommen und den Sieg über die Bourgeoisie vorbereiten.

Berlin, Ende April 1925.

Zentrale der KPD.

[11]

Ueber die Bolschewisierung der Parteien der Komintern.

Teil 1 Zur Fragestellung.

I. Resolution des Zweiten Weltkongresses der Komintern über die Rolle der Partei in der proletarischen Revolution.

Die Resolution des Zweiten Weltkongresses der Komintern über die Rolle der Partei in der proletarischen Revolution^{*)}, die unter unmittelbarer Mitarbeit des Genossen Lenin zustande gekommen ist, ist eines der wichtigsten Dokumente der Kommunistischen Internationale, das seine uneingeschränkte Bedeutung bis heute bewahrt hat. Diese Resolution ist zu einer Zeit verfaßt worden, als die Kommunistische Internationale gerade in Bildung begriffen war und ihr noch halbsyndikalistische und halbanarchistische Gruppen angehörten und sie andererseits zunächst erst die 21 Punkte^{*)} zu formulieren begann und Verhandlungen mit den deutschen Unabhängigen usw. über den Anschluß an die Kommunistische Internationale führte. Diese Resolution umriß die Rolle der Partei in der proletarischen Revolution überhaupt. Gegenwärtig, da die Kommunistische Internationale feste Formen angenommen, da sie eine ernste Arbeit in der Bekämpfung sowohl der rechten als auch der ultralinken Tendenzen geleistet hat, da in einer Reihe von Ländern kommunistische Massenparteien entstanden sind und sich gefestigt haben, entsteht die Notwendigkeit, die Auffassung der Kommunistischen Internationale nicht nur zur Frage über die Rolle der Kommunistischen Partei in der proletarischen Revolution überhaupt zu formulieren, sondern auch dazu, was zu geschehen hat, damit unsere Parteien in möglichst kurzer Frist zu maximal^{**)} bolschewistischen Parteien werden.

Es darf nicht vergessen werden, daß wir 1919-1920 in Deutschland wie in Italien Parteien hatten, die der Komintern angeschlossen waren. Doch diese Parteien vermochten den Anforderungen, die die Geschichte an sie stellte, ungeachtet des gewaltigen elementaren Aufstiegs der Massenbewegung, nicht gerecht zu werden, eben weil sie keine durch und durch bolschewistischen Parteien waren.

II. Das verlangsamte Tempo der Weltrevolution und die Losung der Bolschewisierung.

Bereits zur Zeit des III. Weltkongresses der Komintern begann es klar zu werden, daß wir einer Phase mehr oder minder verlangsamter Entwicklung der Weltrevolution entgegengehen. Zum V. Weltkongreß trat das mit noch größerer Klarheit zutage.

Bei einem langsamen und schleppenden Entwicklungsgang der Revolution gewinnt die Losung der Bolschewisierung keine geringere, sondern eine noch größere Bedeutung.

[12] Nicht derjenige ist Bolschewik, der sich der Partei im Augenblick der revolutionären Hochflut anschließt. Bolschewik ist der, der es versteht, Jahre hindurch, wenn nötig, selbst Jahrzehnte hindurch, die bolschewistische Partei auch in Zeiten des Fallens der revolutionären Welle, in Jahren langsamer Entwicklung der Revolution auszubauen. Dies bedeutet nicht, daß jene Genossen, welche im Moment der steigenden Welle in die Partei eingetreten sind, den anderen, welche schon früher die Partei angeschlossen haben, nicht gleichzusetzen sind.

Eine bolschewistische Partei entsteht nicht von selbst, wenn die revolutionäre Welle ihren Höhepunkt erreicht hat. Eine bolschewistische Partei beteiligt sich an allen Kämpfen und bildet sich im Hause dieser Kämpfe heraus.

Die rechten und schwankenden Elemente in der Komintern wie auch der Komintern nahestehende Elemente glauben, daß, da eine rasche Entwicklung revolutionärer Ereignisse nun einmal fehlt, auch die Losung der Bolschewisierung der Parteien unangebracht sei. Sie vermögen nicht zu begreifen, daß, wenn das Tempo der revolutionären Entwicklung sich verlangsamt, wenn im Zusammenhang damit die Schwankungen in gewissen Schichten des Proletariats zunehmen und die Stimmung zugunsten der konterrevolutionären Sozialdemokratie wächst, sich hieraus mit um so größerer Notwendigkeit die Losung der Bolschewisierung der Parteien ergibt. Denn gerade bei einer

^{*)} Siehe Anhang.

^{**)} maximal = im höchsten Grade.

solchen Lage der Dinge haben die Kommunisten mit noch größerer Hartnäckigkeit darauf hinzuwirken, sich gegen Schwankungen einen festen Rückhalt zu schaffen, unseren Reihen die besten Elemente der proletarischen Vorhut zu erhalten und ihre Zahl zu erhöhen, die Fahne der proletarischen Revolution hochzuhalten und so unter den schwierigsten Situationen einen solchen proletarischen Kern zu schmieden, der die proletarische Revolution unter jeder Art von Verhältnissen vorzubereiten und zu organisieren vermag.

Die Kommunistische Partei muß elastisch genug sein, um, wenn es die Umstände erfordern, ohne in Panik zu verfallen, in Ordnung zur Illegalität übergehen zu können, ohne indessen die Legalität leichtfertig preiszugeben, und muß die legale Arbeit mit der illegalen zu verbinden sowie jeden auch den geringsten „legalen“ Anhaltspunkt auszunutzen verstehen, um den Rahmen der Illegalität zu durchbrechen und sich an die Spitze offener Massenbewegungen zur Vorbereitung der Revolution zu stellen, während sie gleichzeitig ihren grundlegenden revolutionären Aufgaben unverändert treu bleibt.

Unter den gegebenen Verhältnissen haben die Kommunistischen Parteien mit zwei grundlegenden Gefahren zu rechnen: einerseits droht ihnen die Gefahr, sich in eine kleine Sekte „reiner“ Kommunisten zu verwandeln, die zwar „ausgezeichnete“ Grundsätze besitzen, es aber nicht verstehen, mit der realen Arbeiterbewegung der gegebenen Periode Fühlung zu gewinnen; andererseits die Gefahr, zu formlosen, halbsozialdemokratischen Parteien herabzusinken, sobald sie es versäumen, den Kampf um die Eroberung der breiten Arbeitermassen in Einklang zu bringen mit dem Festhalten an den Grundsätzen des Kommunismus. Es zu lernen, der Scylla^{*)} der Sektiererei und Engstirnigkeit, wie der Charybdis^{*)} der Formlosigkeit und Verschwommenheit zu entrinnen, – dies bedeutet denn auch die Förderung der Bolschewisierung der Partei.

III. Die rechten Gefahren und die ultralinken Abweichungen.

Die Losung der Bolschewisierung der Parteien ist entstanden im Kampfe die rechte Gefahr. Wäre der 5. Weltkongreß der [13] Komintern den opportunistischen Entstellungen der Taktik der Einheitsfront und der Losung der Arbeiterregierung nicht mit solcher Entschlossenheit entgegengetreten, so würden wir vor der unmittelbaren Gefahr einer opportunistischen Entartung einiger Parteien der Komintern gestanden haben. Die richtige Losung des III. Weltkongresses „Heran an die Massen!“ wurde zwei Jahre hindurch in einer Reihe von Ländern derart falsch angewandt, daß die reale Gefahr einer Ersetzung der selbständigen Taktik des Kommunismus durch eine Politik der „Koalition“ der Kommunisten mit der konterrevolutionären Sozialdemokratie gegeben war.

Die Bolschewisierung der Parteien hat sich auch in Zukunft vor allem und am meisten gegen diese rechten Entstellungen zu richten, die die geschichtliche Mission^{**)} der Komintern direkt zu vernichten drohen.

Doch die Bolschewisierung ist unmöglich ohne den Kampf auch gegen die ultralinken^{***)} Tendenzen, die häufig nur die Kehrseite des Opportunismus darstellen. Gerade in einer Situation, in der alle Anstrengungen der Bourgeoisie und der Sozialdemokratie darauf gerichtet sind, die „kommunistische Gefahr“ in den Massen zu liquidieren^{†)}, kommen die ultralinken Tendenzen objektiv diesem Druck der bürgerlichen sozialdemokratischen Reaktion zu Hilfe. Der Fehler der Ultralinken, z. B. in der Frage der Beteiligung der Kommunisten an den reaktionären Gewerkschaften, könnte die kommunistischen Parteien für eine Reihe von Jahren direkt zerstören. Auch der russische Bolschewismus ist entstanden im Kampfe sowohl gegen den Opportunismus als auch gegen den kleinbürgerlichen „linken“ Revolutionarismus^{††)}.

^{*)} Scylla und Charybdis = zwei Felsen im Mittelmeer, von denen die griechische Sage berichtet, daß die Schiffe, die dem einen ausweichen, an dem andern scheitern.

^{**)} Mission = Sendung, Aufgabe.

^{***)} ultralinks = überlinks, sinnlos übertrieben links.

^{†)} liquidieren = beenden, auflösen

^{††)} „Revolutionarismus“ = bloß gefühlsmäßige Revolutionsbegeisterung, im Gegensatz zur verstandesmäßigen Erkenntnis des Weges zur Revolution und zur praktischen Organisation der Revolution. Der Kleinbürger, wenn er „wild geworden“ und an einer revolutionären Bewegung teilnimmt, weist diese Einstellung zur Revolution auf: er hat weder eine klare

IV. Kommunistische Parteien und Bolschewistische Parteien.

An und für sich genommen ist Kommunismus, Marxismus und Bolschewismus – ein und dasselbe, „Kommunistische Partei“ oder „Bolschewistische Partei“ sind, an und für sich, identische Begriffe. In der Praxis dagegen sind sie nicht immer ein und dasselbe, einige wichtige Sektionen der Komintern^{*)} hatten und haben zum Teil auch heute noch eine allmähliche Entwicklung von der linken Sozialdemokratie (stellenweise von der anarcho-syndikalistischen^{**)} Ideologie) zum echten Kommunismus, zum Bolschewismus durchzumachen. In gewissem Sinne kann die gesamte Arbeit der Komintern als Bolschewisierung der Arbeiterparteien bezeichnet werden. Die Kommunistische Internationale hat ihren Reihen eine erhebliche Anzahl von Parteien, Gruppen und einzelnen Genossen einverleibt, [14] die früher in den Reihen der 2. Internationale standen. Das konnte auch gar nicht anders sein. Auch die bolschewistische Partei Rußlands hat eine gewisse Zeit hindurch in den Reihen der II. Internationale gestanden – und auch das konnte gar nicht anders sein. Dank dem Zusammentreffen einer Reihe von Umständen aber gelang es den russischen Bolschewiki, früher als andere Parteien mit der II. Internationale zu brechen. Die objektiv revolutionäre Situation in Rußland hat den russischen Bolschewiki unter der Führung des Genossen Lenin geholfen, früher als andere zu einer bolschewistischen, d. h. echt kommunistischen Partei zu werden. In einer Reihe von Sektionen der Komintern lassen sich selbst heute noch bedeutende Kreise von Genossen finden, die sich wohl für Kommunisten, nicht aber für Bolschewisten halten. Die Bolschewisierung besteht darin, sämtliche Sektionen der Kommunistischen Internationale in allen ihren Schichten zu „echt kommunistischen, d. h. bolschewistischen zu machen.

V. Die Bolschewisierung und die konkreten Kampfbedingungen.

Man soll nicht glauben, es gäbe ein Allheilmittel, das einheitlich angewandt werden kann für die Bolschewisierung aller Parteien der Komintern, Die wirkliche Bolschewisierung erfordert vor allem eine genaue Berücksichtigung sämtlicher konkreten Umstände des Ortes und der Zeit.

Die der Komintern angeschlossenen Parteien lassen sich zur Zeit bedingt in drei Gruppen einteilen:

- a) Parteien, die erst noch eine vorwiegend propagandistische Periode durchmachen, also die ersten Schritte in der Richtung der Sammlung der breiten Massen unter dem Banner des Kommunismus tun;
- b) Parteien, die bereits in die Phase eines mehr oder weniger scharfen Kampfes eingetreten sind und denen erhebliche Massen (zuweilen die Mehrheit) der Arbeiter Gefolgschaft leisten;
- c) Parteien, die bereits die politische Macht erobert haben und in die Periode der Befestigung der letzteren eingetreten sind.

Zur ersten Gruppe gehört eine Reihe verhältnismäßig noch schwacher Parteien.

Zur zweiten Gruppe gehören Parteien wie die deutsche, die französische, die tschechische, die bulgarische, die italienische usw.

Zur dritten Gruppe gehört vorläufig allein die RKP.

Bolschewisierung der Sektionen der Komintern bedeutet Berücksichtigung und praktische Anwendung der Erfahrung der RKP (B) in den drei russischen Revolutionen^{***)}, desgleichen aber auch selbstverständlich der Erfahrung anderer, auf ernste Kämpfe zurückblickender Sektionen. Im Lichte dieser Erfahrung haben sämtliche Sektionen der Komintern die ihnen bevorstehenden Aufgaben

Theorie noch versieht er die Bedeutung der Organisation und des Massenkampfes. Daher nennt man den R. „kleinbürgerlich“.

*) Komintern = Abkürzung für Kommunistische Internationale.

**) Die anarcho-syndikalistische Ideologie, die besonders in der Arbeiterbewegung der romanischen Länder seit Jahrzehnten eine große Rolle spielt, lehnt die politische Organisation und den politischen Kampf ab, leugnet die Notwendigkeit der Errichtung des proletarischen Staates und beschränkt den Kampf des Proletariats im Grunde auf die gewerkschaftliche Aktion (plus radikales Geschwätz gegen jede Autorität etc.) Die KAPD und die AAU sind mehr oder weniger anarcho-syndikalistisch.

***) 1905, Februar und Oktober 1917.

durchzudenken und ihre eigene Erfahrung zu generalisieren.^{*)} Es wäre jedoch der allergrößte Fehler, die Erfahrung Rußlands auf andere Länder mechanisch zu übertragen; ein Fehler, vor dem bereits Genosse Lenin gewarnt hat. In der Erfahrung der russischen Revolution gibt es vieles, was Genosse Lenin als von allgemeiner Bedeutung für andere Länder charakterisiert hat (die Räte usw.). „Jetzt – schrieb Genosse Lenin in den „Linken Kinderkrankheiten“ – haben wir bereits eine ganz ansehnliche internationale Erfahrung vor uns, die mit restloser Bestimmtheit dafür spricht, daß einige Grundzüge unserer Revolution nicht lokale, nicht national-gesonderte, nicht nur russische, sondern internationale Bedeutung besitzen. Und ich spreche hier von der internationalen Bedeutung nicht im breiten Sinne des Wortes: nicht einige, sondern sämtliche Grund-[15]züge und viele zweitgradige Wesenszüge unserer Revolution besitzen internationale Bedeutung, im Sinne ihrer Auswirkung auf alte Länder. Nein, im allerengsten Sinne des Wortes, d. h. indem ich unter internationaler Bedeutung die internationale Trapweite, die geschichtliche Unvermeidlichkeit einer Wiederholung im internationalen Maßstabe dessen verstehe, was bei uns war – und man muß einigen Grundzügen unserer Revolution eine solche Bedeutung einräumen. Im gegebenen historischen Moment aber liegen die Dinge gerade so, daß das russische Muster allen Ländern ein gewisses Etwas, und zwar ein überaus wesentliches Etwas aus ihrer unvermeidlichen und nicht fernen Zukunft zeigt. Die fortgeschrittenen Arbeiter in allen Ländern haben dies längst begriffen – und mehr noch, sie haben es nicht so sehr begriffen, als durch den Instinkt der revolutionären Klasse erfaßt und es geahnt. Daher die internationale „Bedeutung“ (im engen Sinne des Wortes) der Rätewacht, sowie gleichfalls der Grundlagen der bolschewistischen Theorie und Taktik. Aber in der Erfahrung der russischen Revolution ist selbstverständlich nicht wenig auch dessen, was sich in anderen Ländern nicht wiederholen wird.“

Genosse Lenin betonte jene Eigenart der Bedingungen des Uebergangs vom Kapitalismus zur proletarischen Diktatur in den einzelnen Ländern, wie sie sich aus den Besonderheiten der neuzeitlichen Epoche ergibt. „Jeder Marxist“ – schrieb Genosse Lenin – „wird auf die Frage, ob ein gleichmäßiger oder ein gleichmäßig harmonischer Uebergang der verschiedenen kapitalistischen Länder zur Diktatur des Proletariats wahrscheinlich ist – ohne Zweifel mit Nein antworten. Weder Gleichmäßigkeit, noch Harmonie, noch Proportionalität haben je in der Welt des Kapitalismus verstanden, noch konnten sie bestehen, Jedes Land entwickelte besonders ausgeprägt bald die eine, bald die andere Seite, bald den einen oder den anderen Wesenszug bzw. eine ganze Gruppe von Eigenschaften des Kapitalismus und der Arbeiterbewegung.“ („Die III. Internationale und ihr Platz in der Geschichte.“)

Bolschewisierung ist die Fähigkeit, die allgemeinen Grundsätze des Leninismus auf die gegebene konkrete Situation in dem einen oder anderen Lande anzuwenden. Bolschewisierung ist ferner die Befähigung, jenes hauptsächliche „Kettenglied“^{**)} zu ergreifen, an dem sich die ganze „Kette“ nachziehen läßt. Dieses „Kettenglied“ jedoch kann in Anbetracht jener Mannigfaltigkeit der sozialen und politischen Situation, wie wir sie beobachten, nicht in jedem Lande die gleiche sein.

Die Bolschewisierung ist ein anhaltender Prozeß, der in den besten europäischen Parteien der Komintern eben erst eingesetzt hat. Die Arbeit, die in dieser Hinsicht bevorsteht, ist eine ungeheure und erfordert zu ihrer Bewältigung eine Reihe von Jahren.

Teil 2

Marxismus und Leninismus.

VI. Marxismus und Leninismus.

Zu wirklich kommunistischen Parteien können die Sektionen der Komintern in der gegenwärtigen Epoche nur dann werden – wenn sie sich um das Banner des Leninismus scharen.

[16] Es versteht sich von selbst, daß der Leninismus in keiner Weise dem Marxismus entgegengestellt werden kann. Lenin war der hervorragendste Schüler von Marx. Ohne Marxismus kein Leninismus.

^{*)} Generalisieren = verallgemeinern.

^{**)} Hier ist angespielt auf einen Satz in der Schrift Lenins „Die nächsten Aufgaben der Sowjetmacht“, aus dem Jahre 1918, der lautet: „Es genügt nicht, Revolutionär und Anhänger des Sozialismus oder Kommunist an und für sich zu sein. Man muß fähig sein, in jedem Moment das besondere Kettenglied zu finden, das man mit allen Kräften packen muß, um die ganze Kette halten zu können, und man muß gründlich den Uebergang zum nächsten Kettenglied vorbereiten.“

Jedoch der Leninismus hat den Marxismus vor allem um die Erfahrung der drei russischen Revolutionen und des weiteren um die Erfahrung einer Reihe anderer revolutionärer Bewegungen, die seit Beginn des 20. Jahrhunderts bis in die Gegenwart hinein in Erscheinung getreten sind, bereichert. Der Leninismus hat die allgemeine Lehre des Marxismus bereichert durch die Bewältigung der Fragen:

1. der Theorie des Imperialismus und der proletarischen Revolution;
2. der Bedingungen und des Modus der Verwirklichung der Diktatur des Proletariats;
3. der Wechselbeziehungen zwischen Proletariat und Bauernschaft;
4. der Bedeutung der nationalen Frage im allgemeinen;
5. der Bedeutung insbesondere der nationalen Bewegungen in den Kolonial- und Halbkolonial-Ländern für die proletarische Weltrevolution;
6. der Rolle der Partei;
7. der Taktik des Proletariats in der Epoche der imperialistischen Kriege;
8. der Rolle des proletarischen Staates in der Uebergangsperiode;
9. der Sowjetmacht als des konkreten Typus des proletarischen Staates in dieser Periode;
10. des Problems der sozialen Schichtung im Proletariat selbst, als einer Quelle der Spaltung der Arbeiterbewegung in eine opportunistische und eine revolutionäre Richtung usw.;
11. über die Ueberwindung sowohl der rechten sozialdemokratischen Tendenzen, als auch der linken Abweichungen in der kommunistischen Bewegung („Linke Kinderkrankheiten“).

Marx und Engels haben in erster Linie das Fazit gezogen aus der Erfahrung der sozialen Bewegungen in Frankreich, England und Deutschland. Hervorgegangen aus der Lehre von Marx und der Erfahrung des Westens, kämpfte der Leninismus in vorderster Reihe gegen die Verfälschungen des Marxismus durch die westeuropäischen Sozialdemokraten (der Kampf Lenins gegen den Opportunismus schlechthin und gegen das Kautskyanertum im besonderen), während er unter Anwendung der Marx'schen Methode gleichzeitig das Fazit aus der Erfahrung der großen revolutionären Bewegungen im Nahen und Fernen Osten, wie der Grenzgebiete – in Rußland, China, Indien usw. zu ziehen verstand.

Die erste Epoche des Marxismus: „Kommunistisches Manifest“ – Marxens Tod.

Die zweite Epoche – die Epoche der Epigonen des Marxismus: Bildung der 2. Internationale – Ausbruch des imperialistischen Krieges. Diese Epoche weist – besonders in ihrer ersten Hälfte – auch starke Seiten auf: die Bildung von Massenorganisationen des Proletariats, eine große kulturelle und Bildungsarbeit usw. Im ganzen genommen jedoch ist die Zeit seit den 90er Jahren – die Epoche der Verfälschung des Marxismus. Etwa um 1907 beginnt im Schoße der 2. Internationale die Konsolidierung des revolutionären Flügels der Arbeiterbewegung im internationalen Maßstabe,

Die dritte Periode – ist die Leninsche Epoche. Der Leninismus setzt ungefähr ein mit dem Vorabend der ersten russischen Revolution (1903 bis 1904) und erringt im Jahre 1917 seinen ersten welthistorischen Sieg.

Ohne Marx kein Lenin. Nach all dem aber, was die Führer der II. Internationale aus dem Marxismus gemacht haben, nach jener [17] „Revision“ des Marxismus, die Kautsky und Compagnie im Zeichen Marxens (insbesondere im Kampfe dieser Renegaten des Marxismus gegen die proletarische Diktatur in Rußland) vorgenommen haben, muß erklärt werden, daß es in der gegenwärtigen Situation ohne Leninismus keinen revolutionären Marxismus geben kann.

Der Leninismus ist der Marxismus in der Epoche des monopolistischen^{*)} Kapitalismus (Imperialismus) der imperialistischen Kriege und der proletarischen

^{*)} Monopolistisch heißt die neueste Phase des Kapitalismus (seit 20 bis 30 Jahren), weil die großen Verbände der Industrie und des Bankkapitals (Trusts, Kartelle, Großbanken, Konzerne) die freie Konkurrenz in weitem Maße zurückdrängen und durch das Monopol (Alleinvertretung) über Märkte, Rohstoffquellen und Kapitalanlagegebiete ersetzen.

Revolution. Der Sieg der proletarischen Diktatur in Rußland, das Anwachsen der Arbeiterbewegung und der Bauernbewegung beinahe in der ganzen Welt, die zunehmende revolutionäre Freiheitsbewegung der Kolonial- und Halbkolonialvölker – all das stellt in seiner Gesamtheit den Beginn der Weltrevolution dar.

Der Leninismus hat seinen ersten unmittelbaren Sieg in einem Lande mit überwiegender Agrarbevölkerung (Rußland) errungen. Wie aber die zwischen Revolution selbst aus der gesamten internationalen Situation herausgewachsen ist, so zeugte die gesamte internationale proletarische Bewegung auch den Leninismus. Durch die Läuterung der Marxschen Bewertung der großen proletarischen Bewegungen des 19. Jahrhunderts (Chartismus^{*)} und Pariser Kommune) von den opportunistischen Verfälschungen durch Vervollständigung dieser Bewertung durch die marxistische Beurteilung der Erfahrung der zunehmenden neuen proletarischen Massenbewegung Europas, Amerikas und anderer Erdteile; durch die Berücksichtigung der gewaltigen Bedeutung der Bauern und der nationalrevolutionären Bewegungen, die seit Beginn des 20. Jahrhunderts mit besonderer Wucht in Erscheinung getreten sind, hat Lenin die Lehre von Marx zu einer neuen Höhe emporgehoben.

Der Leninismus stellt die konsequente Weiterentwicklung der Idee der proletarischen Hegemonie^{**)} dar – unter den Verhältnissen, unter denen die Diktatur des Proletariats die Diktatur des Imperialismus abzulösen beginnt.

Die Anschauung, wonach der Marxismus dagegen nur die Praxis sei, ist falsch. Der Leninismus ist Theorie und Praxis des Marxismus für die Periode des Imperialismus, der imperialistischen Kriege und der proletarischen Revolutionen, die durch die Diktatur des Proletariats in Rußland eingeleitet wurden. Die Komintern stellt sich zur Aufgabe, eine internationale Organisation zu werden, die Theorie und Praxis des Leninismus verkörpert.

VII. Die Bolschewisierung und die revolutionären Traditionen.

Die Bolschewisierung verzichtet keineswegs auf das Erbe, das vorausgegangene Generationen von Revolutionären hinterlassen haben. Das Studium der Geschichte der revolutionären Kämpfe des eigenen Landes [18] sowie der anderen Länder ist heute zu einer bewußten Betätigung innerhalb einer bolschewistischen Partei unbedingt erforderlich. Es darf nicht sein, daß ein französischer Kommunist die Werke Lafargues^{***)}, die starken Seiten des Guèsdeismus und besten Arbeiten von Guèsde jener Zeit, da Guèsde noch Marxist war, nicht kennt. Es darf nicht sein, daß englische Kommunisten nicht im Geiste der Achtung vor dem Chartismus erzogen werden und englische Kommunisten die wichtigsten Zeitdokumente des Chartismus nicht kennen. Es darf nicht sein, daß deutsche Kommunisten die Erfahrungen des Kampfes des besten Teiles der deutschen Sozialdemokratie in der Epoche des Sozialistengesetzes vergessen. Es darf nicht sein, daß die besten Werke Wilhelm Liebknechts und August Bebels von den deutschen Kommunisten nicht gegen die Sozialdemokratie ins Feld geführt werden. Es darf nicht sein, daß die russischen Kommunisten die glänzendsten Werke Plechanows aus jener Zeit, zu der er noch Marxist war, vergessen.

Die Partei bolschewisieren – bedeutet somit auch, sie, gestützt auf den Leninismus, zur bewußten Trägerin der Weiterführung all dessen zu machen, was wahrhaft revolutionär und wahrhaft marxistisch sowohl an der I., als auch an der II. Internationale war.

^{*)} Chartismus = eine große revolutionäre Bewegung der englischen Arbeiter um 1848, deren politisches Ziel das allgemeine Wahlrecht war.

^{**)} Hegemonie des Proletariats = Führung des Proletariats über die anderen unterdrückten und ausgebeuteten Schichten: z. B. im Rußland von 1905 über die Bauernschaft im politischen Kampfe gegen den Absolutismus.

^{***)} Lafargue = einer der ersten französischen Marxisten, Schwiegersohn von Marx, glänzender Schriftsteller und Propagandist des Marxismus. Jules Guèsde = Führer und marxistischer Theoretiker des französischen Sozialismus, der gegen Revisionismus und Millerandismus kämpfte, aber mit einer zunehmenden doktrinären Verknöcherung, die seine Partei zu einer Sekte werden ließ. (Guèsdeismus = die Gesamtheit seiner Theorie und Praxis). 1914 wurde er Sozialpatriot und Minister.

VIII. Die Bolschewisierung und einige theoretische Fehler im Lager der Kommunisten (insbesondere die Fehler der Luxemburgianer).

Die richtige Aneignung des Leninismus und seine praktische Anwendung beim Ausbau der kommunistischen Parteien in der ganzen Welt ist unmöglich ohne Berücksichtigung der Fehler einer Reihe angesehener Marxisten, die den Versuch machten, sich zur Anwendung des Marxismus unter den Verhältnissen der neuen Epoche aufzuschwingen, dabei jedoch nicht in allem Erfolg hatten.

Hierher gehören die Fehler der „linken“ Kommunisten in Rußland, der Gruppe holländischer Marxisten (Gorter und Pannekoek), desgleichen auch die Fehler Rosa Luxemburgs. Je näher diese politischen Führer dem Leninismus stehen, um so gefährlicher sind ihre Anschauungen in jenem Teile, in dem sie, weil fehlerhaft, mit dem Leninismus nicht übereinstimmen.

Heute liegen die Dinge so, daß eine wirkliche Bolschewisierung für eine Reihe von Parteien der Komintern unmöglich ist, ohne daß z. B. diese Parteien die Fehler des Luxemburgianertums überwinden, die kraft der geschichtlichen Umstände in der Bewegung der gegebenen Länder eine erhebliche Rolle spielen. Zu den wichtigsten Fehlern des Luxemburgianertums, die auch gegenwärtig aktuelle Bedeutung besitzen, gehören:

a) die unbolschewistische Behandlung der Frage der „Spontanität“ und des „Bewußtseins“, der „Organisation“ und der „Masse“^{*)}. Das falsche Urteil der „Luxemburgisten, die seinerzeit die dem revolutionären Schwung des Klassenkampfes oft direkt hinderliche Erfahrung der deutschen Sozialdemokratie vor Augen hatte – gestattete Rosa Luxemburg nicht, die Rolle der Partei als solche in der Revolution richtig einzuschätzen.

[19] b) Die Unterschätzung des technischen Momentes der Vorbereitung des Aufstandes war und ist stellenweise auch jetzt noch einer richtigen Behandlung der Frage der „Organisierung der Revolution“ hinderlich.

c) Die Fehler in der Frage des Verhältnisses zur Bauernschaft. In dem letzten Artikel, den Rosa Luxemburg nach der Niederwerfung des Spartakusaufstandes schrieb, kommt sie ahnungsvoll einer Erkenntnis ihres eigenen Fehlers, der in der Unterschätzung der Rolle der Bauernschaft bestand, nahe. In einer Reihe ihrer früheren Werke dagegen hat Rosa Luxemburg die Rolle der Bauernschaft unterschätzt, d. h. die Bauernfrage nicht im bolschewistischen Sinne gestellt und damit der Sozialdemokratie eine Reihe ideologischer Konzessionen gemacht.

In der Praxis sind solche sozialdemokratische Fehler in der Bauernfrage auch von den ungarischen Kommunisten begangen worden, als sie an der Macht standen, desgleichen von der polnischen kommunistischen Partei, der bulgarischen kommunistischen Partei im Jahre 1923, den italienischen Maximalisten und den pseudolinken Ideologen der „Kommunistischen Arbeiterpartei“ in Deutschland, wie sie denn auch jetzt sogar noch von einer Reihe Sektionen der Komintern begangen werden.

d) Ebenso ernsthaft waren die Fehler Rosa Luxemburgs und einer Reihe polnischer, holländischer und russischer Marxisten in der nationalen Frage. Die Verneinung der Losung des nationalen Selbstbestimmungsrechtes (des Rechtes auf Bildung eines selbständigen Staates) mit der Begründung, daß es unter dem Imperialismus „unmöglich“ sei, die nationale Frage zu lösen, führte de facto^{**)} zu einem Nihilismus^{***)} in der nationalen Frage, was die Arbeit der Kommunisten in einer Reihe von Ländern außerordentlich erschwerte.

e) Die Propaganda des parteipolitischen Charakters der Gewerkschaften, wie sie während einer Reihe von Jahren durch die polnische Partei unter Führung von Rosa Luxemburg insbesondere

^{*)} Spontanität = Selbsttätigkeit. Rosa L. vertrat die Anschauung von der „Selbsttätigkeit“ der „Masse“, im Gegensatz zu ihrer bewußten Führung und war gegen eine straffe Organisation der Partei, weil diese die „Selbsttätigkeit“ der Masse hemme. In Wirklichkeit sind dies natürlich keineswegs Gegensätze.

^{**)} de facto = in der Tat.

^{***)} Nihilismus kommt von dem lateinischen Wort nihil (= nichts). Seinerzeit eine philosophisch-revolutionäre (atheistische, individualistische) Bewegung im russischen Kleinbürgertum der sechziger Jahre. Heute bezeichnet dies Wort eine Denk„methode“, die eine Frage besonders revolutionär zu lösen glaubt, indem sie sie leugnet.

betrieben wurde, war ein großer Fehler, der Zeugnis ablegte für den Mangel jeglichen Verständnisses für die Rolle der Gewerkschaften als einer Organisation zur restlosen Erfassung aller Lohnarbeiter. Dieser Fehler erschwerte und erschwert es der Vorhut ernstlich, den richtigen Weg zur Annäherung an die gesamte Arbeiterklasse zu finden.

Der Fehler, den ein Teil der deutschen Kommunisten in der Gewerkschaftsfrage vor dem Frankfurter Parteitag 1924 beging, war ein Fehler analoger Art.

Die Komintern, die das Große an dem Werke Rosa Luxemburgs, einer der Gründerinnen der kommunistischen Internationale, zu würdigen weiß, ist überzeugt, daß sie im Geiste Rosa Luxemburgs handelt, wenn sie heute den Parteien der Komintern behilflich ist, die Lehren aus den Fehlern dieser großen Revolutionärin zu ziehen.

Ohne eine Ueberwindung der irrtümlichen Seiten des Luxemburgianertums ist eine wirkliche Bolschewisierung unmöglich. Allein der Leninismus vermag zum Leitstern der kommunistischen Parteien der ganzen Welt zu werden.

[20] Die ungenügende Beachtung der Theorie, wie sie sich in einer Reihe von Parteien bemerkbar macht, bildet das größte Hindernis für eine wirkliche Bolschewisierung der Parteien der Komintern. Bei einer „toleranten“^{*)} Haltung gegenüber den theoretischen Abweichungen usw. kann von einer wirklichen Bolschewisierung der Partei gar keine Rede sein. Die Beherrschung der Theorie des Leninismus bildet die Voraussetzung einer erfolgreichen Bolschewisierung der Parteien. Eine besonders gefährliche Abweichung vom Leninismus stellt der Trotzismus dar – eine Abart des Menschewismus, die den „europäischen“ Opportunismus mit der „linksradiakalen“ Phrase kombiniert und durch sie häufig seine politische Passivität verdeckt. Der Trotzismus ist keine vereinzelte Abweichung nach der Richtung des Menschewismus, sondern ein langjähriges System des Kampfes gegen den Leninismus. Der Trotzismus ist gleichfalls nicht nur eine russische Erscheinung, sondern eine Erscheinung internationalen Charakters. Den Leninismus in der Komintern verwirklichen, bedeutet, den Trotzismus in allen Parteien zu entlarven und ihn als Strömung zu liquidieren.

Teil 3.

Die Bolschewisierung und die Eroberung der Mehrheit der Arbeiterklasse,

IX. Die Bolschewisierung und die Losung: „Heran an die Massen“.

Eine Massenbewegung hat auch die Sozialdemokratie geschaffen, aber eine reformistische Massenbewegung. Die Losung der Bolschewisierung, auf eine ganz allgemeine Formel gebracht, bedeutet die Schaffung einer proletarischen revolutionären Massenbewegung unter dem Banner der Ideen Marx' und Lenins.

Ein Bolschewik ist vor allem und in der Hauptsache ein Mensch der Masse. Die Losung des 3. Weltkongresses „Heran an die Massen“ – die der Eroberung der Mehrheit der ausschlaggebenden Schichten des Proletariats dient – bleibt nach wie vor vollauf in Kraft. Der 5. Weltkongreß hat diese Losung nicht nur nicht von der Tagesordnung abgesetzt, sondern sie im Gegenteil vertieft und weiter entwickelt.

X. Die Bolschewisierung und die Arbeit in den Gewerkschaften.

Die Abweichungen in der Frage der Arbeit der Kommunisten in den Gewerkschaften bergen die größten Gefahren für die Sache der wirklichen Bolschewisierung unserer Parteien in sich. Die Gewerkschaften bilden in der ganzen kapitalistischen Welt die wichtigste Form der Massen-(Gesamt-)Organisation des Proletariats. Gewiß sind auch die anderen Formen von Massenorganisationen (Betriebsräte und dergl.) von höchstem Wert und gewiß sieht auch ihnen eine gewaltige revolutionäre Zukunft bevor; doch diese neuen Formen der Massenorganisation beginnen sich die allgemeine Anerkennung seitens der breiten Arbeitermassen erst noch zu erwerben. Andererseits werden solche neue Formen der Massenorganisation des gesamten Proletariats, wie die Räte, überhaupt erst mit dem unmittelbaren

^{*)} tolerant = duldsam.

Beginn der Revolution möglich. Sich dem Glauben hinzugeben, die Kommunisten könnten im Rahmen des Kapitalismus neben den Gewerkschaften irgend eine andere Massenform der Arbeiterorganisation improvisieren?^{*)} – heißt den Boden der Wirklichkeit verlassen.

Einen der wichtigsten integrierenden ^{**)} Bestandteile der Lehre des Leninismus bildet die Lehre von der Notwendigkeit der Arbeit der Kommunisten selbst in den allerreaktionärsten Gewerkschaften. Fehlritte auf diesem Gebiete kamen den Kommunisten sehr teuer zu stehen (als bestes Beispiel siehe Deutschland). Die grundsätzliche Unsicherheit auf diesem Gebiete hat dazu geführt, daß die praktische Arbeit der jungen kommunistischen Parteien Europas in den Gewerkschaften noch nicht einmal ordentlich begonnen hat. Den wichtigsten integrierenden Bestandteil der Bolschewisierung bildet die Arbeit in den bestehenden sozialdemokratischen und anderen (gelben, national-sozialistischen, konfessionellen und faschistischen) Gewerkschaften, der hundertmal mehr Aufmerksamkeit zuzuwenden ist als bisher. Nur unter dieser Bedingung kann das Monopol der reformistischen Spitzen (der Arbeiterbürokratie) in den Gewerkschaften tatsächlich gebrochen werden. Nur unter dieser Bedingung werden sich die Gewerkschaften wirklich von dem zersetzenden Einfluß des Reformismus, der ihre Bedeutung als das verlässlichste Instrument des Klassenkampfes aufzuheben sucht, befreien. Selbstverständlich bezieht sich das auch auf die Betriebsräte, wo solche vorhanden sind oder wo die Möglichkeit besteht, sie in einem Massenmaßstabe ins Leben zu rufen.

Die Kommunisten werden ihren Einfluß dadurch steigern und dadurch Autorität bei den Arbeitermassen gewinnen, daß sie sich für alle unmittelbaren Forderungen: Lohnerhöhung, Schutz des Achtsturentages, Kampf gegen die Arbeitslosigkeit usw. einsehen und sich gewissenhaft und mutig an die Spitze aller Konflikte mit der Arbeitgeberschaft stellen.

Diese Haltung ist um so notwendiger, weil die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer in allen Ländern die Interessen der Arbeiter systematisch verraten und nicht zögern, sich den Kapitalisten anzuschließen, um die trotz ihrer eingeleiteten Streibewegungen zu sabotieren oder zu vereiteln.

Damit die Kommunisten in allen sozialen Bewegungen einen richtigen Standpunkt einnehmen, müssen die Kommunistischen Parteien eine sorgfältige Prüfung der konkreten Umstände jedes Kampfes vornehmen: den Geschäftsgang des Betriebes oder der Betriebsgruppe, den Umfang und Ursprung der Bestellungen, den Zusammenhang oder gegenseitige Durchdringung der verschiedenen Fabriken, Syndikate oder Trusts, die organisatorische Stärke und die Widerstandsfähigkeit der Unternehmer, wie auch die Stärke der gewerkschaftlichen Organisationen und den Kampfwillen der organisierten und nichtorganisierten Arbeiter, die Möglichkeiten einer Ausbreitung des Streikes und seine politischen Folgen einer sorgsam Prüfung unterziehen, um den Kommunisten genaue Weisungen und Parolen zu geben und zu erreichen, daß sie in allen Kämpfen gegen den Kapitalismus an der Spitze des Proletariats stehen.

XI. Die Bolschewisierung und richtige Taktik der Einheitsfront.

Die Bolschewisierung der Parteien der Komintern schließt die Anwendung der Taktik der Einheitsfront durch diese Parteien nicht nur nicht aus, sondern setzt sie im Gegenteil geradezu voraus. Die Fähigkeit, richtig an die Massen heranzutreten, sowie die Fähigkeit eines klaren Blickes für die Aufgaben der Vorhut der gesamten Klasse gegenüber, gehören zu den charakteristischsten Wesenszügen des Bolschewismus. Die Taktik der Einheitsfront war und bleibt nichts anderes, als eine Methode der revolutionären Agitation und Organisation der Massen, d. h. des richtigen Herantretens der Kommunisten an die breiten Arbeitermassen im gegebenen Entwicklungsstadium, in dem die Sozialdemokratie in einer Reihe von Ländern noch die Mehrheit der Arbeiter hinter sich hat. Die Taktik der Einheitsfront ist keinesfalls ein Monopol der rechten Elemente der Komintern. Diese Elemente haben Anspruch nur auf eines: auf das Monopol der opportunistischen Fehler bei der Anwendung der Taktik der Einheitsfront. Diese Taktik selbst dagegen ergibt sich restlos und vollauf aus dem Leninismus.

^{*)} improvisieren = aus dem Stegreif zusammenpfuschen.

^{**)} integrierender Bestandteil = wesentlicher, grundlegender B.

[22] Der von der Komintern unterstützte Kampf um die Einheit der internationalen Gewerkschaftsbewegung wird die nächsten Jahre ausfüllen. Die Idee der Einheit der internationalen Gewerkschaftsbewegung gewinnt in den breiten Massen der Arbeiter an Boden. Die Zeit ist nicht mehr fern, da diese Frage zur brennendsten Frage jeder Gewerkschaft in allen Ländern werden wird.

Noch befindet sich die Komintern erst am Anfang der Anwendung der Taktik der Einheitsfront (und insbesondere – der Losung der Arbeiter- und Bauern-Regierung in der Fassung, die ihr der V. Weltkongreß verliehen hat^{*)}. Die Ablehnung der Anwendung der Einheitsfront ist unvereinbar mit der Bolschewisierung.

XII. Bolschewisierung und Teilforderungen.

„Die bolschewistische Partei ist die Partei der Diktatur des Proletariats, nicht aber der Teilforderungen“, – so wird die Frage zuweilen von den „ultralinken“ Elementen gestellt. Die bolschewistische Partei ist in der Tat die Partei der Diktatur des Proletariats, gerade darum aber stellt sie zur Gewinnung der Mehrheit des Proletariats systematisch Teilforderungen auf, die sie mit den revolutionären Aufgaben verknüpft, – antwortet darauf der Leninismus. Die Reformisten dagegen benützen jeden einzelnen Fall der Aufstellung von Teilforderungen, um durch dieselben den wirklich revolutionären Kampf zu ersetzen. Die Bolschewiki benützen jede Teilforderung zur Aufklärung der Massen über die Notwendigkeit der Revolution, bedienen sich ihrer, um an Hand konkreter Tatsachen den Massen die Unmöglichkeit einer halbwegs ernsthaften und dauernden, geschweige denn grundlegenden Verbesserung ihrer Lage bei Ausrechterhaltung der Macht des Kapitals vor Augen zu führen. Die Bolschewiki rücken jede konkrete Forderung, um die sich die Massen scharen, in das Licht der Perspektive des Kampfes um die Revolution. Die Ablehnung der Aufstellung von Teilforderungen überhaupt bedeutet die Ablehnung der Einheitsfront, ja darüber hinaus de facio die Ablehnung der Losung „Heran an die Massen“.

Gleichzeitig zeigen die Kommunisten den Massen an Hand der Erfahrung, daß es gerade die Reformisten sind, die jeden ernsthaften Kampf um die Teilforderungen sabotieren und daß gerade die kommunistische Partei, die auf Entfesselung der Machtkämpfe eingestellt ist, einzig und allein fähig ist, den Kampf um die Tagesinteressen der werktätigen Massen konsequent zu führen und Anschläge auf ihren Lebensstand abzuwehren.

Die Ablehnung von Teilforderungen ist unvereinbar mit der Bolschewisierung.

XIII. Die Arbeit unter den zur 2. und zur Amsterdamer Internationale gehörenden Arbeitern.

In der Mehrzahl der Länder vereinigen die 2. und die Amsterdamer Internationale auf die eine oder die andere Weise in ihren Reihen noch erhebliche Schichten von Arbeitern. Zu den Aufgaben der Bolschewisierung [23] unserer eigenen Parteien gehört unbedingt auch die Aufgabe der ständigen Arbeit unter jenen Proletariern, die noch den uns feindlichen Organisationen angehören. Die Arbeitsmethoden unter diesen Schichten des Proletariats können selbstverständlich keine einheitlichen sein und hängen voll und ganz von der konkreten Situation im jeweiligen Lande, ja sogar im jeweiligen Berufszweig ab. Die Verpflichtung zu einer solchen Arbeit jedoch erstreckt sich voll und ganz auf alle der Komintern angeschlossenen Parteien.

XIV. Die Bolschewisierung und die Jugendbewegung.

Die kommunistischen Parteien widmen der Arbeit unter der Jugend noch immer nicht die genügende Aufmerksamkeit. Selbst in den großen kommunistischen Parteien gibt es Dutzende von Organisationen, die es noch nicht einmal zur Bildung von kommunistischen Ortsjugendgruppen gebracht haben.

^{*)} Darüber heißt es in den Thesen des 5. Weltkongresses: „Die Losung der Arbeiter- und Bauernregierung ist in die Komintern, in die Sprache der Revolution, in die Sprache der Volksmassen übersetzt, die Losung der Diktatur des Proletariats. Die Formel Arbeiter- und Bauernregierung, die der Erfahrung der russischen Revolution entstammt, war nichts anderes und kann nichts anderes sein als eine Methode der Agitation und Mobilisation der Massen zum Zwecke des revolutionären Sturzes der Bourgeoisie und der Ausrichtung der Sowjetmacht.“ (Thesen und Resolutionen, S. 27.)

Eine der Ausgaben der Bolschewisierung besteht darin, restlos die Arbeiterjugend der ganzen Welt zu erobern – jene Generation von Arbeitern, die unter den Verhältnissen des imperialistischen Weltkrieges und des Beginnes der Weltrevolution herangewachsen ist. Wenn die Sozialdemokratie sich vorwiegend auf die am meisten verbürgerlichte Spitze der in der Friedensperiode entstandenen Arbeiteraristokratie*) stößt, so haben die kommunistischen Parteien der ganzen Welt unter anderem die Aufgabe, die restlose Organisierung der gesamten proletarischen Jugend der neuen Epoche unter unserem Banner anzustreben.

XV. Die Bolschewisierung und die Arbeit unter den Frauen.

Je tiefer jeweils eine Volksbewegung ist, um so größer ist die Beteiligung der werktätigen Frauen an ihr.

Die Arbeit zur Heranziehung Hunderttausender und Millionen Frauen der Arbeiterklasse in den Kampf bildet gleichfalls eine der wichtigsten Voraussetzungen der Bolschewisierung. Die Exweitere Exekutive der Komintern stellt fest, daß unsere Arbeit auf diesem Gebiete äußerst unbefriedigend ist.

Die Heranziehung der Proletarierinnen zur aktiven Arbeit und zum Kampf ist eine der Voraussetzungen dafür, daß wir die Mehrheit der Arbeiterklasse für uns gewinnen. Unser Sieg im Bürgerkrieg ist unmöglich, wenn nicht auch die Proletarierinnen, die schaffenden Frauen in unseren Reihen mitkämpfen, ebenso wie auch der Ausbau der kommunistischen Gesellschaft unmöglich ist ohne die aktive, verständnisvolle Mitarbeit der schaffenden Frauen.

Die Erweiterte Exekutive schärft daher allen Sektionen die Pflicht ein, die diesbezüglichen Beschlüsse des 5. Weltkongresses durchzuführen. Es müssen ferner Hilfsorgane bzw. Hilfsorganisationen geschaffen werden (Aktions- und Kontrollausschüsse, Delegiertenkörperschaften usw.), die unter kommunistischer Führung die breitesten Frauenmassen erfassen, unter den Einfluß der Partei bringen und in dauernder Verbindung mit ihr halten.

XVI. Die Arbeit unter den Arbeitslosen.

Die kommunistischen Parteien der ganzen Welt haben die allerernsteste Aufmerksamkeit der Arbeit unter den Arbeitslosen zu widmen. Bei der Einstellung, die seitens der Bourgeoisie und der Sozialdemokratie den [24] Millionen Arbeitsloser gegenüber zutage tritt, könnten die kommunistischen Parteien, sofern sie dieser Sache die erforderliche Aufmerksamkeit schenken, unter dieser Schicht des Proletariats einen ausschlaggebenden Einfluß gewinnen,

XVII. Die Bolschewisierung und unsere Presse.

Ganz und gar unzulässig ist eine Lage, bei der wir, wie z. B. in Berlin, Paris und Mailand, einer verhältnismäßig großen Anzahl kommunistischer Wähler gegenüber eine verhältnismäßig geringe Anzahl der ständigen Leser unserer Presse besitzen. Eine analoge (ja sogar schlimmere) Lage sehen wir in einer ganzen Reihe anderer Länder. Die Bolschewisierung erfordert, daß unsere Presse zur Volkspresse im besten Sinne dieses Wortes wird, d. h. daß sie wirklich in jede Arbeiterwohnung eindringt und jeder, der mit uns sympathisiert, unsere Presse liest. Es müssen eine Reihe von Maßnahmen sowohl organisatorischen wie literarischen Charakters getroffen werden, um unsere Presse in den Massen der Arbeiter zu verankern und sie so zu einer Waffe der Bolschewisierung der Massen zu machen. Der Arbeiter- und Dorf-Korrespondentfrage der Schaffung von Wandzeitungen, Betriebszeitungen, der Heranziehung proletarischer Journalisten usw. muß weitestgehende Aufmerksamkeit gewidmet werden.

*) Arbeiteraristokratie – eine Schicht von bessergestellten, privilegierten Arbeitern, die in jedem imperialistischen Land von der Bourgeoisie geschaffen wird, um in der Arbeiterklasse bürgerlichen Einfluß zu verbreiten. Die Ausraubung der unterdrückten Kolonialvölker gibt die Mittel zu dieser „Bestechung“.

Teil 4

Die Bolschewisierung und die Frage der Verbündeten des Proletariats in der Revolution.

XVI. Ueber die Verbündeten des Proletariats in der Revolution.

Die prinzipielle Einstellung der Kommunisten zum Kleinbürgertum als einem möglichen Verbündeten des Proletariats in der Revolution ist in den klassischen Werken von Marx, Engels und Lenin, vom „Kommunistischen Manifest“ bis auf die letzten Schriften Lenins mit erschöpfender Klarheit dargelegt.

Eine der wichtigsten Aufgaben der Bolschewisierung besteht darin, daß man diese prinzipielle Einstellung auf jene konkrete Situation anzuwenden versteht, in der eine kommunistische Partei jeweils zu kämpfen hat.

Eine der stärksten Seiten des Leninismus, die den Sieg des Bolschewismus in der Revolution sicherstellen, hat stets darin bestanden, daß er es verstand, sich zur Lösung der jeweiligen konkreten Aufgabe des Beistandes des konkreten Verbündeten zu versichern: in Rußland z. B. – das Bündnis mit der gesamten Bauernschaft gegen den Zarismus, später das Bündnis mit bestimmten Schichten der Bauernschaft gegen die Bourgeoisie usw.

Der Leninismus sah stets eine seiner Grundaufgaben in der präzisesten und konkretesten Lösung der Frage, welche Zwischenschichten in der jeweiligen Etappe der revolutionären Entwicklung fähig sind, zum Verbündeten des Proletariats zu werden: welches jene Hauptforderungen sind, die sie in der jeweiligen Situation mit dem Proletariat vereinigen.

Eben weil der Leninismus das Problem der Diktatur des Proletariats stellt als praktische geschichtliche Tagesausgabe – hat er die Frage nach dem möglichen Verbündeten der Arbeiterklasse in der Revolution als eines der wichtigsten taktischen Probleme der Gegenwart in den Vordergrund gerückt.

Im großen und ganzen teilt der Leninismus das Kleinbürgertum in drei Gruppen ein: gewisse Schichten des Kleinbürgertums können und müssen also auch, wenn auch nur vorübergehend, als direkte Verbündete des Proletariats gewonnen werden; andere Schichten muß man zu neu-[25]tralisieren*) verstehen; eine dritte Gruppe von Schichten endlich (die Spitzen der städtischen und ländlichen Kleinbourgeoisie) muß unbedingt und unvermeidlich direkt bekämpft werden.

In einer Reihe von Ländern Westeuropas (z. B. in Deutschland) können beträchtliche Schichten von unteren städtischen Angestellten, Beamten, technische Intelligenz usw. – beim derzeitigen Kräfteverhältnis zwischen Bourgeoisie und Proletariat bis zu einem gewissen Grade zu Verbündeten des kämpfenden Proletariats werden. Hie und da können diese Schichten unter gewissen Umständen sogar eine Rolle spielen, die mehr oder weniger jener Rolle analog sein wird, die die Bauernschaft Rußlands in gewissen Etappen der proletarischen Revolution gespielt hat.

Einen der wichtigsten Bestandteile der Bolschewisierung bildet die richtige und geschickte Taktik in bezug auf jene Zwischenschichten der Bevölkerung, die zwischen Proletariat und Bourgeoisie hin und herschwanken, aber dennoch in einer bestimmten Lage teilweise zu Mitläufern der Arbeiterklasse werden können.

XIX. Die Bolschewisierung und die proletarische Politik in bezug auf die die Bauernschaft.

Die bolschewistische Partei ist eine Arbeiterpartei. Die Lehre von der Diktatur des Proletariats ist die grundlegende Lehre des Bolschewismus. Doch die Frage der Bauernschaft, als der dem Proletariat nächststehenden Klasse und des wichtigsten unter den möglichen Verbündeten des Proletariats in der Revolution, besitzt eine kardinale **) Bedeutung für den Bolschewismus, sowohl vor als nach der Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat.

„Zur wirklich revolutionär, wirklich sozialistisch handelnden Klasse wird das Proletariat erst unter der Bedingung, daß es auftritt und handelt als die Vorhut aller Werktätigen und Ausgebeuteten, als Führer

*) neutralisieren = aus einem Gegner in einen unparteiischen Zuschauer verwandeln.

**) kardinal = höchsten Grades.

derselben im Kampfe zum Sturze der Ausbeuter. Das aber ist ohne Hinaustragung des Klassenkampfes auf flache Land, ohne eine Sammlung der werktätigen Massen des flachen Landes um die kommunistische Partei des Proletariat und ohne eine Schulung der ersteren durch die letztere undurchführbar“. (Thesen des Genossen Lenin zur Agrarfrage, angenommen vom 2. Kongreß der KI)

1. Kampf der proletarischen Vorhut gegen die Sozialdemokratie um die Mehrheit des Proletariats.

2. Kampf der Arbeiterklasse gegen die Bourgeoisie (den Imperialismus) um die Mehrheit der Bauernschaft – darauf läuft letzten Endes das grundlegende taktische Problem der kommunistischen Parteien hinaus.

Die Anschauungen des Leninismus über die Rolle der Bauernschaft, und zwar nicht nur in Rußland, sondern in der ganzen Welt, sind in der Resolution des Genossen Lenin, die der 2. Kongreß der Komintern angenommen hat, niedergelegt. Dieses Dokument internationalisiert die Anschauungen des Leninismus über die Rolle der Bauernschaft. Es stellt eines der hervorragendsten, bisher unübertroffenen Dokumente des Leninismus dar.

Dieser Resolution entsprechend haben wir in der gesamten kapitalistischen Welt drei Gruppen der Landbevölkerung vor uns, die in ihrer Gesamtheit die Mehrheit auf dem flachen Lande bilden und infolgedessen vom Proletariat auch gewonnen werden können und gewonnen werden müssen.

[26] „Die werktätigen und ausgebeuteten Massen im Dorfe, die das städtische Proletariat in den Kampf zu führen oder jedenfalls auf seine Seite herüberzuziehen hat, sind in allen kapitalistischen Ländern durch folgende Gruppen vertreten:

Erstens durch das landwirtschaftliche Proletariat, die Lohnarbeiter (im Jahres- oder befristeten Gedinge oder im Tagegedinge), die sich ihren Lebensunterhalt durch Vermietung an die kapitalistischen, landwirtschaftlichen und mit ihnen verknüpften industriellen Unternehmungen erwerben.

„Zweitens durch die Halbproletarier oder Parzellenbauern, d. h. jene, die sich ihren Lebensunterhalt z. Teil durch Lohnarbeit in den landwirtschaftlichen, industriellen kapitalistischen Unternehmungen erwerben und zum Teil ihren eigenen oder gepachteten Bodenstücken bearbeiten, der ihnen lediglich einen Teil der zum Lebensunterhalt für ihre Familie erforderlichen Erzeugnisse abwirft. Diese Gruppe der landwirtschaftlichen werktätigen Bevölkerung ist überaus zahlreich in sämtlichen kapitalistischen Ländern; ihre Existenz und ihre besondere Lage wird von der Bourgeoisie und den der Internationale angehörenden ‚Sozialisten‘ vertuscht, die die Arbeiter zum Teil bewußt betrügen und zum Teil blind den gewohnten gangbaren Anschauungen unterliegen und dieselben mit der allgemeinen Masse der ‚Bauernschaft‘ allgemein in einen Topf werfen.“

„Drittens das Kleinbauerntum, d. h. die kleinen Bodenbesitzer, die im Besitze oder Pachtrecht derart kleiner Landteile sind, daß sie gerade die Bedürfnisse für ihre Familie und ihre Wirtschaft ausbringen und nicht zur Anstellung fremder Arbeitskraft schreiten. Diese Schicht wird durch einen Sieg des Proletariats unbedingt gewinnen.“

„Zusammengenommen stellen diese drei vorstehend bezeichneten Gruppen in allen Ländern die Mehrheit der Landbevölkerung dar. Deshalb ist der endgültige Erfolg des proletarischen Umsturzes gesichert, nicht nur in den Städten, sondern auch auf dem Lande ...“

Eine der wichtigsten Voraussetzungen der wirklichen Bolschewisierung unserer Parteien bildet die auf die praktische Durchführung dieser Resolution gerichtete ernsthafte systematische Arbeit. Es ist vor allen Dingen notwendig, daß jeder kommunistische Proletarier diese Resolution kennt und versteht; es ist weiter notwendig, daß alle Parteien der Komintern die Verankerung in den Massen der in dieser Resolution niedergelegten Anschauungen und die praktische Tätigkeit in der Richtung ihrer Verwirklichung, zum Mittelpunkt ihrer wichtigsten Ausgaben machen. Es muß offen eingestanden werden, daß die Mehrheit der kommunistischen Parteien an diese Arbeit noch nicht ernsthaft herangetreten ist.

XX. Die Bolschewisierung und die proletarische Politik in der nationalen Frage.

Die nationale Frage in den Kolonial- und Halb-Kolonial-Ländern – übrigens nicht nur in diesen – ist, soweit die Bauernschaft in diesen Ländern, die Mehrheit der Bevölkerung darstellt, in erheblichem Maße eine Bauernfrage. Die Durchführung der bolschewistischen Politik in der Kolonialfrage ist ohne eine richtige Einstellung zur nationalen Frage überhaupt unmöglich. Die Erfahrung der letzten Jahre hat gezeigt, daß die Kommunisten in verschiedenen Ländern, unter verschiedenen Situationen, immer wieder den Fehler der Unterschätzung der nationalen Frage begehen, – einen Fehler, der die Kommunisten der Möglichkeit beraubt, erhebliche, zuweilen ausschlaggebende Schichten der Bevölkerung für sich zu gewinnen. Nihilismus und Gleichgültigkeit in der nationalen Frage (oder gar Konzessionen in den „Großmächts“-Standpunkt^{*)}) haben der Kommu-[27]nistischen Partei Deutschlands und einigen Balkansektionen der Komintern, desgleichen der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei, den Kommunisten Indiens, den polnischen Kommunisten, der Kommunistischen Partei Englands usw. nicht wenig Schaden zugefügt.

Die Resolution des II. Weltkongresses zur nationalen Frage, wie auch die späteren Beschlüsse der Kommunistischen Internationale geben den Kommunisten der ganzen Welt in dieser Hinsicht hinreichend klare theoretische und taktische Richtlinien. Ohne richtige Politik in der nationalen Frage keine Bolschewisierung.

Teil 5

Die konkreten Aufgaben der einzelnen Parteien.

XXI. Die konkreten nächsten Ausgaben der einzelnen Parteien sind im Verein mit den Vertretern dieser Parteien noch ausführlicher zu formulieren.

Diese Ausgaben laufen auf annähernd folgende hinaus (unter Herausgreifung des Wichtigsten):

A. Für die Union der SSR. Hier läuft die Aufgabe der Bolschewisierung im gegenwärtigen Zeitpunkt in erster Linie auf folgendes hinaus:

1. Die endgültige Liquidierung des Trotzismus als einer Strömung innerhalb der Partei. Diese Liquidierung bildet die erste Voraussetzung zur Gewährleistung einer richtigen Politik der RKB in der Frage: a) des Verhältnisses zur Bauernschaft und b) der vollen Aufrechterhaltung der führenden Rolle der Partei im Staatsapparat und in den wirtschaftlichen Organen auch für die Dauer der jetzigen Periode der neuen ökonomischen Politik usw.

2. Bei der Durchführung der durchaus richtigen und durchaus zwangsläufigen Politik der Partei in der Bauernfrage alle Maßnahmen zu ergreifen, um (übrigens mit Hilfe auch der Diktatur) systematisch die Elemente der sozialistischen Wirtschaft zu entwickeln und damit die ökonomische Basis der Diktatur des Proletariats sowie die Umwandlung Rußlands aus einem Lande der neuen ökonomischen Politik in ein sozialistisches Land zu befestigen.

B. In England hat die Kommunistische Partei, die in der Richtung ihrer Entwicklung zu einer kommunistischen Massenpartei die ersten ernsthaften Erfolge zu verzeichnen hat, die zentrale Ausgabe der Bolschewisierung in folgendem zu erblicken:

1. Die Arbeit in den Gewerkschaften. Insbesondere Beachtung der Minderheitsbewegung. Hineintragung in die Massen der marxistischen Anschauung über den Zusammenhang zwischen Wirtschaft und Politik. In Anbetracht der eigenartigen Wechselbeziehungen zwischen den englischen Gewerkschaften und der Labour Party ist in vielen Gewerkschaftskreisen der Eindruck entstanden, als ob die führende Rolle den Gewerkschaften gehöre, während die Führer der Labour Party gewissermaßen nur Exekutiv-Organen des Willens der Gewerkschaften seien, – während in Wirklichkeit die Dinge gerade umgekehrt liegen.

^{*)} „Großmächts“-Standpunkt ist der Standpunkt, von dem aus der Besitz von Kolonien, die Ausbeutung „kulturell tiefstehender“ Völker als das natürliche Recht der europäischen (weißen) „Herrennationen“ erscheint.

2. Die Agitation gegen die imperialistischen Stimmungen, die sich auch in der englischen Arbeiteraristokratie eingenistet haben (Kolonialfrage), insbesondere die gebührende Beachtung der irischen Frage.

3. Schaffung einer festgefügt zentralisierten Parteiorganisation und Liquidierung der dilettantischen Arbeitsweise.

4. Planmäßige Durchführung der Einheitsfronttaktik. [28]

C. In Frankreich läuft die Aufgabe der Bolschewisierung im gegenwärtigen Moment auf folgendes hinaus:

1. Die Kampagne für die Einheit der Gewerkschaften.

2 Die Arbeit zur Schaffung umfassenderer Massengewerkschaften überhaupt; Berücksichtigung der Tatsache, daß sich Frankreich in den letzten Jahren stark industrialisiert hat und seine Arbeiterklasse zahlenmäßig stark gewachsen ist. Die bestehenden Gewerkschaften dagegen sind zahlenmäßig vorerst überaus schwach.

3. Engster Kontakt der Partei mit der CGTU^{*)} um jeden Preis, auf der Grundlage der von der KI niedergelegten Grundsätze und Taktik.

4. Ungeachtet allen früheren französischen Traditionen, Schaffung einer fest organisierten kommunistischen Massenpartei. In die Partei sind weitere 40 bis 50.000 Mitglieder aufzunehmen.

5. Organisatorische Verankerung jenes Masseneinflusses, den die Partei auf die Pariser Arbeiter besitzt.

6. Unbedingte Hebung des Einflusses in den wichtigsten Industrie-Departements auf das Einflußniveau der Partei in Paris.

7. Einen ernsthaften Einfluß auf die Bauernschaft zu erlangen.

8. Antimilitaristische Propaganda, vor allem durch die Bauernschaft und die Kommunistische Jugend zu betreiben.

9. Den Arbeiter-Emigranten^{**)} ernsthafteste Aufmerksamkeit zu widmen.

10. Energische Arbeit in den Kolonien.

D. In Deutschland. Hier läuft die Aufgabe der Bolschewisierung in erster Linie auf folgendes hinaus:

1. Liquidierung der „linken“ Fehler in der Frage der Gewerkschaften, und zwar nicht nur in der Theorie, sondern auch in der Praxis.

2. Ausbau der gesamten Agitation und Propaganda der Partei auf konkreterer Grundlage, um jedwede Schwankungen in der Frage der Zulässigkeit von Teilforderungen auszumerzen.

3. Anwendung der Einheitsfronttaktik, die in der gegenwärtigen Situation (Enthüllung der Korruption der angesehensten Führer der Sozialdemokratie usw.) besonders fruchtbringend sein kann.

4. Größere Aufmerksamkeit der organisatorischen Erfassung der Massen gegenüber (nicht nur agitatorische Kampagnen, und agitatorische Kampagnen nicht nur in der Presse).

5. Größere Aufmerksamkeit gegenüber der Arbeit unter den kleinen Beamten, Angestellten usw.

6. Praktische Behandlung der Frage der Arbeit unter der Bauernschaft.

7. Propagierung der Losung „Arbeiter- und Bauern-Regierung“ in der Fassung des 5. Weltkongresses, d. h. im revolutionären Sinne, die jede opportunistische Auslegung der Parole ausschließt.

^{*)} CGTU = Consederation Generale du Travail Unitaire, der rote Gewerkschaftsbund in Frankreich.

^{**)} Arbeiter-Emigranten, d. h. eingewanderte fremde Arbeiter (Polen, Tschechen, Deutsche).

8. Alle Maßnahmen zu ergreifen zur Sicherung einer gesunden innerparteilichen Entwicklung, sowie zur Beseitigung aller Auswirkungen des vorausgegangenen Fraktionskampfes. Feste Sicherung der Parteieinheit gegen irgendwelche neuen Fraktionstreibereien.

9. Den weiteren Kampf gegen neue Abweichungen gilt es jetzt, da die politische Linie der Partei auch organisatorisch genügend gefestigt ist, zu führen vermittels einer breiten, ideologisch-politischen Aufklärungs-Kam-[29]pagne, der Schulung neuer Funktionäre, der systematischen Erweiterung der aktiven Parteikaders, sowie der energischen Heranziehung und Assimilierung wie früher und mehr als bisher der besten Kräfte auch aus den früheren oppositionellen Elementen in der Arbeit, soweit diese Genossen für eine loyale Mitarbeit im Geiste der Beschlüsse der Partei gewonnen werden können.

10. Die politische Linie der Partei unter Einhaltung der Methoden der innerparteilichen Demokratie durchzuführen und systematisch eine breite Aufklärungsarbeit zu betreiben, um vermittelst der Diskussion die breiten Kreise der Parteimitglieder von der Richtigkeit der von der Partei eingeschlagenen Linie zu überzeugen.

E. Die Tschechoslowakei. Die Arbeit der Bolschewisierung läuft hier vor allem auf folgendes hinaus:

1. Erhöhung der Kampffähigkeit der Partei, Ausmerzung des parlamentarisch-munizipalen^{*)} Opportunismus und überhaupt Liquidierung der rechten Tendenzen in der Partei (Leute vom Schlage Bubniks).

2. Nicht in Worten, sondern durch die Tat die Kampagne für den Zusammenschluß aller Gewerkschaftsverbände zu führen.

3. Zu lernen, konzentrierte politische Kampagnen zu führen, unter Steigerung und Weiterentwicklung der Losungen je nach der Zunahme der Bewegung.

4. Unter Aufbietung aller Kräfte auf der Grundlage einer bolschewistischen Linie die Einmütigkeit in Organisationen wie Prag, Kladno, Brünn usw. herbeizuführen.

5. Unvergleichlich größere Aufmerksamkeit der Jugendbewegung gegenüber.

6. Eine kühnere revolutionäre Behandlung der nationalen sowie der Bauernfrage und größere Aufmerksamkeit gegenüber der organisatorischen Arbeit auf diesem Gebiete.

7. Besondere Aufmerksamkeit gegenüber der Schaffung von Parteikadern mit entsprechender leninistischer Stählung.

F. Italien.

1. Noch größere Erhöhung der agitatorischen Einflußnahme der Partei auf die breitesten Schichten der Werktätigen, unter Durchbrechung des Rahmens der der Partei vom Faschismus aufgezwungenen Illegalität.

2. Zu lernen, systematische politische Kampagnen planmäßiger durchzuführen.

3. Tiefer in die Gewerkschaftsverbände einzudringen und den Kampf um die Einheit zu entwickeln, ungeachtet der Provokation der Reformisten, die mit dem Ausschluß der Mitglieder der Kommunistischen Partei begonnen haben.

4. Eine systematische Arbeit zur Schaffung, Festigung und Eroberung der Betriebsräte zu beginnen.

5. Sich nicht auf die Losung der Bauernausschüsse zu beschränken, sondern durch die Arbeiter und die fortgeschrittenen Bauern tatsächlich um jeden Preis in das Dorf einzudringen.

6. Größere Aufmerksamkeit den Fragen der marxistischen Ideologie gegenüber.

7. Kampf gegen alle ideologischen Abweichungen, gegen die doktrinäre theoretische Auffassung Bordigas und gegen den Reformismus der ökonomischen Theorie von Graziadei. [30]

^{*)} Munizipal = kommunal, die Gemeinden betreffend.

G. Polen.

1. Ungeachtet der unerhört schweren Umstände des Terrors und der Provokation tiefer in die Gewerkschaften einzudringen und die Kampagne für die Einheit der Gewerkschaftsbewegung zu entwickeln.
2. Kühn und entschlossen ein für allemal die Linie in der nationalen und der Bauernfrage im Geiste des unverfälschten Leninismus gerade zu biegen.
- 3 Die unermüdlichste Aufmerksamkeit auf die Notwendigkeit zu lenken, die Elemente des revolutionären Organisationswesens in die sich immer mehr entwickelnde Bauernbewegung hineinzutragen,
4. Größere Aufmerksamkeit gegenüber der Schaffung einer einheitlichen zentralisierten Partei aus ihren verschiedenen nationalen Teilen auf der Grundlage einer richtigen nationalen Politik.

Die gleiche Aufgabe erhebt vor einer ganzen Reihe von Ländern, wie z. B. der Tschechoslowakei, Jugoslawien u. a.

H. Amerika.

1. Eine intensivere Arbeit in den Gewerkschaften, sowie eine organisatorische Verankerung unseres Einflusses auf dieselben (kommunistische Fraktionen).
2. Verschmelzung sämtlicher nationalen Gruppen der Partei zu einer wirklich einheitlichen Partei.
3. Größere Aufmerksamkeit gegenüber der Organisierung der bodenbeständigen Arbeiter.
4. Größere Aufmerksamkeit gegenüber der Agitation auf Grund der Alltagsnöte des Arbeiterlebens (Anwendung der Einheitsfronttaktik).

I. Balkan.

1. Beleuchtung der Bauern- und der nationalen Frage in ihrer konkreten Form auf dem Balkan wie auch der Rolle des Imperialismus in den Balkanländern vom Gesichtspunkt des Leninismus.
2. Ausnutzung der Erfahrungen der Bauern- und nationalen Bewegungen auf dem Balkan zwecks Herbeiführung einer richtigen Einstellung zu den Bauern- und nationalen Organisationen.
3. Kampf um die Ueberwindung der Illegalität der Kommunistischen Parteien und der Klassenorganisationen der Arbeiter und Verbindung der legalen und illegalen Tätigkeit.
4. Aktivisierung der Parteien auf dem Gebiete des Kampfes für die unmittelbaren Forderungen der Massen.
5. Festigung der Kommunistischen Parteien unter den Verhältnissen der Illegalität. Steigerung ihrer Arbeiterbestände und Schaffung einheitlicher und energischer Leitungen. Erhöhte Zentralisierung und strengste Disziplin in den Parteien.
6. Festigung des Einflusses der Parteien in den Gewerkschaften und Genossenschaften. Kampf für die Einheit der Gewerkschaftsbewegung.
7. Ueberwindung des Fraktionskampfes durch Festlegung einer richtigen politischen Linie der Kommunistischen Parteien in Uebereinstimmung mit der KI und durch methodisches Aufbieten der Parteimassen (Jugoslawien).
8. Koordinierung^{*)} der Aktionen der Kommunistischen Parteien durch Festigung der kommunistischen Balkanföderation. [31]

XXII. Bolschewisierung und antimonarchistische Agitation.

Falsch ist die Ablehnung einer antimonarchistischen Agitation aus dem Grunde, weil unter der Aegide der Monarchie tatsächlich die Bourgeoisie regiert. Die Kommunisten haben die Losung: „Nieder mit der Monarchie“ sowohl in England als auch in Italien und den Balkanländern usw.

^{*)} Koordinierung = Zusammenfassung, Zusammenarbeit.

aufzustellen, aber auch in Deutschland haben die Kommunisten zu verstehen, ihre antimonarchistische Agitation mit dem wirtschaftlichen und politischen Tageskampf zu verknüpfen. Der Bolschewismus besteht nicht darin, daß man auf die republikanisch-demokratische Agitation gegen die Monarchie verzichtet, sondern darin, daß man es versteht, diese Agitation mit sozialistischen Forderungen zu verknüpfen und den Prozeß des Umschlagens der revolutionär-demokratischen Bewegungen in sozialistische zu fördern.

XXIII. Das zahlenmäßige Wachstum einer Reihe kommunistischer Partei

In einer Reihe von Ländern – Frankreich, Deutschland, England, Tschechoslowakei, Italien, Schweden, Norwegen, Holland und Amerika – wirken die kommunistischen Parteien heute unter Verhältnissen, unter denen die Zahl ihrer Mitglieder durchaus erheblich hätte vermehrt werden können und vermehrt werden muß. Eine solche zahlenmäßige Zunahme (deren Bedeutung von den Parteiführern zuweilen unterschätzt wird), würde die Bolschewisierung der Parteien nicht nur nicht verhindert, sondern sie im Gegenteil gefördert haben.

Jene Parteien, die gezwungen sind, unter illegalen Verhältnissen zu arbeiten, müssen alle Mittel anwenden, um durch die sorgfältige Ausnützung jeder legalen Möglichkeit ihren organisierten Einfluß auf die breitesten Schichten der Arbeiter und Bauern auszubreiten bzw. zu vergrößern. Wenn auch jede konstitutionelle Illusion, d. h. die Illusion, daß eine illegale Organisation, eine legale Tätigkeit durch die Bourgeoisie geduldet wird, äußerst schädlich ist, so müssen die illegalen Parteien dennoch jede sogar vorübergehende Gelegenheit ausnützen, um die sympathisierenden Arbeiter in – wenn auch noch so losen – Organisationen zu verbinden und für die Partei legale Formen der Agitation und Propagandatätigkeit zu sichern.

Teil 6.

Die Bolschewisierung und die Organisationsfragen.

XXIV. Die Bolschewisierung und die Organisationsfragen.

Die wichtigste Voraussetzung der Bolschewisierung ist eine richtige, zur Eroberung der Massen führende bolschewistische Politik. Ohne richtige, bolschewistische Politik, die vor allem ein richtiges Wechselverhältnis zwischen der Partei und der gesamten Klasse, zwischen der Partei und den parteilosen Arbeitern herstellt, wird keinerlei organisatorische Form zum Ziele führen. Aber auch die beste Politik einer Kommunistischen Partei wird nicht an die gesamte Parteimitgliedschaft und durch diese an die Arbeitermassen gelangen können, wenn der Partei nicht eine straffe, gut angepaßte Organisation zur Verfügung steht. Der Leninismus hat auf Grund revolutionärer Erfahrung ein ganzes System von Gesichtspunkten auch in den organisatorischen Fragen ausgearbeitet, die für die Bolschewisierung der Parteien große Bedeutung besitzen.

Die Haupt- und Grundform der Organisation jeder bolschewistischen Partei ist die *Parteizelle* im Betriebe. Das alte, von der Sozialdemokratie übernommene Organisationsprinzip, nach dem die Partei auf der Grundlage der Wahlkreise in Rücksicht auf die Bedürfnisse der Parlamentswahlen [32] aufgebaut wird, ist für die Kommunisten unannehmbar. Eine echte bolschewistische Partei ist unmöglich, wenn die Organisation in ihrer Grundlage nicht auf den Betriebszellen beruht.

Neben den Betriebszellen und der Arbeit in solchen Organisationen wie Gewerkschaften, Betriebsräten, Konsumgenossenschaften usw. kann und soll zur Bildung einer ganzen Reihe parteiloser Hilfsorganisationen geschritten werden: Mieter-, Arbeitslosen-, Kriegsteilnehmer-Organisationen usw. (mit kommunistischen Fraktionen in denselben). Die Bolschewisierung macht es erforderlich, daß unsere Parteien jede Gelegenheit ausnützen, um das organisatorische Netz möglichst dicht und vielmaschig zu gestalten. Es gilt, jede einzelne bedeutungsvolle Tagesfrage auszunutzen, um die eine oder andere Hilfsorganisation, mag sie auch eine noch so lockere oder „freie“ Organisation darstellen, ins Leben zu rufen, sofern sie überhaupt nur lebensfähig ist.

Die Initiative^{*)} zur Schaffung von derartigen Organisationen muß von den Parteileitungen ergriffen werden durch Parteimitglieder, die dann die Leitung dieser Organisationen in die Hände nehmen

^{*)} Initiative ergreifen = den Anstoß geben, die Sache einleiten.

müssen. Die Kommunisten haben in diesen Organisationen kommunistische Fraktionen zu bilden, welche Direktiven^{*)} seitens der Parteileitung erhalten.

Die begonnene Kampagne zur Umstellung unserer Parteien auf die Grundlage der Betriebszellen gilt es energisch fortzusetzen und in möglichst kurzer Frist zu beenden.^{**)}

Hierbei muß im Auge behalten werden, daß diese Umstellung an und für sich noch nicht die gesamte Bolschewisierung bedeutet. Es ist dies nur ein Teil derselben. Und noch mehr gilt es, daran zu denken, daß wir mit der Organisierung von Betriebszellen die Dinge erst in Angriff genommen haben, denn die Partei hat dafür Sorge zu tragen, dieser Zelle politisches Leben einzuhauchen, sie mit geschulten Führern, die vor allem in den Fabriken und Betrieben heranzuziehen sind, zu versehen, die Zelle anzuleiten, ihre gesamte Arbeit so zu leisten, daß sie immer größeren Einfluß auf die Massen in der Fabrik, im Betriebe, in der Werkstätte usw. zu gewinnen vermag.

Die betreffenden Parteileitungen müssen besondere Aufmerksamkeit der Arbeit der Zellen widmen, mit diesen eine enge Verbindung herstellen, sie instruieren, für sie Material ausarbeiten und verbreiten und sie zur Behandlung und Entscheidung aller politischen, ökonomischen und Parteifragen heranziehen.

XXV. Die Bolschewisierung und das Problem der Parteikaders.

Um eine bolschewistische Partei zu schaffen, muß man verstehen, im Laufe von Jahren entsprechend starke Parteikaders zu schmieden. Solche Kaders entstehen nicht nur auf dem Wege organisierter Wahlen, sondern in der Hauptsache durch die Auslese in der praktischen Arbeit. Der Prozeß der Auslese dieser Kaders erfordert lange Zeit. Von der Betriebszelle aufwärts bis zur Parteizentrale kann diese Auslese nur auf dem Wege einer langwährenden Erprobung im Kampfe geschehen. Eine der wichtigsten Aufgaben jeder kommunistischen Partei hat darin zu bestehen, auf das sorgfältigste die führenden Kaders aus der Zahl der fortgeschrittenen Arbeiter, die sich durch ihre Energie, ihr Wissen, ihre Geschicklichkeit und Ergebenheit der Partei gegenüber hervortun, auszulesen. Die kommunistischen Kaders der Arbeiterorganisatoren sind in dem Sinne zu erziehen, daß sie sich mit der Vorbereitung der Revolution nicht im „Neben-[33]berufe“ befassen, sondern daß sie im revolutionären Kampfe restlos aufgehen und voll und ganz zur Verfügung der Partei stehen. Der kommunistische Organisator und Kaderarbeiter darf nicht einem sozialdemokratischen „verantwortlichen“ Funktionär und Beamten gleichen. Der kommunistische Organisator hat unter den Massen – in der Fabrik, im Betriebe, im Bergwerk – zu leben und zu arbeiten und stets gewärtig zu sein, von der Partei plötzlich dahin versetzt zu werden, wohin dies die Interessen der Sache gebieten. Diesen Arbeitern gilt es, systematisch behilflich zu sein, wirkliche Organisatoren der Arbeitermassen, Partei- und Gewerkschaftsführer zu werden.

Die Bedeutung der Vorhut ist eine ungeheure. Indessen versteht es sich von selbst, daß nur die Vorhut und jene Parteikaders ihre geschichtliche Mission zu erfüllen vermögen, die nicht nur in Worten, sondern durch die Tat mit den breiten Massen Fühlung zu gewinnen verstehen. Das zu vergessen und sich abzuschließen bedeutet auszuhören, eine Vorhut zu sein.

Es muß unbedingt erreicht werden, daß die führenden Instanzen der Partei mehr und mehr Arbeitercharakter annehmen. Die Arbeiter-Führer gilt es, schonend zu behandeln, ihnen behilflich zu sein und die Möglichkeit zu verschaffen, an sich selbst zu arbeiten und sich selbst an immer umfangreicherer Arbeit zu überprüfen.

XXVI. Die Bolschewisierung und die Resolution des III. Weltkongresses der Komintern über Organisationsfragen.

Die Resolution des III. Weltkongresses über Organisationsfragen ist weit davon entfernt, verwirklicht zu sein. Einer ihrer wichtigsten Punkte betrifft die Notwendigkeit, die gesamte Arbeit so anzupacken,

^{*)} Direktiven = richtunggebende Weisungen.

^{**)} Es gibt jedoch Fälle, in denen diese Umstellung nicht forciert werden darf, z. B. bei kleinen Parteien großer Industrieländer.

daß jedes Parteimitglied eine bestimmte Arbeitsverpflichtung für die Partei hat und der gesamte Parteimechanismus zur Bewältigung der Arbeit nach und nach immer breitere Kreise von Kommunisten aus Reih und Glied heranzieht. Die Erweiterte Exekutive der Komintern erinnert nochmals besonders an diesen Punkt der Resolution und ist der Auffassung, daß seine praktische Befolgung eine der Voraussetzungen der Bolschewisierung ist.

Die Erweiterte Exekutive lenkt die Aufmerksamkeit der Kommunistische Parteien auf die Resolutionen, die der 5. Weltkongreß in der Organisationsfrage angenommen hat. Sie bestätigt ebenfalls die von der Organisationsberatung der Sektionen der KI angenommene Resolution und empfiehlt ihre restlose Durchführung.

XXVII. Die Bolschewisierung, die innerparteiliche Demokratie und die Disziplin.

Die bolschewistische Partei betrachtet die innerparteiliche Demokratie nicht vom Gesichtspunkte eines abstrakten „Grundsatzes“ aus. Sie stellt die Frage konkret. Die estnische oder die bulgarische Partei z. B. kann im gegenwärtigen Moment die innerparteiliche Demokratie nicht so anwenden, wie dies z. B. die französische oder die englische Kommunistische Partei vermag. Die deutsche Kommunistische Partei kann nicht ebenso handeln, wie die RKP (B.), z. B. in der Frage der Parteisäuberung und vor Aufnahmebedingungen in die Partei usw. Die Formen der innerparteilichen Organisation haben sich den ausschlaggebenden Interessen des Kampfes um die proletarische Diktatur unterzuordnen. Unter allen Verhältnissen aber hat die Kommunistische Partei eine gewisse Freiheit der innerparteilichen Kritik, einen Geist der Gleichheit der Parteimitglieder untereinander, eine Zuvorkommenheit der höheren Organe den ihnen unterstehenden Zellen gegenüber, das Prinzip der Wählbarkeit usw. zu wahren. Es entspricht dies den Interessen der Aktivisierung der gesamten Parteilasse, der Heranziehung aller niederen Organe und aller Zellen zur Mitarbeit am politischen und organisatorischen Leben der Partei, ebenso wie es die Erweckung der Initiative der Arbeiter in der Partei fördert.

[34] Eiserne proletarische Disziplin ist eine der wichtigsten Voraussetzungen der Bolschewisierung. Parteien, auf deren Banner „Diktatur des Proletariats“ steht, müssen sich klar sein, daß von einer siegreichen proletarischen Diktatur ohne eine eiserne Disziplin der Partei – jener Disziplin, die im Laufe von Jahren und Jahrzehnten erworben wird, keine Rede sein kann. Für die Bolschewiki handelt es sich nicht um die Wiederholung schablonenhafter sozialdemokratischer Phrasen über den Nutzen der Disziplin überhaupt, sondern darum, zu begreifen, daß man den Bürgerkrieg nicht führen, die politische Macht nicht erobern und die proletarische Diktatur nicht behaupten und befestigen kann ohne die allerstrengste, auf ideelle Einmütigkeit gegründete innere Disziplin, ohne welche der Erfolg im Bürgerkrieg von vornherein zum Scheitern verurteilt ist.

XXVIII. Die Bolschewisierung und der Parteiapparat.

Eine zentralisierte, fest geschlossene und stramm organisierte bolschewistische Partei ist unmöglich ohne einen entsprechenden Parteiapparat.

Gegenwärtig besitzen einige Sektionen der Komintern einen überaus schwerfälligen, unverhältnismäßig großen und daher häufig bürokratischen Parteiapparat. Andere wiederum haben fast gar keinen Parteiapparat.

Die Erweiterte Exekutive der KI beauftragt das Präsidium, gemeinsam mit dem Org-Büro und den Vertretern der entsprechenden Parteien eine Reihe von Maßnahmen auszuarbeiten, dahingehend, es den Parteien der Komintern zu ermöglichen, sich einen solchen Apparat zu schaffen, der den Interessen ihrer Arbeit entspricht.

XXIX. Die Bolschewisierung und die Selbstkritik.

Der Kampf gegen das, was Genosse Lenin „kommunistisches Prahlhänsetum“ nannte, gegen Selbstzufriedenheit und Einbildung in den Reihen der Kommunisten, ist eine der wichtigsten Voraussetzungen der Bolschewisierung. Eine gesunde Selbstkritik in den eigenen Reihen, die durch die Sorge um die Interessen der proletarischen Revolution eingegeben wird, ein Kampf gegen die Ueberschätzung unserer Kräfte und Erfolge (aber auch gegen kleinmütige Geiferei), eine realistische und nüchterne Abwägung der Kräfte des Gegners – ohne das alles gibt es keine wirkliche Bolschewisierung.

XXX. Die Planmäßigkeit der Arbeit und die Kontrolle der Ausführung.

In allen jenen Ländern, in denen die Arbeit der kommunistischen Parteien unter einigermaßen normalen Verhältnissen verläuft, ist es notwendig, einen allgemeinen Arbeitsplan auf ein halbes Jahr, ein Jahr usw. auszuarbeiten, um zu lernen, die Kräfte der Partei auf das im Vordergrund Stehende und Grundlegende zu konzentrieren.

Es ist eine Fülle von Fällen zu beobachten, in denen die zentralen und lokalen Organisationen eine ganze Reihe durchaus richtiger Beschlüsse fassen, es aber nicht verstehen, deren praktische Durchführung zustande zu bringen. Die Kontrolle der Ausführung der gefaßten Beschlüsse muß unseren sämtlichen Organisationen in Fleisch und Blut übergehen. Lieber weniger Beschlüsse fassen, dafür aber deren praktische Ausführung um jeden Preis durchzusetzen. Lieber weniger, dafür aber besser.

Teil 7.

Die Bolschewisierung und die internationale Führung.

Die Schaffung einer einheitlichen, auf der Grundlage des demokratischen Zentralismus aufgebauten kommunistischen Weltpartei erfordert ernste Anstrengungen seitens aller der Komintern angeschlossener Sektionen.

Die Bolschewisierung ist unvereinbar mit separatistischen und födera-[35]listischen^{*)} Tendenzen. Die Weltpartei des Leninismus muß fest zusammengeschweißt sein, nicht durch mechanische Disziplin, sondern durch die Einheit des Willens und der Aktion der Partei. Autonomismus, Gruppensektiererei und Zirkelpsychologie müssen unter allen Umständen ausgemerzt werden. Jede der Parteien der Komintern hat für die Sache der internationalen Führung ihre besten Kräfte herzugeben. Den breitesten Massen muß zum Bewußtsein gebracht werden, daß in der gegenwärtigen Epoche ernste wirtschaftliche und politische Schlachten der Arbeiterklasse nur gewonnen werden können, wenn sie in allen Entscheidungen von einem Zentrum aus in internationalem Maßstabe geleitet werden.

[37]

^{*)} Föderalistische Tendenzen sind Bestrebungen, die die Partei in eine lose Zusammenfassung einzelner selbständiger Gruppen verwandeln wollen.

Anhang.

Bedingungen der Aufnahme in die Kommunistische Internationale.

(Beschlossen vom II. Weltkongreß, Moskau, Juli/August 1920)

Der erste Kongreß der Kommunistischen Internationale hat keine genauen Bedingungen für die Aufnahme in die III. Internationale aufgestellt. Bis zum Augenblick der Einberufung des 1. Kongresses existierten in den meisten Ländern bloß kommunistische Richtungen und Gruppen.

Unter anderen Verhältnissen tritt der 2. Kongreß der Kommunistischen Internationale zusammen. Zur Zeit gibt es in den meisten Ländern nicht nur kommunistische Strömungen und Richtungen, sondern kommunistische Parteien und Organisationen.

An die Kommunistische Internationale wenden sich nun oft Parteien und Gruppen, die noch vor kurzem zur II. Internationale gehörten, die jetzt in die III. Internationale eintreten wollen, die aber nicht in der Tat kommunistisch geworden sind. Die II. Internationale ist endgültig zerschlagen. Die Zwischenparteien und die Gruppen des „Zentrums“^{*)}, die die völlige Aussichtslosigkeit der II. Internationale einsehen, versuchen sich an die immer kräftiger werdende Kommunistische Internationale anzulehnen. Sie hoffen jedoch dabei eine solche „Autonomie“ zu bewahren, die ihnen die Möglichkeit gewährt, ihre frühere opportunistische oder „Zentrumspolitik“ weiterzuführen. Die Kommunistische Internationale wird gewissermaßen Mode.

Das Verlangen einiger führender Gruppen des „Zentrums“, in die III. Internationale einzutreten, ist eine indirekte Bestätigung dessen, daß die Kommunistische Internationale die Sympathie der überwiegenden Mehrheit der klassenbewußten Arbeiter der ganzen Welt erobert hat und daß sie eine mit jedem Tage immer mehr wachsende Macht wird.

Der Kommunistischen Internationale droht die Gefahr, durch wankelmütige und durch Halbheit sich auszeichnende Elemente verwässert zu werden, welche die Ideologie der II. Internationale noch nicht endgültig abgestreift haben.

Außerdem verbleibt In einigen großen Parteien (Italien, Schweden, Norwegen, Jugoslawien u. a.), deren Mehrheit auf dem Standpunkt des Kommunismus steht, bis zum heutigen Tage ein bedeutender reformistischer und sozialpazifistischer Flügel, der nur auf den Augenblick wartet, wieder das Haupt zu erheben, mit der aktiven Sabotage der proletarischen Revolution zu beginnen und dadurch der Bourgeoisie und der II. Internationale zu helfen.

[38] Kein einziger Kommunist darf die Lehren der ungarischen Räterepublik vergessen. Die Verschmelzung der ungarischen Kommunisten mit den sogenannten „linken“ Sozialdemokraten ist dem ungarischen Proletariat teuer zu stehen gekommen.

Infolgedessen erachtet es der 2. Kongreß der Kommunistischen Internationale für notwendig, die Bedingungen der Aufnahme von neuen Parteien ganz genau festzulegen, und diejenigen Parteien, die in die Kommunistische Internationale aufgenommen sind, auf die ihnen auferlegten Pflichten hinzuweisen.

Der 2. Kongreß der Kommunistischen Internationale stellt folgende Bedingungen der Zugehörigkeit zur Kommunistischen Internationale aus:

1. Die gesamte Propaganda und Agitation muß einen wirklich kommunistischen Charakter tragen und dem Programm und den Beschlüssen der Kommunistischen Internationale entsprechen. Alle Preßorgane der Partei müssen von zuverlässigen Kommunisten geleitet werden, die ihre Hingebung für die Sache des Proletariats bewiesen haben. Von der Diktatur des Proletariats darf nicht einfach wie von einer landläufigen eingepackten Formel gesprochen werden, sondern sie muß so propagiert werden, daß ihre Notwendigkeit jedem einfachen Arbeiter, Arbeiterin, Soldaten und Bauern

^{*)} Unter Zentrum ist hier natürlich nicht die deutsche Zentrumspartei, sondern das sozialistische „Zentrum“ zu verstehen, nämlich die Kautskyaner, USPD usw. D. Red.

verständlich wird aus den Tatsachen des täglichen Lebens, die von unserer Presse systematisch beobachtet und Tag für Tag ausgenutzt werden müssen.

Die periodische und nichtperiodische Presse und alle Parteiverlage müssen völlig dem Parteivorstand unterstellt werden, ohne Rücksicht darauf, ob die Partei in ihrer Gesamtheit in dem betreffenden Augenblick legal oder illegal ist. Es ist unzulässig, daß die Verlage ihre Selbständigkeit mißbrauchen und eine Politik führen, die der Politik der Partei nicht ganz entspricht.

In den Spalten der Presse, in den Volksversammlungen, in den Gewerkschaften, in den Konsumvereinen – überall, wohin sich die Anhänger der III. Internationale Eingang verschaffen, ist es notwendig, nicht nur die Bourgeoisie, sondern auch die Helfershelfer, die Reformisten alter Schattierungen systematisch und unbarmherzig zu brandmarken.

2. Jede Organisation, die sich der Kommunistischen Internationale anschließen will, muß regelrecht und planmäßig aus allen mehr oder weniger verantwortlichen Posten der Arbeiterbewegung (Parteiorganisationen, Redaktion, Gewerkschaften, Parlamentsfraktionen, Genossenschaften, Kommunalverwaltungen) die reformistischen und Zentrumsleute entfernen und sie durch bewährte Kommunisten ersetzen, ohne sich daran zu stoßen, daß besonders im Anfang an die Stelle von „erfahrenen“ Opportunisten einfache Arbeiter aus der Masse gelangen.

3. Fast in allen Ländern Europas und Amerikas tritt der Klassenkampf in die Phase des Bürgerkrieges ein. Unter derartigen Verhältnissen können die Kommunisten kein Vertrauen zu der bürgerlichen Legalität haben. Sie sind verpflichtet, überall einen parallelen illegalen Organisationsapparat zu schaffen, der im entscheidenden Moment der Partei behilflich sein wird, ihre Pflicht gegenüber der Revolution zu erfüllen. In all den Ländern, wo die Kommunisten infolge des Belagerungszustandes und der Ausnahmegesetze nicht die Möglichkeit haben, ihre gesamte Arbeit legal zu führen, ist die Kombinierung der legalen mit der illegalen Tätigkeit unbedingt notwendig.

4. Die Pflicht zur Verbreitung der kommunistischen Ideen schließt die besondere Verpflichtung zu einer nachdrücklichen systematischen Propaganda im Heere in sich. Wo diese Agitation durch Ausnahmegesetze unterbunden wird, ist sie illegal zu führen. Der Verzicht auf eine solche Arbeit [39] würde einem Verrat an der revolutionären Pflicht gleichen und mit der Zugehörigkeit zur III. Internationale unvereinbar sein.

5. Es ist eine systematische und planmäßige Agitation auf dem flachen Lande notwendig. Die Arbeiterklasse vermag nicht zu siegen, wenn sie nicht die Landproletarier und wenigstens einen Teil der ärmsten Bauern hinter sich und die Neutralität eines Teils der übrigen Dorfbevölkerung durch ihre Politik gesichert hat. Die kommunistische Arbeit auf dem flachen Lande gewinnt gegenwärtig hervorragende Bedeutung. Sie muß vornehmlich mit Hilfe der revolutionären, kommunistischen Arbeiter der Stadt und des Landes geführt werden, die mit dem flachen Lande Verbindung haben. Der Verzicht auf diese Arbeit oder deren Uebergabe in unzuverlässige, halbreformistische Hände gleicht einem Verzicht auf die proletarische Revolution.

6. Jede Partei, die der III. Internationale anzugehören wünscht, ist verpflichtet, nicht nur den offenen Sozialpatriotismus, sondern auch die Unaufrichtigkeit und Heuchelei des Sozialpazifismus zu entlarven: den Arbeitern systematisch vor Augen zu führen, daß ohne revolutionären Sturz des Kapitalismus keinerlei internationale Schiedsgerichte, keinerlei Abkommen über Einschränkung der Kriegsrüstungen, keinerlei „demokratische“ Erneuerung des Völkerbundes imstande sein werden, neue imperialistische Kriege zu verhüten.

7. Die Parteien, die der Kommunistischen Internationale anzugehören wünschen, sind verpflichtet, den vollen Bruch mit dem Reformismus und mit der Politik des „Zentrums“ anzuerkennen und diesen Bruch in den weitesten Kreisen der Parteimitglieder zu propagieren. Ohne das ist eine konsequente kommunistische Politik nicht möglich.

Die Kommunistische Internationale fordert unbedingt und ultimativ die Durchführung dieses Bruches in kürzester Frist. Die Kommunistische Internationale vermag sich nicht damit abzufinden, daß

notorische Opportunisten, wie sie jetzt durch Turati, Kautsky, Hilferding, Hillquit, Longuet, Macdonald, Modigliani u. a. repräsentiert werden, das Recht haben sollen, als Angehörige der III. Internationale zu gelten. Das könnte nur dazu führen, daß die III. Internationale in hohem Maße der zugrundegegangenen II. Internationale ähnlich werden würde.

8. In der Frage der Kolonien und der unterdrückten Nationen ist eine besonders ausgeprägte und klare Stellung der Parteien in denjenigen Ländern notwendig, deren Bourgeoisie im Besitze von Kolonien ist und andere Nationen unterdrückt. Jede Partei, die der III. Internationale anzugehören wünscht, ist verpflichtet, die Kniffe „ihrer“ Imperialisten in den Kolonien zu entlarven, jede Freiheitsbewegung in den Kolonien nicht nur in Worten, sondern durch Taten zu unterstützen, die Verjagung ihrer einheimischen Imperialisten aus den Kolonien zu fordern, in den Herzen der Arbeiter ihres Landes ein wirklich brüderliches Verhältnis zu der arbeitenden Bevölkerung der Kolonien und zu den unterdrückten Nationen zu erziehen und in den Truppen ihres Landes eine systematische Agitation gegen jegliche Unterdrückung der kolonialen Völker zu führen.

9. Jede Partei, die der Kommunistischen Internationale anzugehören wünscht, muß systematisch und beharrlich eine kommunistische Tätigkeit innerhalb der Gewerkschaften, der Arbeiter- und Betriebsräte, der Konsumgenossenschaften und anderer Massenorganisationen der Arbeiter entfalten. Innerhalb dieser Organisationen ist es notwendig, kommunistische Zellen zu organisieren, die durch andauernde und beharrliche Arbeit die Gewerkschaften usw. für die Sache des Kommunismus gewinnen sollen. Die Zellen sind verpflichtet, in ihrer täglichen Arbeit überall den Verrat der Sozialpatrioten und die Wankelmütigkeit des „Zentrums“ zu entlarven. Kommunistischen Zellen müssen der Gesamtpartei vollständig untergeordnet sein. [40]

10. Jede der Kommunistischen Internationale angehörende Partei ist verpflichtet, einen hartnäckigen Kampf gegen die Amsterdamer „Internationale“ der gelben Gewerkschaftsverbände zu führen. Sie muß unter den gewerkschaftlich organisierten Arbeitern die Notwendigkeit des Bruches mit der gelben Amsterdamer Internationale nachdrücklichst propagieren. Mit allen Mitteln hat sie die entstehende internationale Vereinigung der roten Gewerkschaften, die sich der Kommunistischen Internationale anschließen, zu unterstützen.

11. Parteien, die der III. Internationale angehören wollen, sind verpflichtet, den persönlichen Bestand der Parlamentsfraktionen einer Revision zu unterwerfen, alle unzuverlässigen Elemente aus ihnen zu beseitigen, diese Fraktionen nicht nur in Worten, sondern in der Tat den Parteivorständen unterzuordnen, indem von jedem einzelnen Parlamentsmitglied gefordert wird, seine gesamte Tätigkeit den Interessen einer wirklich revolutionären Propaganda und Agitation zu unterwerfen.

12. Die der Kommunistischen Internationale angehörenden Parteien müssen auf der Grundlage des Prinzips des demokratischen Zentralismus aufgebaut werden. In der gegenwärtigen Epoche des verschärften Bürgerkrieges wird die Kommunistische Partei nur dann imstande sein, ihrer Pflicht zu genügen, wenn sie auf möglichst zentralistische Weise organisiert ist, wenn eiserne Disziplin in ihr herrscht, und wenn ihr Parteizentrum, getragen von dem Vertrauen der Parteimitgliedschaft, mit der Fülle der Macht, Autorität und den weitgehendsten Befugnissen ausgestattet wird.

13. Die kommunistischen Parteien derjenigen Länder, in denen die Kommunisten ihre Arbeit legal führen, müssen von Zeit zu Zeit Säuberungen (neue Registrierungen) des Bestandes ihrer Parteiorganisation vornehmen, um die Partei von den sich in sie einschleichenden kleinbürgerlichen Elementen systematisch zu säubern.

14. Jede Partei, die der Kommunistischen Internationale anzugehören wünscht, ist verpflichtet, einer jeden Sowjetrepublik in ihrem Kampfe gegen die konterrevolutionären Kräfte rückhaltlosen Beistand zu leisten. Die kommunistischen Parteien müssen eine unzweideutige Propaganda führen zur Verhinderung des Transports von Kriegsmunition an Feinde der Sowjetrepubliken; ferner müssen sie unter den zur Erdrosselung von Arbeiterrepubliken entsandten Truppen mit allen Mitteln, legal oder illegal, Propaganda treiben usw.

15. Parteien, die bisher noch ihre sozialdemokratischen Programme beibehalten haben, sind nun verpflichtet, in möglichst kurzer Zeit diese Programme zu ändern und, entsprechend den besonderen

Verhältnissen ihres Landes, ein neues kommunistisches Programm im Sinne der Beschlüsse der Kommunistischen Internationale auszuarbeiten. In der Regel muß das Programm jeder zur Kommunistischen Internationale gehörenden Partei von dem ordentlichen Kongreß der Kommunistischen Internationale oder dem Exekutivkomitee bestätigt werden. Im Fall der Nichtbestätigung des Programms einer Partei durch das Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale hat die betreffende Partei das Berufungsrecht an den Kongreß der Kommunistischen Internationale.

16. Alle Beschlüsse der Kongresse der Kommunistischen Internationale, wie auch die Beschlüsse ihres Exekutivkomitees, sind für alle der Kommunistischen Internationale angehörenden Parteien bindend. Die unter den Bedingungen des schärfsten Bürgerkrieges tätige Kommunistische Internationale muß bei weitem zentralisierter aufgebaut werden, als das in der II. Internationale der Fall war. Dabei müssen selbstverständlich die Kommunistische Internationale und ihr Exekutivkomitee in ihrer gesamten Tätigkeit den verschiedenartigen Verhältnissen Rechnung tragen, unter [41] denen die einzelnen Parteien zu kämpfen und zu arbeiten haben, und Beschlüsse von allgemeiner Gültigkeit nur in solchen Fragen fassen, in denen solche Beschlüsse möglich sind.

17. Im Zusammenhang damit müssen alle Parteien, die der Kommunistischen Internationale angehören wollen, ihre Benennung ändern. Jede Partei, die der Kommunistischen Internationale angehören will, hat den Namen zu tragen: „Kommunistische Partei“ des und des Landes (Sektion der III. Kommunistischen Internationale). Die Frage der Benennung ist nicht nur eine formelle, sondern in hohem Maße eine politische Frage von großer Wichtigkeit. Die Kommunistische Internationale hat der ganzen bürgerlichen Welt und allen gelben sozialdemokratischen Parteien den Krieg erklärt. Es ist notwendig, daß jedem einfachen Werktätigen der Unterschied zwischen den kommunistischen Parteien und den alten offiziellen „sozialdemokratischen“ und „sozialistischen“ Parteien, die das Banner der Arbeiterklasse verraten haben, klar ist.

18. Alle führenden Preßorgane der Parteien aller Länder sind verpflichtet, alle wichtigen offiziellen Dokumente der Exekutive der Kommunistischen Internationale abzudrucken.

19. Alle Parteien, die der Kommunistischen Internationale angehören oder einen Antrag auf Beitritt gestellt haben, sind verpflichtet, möglichst schnell, aber spätestens vier Monate nach dem 2. Kongreß der Kommunistischen Internationale einen außerordentlichen Parteitag einzuberufen, um alle diese Bedingungen zu prüfen. Dabei müssen die Zentralen dafür sorgen, daß allen Lokalorganisationen die Beschlüsse des 2. Kongresses der Kommunistischen Internationale bekannt werden.

20. Diejenigen Parteien, die jetzt in die III. Internationale eintreten wollen, aber ihre bisherige Taktik nicht radikal geändert haben, müssen vor ihrem Eintritt in die Kommunistische Internationale dafür sorgen, daß nicht weniger als zwei Drittel der Mitglieder ihres Zentralkomitees und aller wichtigen Zentralinstitutionen aus Genossen bestehen, die sich noch vor dem 2. Kongreß der Kommunistischen Internationale unzweideutig für den Eintritt der Partei in die III. Internationale öffentlich ausgesprochen haben. Ausnahmen sind zulässig mit Zustimmung der Exekutive der III. Internationale. Die Exekutive der Kommunistischen Internationale hat das Recht, auch für die im § 7 genannten Vertreter der Zentrumsrichtung Ausnahmen zu machen.

21. Diejenigen Parteiangehörigen, welche die von der Kommunistischen Internationale aufgestellten Bedingungen und Leitsätze grundsätzlich ablehnen, sind aus der Partei auszuschließen.

Dasselbe gilt namentlich von Delegierten zum außerordentlichen Parteitag.

*

Leitsätze über die Rolle der Kommunistischen Partei in der proletarischen Revolution.

(Beschlissen vom II. Weltkongreß, Moskau, Juli/August 1929.)

Das Weltproletariat steht vor entscheidenden Kämpfen. Die Epoche, in der wir jetzt leben, ist die Epoche der direkten Bürgerkriege. Die entscheidende Stunde naht. Fast in allen Ländern, wo es eine bedeutende Arbeiterbewegung gibt, steht die Arbeiterklasse vor einer Reihe erbitterter Kämpfe mit der Waffe in der Hand. Mehr als jemals braucht die Arbeiterklasse straffe Organisation. Unermüdlich

muß sich jetzt die Arbeiterklasse für diese Kämpfe vorbereiten, ohne eine einzige Stunde der kostbaren Zeit zu versäumen.

[42] Hätte die Arbeiterklasse während der Pariser Kommune (1871) eine straffe, wenn auch kleine Kommunistische Partei gehabt, so würde der erste heroische Ausstand der französischen Proletarier viel stärker ausgefallen sein, und viele Irrtümer und Schwächen hätten vermieden werden können. Die Kämpfe, die dem Proletariat jetzt in einer anderen historischen Situation bevorstehen, werden viel schicksalsschwerer sein, als im Jahre 1871.

Der 2. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale macht daher die revolutionäre Arbeiterschaft der ganzen Welt auf folgendes aufmerksam:

1. Die Kommunistische Partei ist ein Teil der Arbeiterklasse, und zwar der vorgeschrittenste, klassenbewußteste und daher revolutionärste. Die Kommunistische Partei wird auf dem Wege der natürlichen Auslese der besten klassenbewußtesten, selbstaufopfernden, weitsichtigen Arbeiter geschaffen. Die Kommunistische Partei hat keine von den Interessen der gesamten Arbeiterklasse abweichenden Interessen. Die Kommunistische Partei unterscheidet sich von der gesamten Arbeitermasse dadurch, daß sie eine Uebersicht über den ganzen historischen Weg der Arbeiterklasse in ihrer Gesamtheit hat und bestrebt ist, auf allen Biegungen dieses Weges nicht die Interessen einzelner Gruppen oder einzelner Berufe zu verteidigen, sondern die Interessen der Arbeiterklasse in ihrer Gesamtheit. Die Kommunistische Partei ist der organisatorisch-politische Hebel, mit dessen Hilfe der fortgeschrittenste Teil der Arbeiterklasse die gesamte Masse des Proletariats und des Halbproletariats auf den richtigen Weg lenkt.

2. Bis zu der Zeit, wo die Staatsmacht vom Proletariat erobert worden ist und das Proletariat seine Herrschaft ein für allemal gefestigt und vor bürgerlicher Restauration gesichert hat – bis dahin wird die Kommunistische Partei in ihren organisierten Reihen nur die Minderheit der Arbeiter haben. Bis zur Ergreifung der Macht und in der Uebergangszeit vermag die Kommunistische Partei unter günstigen Umständen einen ungeteilten geistigen und politischen Einfluß auf alle proletarischen und halbproletarischen Schichten der Bevölkerung auszuüben, vermag aber nicht, sie in ihren Reihen organisatorisch zu vereinigen. Erst nachdem die proletarische Diktatur so mächtige Einflußmittel, wie die Presse, die Schule, das Parlament, die Kirche, den Verwaltungsapparat usw. der Bourgeoisie aus den Händen gewunden haben wird, erst nachdem die endgültige Niederlage der bürgerlichen Ordnung für alle klar wird, – erst dann werden alle, oder fast alle Arbeiter beginnen, in die Reihen der Kommunistischen Partei einzutreten.

3. Die Begriffe Partei und Klasse müssen strengstens auseinandergehalten werden. Die Mitglieder der „christlichen“ und liberalen Gewerkschaften Deutschlands, Englands und anderer Länder sind zweifellos Teile der Arbeiterklasse. Die noch hinter Scheidemann, Gompers und Konsorten stehenden mehr oder minder bedeutenden Arbeiterkreise sind zweifellos Teile der Arbeiterklasse. Unter gewissen historischen Verhältnissen ist es sehr wohl möglich, daß die Arbeiterklasse von sehr zahlreichen reaktionären Schichten durchschossen ist. Die Ausgabe des Kommunismus besteht nicht in der Anpassung an diese zurückgebliebenen Teile der Arbeiterklasse, sondern darin, die gesamte Arbeiterklasse bis zum Niveau seines kommunistischen Vortrupps zu heben. Die Verwechslung dieser zwei Begriffe – Partei und Klasse – kann zu den größten Fehlern und zur Konfusion führen. So ist es z. B. klar, daß trotz der Stimmungen und der Vorurteile eines gewissen Teiles der Arbeiterklasse während des imperialistischen Krieges die Arbeiterpartei um jeden Preis diesen Stimmungen und Vorurteilen entgegenzutreten hatte, indem sie die historischen Interessen des Proletariats vertrat, die erforderten, daß die proletarische Partei Krieg dem Kriege erklären sollte.

So beriefen sich z. B. bei Beginn des imperialistischen Krieges im Jahr 1914 die Parteien der Sozialverräter aller Länder, indem sie die Bour-[43]geoisie ihres „eigenen“ Landes unterstützten, stets konsequent auf den entsprechend laufenden Willen der Arbeiterklasse. Sie vergessen dabei, daß, selbst wenn es so wäre, es die Ausgabe der proletarischen Partei bei solcher Lage der Dinge sein müßte, den Stimmungen der Mehrheit der Arbeiter entgegenzutreten und trotz alledem die historischen Interessen des Proletariats zu vertreten. So verwarfen zu Beginn des 20. Jahrhunderts die russischen

Menschewiki jener Zeit (die sog. Oekonomisten) den offenen politischen Kampf gegen den Zarismus mit der Begründung, die Arbeiterklasse in ihrer Gesamtheit sei zum Verständnis des politischen Kampfes noch nicht reif geworden.

So berufen sich immer die rechten Unabhängigen Deutschlands in allen ihren Halbheiten darauf, daß die „Massen das wünschen“ – ohne zu verstehen, daß die Partei dazu da ist, um den Massen voranzugehen und ihnen den Weg zu zeigen.

4. Die Kommunistische Internationale hält beharrlich an der Ueberzeugung fest, daß der Zusammenbruch der alten „sozialdemokratischen“ Parteien der II. Internationale unter keinen Umständen als Zusammenbruch des proletarischen Parteiwesens überhaupt dargestellt werden darf. Die Epoche des direkten Kampfes um die Diktatur des Proletariats bringt eine neue Partei des Proletariats zur Welt: – die Kommunistische Partei.

5. Die Kommunistische Internationale verwirft auf das entschiedenste die Ansicht, als könne das Proletariat seine Revolution vollziehen, ohne eine selbständige politische Partei zu haben. Ein jeder Klassenkampf ist ein politischer Kampf. Das Ziel dieses Kampfes, der sich unvermeidlich in einen Bürgerkrieg verwandelt, ist die Eroberung der politischen Macht. Indessen kann die politische Macht nicht anders ergriffen, organisiert und geleitet werden, als durch irgendeine politische Partei. Nur in dem Fall, wenn das Proletariat als Führer eine organisierte und erprobte Partei mit streng ausgeprägten Zielen und mit handgreiflich ausgearbeitetem Programm über die nächsten Maßnahmen sowohl auf dem Gebiet der inneren als auch der äußeren Politik hat, wird die Eroberung der politischen Macht nicht als zufällig erscheinen, sondern sie wird als Ausgangspunkt dienen zu einem dauernden kommunistischen Ausbau der Gesellschaft durch das Proletariat.

Derselbe Klassenkampf erfordert gleichfalls die zentrale Zusammenfassung und die gemeinsame Leitung der verschiedenartigen Formen der proletarischen Bewegung (Gewerkschaften, Konsumvereine, Betriebsräte, Bildungsarbeit, Wahlen u. dergl.).

Ein derartiges zusammenfassendes und leitendes Zentrum vermag nur eine politische Partei zu sein. Der Verzicht, eine solche zu schaffen und zu stärken, sich einer solchen unterzuordnen, bedeutet den Verzicht auf die Einheitlichkeit in der Führung der einzelnen Kampftrupps des Proletariats, die auf den verschiedenen Kampfplätzen vorgehen. Der Klassenkampf des Proletariats erfordert eine konzentrierte Agitation, welche die verschiedenen Etappen des Kampfes von einem einheitlichen Standpunkt beleuchtet und die Aufmerksamkeit des Proletariats in jedem betreffenden Augenblick auf bestimmte, der gesamten Klasse gemeinsame Aufgaben lenkt. Das kann ohne einen zentralisierten politischen Apparat, d. h. außerhalb einer politischen Partei, nicht durchgeführt werden.

Die von den revolutionären Syndikalisten und den Anhängern der Industriearbeiter der Welt (I. W. W.) betriebene Propaganda gegen die Notwendigkeit einer selbständigen Arbeiterpartei trug und trägt daher tatsächlich nur zur Unterstützung der Bourgeoisie und der gegenrevolutionären „Sozialdemokratie“ bei. In ihrer Propaganda gegen eine kommunistische Partei, die sie ausschließlich durch Gewerkschaften oder irgendwelche formlose „allgemeine“ Arbeiterunions ersetzen wollen, berühren sich Syndikalisten und Industrialisten mit unverhüllten Opportunisten.

[44] Die russischen Menschewiki haben nach der Niederlage der Revolution 1905 einige Jahre lang die Ideen des sogenannten Arbeiterkongresses gepredigt, der die revolutionäre Partei der Arbeiterklasse ersetzen sollte. Die „gelben Labouristen“ jeglicher Art in England und Amerika predigen den Arbeitern die Schaffung von formlosen Arbeiterverbänden oder verschwommenen, nur parlamentarischen Vereinigungen anstelle der politischen Partei und setzen gleichzeitig eine durchaus bürgerliche Politik in die Tat um. Die revolutionären Syndikalisten und Industrialisten wollen gegen die Diktatur der Bourgeoisie kämpfen, wissen aber nicht wie. Sie merken nicht, daß die Arbeiterklasse ohne selbständige politische Partei ein Rumpf ohne Kopf ist.

Revolutionärer Syndikalismus und Industrialismus bedeuten einen Schritt vorwärts nur im Vergleich mit der alten, dumpfen gegenrevolutionären Ideologie der II. Internationale. Im Vergleich aber mit dem revolutionären Marxismus, d. h. mit dem Kommunismus, bedeuten Syndikalismus und

Industrialismus einen Schritt rückwärts. Die Erklärung der „linken“ KAPD auf ihrem Gründungsparteitag im April, daß sie eine Partei gründe, aber „keine Partei im überlieferten Sinne“, bedeutet eine geistige Kapitulation vor denjenigen Anschauungen des Syndikalismus und Industrialismus, die reaktionär sind.

Allein durch den Generalstreik, durch die Taktik der gekreuzten Hände, kann die Arbeiterklasse nicht den Sieg über die Bourgeoisie davontragen. Das Proletariat muß zum bewaffneten Aufstand greifen. Wer das verstanden hat, wird auch begreifen müssen, daß dazu eine organisierte politische Partei nottut und formlose Arbeiterunionen nicht genügen.

Die revolutionären Syndikalisten sprechen oft von der großen Rolle einer entschlossenen revolutionären Minderheit. Nun: eine wirklich entschlossene Minderheit der Arbeiterklasse, eine Minderheit, die kommunistisch ist, die handeln will, die ein Programm hat, die den Kampf der Massen organisieren will, ist eben die Kommunistische Partei.

6. Die wichtigste Aufgabe einer wirklich kommunistischen Partei besteht darin, immer in engster Fühlung mit den breitesten Schichten der Proletarier zu bleiben. Um das zu erreichen, können und sollen die Kommunisten auch in solchen Vereinigungen wirken, die nicht parteimäßig sind, die aber große Proletarierschichten umfassen, wie z. B. Kriegsbeschädigtenorganisationen in verschiedenen Ländern, Komitees der „Hands off Russia“ in England, proletarische Mietervereine usw. Besonders wichtig ist das russische Beispiel der sogenannten „parteilosen“ Arbeiter- und Bauernkonferenzen. Solche Konferenzen werden in jeder Stadt, in jedem Arbeiterviertel und auch auf dem Lande organisiert. Bei den Wahlen zu diesen Konferenzen beteiligen sich die breitesten Massen auch der zurückgebliebenen Arbeiter. Auf die Tagesordnung werden die aktuellsten Fragen gestellt: Ernährungsfrage, Wohnungsfrage, militärische Fragen, Schulfrage, politische Ausgaben des Tages usw. Die Kommunisten beeinflussen diese „parteilosen“ Konferenzen auf das eifrigste – und mit größtem Erfolg für die Partei.

Die Kommunisten halten für ihre wichtigste Aufgabe die systematische organisatorisch-erzieherische Arbeit innerhalb dieser weiten Arbeiterorganisationen. Aber um eben diese Arbeit erfolgreich zu gestalten, um die Gegner des revolutionären Proletariats daran zu hindern, daß sie sich dieser weiten Arbeiterorganisationen bemächtigen, müssen die fortgeschrittenen kommunistischen Arbeiter stets ihre eigene, selbständige, geschlossene kommunistische Partei bilden, die stets organisiert vorgeht und die imstande ist, bei jeder Wendung der Ereignisse und bei allen Formen der Bewegung die allgemeinen Interessen des Kommunismus wahrzunehmen.

7. Die Kommunisten meiden keineswegs nicht parteigemäße Massenorganisationen der Arbeiter. Sie scheuen sich unter Umständen selbst dann [45] nicht, wenn sie einen ausgeprägt reaktionären Charakter tragen. (gelbe Verbände, christliche Verbände usw.), an ihnen teilzunehmen und sie auszunutzen. Die Kommunistische Partei führt innerhalb dieser Organisationen beständig ihre Arbeit und überzeugt die Arbeiter unermüdlich, daß die Idee der Parteilosigkeit als Prinzip von der Bourgeoisie und ihren Handlangern zielbewußt unter den Arbeitern gefördert wird, um die Proletarier vom organisierten Kampf für den Sozialismus abzulenken.

8. Die alte „klassische“ Einteilung der Arbeiterbewegung in drei Formen – Partei, Gewerkschaften und Genossenschaften – ist offenbar überholt. Die proletarische Revolution in Rußland hat die Grundform der proletarischen Diktatur – die Sowjets – geschaffen. Die Neueinteilung, der wir überall entgegengehen, ist: 1. Partei, 2. Sowjets, 3. Produktionsverband (Gewerkschaften). Aber auch die Arbeiterräte, wie auch die revolutionierten Produktionsverbände müssen beständig und systematisch von der Partei des Proletariats, d. h. von der Kommunistischen Partei, geleitet werden. Der organisierte Vortrupp der Arbeiterklasse ist die Kommunistische Partei – die in gleichem Maße die Kämpfe der gesamten Arbeiterklasse auf wirtschaftlichem wie politischem Gebiet wie auch auf dem Gebiet des Bildungswesens leiten muß, sowohl in den Produktionsverbänden und Arbeiterräten wie auch in allen anderen Formen der proletarischen Organisation.

Die Entstehung der Sowjets als historischer Grundform der Diktatur des Proletariats schmälert keineswegs die führende Rolle der Kommunistischen Partei in der proletarischen Revolution. Wenn von

den „linken“ Kommunisten Deutschlands (siehe ihren Aufruf an das deutsche Proletariat vom 14. April 1920, gezeichnet „Kommunistische Arbeiterpartei Deutschlands“) erklärt wird, „daß auch die Partei sich immer mehr dem Rätegedanken anpaßt und proletarischen Charakter annimmt* (K. A. Z. Nr. 54), so ist das ein verworrener Ausdruck der Idee, als müsse sich die Kommunistische Partei in den Räten auflösen, als könnten die Räte die Kommunistische Partei ersetzen.

Diese Idee ist grundfalsch und reaktionär.

In der Geschichte der russischen Revolution erlebten wir einen ganzen Abschnitt, als die Sowjets gegen die proletarische Partei marschierten und die Politik der Agenten der Bourgeoisie unterstützten. Dasselbe war auch in Deutschland zu beobachten. Das gleiche ist auch in anderen Ländern möglich.

Damit die Sowjets ihren geschichtlichen Ausgaben gerecht zu werden vermögen, ist im Gegenteil das Bestehen einer kräftigen Kommunistischen Partei notwendig, damit sie sich nicht einfach den Sowjets „anpaßt“, sondern damit sie in der Lage ist, diese selbst zu veranlassen, der „Anpassung“ an die Bourgeoisie und die weißgardistische Sozialdemokratie zu entsagen, damit sie vermittels der kommunistischen Fraktionen der Sowjets imstande ist, die Sowjets ins Schlepptau der Kommunistischen Partei zu nehmen.

Wer der Kommunistischen Partei den Vorschlag macht, sich den Sowjets „anzupassen“, wer in einer solchen Anpassung die Stärkung des „proletarischen Charakters der Partei“ sieht, der erweist sowohl der Partei wie den Sowjets einen höchst fraglichen Dienst, der begreift weder die Bedeutung der Partei noch die der Sowjets. Für die „Sowjetidee“ legen jetzt auch viele „Unabhängige“ und sogar Rechtssozialisten ein Lippenbekenntnis ab. Diesen Elementen verwehren, die Sowjetidee zu verdrehen, werden wir nur dann imstande sein, wenn wir eine starke Kommunistische Partei haben werden, die imstande ist, die Politik der Sowjets ausschlaggebend zu beeinflussen, die Sowjets hinter sich zu führen.

9. Die Arbeiterklasse benötigt die Kommunistische Partei nicht nur bis zur Eroberung der Macht, nicht nur während der Eroberung der Macht, sondern auch nach dem Uebergang der Macht in die Hände der Arbeiterklasse. [46] Die Geschichte der seit bald drei Jahren an der Macht stehenden Kommunistischen Partei Rußlands zeigt, daß die Bedeutung der Kommunistischen Partei nach Eroberung der Macht durch die Arbeiterklasse sich nicht verringert, sondern im Gegenteil außerordentlich zugenommen hat.

10. Am Tage der Eroberung der Macht durch das Proletariat bleibt seine Partei dennoch nach wie vor ein Teil der Arbeiterklasse. Das ist aber gerade derjenige Teil der Arbeiterklasse, der den Sieg organisierte: seit zwei Jahrzehnten, wie in Rußland, seit einer Reihe von Jahren, wie in Deutschland, führt die Kommunistische Partei ihren Kampf nicht nur gegen die Bourgeoisie, sondern auch gegen diejenigen „Sozialisten“, welche die Träger der bürgerlichen Beeinflussung des Proletariats sind; sie nahm in ihre Reihen die standhaftesten, weitsichtigsten und fortgeschrittensten Kämpfer der Arbeiterklasse auf. Nur bei Vorhandensein einer derartigen, geschlossenen Organisation der Elite der Arbeiterklasse ist es möglich, alle diejenigen Schwierigkeiten zu überwinden, die sich der Arbeiterdiktatur am Tage nach dem Siege in den Weg stellen.

In der Organisierung einer neuen, proletarischen, roten Armee, in der tatsächlichen Vernichtung des bürgerlichen Staatsapparates und in dessen Ersetzung durch Keime eines neuen proletarischen Staatsapparates, im Kampf gegen zünftlerische Tendenzen einzelner Arbeitergruppen, im Kampf gegen den Lokal- und Bezirks-„Patriotismus“, in der Anbahnung von Wegen für Schaffung einer neuen Arbeitsdisziplin, – auf all diesen Gebieten gehört das entscheidende Wort der Kommunistischen Partei. Ihre Mitglieder müssen durch das eigene Beispiel die Mehrheit der Arbeiterklasse anfeuern und führen.

11. Die Notwendigkeit einer politischen Partei des Proletariats fällt erst mit der völligen Vernichtung der Klassen weg. Auf dem Wege zu diesem endgültigen Siege des Kommunismus ist es möglich, daß die historische Bedeutung der drei Grundformen der proletarischen Organisation der Gegenwart (Partei, Sowjets und Produktionsverbände) sich verändern wird, und daß sich allmählich der einheitliche Typus der Arbeiterorganisation herauskristallisiert. Die Kommunistische Partei wird sich aber erst

dann vollständig in der Arbeiterklasse auflösen, wenn der Kommunismus aufhören wird, ein Kampfobjekt zu sein, und die gesamte Arbeiterklasse kommunistisch geworden ist.

12. Der 2. Kongreß der Kommunistischen Internationale bestätigt nicht nur die geschichtlichen Aufgaben der Kommunistischen Partei überhaupt, sondern sagt dem internationalen Proletariat, wenn auch in allgemeinen Umrissen, was für eine kommunistische Partei wir benötigen.

13. Die Kommunistische Internationale ist der Ansicht, daß besonders in der Zeit der Diktatur des Proletariats die Kommunistische Partei auf der Grundlage eines eisernen proletarischen Zentralismus ausgebaut werden muß. Um die Arbeiterklasse mit Erfolg in dem ausgebrochenen langwierigen und harten Bürgerkriege zu führen, muß die Kommunistische Partei in ihren eigenen Reihen eine eiserne, militärische Ordnung schaffen. Die Erfahrungen der Kommunistischen Partei, die im Verlauf von Jahren im russischen Bürgerkriege die Führung der Arbeiterklasse hatte, haben gezeigt, daß ohne die strengste Disziplin, ohne vollendeten Zentralismus und ohne volles kameradschaftliches Vertrauen aller Parteiorganisationen zu der leitenden Parteizentrale der Sieg der Arbeiter unmöglich ist.

Die Kommunistische Partei muß auf der Grundlage des demokratischen Zentralismus aufgebaut werden. Das Hauptprinzip des demokratischen Zentralismus bildet die Wählbarkeit der oberen Parteizelle durch die untersten, die unbedingte und unerläßlichste Verbindlichkeit aller Vorschriften der übergeordneten Instanz für die untergeordnete und das Vorhandensein eines starken Parteizentrums, dessen Autorität allgemein anerkannt ist [47] für alle, führenden Parteigenossen in der Zeit von einem Parteitag bis zum andern.

15. Eine Reihe kommunistischer Parteien Europas und Amerikas ist infolge des von der Bourgeoisie gegen die Kommunisten verhängten Belagerungszustandes gezwungen, eine illegale Existenz zu führen. Man muß dessen eingedenk sein, daß man bei einer derartigen Lage der Dinge mitunter gezwungen ist, von der strengen Durchführung des Prinzips der Wählbarkeit abzusehen und den leitenden Parteienrichtungen das Recht der Kooptierung (Vervollständigung) zu überlassen, wie das seinerzeit in Rußland der Fall gewesen ist. Unter dem Belagerungszustand kann die Kommunistische Partei sich nicht bei jeder ernstesten Frage des demokratischen Referendums bedienen (Antrag eines Teiles der amerikanischen Kommunisten), sie ist vielmehr gezwungen, ihrem leitenden Zentrum das Recht einzuräumen, im nötigen Augenblick wichtige Beschlüsse für alle Parteimitglieder zu fassen.

16. Die Propagierung einer weiten „Autonomie“ für die einzelnen lokalen Parteiorganisationen schwächt gegenwärtig nur die Reihen der Kommunistischen Partei, untergräbt ihre Aktionsfähigkeit und begünstigt die kleinbürgerlichen, anarchistischen, auflösenden Tendenzen.

17. In den Ländern, wo noch die Bourgeoisie oder die gegenrevolutionäre Sozialdemokratie an der Macht ist, müssen die Kommunistischen Parteien es lernen, die legale Tätigkeit planmäßig mit der illegalen zu verbinden. Dabei muß sich die legale Arbeit stets unter der tatsächlichen Kontrolle der illegalen Partei befinden. Die kommunistischen Parlamentsfraktionen, sowohl in den zentralen (Reichs-) wie in den lokalen (Landes- bzw. Gemeinde-) Staatsinstitutionen müssen voll und ganz der Kontrolle der Gesamtpartei unterstellt werden, – ganz abgesehen davon, ob die Gesamtpartei im gegebenen Augenblick legal oder illegal ist. Diejenigen Abgeordneten, die sich in irgendeiner Form der Partei unterzuordnen weigern, müssen aus den Reihen der Kommunisten ausgestoßen werden. Die legale Presse (Zeitung, Verlag) muß unbedingt der Gesamtpartei und ihrem Zentralkomitee unterstellt werden.

18. Die Grundlage der gesamten Organisationstätigkeit der Kommunistischen Partei muß überall die Schaffung einer kommunistischen Zelle sein, mag auch die Anzahl von Proletariern und Halbproletariern mitunter noch so gering sein. In jedem Sowjet, in jeder Gewerkschaft, in jedem Konsumverein, in jedem Betrieb, in jedem Einwohnerratsausschuß (Mieterrat), überall, wo sich auch nur drei Mann befinden, die für den Kommunismus eintreten, muß sofort eine kommunistische Zelle gegründet werden. Nur die Geschlossenheit der Kommunisten ist es, die dem Vortrupp der Arbeiterklasse die Möglichkeit gibt, die gesamte Arbeiterklasse hinter sich zu führen. Alle kommunistischen Parteizellen, die in den parteilosen Organisationen arbeiten, sind der Gesamtorganisation unbedingt untergeordnet,

ganz abgesehen davon, ob die Partei in dem betreffenden Moment legal oder illegal arbeitet. Die kommunistischen Zellen aller Art müssen einander untergeordnet sein auf der Grundlage der strengsten Rangordnung nach einem möglichst genauen System.

19. Die Kommunistische Partei entsteht fast überall als städtische Partei, als Partei von Industriearbeitern, die hauptsächlich in den Städten wohnen. Für den möglichst leichten und schnellen Sieg der Arbeiterklasse ist es notwendig, daß die Kommunistische Partei nicht nur die Partei der Städte, sondern auch die der Dörfer wird. Die Kommunistische Partei muß ihre Propaganda und ihre organisatorische Tätigkeit unter den Landarbeitern und den Klein- und Mittelbauern entfalten. Die Kommunistische Partei muß mit besonderer Sorgfalt auf die Organisation von kommunistischen Zellen auf dem flachen Lande hinarbeiten.

*

[48] Die internationale Organisation des Proletariats kann nur dann stark sein, wenn in allen Ländern, wo Kommunisten leben und kämpfen, sich die oben formulierten Anschauungen über die Rolle der Kommunistischen Partei festigen. Die Kommunistische Internationale hat zu ihrem Kongreß jede Gewerkschaft eingeladen, die die Prinzipien der 3. Internationale anerkennt und bereit ist, mit der gelben Internationale zu brechen. Die Kommunistische Internationale wird eine internationale Sektion der roten Gewerkschaften organisieren, die auf dem Boden des Kommunismus stehen. Die Kommunistische Internationale wird sich nicht weigern, mit jeder nicht-parteimäßigen Arbeiterorganisation zusammenzuarbeiten, wenn diese einen ernsten revolutionären Kampf gegen die Bourgeoisie führen will. Dabei wird aber die Kommunistische Internationale die Proletarier der ganzen Welt auf folgendes hinweisen:

1. Die Kommunistische Partei ist die Haupt- und Grundwaffe zur Befreiung der Arbeiterklasse. In jedem Lande dürfen wir jetzt nicht Gruppen oder Strömungen, sondern müssen wir eine Kommunistische Partei haben.
2. In jedem Lande soll nur eine einzige einheitliche Kommunistische Partei bestehen.
3. Die Kommunistische Partei soll nur auf dem Prinzip der strengsten Zentralisierung aufgebaut sein, und in der Epoche des Bürgerkrieges soll sie in ihren Reihen militärische Disziplin walten lassen.
4. Ueberall, wo es auch nur ein Dutzend von Proletariern oder Halbproletariern gibt, muß die Kommunistische Partei eine organisierte Zelle haben.
5. In jeder nicht-parteimäßigen Institution muß eine kommunistische Parteizelle bestehen, die der Gesamtpartei strengstens unterstellt ist.
6. Das Programm und die revolutionäre Taktik des Kommunismus jetzt und beharrlich beschützend, muß die Kommunistische Partei stets auf das engste mit den breiten Arbeiterorganisationen verbunden sein und das Sektierertum in demselben Maße meiden, wie die Prinzipienlosigkeit.

[1]

Die Internationale **Jahrgang 8 * Zum Reichsparteitag, 12. Juli 1925 * Sonderheft**

Zum 10. Parteitag.

Im Auftrage des Polbüros von Ernst Thälmann.

Die Situation, in welcher unser 10. Parteitag zusammentritt, ist äußerst kompliziert, verworren, unsicher, unstabil im einzelnen, dagegen ziemlich einfach in theoretischer Hinsicht, im allgemeinen.

Die „Stabilisierung“, von der so viel die Rede ist, zeigt sich in allgemeiner Hinsicht als eine Teilstabilisierung des kapitalistischen Weltsystems (Teilstabilisierung in geographischer, wie auch in ökonomischer und politischer Beziehung) bei Zunahme der allgemeinen Krise und Erweiterung der allgemeinen Widersprüche des Systems des niedergehenden, bereits um seine Existenz schwer ringenden Imperialismus.

Dagegen zeigt im einzelnen diese Periode eine Menge von Tendenzen und Erscheinungen, die miteinander im Widerspruch stehen, so daß auch bei sorgfältigster Analyse der Tatsachen, sowie der austretenden Tendenzen für diese Periode nur eins mit Gewißheit vorausgesagt werden kann: daß die Unsicherheit wächst, daß schroffe objektive Wendungen jeden Augenblick möglich sind, daß die einzelnen Konflikte und Widersprüche nicht „lösbar“ sind im Sinne ihrer Beseitigung und Aufhebung, sondern nur im Sinne ihrer erweiterten Reproduktion, daß neue Kriege ganz offensichtlich vorbereitet werden und daß diese „Stabilisierungs“-Periode eine Periode des Uebergangs zu neuen, scharfen Krisen des ganzen imperialistischen Systems darstellt.

Das ist der allgemeine Hintergrund, auf dem sich das Leben der Partei seit dem Frankfurter Parteitag abgespielt hat und zunächst noch abspielen wird.

Als 1921 der 3. Weltkongreß der Komintern eine Verlangsamung des Tempos der Revolution feststellte, wurde diese Feststellung häufig falsch, nämlich liquidatorisch, aufgefaßt. Die damalige „Stabilisierung“ hat nicht lange gedauert: die Ruhrbesetzung warf sie über den Haufen.

Nach den Herbststürmen des Jahres 1923 trat zum zweiten Male eine Periode der „Stabilisierung“ ein, und genau wie nach dem 3. Weltkongreß der Komintern frohlockte das Führergesindel der Zweiten Internationale: Halleluja, der Kapitalismus ist gerettet, die Weltrevolution ist begraben, das Heil der Welt bricht an, en gros und en detail geliefert aus den Kontoren der Großbanken zu New York und London und den Dunkelkammern der imperialistischen Diplomaten, sowie dem Stall des „Völkerbundsrats“.

Diese Freude wird höchstwahrscheinlich noch kürzer sein als die der Jahre 1921/1922. Die Ereignisse im Fernen Osten und in Marokko, die englische Linksentwicklung in der Arbeiterschaft, die gesteigerten Kriegs-[2]vorbereitungen der Imperialisten, die Stabilisierung der Sowjetunion und die Anzeichen für den ziemlich raschen Bankrott des Dawes-Plans lassen diesen Schluß zu.

Immerhin besteht in Deutschland zunächst noch eine Art Stabilisierung, und die Partei muß ernsthaft mit ihr rechnen.

Es ist von der Partei selber gesehen und anerkannt worden, daß sie eine Reihe von Fehlern gemacht hat, indem sie nicht früh genug die Tatsache dieser Stabilisierung in ihre Taktik einkalkuliert hat.

Die sozialdemokratischen Führer, die zu jeder Tageszeit und Nachtzeit von der Wiederherstellung des Vorkriegskapitalismus (mit festem Angestelltenverhältnis als Lakaien) träumen und „Voraussagen“ und „Analysen“ geben, von denen seit 1914 regelmäßig und ausschließlich das Gegenteil eintritt, haben über die Selbstkritik der Partei ein unmäßiges und triumphierendes Geschrei erhoben: „Wir habens schon immer gesagt!“ Sie werden diese Papageienphrase auch dann noch plappern, wenn sie als Weißgardisten im Exil sitzen; das ist schon so das Los der menschewistischen „Führer“.

Aber auch innerhalb der Partei sind von rechts und von „links“ Aeüßerungen getan worden, die im Grunde auf das gleiche hinauslaufen.

Wenn beispielsweise von rechts „festgestellt“ wird, daß die – viel zu spät eingetretene – taktische Schwenkung in bezug auf den „Volksblock“ und seine Regierungspolitik unvereinbar sei mit den Beschlüssen von Frankfurt, denn es sei doch „unmöglich“, daß vorher die andere Taktik auch im Einklang mit denselben Beschlüssen gewesen sei, so ist das ungefähr ein Grund wie dieser: es sieht nicht im Einklang mit dem kommunistischen Programm, die Diktatur des Proletariats zu schaffen; denn vorher war man doch für Tagesforderungen und sogar Reformen, und „plötzlich“ ist das alles anders!

Solche „Gründe“ sind lediglich der Ausfluß der Unfähigkeit, dialektisch zu denken; des Bestrebens, die alten, rechten, opportunistischen Sünden zu rechtfertigen und vielleicht auch, die alten rechten Freunde wieder zu Ehren und Einfluß zu bringen.

Die Partei muß solche „Kritik“ ablehnen. Nicht, daß sie Fehler gemacht hat, ist eine Rechtfertigung der Rechten, sondern daß sie diese Fehler trotz der Rechten korrigiert hat, ist eine Bestätigung für die wachsende Reise der Partei.

Andererseits wird von „links“ ganz ähnlich argumentiert: was hat sich eigentlich seit Frankfurt geändert, daß man die Frankfurter Grundsätze ändern müßte? – so sagen einige Genossen, die sich „radikal“ dabei vorkommen.

Die Rechten wollen die in Frankfurt von der Partei erkämpften Grundsätze ändern und die schönen alten Brandlerischen „Grundsätze“ an ihre Stelle treten lassen. Sie benutzen die – durchaus notwendige und leider viel zu spät ausgeführte – taktische Schwenkung der Partei zu diesem Taschenspielerkunststück.

Die Pseudo-„Linken“ dagegen haben so wenig von den Grundsätzen verstanden, daß sie die taktische Wendung – und solcher Wendungen wird es noch viele geben – für eine Aenderung der Grundsätze erklären, ganz wie die Rechten, und sich „grundsätzlich“ in ihrem unfruchtbaren „radikalen“ Winkel verschanzen: uns geht gar nichts an, was so in den Massen vorgeht, denn das ist nichts Reales nicht, real ist vielmehr nur unsere tiefe Erkenntnis vom Trägerischen alles Seins.

Die Brücke von diesen „Linken“ zu den Rechten bildet ein „Theoretiker“, der außerhalb unserer Partei steht: Paul Levi.

Wie im Zirkus ein guter Clown oft gerade durch seine Verzerrungen eine Dummheit besonders sinnfällig machen kann, so der neueste „Dreh“ des Herrn Doktor Levi aus Frankfurt: er „kritisiert“ nämlich hoheitsvoll die [3] taktische Wendung der KPD von „links“, als „opportunistisch“ – und so etwas haßt unser Sozialdemokrat Levi – und er zieht daraus den „Schluß“, daß die Kommunisten ... in die SPD gehen müßten, wo bekanntlich der Opportunismus keine Stätte benutzt.

Ein zweites Mißverständnis muß der Parteitag ebenfalls ganz erledigen.

Es wurde verschiedentlich bei der taktischen Schwenkung der Partei die Forderung erhoben, ein festes System, einen Atlas sozusagen der zulässigen Manöver anzugeben.

Das ähnelt dem Versuch, den im 16. Jahrhundert ein Philosoph, Raimundus Lullus, machte, der einen Denkatlas fabrizieren wollte: darauf sollten alle logischen „Gedanken“ stehen, und jeder neu auftauchende sollte durch geeignete Kombination der auf dem Atlas verzeichneten „erzeugt“ werden.

Derlei scholastische Versuche sindbarer Unsinn.

*

Aber in der Partei wurde außer jenem ganz gegenstandslosen Wunsch (nach Schematisierung der Taktik für die Zukunft, d. h. nach „ideellen“ spanischen Stiefeln für das höchst reale Leben) auch die Forderung erhoben, ein festes Programm, ein „Minimalprogramm“, für unsere Zeit – Epoche? oder nur Periode? – aufzustellen.

Auch das muß die Partei ablehnen.

Unsere Epoche ist, unbeschadet der Stabilisierungsperiode, die Epoche der proletarischen Revolution. In Deutschland steht historisch nur die proletarische, sozialistische Revolution auf der Tagesordnung.

Minimalprogramm – das ist ein System fester Forderungen für eine Epoche vor der proletarischen Revolution, die geeignet sind, die Ueberwindung dieser Epoche zu erleichtern.

Die Partei kann kein solches Minimalprogramm ausstellen. Denn sonst hieße das, daß sie für Deutschland eine Epoche vor der proletarischen Revolution als noch zu durchlaufen ansieht.

Die Partei kann und muß eine Reihe von allgemeinen Forderungen nennen, deren Gesamtheit noch nicht unser Maximalprogramm bildet, die aber geeignet sind, die Ueberwindung unserer „stabilisierten“ Uebergangsperioden unserer Epoche der proletarischen, der sozialistischen Revolution zu erleichtern.

Es gibt solche Forderungen, und die Partei hat schon in Frankfurt sich mit ihnen beschäftigt.

Aber die Partei darf aus ihnen kein starres Programm machen. Die Partei muß zwischen Programm und Aktionsprogramm unterscheiden. Aktionsprogramme kann man ändern: Sowohl der Situation entsprechend wie durch die Aktion selbst, die sie überwindet.

Deshalb ist es beispielsweise richtig gewesen, ein ganz enge „republikanisches Mindestprogramm“ von Forderungen anlässlich der Hindenburgwahl – leider viel zu spät – aufzustellen. Aber das ist kein Minimalprogramm, das ist ein Aktionsprogramm.

Ebenso ist es richtig, eine etwas weitergehende Reihe von Forderungen (politischer und wirtschaftlicher Art) aufzustellen, die geeignet sind, den Uebergang zur proletarischen Revolution und zur proletarischen Diktatur zu erleichtern.

Nicht richtig wäre es dagegen, aus ihnen ein „Programm“ zu machen im Sinne eines Minimalprogramms.

*

Erst recht unrichtig wäre es, die aktuellen Steuer- und Zollfragen in den Mittelpunkt eines „Programms“ zu setzen.

Der Parteitag muß sich mit diesen Fragen gründlich und ausführlich beschäftigen: die Steuer- und Zollfragen sind möglicherweise ein geeigneter [4] Hebel zur Mobilisierung breitester Massen und zum Beginn der Herstellung eines Klassenbündnisses zwischen Proletariat und kleinbürgerlichen Schichten.

Aber die Partei darf, auch wenn sie die Losung: „Die Lasten auf die Bourgeoisie, die Lasten auf die Besitzenden!“ mit aller Kraft zu verwirklichen sucht, weder sich noch dem Proletariat und den anderen ausgebeuteten Klassen die Illusion schaffen, als sei dieser Kampf der Kampf gegen den Dawespakt und als vermöge er eine „gerechte Lastenverteilung“ zu sichern. Diesen Steuer- und Zollkampf zum Anlaß nehmen, die allgemeinen politischen Fragen zu stellen und die Durchführungsmaßnahmen so propagieren, daß die Notwendigkeit der proletarischen Diktatur, der Kontrolle durch die Räte und des Rätestaates in die Augen springt, das muß die Partei leisten, wenn sie diese „Tageskämpfe“ organisiert und führt.

Die Sozialdemokraten wollen einen ausgedachten, „frei konkurrierenden“, tatsächlich längst überwundenen Kapitalismus „entwickeln“ und sind deshalb gegen Zölle (und, bei solcher Einstellung, natürlich, zu allen Kompromissen mit der Bourgeoisie bereit). Die Kommunisten sind gegen die Zölle, weil Schutzzölle ein wesentliches Mittel des imperialistischen Kapitalismus sind, sich aufrecht zu erhalten und mit seinen Gegnern zu konkurrieren. Die Sozialdemokraten wollen den Kapitalismus – wie sie ihn sich vorstellen – stärken und sind deshalb gegen Schutzzölle. Wir wollen den Kapitalismus zerstören, und sind gegen Schutzzölle, weil der Kapitalismus sie braucht.

*

Der zehnte Parteitag hat eine große Arbeit vor sich, die zum ersten Male ohne innerparteiliche Schwierigkeiten vor sich gehen wird.

Der Parteitag muß noch mehr, als seit Frankfurt geschah, die Partei zusammenschließen, noch mehr sie vereinheitlichen, noch energischer alle Fraktionen und Gruppen unmöglich machen.

Vor dem deutschen Proletariat stehen ungeheure Aufgaben. Jeden Tag kann ein kriegerischer Angriff auf die stabilisierte Sowjetunion erfolgen. Jeden Tag kann der reaktionäre Angriff der internationalen Bourgeoisie auf das deutsche Proletariat verschärft werden. Jeden Tag können neue innere Schwierigkeiten in Deutschland selbst ausbrechen,

Einheit der Gewerkschaftsbewegung, national und international, Zerstörung des Einflusses der Sozialpatrioten und Sozialfaschisten, der Reformisten aller Schattierungen und gesteigerter Einfluß der KPD, der Partei des Proletariats, bis zur Eroberung der Mehrheit der Arbeiterklasse und bis zur Gewinnung des Vertrauens breiter Schichten der Ausgebeuteten aus allen Klassen – das ist eine Hauptaufgabe, die der Parteitag stellen muß, und die die Partei zu lösen hat.

*

Parteitag der Bolschewisierung.

Von Ruth Fischer.

1. Wo stehen wir?

In wenigen Tagen findet der Reichsparteitag der Kommunistischen Partei Deutschlands statt. Seit fast drei Monaten diskutiert die gesamte Partei in den Bezirken und Unterbezirken alle jene Fragen, die durch die Tagung der Erweiterten Exekutive und durch den Gang der politischen Ereignisse in Deutschland auf die Tagesordnung gestellt sind. In den Funktionärblättern, zum Teil in den Tageszeitungen, ist diese Diskussion erweitert und vertieft worden. Die überwältigende Mehrheit der Partei hat sich bei diesen Diskussionen voll-^[5]ständig auf die Linie der Partei und der Kommunistischen Internationale gestellt. Der 10. Parteitag wird seine wesentlichsten Kräfte konzentrieren müssen auf die innere Konsolidierung und Festigung der KPD, auf die Schaffung eines bolschewistischen Führungskaders, eines unzerstörbaren, festen Kerns in der Partei, der allen Stürmen und Schwierigkeiten unserer gegenwärtigen Epoche gewachsen ist. Wir stellen diese Aufgabe dem Parteitag mit dem ganzen Ernst als die Aufgabe hin, deren Lösung im Mittelpunkt aller Fragen stehen muß. Aber es wäre ein Irrtum, diesen inneren Festigungsprozeß der Partei nur als eine begrenzte „innere“ Parteiangelegenheit zu betrachten. Die innere Festigung, Klärung und Stabilisierung der Kommunistischen Partei ist keineswegs nur eine Angelegenheit der kommunistischen Parteimitglieder, sondern eine Angelegenheit der gesamten Arbeiterklasse.

Nach den Niederlagen des Proletariats im Jahre 1923, nach der Unterwerfung der deutschen Bourgeoisie unter die Entente-Bourgeoisie durch den Dawes-Pakt hat sich alles in Deutschland verbündet: Bourgeoisie und ihr getreuer Helfershelfer, die Sozialdemokratie, um den Kommunismus in Deutschland auszurotten. Je mehr die Bourgeoisie im Oktober 1923 vor dem Sturm der proletarischen Revolution gezittert hat, desto energischer versucht sie in der Reaktionsperiode der Jahre 1924 und 1925 das Proletariat organisatorisch und ideologisch zu entwaffnen durch die Niederhaltung und Wehrlosmachung der Kommunistischen Partei Deutschlands. In der Periode zwischen 1918 und 1925 hat die deutsche revolutionäre Arbeiterschaft, haben die deutschen Kommunisten unzählige ihrer Besten als Opfer im Bürgerkriege gegen das Kapital gelassen. Die Jahre 1924 und 1925 sind die bitteren Kerker- und Zuchthausjahre der deutschen kommunistischen Partei, sind die Jahre, wo die deutsche kommunistische Partei einen Teil ihrer besten Kämpfer, auf lange Zeit hinter Gefängnis- und Zuchthausmauern verschwinden sieht.

Im Oktober und November des Jahres 1925 werden erst die letzten Prozesse wegen des Oktober 1923 stattfinden, und die Verfolgungen und Unterdrückungen der Kommunistischen Partei werden bei jeder neuen Zuspitzung der Klassenlage sich aufs neue verschärfen. Die Todesurteile von Leipzig sind ein besonderer Markstein im Leidensweg der deutschen kommunistischen Partei während der abgelaufenen Periode. Aber diese Verfolgungen haben das Gegenteil von dem erreicht,

was die Bourgeoisie erreichen wollte. Die tapfere Haltung der Oktoberkämpfer vor dem Hamburger Gericht, die tapfere Haltung so vieler anderer Kämpfer vor dem Staatsgerichtshof der deutschen Republik hat nicht nur der Arbeiterklasse gezeigt, wo die wirklichen Klassenkämpfer, wo die wirklichen Feinde der Bourgeoisie stehen, sondern sie haben auch das Kraftbewußtsein der Partei erhöht. Gleichzeitig haben die Bourgeoisie und ihre Verbündete, die Sozialdemokratie, versucht, durch eine großzügige Verleumdungskampagne gegen die Kommunistische Partei einen ideologischen Feldzug gegen den Kommunismus in Deutschland zu führen.

Aber auch dieser zweite Versuch ist im Begriff zusammenzubrechen, angesichts einer Situation, wo es jeden Tag schwerer wird, den Arbeitermassen zu verbergen, daß auf den Dawes-Pakt die Stabilisierungskrise folgt, daß die Unterwerfung unter das Ententekapital Deutschland zu einem gefügigen Werkzeug in den Händen, der anglo-amerikanischen Bankiers gegen Sowjetrußland macht. In den Tagen, da unser Parteitag zusammentritt, werden die Zollgesetze im Reichstag durchgepeitscht werden; eine allgemeine Erhöhung und Steigerung der Lebensmittelpreise hat eingesetzt. Die Räumung des Rheinlandes zu den festgesetzten Fristen vollzieht sich nicht. Der Abschluß des Garantiepaktes stellt Deutschland vor die folgenschwersten Entscheidungen. Im gegenwärtigen Moment kracht es be-[6]reits in dem so mühsam aufgerichteten Gebäude der Luther-Regierung in allen Fugen. Eine dumpfe, gärende Unzufriedenheit in den breiten Massen in Stadt und Land über die schlechte Wirtschaftslage ist fühlbar; und während in Deutschland im Sumpfe der Scheinstabilisierung die Schwierigkeiten der Bourgeoisie sich vergrößern, die Enttäuschung der breiten Massen zunimmt und dieser wird, zeigen sich zugleich in den Ereignissen in Nordafrika und in China die Vorboten künftiger Geschehnisse. Die Illusionen des Pazifismus, die zur Zeit des Frankfurter Parteitages die stärkste Stütze der Sozialdemokratie und dadurch der Bourgeoisie gewesen sind, sind heute zerflogen. Der Pazifismus steht heute vor den Augen der Arbeiter der ganzen Welt als ein groß angelegtes Betrugsmanöver zur Verschleierung der Kriegsvorbereitungen da. Noch ist die Arbeiterklasse der ganzen Welt schwach und mutlos in ihren Kämpfen gegen die Weltbourgeoisie. Aber die Massen fühlen, daß die Entscheidungen nur ausgeschoben, aber nicht erledigt worden sind. Die Massen fühlen das Herannahen großer neuer revolutionärer Ereignisse, großer Auseinandersetzungen zwischen den Imperialisten; sie fühlen und sehen die Verschärfung der Klassenkämpfe im Weltmaßstabe; und der Widerhall, den der Kampf des chinesischen Volkes in der ganzen Welt gefunden hat, zeigt ganz deutlich, daß für das Weltproletariat die große Lehre des Weltkrieges doch nicht umsonst gewesen ist.

Und in dieser Stille vor dem Sturm sammeln sich die Arbeiterbataillone langsam und allmählich zum Kampfe. Die englische Arbeiterschaft führt ihren Kampf für die Gewerkschaftseinheit, die französische Arbeiterklasse unter Führung ihrer Kommunistischen Partei führt den Kampf gegen den Marokkokrieg. Die Arbeiterklassen der „Siegerländer“ stehen heute mit auf dem Vorposten des Klassenkampfes. Und so wird der 10. Parteitag der KPD gerade im selben Moment zu einem wichtigen Ereignis für die Arbeiterklasse Deutschlands. Die deutsche Arbeiterschaft, enttäuscht und zermürbt von den furchtbaren Kämpfen der Periode seit Beendigung des Weltkrieges, genarrt und am Gängelband gezogen von den Reformisten und Betrügern aller Sorten, trägt heute am schwersten die Lasten des Dawes-Paktes und der Dawes-Plünderung. In den Betrieben fühlt sich der Unternehmer wieder Herr im Hause. Er läßt es die Arbeiter fühlen in den Lohn- und Akkordfragen, in den Arbeitszeitfragen, in den Versuchen, durch neue Ausplünderungsmethoden den Standard der Arbeiter weiter herabzudrücken.

Noch folgen Millionen Massen, die an der Eroberung der Macht verzweifeln, der betrügerischen Politik der SPD und der Gewerkschaftsbürokratie; und es wird die ernsteste Aufgabe des Parteitages sein, zu untersuchen, mit welchen Mitteln die reformistischen Illusionen dieser breiten Arbeitermassen bekämpft, mit welchen Mitteln der Reformismus am besten angegriffen und vernichtet werden kann. Aber es wäre ein verhängnisvoller Fehler, nicht zu sehen, daß trotz des großen Anhangs der Reformisten innerhalb der breiten Arbeitermassen eine tiefgehende Unsicherheit und Unzufriedenheit über den Weg, den die

Arbeiterklasse in Deutschland gehen soll, in den Reihen der Arbeiter vorhanden ist. Die sächsische Opposition innerhalb der SPD war trotz ihrer Jämmerlichkeit ein Zeichen für das Suchen der klassenkämpferisch gestimmten Arbeiter in der SPD nach anderen Wegen als den Wegen der Herren Müller, Wels, Scheidemann und Noske. In der Sozialistischen Jugend, im Reichsbanner, in den Gewerkschaften macht sich langsam eine Tendenz bemerkbar, die, vorläufig noch unbestimmt und unklar, kein anderes Ziel kennt, als irgendwie zum Klassenkampf zurückzukehren.

Trotz dieser Unklarheit und Ungeformtheit der Bewegung zeigt sich darin doch das Sich-Abwenden breiter Arbeitermassen von der opportunistischen Politik des Reformismus. Die SPD versucht zwar, durch alle möglichen parlamentarischen Manöver den Eindruck der Opposition gegen [7] die Luther-Regierung zu erzeugen; das gelingt ihr heute noch. Da sie aber keinen Schritt außerparlamentarisch tut und auch parlamentarisch ihre Politik darauf einstellt, die Brücken zu den Koalitionsgenossen von ehemals nicht abzureißen, so werden in den zunehmenden politischen und wirtschaftlichen Schwierigkeiten der kommenden Monate diese Strömungen gegen den Reformismus verstärkt, wenn die KPD von sich aus versteht, alle Fragen der Arbeiterklasse klar und eindeutig zu stellen und die Initiative zu allen Kämpfen zu ergreifen. Die Existenz einer festen und einheitlichen kommunistischen Partei, die Stärkung ihrer Reihen durch die fortgeschrittensten Arbeiterelemente, eine solche kommunistische Partei ist das beste Unterpfand, daß die Arbeiterklasse in den künftigen Kämpfen nicht wieder hilflos den Reformisten ausgeliefert werden wird. Deshalb organisiert die Kommunistische Partei die Revolution, indem sie den Klassenkampf der Gegenwart organisiert.

2. Die Hauptaufgaben der Bolschewisierung.

So besteht also die Hauptaufgabe des Parteitagess ohne Zweifel in der inneren Festigung der Partei. Die Partei hat von dieser Aufgabe schon ein gutes Teil begriffen. Gerade in der Zeit der scheinbaren Stabilisierung müssen wir es verstehen, dieses Bewußtsein über die Rolle der Partei und ihre Aufgaben bis ins letzte Mitglied hereinzutragen. Deserteure, Feiglinge, diejenigen, die den Schwierigkeiten der jetzigen Epoche nicht gewachsen sind und die unsere Reihen verlassen, sind ohne Zureden abzuschütteln und dafür immer wieder aufs neue frische und revolutionär gestimmte Arbeiterelemente in unsere Partei zu ziehen. Bis zum Ende muß die ganze Partei begreifen, daß nicht derjenige ein Kommunist ist, der sich der Bewegung angeschlossen hat in der Hoffnung auf einen nahen und raschen Sieg der Arbeiterklasse. Nur diejenigen werden wirklich zu Revolutionären geschmiedet, die es verstehen, wenn es notwendig ist, den Aufbau einer bolschewistischen Partei auch Jahre, selbst Jahrzehnte hindurch auch in den Zeiten des Niederganges der Revolution, auch unter den schwierigsten und kompliziertesten Verhältnissen zu vollziehen. Die deutschen Kommunisten, die durch so viele Feuer hindurchgegangen sind, die so viele Kämpfe erlebt haben, so viele Niederlagen und Enttäuschungen gesehen haben, müssen gerade die Bedeutung dieser Grundfrage voll und ganz verstehen. Die Bolschewisierung unserer deutschen Partei ist herausgewachsen aus dem Kampfe gegen die rechten Tendenzen. Aber wenn die damalige linke Opposition in der KPD die Losung der Bolschewisierung mit besonderer Energie und Leidenschaftlichkeit aufgriff, so deshalb, weil sie voraussah, durch welche schwere Zeiten die Partei in der Zeit der revolutionären Flaute gehen würde, um so mehr, da der revolutionäre Teil der Arbeiterklasse im Jahre 1923 mit der Hoffnung auf einen nahen Sieg der Revolution erfüllt war. Seit Frankfurt haben wir uns wieder und wieder bemüht, die Bedeutung der kommunistischen Partei, ihre Rolle und ihre Aufgaben, gerade zwischen zwei Wellen der Revolution, den breiten Mitgliedschaften verständlich zu machen. Aber die Partei wird nur dann ein wirklich festes Rückgrat erhalten, wenn sie sich klar ist, daß der Kampf um die Bolschewisierung konkret folgende Forderungen vor die Partei stellt:

1. Wirklich und bis zu Ende sich auf den Boden des Leninismus stellen, keine theoretischen Abweichungen dulden, keine Konzessionen machen an westeuropäische „theoretische“ „Schulen“, auch wenn sie sich als „Leninisten“ aufspielen; unnachsichtlich und rücksichtslos gegen alle theoretischen Rückstände kämpfen, traditionelle sozialdemokratische Nester in der theoretischen Auffassung unserer Partei mit ganzer Energie beseitigen, die Vergangenheit unserer Partei gründlich studieren, vom Standpunkt des [8] Leninismus kritisch an sie herangehen ohne die revolutionären und unersetzlichen

Erfahrungen und Traditionen unserer Partei zu zerstören. Erst seit Frankfurt hat die Partei versucht, sich wirklich bewußt und ohne Schwankungen auf den Boden des Leninismus zu stellen. Ein viel stärkeres, breiteres, umfassenderes Studium des Leninismus ist die Voraussetzung der Erlangung einer wirklichen Festigung unserer Partei. Dabei wird die Partei die schwere Frage zu lösen haben, den Leninismus nicht zum Privilegium einer kleinen Schicht von oberen Funktionären zu machen, sondern durch ein System der Schulungsarbeit ihn bis in die untersten Zellen unserer Partei hereinzutragen. Dabei muß die Partei lernen, die Fragen des Leninismus nicht nur „abstrakt“, d. h. als den Arbeitern entfernt liegende, sogenannte reine Theorie zu stellen, sondern gerade den Arbeitermitgliedern unserer Partei den Leninismus praktisch nahezubringen, um ihnen zu zeigen, daß davon ihre politischen Handlungen im Alltag, im Betrieb und in der Gewerkschaft bestimmt werden müssen.

2. Unsere Partei hat ziemlich gut die Rolle der kommunistischen Partei verstanden; unsere Partei hat ziemlich gut die Rolle der SPD als einer dritten Partei der Bourgeoisie verstanden; unsere Partei hat ziemlich gut die Frage der Teilforderungen und des endgültigen Kampfes um die Eroberung der politischen Macht verstanden; unsere Partei hat ziemlich gut die Frage der Ablehnung der Spontaneitätstheorie und der Notwendigkeit der Organisierung der Revolution verstanden. Aber in zwei Fragen herrschen noch die größten Unklarheiten, und diese Unklarheiten können zu den schwersten opportunistischen Abweichungen führen: a) In der Frage des Imperialismus, dessen Verständnis gerade für die Arbeitermitglieder in ihrem Kampfe gegen die Reformisten von so ausschlaggebender Bedeutung ist. Ohne richtiges leninistisches Verständnis des Imperialismus werden wir die Rolle Deutschlands als einer Dawes-Kolonie und die verschiedenen Schwankungen, Schwierigkeiten und Unsicherheit unserer Bourgeoisie, die wir auszunützen haben, nicht verstehen lernen. b) Die zweite Frage, die unsere Partei so schlecht versteht, ist die Frage der Verbündeten in der Revolution. Wohl herrscht ein gewisser elementarer Drang „aufs Land“ hinauszugehen, die Landfrage zu stellen. Aber ganz abgesehen von den ganz unzureichenden organisatorischen Kräften, ist die richtige Art der Arbeit auf dem Lande unserer tiefen Ueberzeugung nach immer noch nicht gefunden. Ebenso wenig versteht die Partei, die für Deutschland so ausschlaggebende Frage der Gewinnung der Angestellten, Beamten und des Kleinbürgertums wirklich richtig zu stellen.

3. Mit Worten hat die Partei die Wichtigkeit der Organisationsfragen anerkannt. Der Frankfurter Parteitag gab die Losung aus: Organisierung der Revolution. Aber von dieser Losung bis zu ihrer Durchführung ist ein weiter Weg. Wer nur einige Kenntnis der Partei hat, weiß, daß dieser Punkt trotz allen Redens ein sehr schwacher Punkt ist. Organisieren können, in der Partei organisieren können, das heißt, die richtige Verbindung der Spitzen mit den Zellen, die Heranziehung und Auslese der Funktionäre, die Heranziehung und Auslese neuer Arbeiterkräfte, die richtige Einteilung der Kräfte, die feste Fundierung auf den Betriebszellen, die feste Verbindung mit den Mitgliedschaften, das Verständnis und die richtige Art und Weise, mit den Mitgliedschaften zu sprechen, der Kampf gegen alle möglichen unklaren und fast antikommunistischen Stimmungen innerhalb der Mitgliedschaften, alles das wirklich Können und Beherrschen mit der ganzen Kraft und Hingebung diese Organisationsfragen stellen, davon sind wir weit entfernt. Der Parteitag muß es verstehen, daß die Betriebszellenarbeit und die richtige Organisationsarbeit innerhalb der Partei ein Hauptfordernis der Bolschewisierung ist. In der Partei richtig organisieren lernen und die Politik der Partei richtig organisatorisch durchführen lernen, darauf müssen wir die ganze Energie der Parteiarbeit lenken. [9]

4. Nicht zu trennen von dieser Ausgabe der Organisierung der Revolution, unauslöslich mit ihr verbunden ist die Organisierung der Gewerkschaftsarbeit. In der Gewerkschaftsfrage haben wir einen hartnäckigen, leidenschaftlichen Kampf geführt, wobei wir manche gute Arbeiter aus unseren Reihen stießen, um nicht eine Beute des Sektierertums zu werden. Es ist ohne Zweifel die größte Leistung der Partei seit Frankfurt, daß es uns gelungen ist, die antigewerkschaftlichen Stimmungen in der Partei restlos zu überwinden, und daß die freigewerkschaftliche Zugehörigkeit unserer Mitglieder den höchsten Prozentsatz seit Bestehen der Partei erreicht hat. Ohne Zweifel kann dieses Resultat als der größte Erfolg seit Frankfurt gebucht werden, aber es wäre töricht und leichtfertig, sich der Einbildung hinzugeben, daß damit schon eine wirklich planmäßige kommunistische Gewerkschaftsarbeit erzielt worden ist. Die Partei versteht noch nicht, daß die Gewerkschaftsarbeit und die Arbeit in den

Betrieben die Arbeit der Partei, daß ohne Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit alle Politik, die wir machen, vollständig hohl und leer ist. An der Gewerkschaftsarbeit beteiligt sich immer nur ein kleiner Prozentsatz unserer Partei. Nehmen wir ein praktisches Beispiel: Wenn eine Organisation einen Roten Tag organisiert, dann werden sich daran alle beteiligen, die Frauen, die Jugend, die ganze Ortsgruppe, die Kindergruppen sogar werden sich beteiligen. Man wird Flugblätter verbreiten, man wird wochenlang auf diesen Roten Tag sich freuen; man wird Plakate und Schilder malen, man wird vielleicht Figuren machen, man wird unter den Indifferenten werben. Und wenn der Rote Tag dann gelingt und einen guten Verlauf nimmt, wird die ganze Ortsgruppe das Gefühl haben, sie sei einen Schritt vorwärts gekommen. Nun sind wir weit entfernt, die Bedeutung dieser Demonstrationen zu unterschätzen, und wir werden weiter unten noch über die große Wichtigkeit des Roten Frontkämpferbundes sprechen, aber vergleichen wir mit dieser Vorbereitung eines Roten Tages die Vorbereitung der Partei etwa auf die Wahlen in einem wichtigen Zweige der Industrie, etwa bei den Metallarbeitern oder zum Bundeskongreß des ADGB: an solchen Arbeiten nimmt nur ein kleiner Teil der Mitglieder Anteil. Der größte Teil der Mitglieder kümmert sich nicht darum. Die Gewerkschaftsfrage steht nicht im Mittelpunkt des Parteiinteresses; es wird nicht die ganze Energie darauf geworfen. Das muß entscheidend geändert werden. Die Gewerkschaftsarbeit muß genau so wie eine Arbeit der ganzen Organisation sein, wie die Organisierung einer Demonstration oder einer anderen Parteikampagne. Ein Erfolg in einer Gewerkschaft muß von der Mitgliedschaft ebenso hoch, wenn nicht höher eingeschätzt werden, wie irgendeine Demonstration oder sonstige Kundgebung, und hier muß die Partei auch lernen, nicht nur um einen Erfolg in der Gewerkschaft zu ringen, sondern ihn auch durch kluge und planmäßige Arbeit in der Gewerkschaft zu halten und auszubauen.

Wenn es uns gelingt, diese Grundvoraussetzungen der Bolschewisierung in den Mittelpunkt des Interesses der Parteimitgliedschaften zu stellen, dann wird es auch gelingen, die Partei gleichzeitig fest und biegsam zu machen, gleichzeitig unerschütterlich in den Grundsätzen und schmiegsam in der Taktik, fähig, sich jeder neuen Lage anzupassen, jede neue Wendung zu verstehen, auf jede neue taktische Lage rasch und gut zu reagieren.

3. Unser Weg seit Frankfurt.

Bei der Liquidierung der Brandlerpolitik in Frankfurt wurde von der damaligen linken Mehrheit ausdrücklich ein sehr bescheidenes Aktionsprogramm für die nächste Zukunft gestellt; die Frankfurter Parteitagmehrheit war sich vollständig klar über den Zustand der Partei und die großen Schwierigkeiten, die die Durchführung der Frankfurter Thesen bedrohten. Was haben wir in Frankfurt versprochen?

[10] „In der Partei haben wir ebenfalls noch alles zu tun, angefangen vom Aufbau einer wirklich zentralen Arbeit, von der wirklichen Verbindung der zentralen Körperschaften mit den Bezirken – und aufgehört bei der Durchorganisation und Durchschulung der letzten Ortsgruppe. Das erste und wichtigste ist, daß wir aus dem Reden über die Umstellung der Organisation auf die Betriebe herauskommen und zur Verwirklichung einer anderen Organisationspolitik der Partei gelangen. Das Gerede darüber und der Fraktionskampf darum hat der Sache sehr geschadet. Wir müssen über diesen Punkt hinweg zur wirtlichen Durcharbeitung der Partei nach Betriebszellen kommen.

Das zweite und wichtigste ist die Heranziehung eines lebendigen aktiven und beweglichen Funktioniärkörpers innerhalb der Partei, der versteht, was er tut und weshalb er es tut, und der sich über die Entwicklung seiner Partei und des Proletariats klar ist.

Die dritte Ausgabe ist die Heilung der Wunden, die durch den jahrelangen Kampf zwischen rechts und links in der Partei vorhanden sind, die Aussöhnung der Bezirke, die Heranziehung aller arbeitswilligen und' arbeitsfähigen Kräfte zur aktiven Arbeit, die Liquidierung der „Gruppen“, die Stärkung des Zentralismus (nachdem der Oktober jede Art von Zentralismus bei den Mitgliedschaften in Grund und Boden diskreditiert hat!)

Die vierte Aufgabe ist die theoretische Klärung innerhalb der Partei und die theoretische und praktische Durchschulung wenigstens eines Teiles unserer Funktionäre

Als fünftes die starke Betonung und praktische Durcharbeitung der Kenntnisse über die Internationale, die Stärkung des internationalen Gedankens und der Versuch, internationale Kampagnen zu führen. Alle diese Aufgaben sollen erfüllt werden im Rahmen einer Politik der schärfsten Abgrenzung gegen die SPD, der klaren Herausarbeitung des kommunistischen Gesichts der KPD, die in der kleinsten, täglichsten Arbeit, der kommunalen, gewerkschaftlichen, auch der Arbeit im Betrieb, diese Linie erfüllen muß und die gerade durch diese Linie in den Massen bleiben muß“.

(Heft 2/3, Sonderheft zum Reichsparteitag 1924 der „Internationale“, Jahrgang 7, Seite 115, B.).

Dieses sehr bescheidene Aktionsprogramm ist zu einem sehr großen Teile durchgeführt. Aber heute handelt es sich darum, noch stärker, noch einheitlicher und noch klarer dieselben Fragen erneut für alle Mitglieder in den Mittelpunkt zu stellen. Daß die Partei diese Ausgabe nur lösen kann, wenn sie alle Abweichungen, ob sie sich rechts, ob sie sich ultralinks zeigen, unnachsichtlich und schonungslos bekämpft, darüber ist sich die ganze Partei klar.

Die Mittelgruppe, die auf dem Frankfurter Parteitag auftrat, hat genau das Schicksal erlitten, das wir voraussagten. Ihre besten und wertvollsten Elemente, die aus historisch-organisatorischen Gründen in Frankfurt noch nicht auf dem Boden der Mehrheit, der Linken, stand, haben sich heute restlos und vollständig mit der linken Mehrheit verschmolzen. In fast allen Bezirken stehen Angehörige der ehemaligen Mittelgruppe auf hervorragenden Stellungen in der Partei. Jede Gruppierung ist verschwunden, und ein wirklich einheitlicher Funktionärkern hat sich überall herausgebildet. In Bezirken wie Ostpreußen, Chemnitz, wie Niederrhein oder Ost-Sachsen oder Halle, in allen diesen Bezirken, in denen es noch zur Zeit des Frankfurter Parteitages sehr heftige Gruppierungen gab, gibt es heute nur noch einheitliche, vom Willen, den Weg zum Leninismus zu finden, beseelte Funktionärkörperschaften. Der letzte Flügel der Mittelgruppe hat sich, ebenfalls, wie wir voraussagten, mit den Brandler-Leuten verschmolzen und den Versuch gemacht, Fraktionsarbeit innerhalb der KPD zu leisten. Diese Fraktionsarbeit, die alle schweren Situationen der Partei, Illegalität der Führung während der Reichstagswahlen, aus-[11]zunützen versucht, hat in den breiten Mitgliedschaften niemals Anklang gefunden, sondern war immer die Angelegenheit einer winzigen Gruppe von gewesenen Funktionären, die sich mit der neuen Entwicklung der Partei nicht abfinden konnten. Die Partei hat in den zahlreichen Beschlüssen gegen Brandler und seine Gruppe vor der Erweiterten Exekutive ihrem einmütigen Willen und ihre einmütige Ablehnung der Fraktionsmacher Ausdruck gegeben. Die Beschlüsse der Erweiterten Exekutive vom März dieses Jahres über Brandler, Thalheimer usw. haben die Auffassung der deutschen Partei vollständig bestätigt.

4. Ueberwindung aller Abweichungen!

Bei diesen rechten Strömungen müssen wir dreierlei unterscheiden: 1. eine rechte Unterströmung in den Mitgliedschaften, die im Grunde eine Liquidatorenströmung ist und manchmal an krassen Beispielen (Böse) hervortritt, die in schwierigen Situationen Beziehung zu den ultralinken Stimmungen, die im Grunde auch Liquidatorenstimmungen sind, steht; 2. eine kleine theoretische Gruppe, an deren Spitze Brandler und Thalheimer stehen, die dem neuen, das in der Partei ist, ablehnend und verständnislos gegenüberstehen und die um jeden Preis wieder an sie Macht in der Partei wollen; 3. eine Reihe von Arbeiterelementen, welche mit der Politik der Partei aus diesem oder jenem Grunde nicht zufrieden waren und sich daher an die rechten Führer angeklammert haben. Die rechten Unterströmungen müssen durch eine aktive, revolutionäre Politik und durch eine klare, theoretische Arbeit bekämpft werden. Die Meinungsdivergenzen mit der Führergruppe der Rechten müssen, soweit sie sich äußern, in der Partei scharf und eindeutig ausgekämpft werden. Alle diejenigen Arbeiterelemente aber, die aus irgend einem Grunde von der Partei sich abgestoßen fühlen, müssen durch die Beschlüsse des 10. Parteitages überzeugt werden, daß ihr Platz nur in den Reihen der Kommunisten sein kann, daß sie diszipliniert, ohne jede Fraktionsmacherei, in Reih und Glied zu arbeiten haben, und daß es keine revolutionäre Bewegung außerhalb der Kommunistischen Partei Deutschlands gibt. Wir sind überzeugt, daß die Beschlüsse des 10. Parteitages alle ehrlichen Elemente, die wirkliche Kommunisten sind, unbeschadet ihrer früheren Gruppierung veranlassen werden, als disziplinierte revolutionäre Soldaten ihre Pflicht tun. Das Charakteristische dieser rechten Strömungen war das, daß sie

irgendwelche praktischen Vorschläge zur Verbesserung der Parteilinie nirgends gemacht haben, daß sie der Politik der Partei nichts anderes entgegenzustellen wußten, als daß sie ständig ihre Uebereinstimmung mit den Beschlüssen des 5. Weltkongresses, des Januar- und des Mai-Zentralausschusses betonten. Die einzige politische Losung, die sie gegen die Partei, sowohl im Remscheidter Programm, als auch späterhin aufgestellt hatten, war die „Abwälzung der Lasten“ und der Schrei nach dem positiven Steuerprogramm.

In dieser Unfähigkeit, eine politische Plattform zu entwickeln und der Partei etwas besseres vorzuschlagen, sind sie sehr verwandt mit den in der letzten Periode hervorgetretenen Ultralinken, deren ganze „Opposition“ auf dem letzten Zentralausschuß bekanntlich darin bestand, daß sie „warnten“, ohne sich herbeizulassen, uns politische Motive wirklich ernsthaft zu entwickeln oder ernsthafte politische Vorschläge zu machen. Der Kampf gegen die rechten Abweichungen ist nach dem Frankfurter Parteitag ideologisch und organisatorisch gründlich geführt worden. In der Einschätzung dieser Strömungen haben wir uns nicht geirrt. Wir haben recht behalten, daß es nicht bolschewistische Strömungen, daß es sozialdemokratische Ueberreste in den Reihen der Kommunistischen Partei sind, und die ganze Partei hat das begriffen und diesen Kampf mitführen geholfen. Dagegen muß der 10. Parteitag offen zugeben, daß die ultralinke Gefahr unterschätzt wurde, und daß die Exekutive auf dem Frankfurter Parteitag recht gehabt hat, als sie die damalige linke Mehrheit ernst-[12]haft vor den linken Abweichungen warnte. Der Frankfurter Parteitag hat die ultralinken Abweichungen sehr wohl gesehen, er hat sie genannt und auch bekämpft. Unsere Differenzen mit der Exekutive zur Zeit des Frankfurter Parteitages in bezug auf die ultralinken Strömungen bestanden nicht in der Beurteilung der ultralinken Strömungen. In dieser Beurteilung waren wir uns einig mit der Exekutive. Unsere Differenzen bestanden in der Frage, ob und wie man sie bekämpfen soll. Die Partei glaubte, daß durch kameradschaftliche Zusammenarbeit mit denjenigen, die ultralinke Abweichungen gezeigt haben, diese Dummheiten verschwinden würden. Wir haben uns geirrt. Die ultralinken Abweichungen haben uns nicht nur in der Gewerkschaftsfrage, wo wir die Schwierigkeiten von vornherein klar sahen, große Schwierigkeiten gemacht, sondern die ultralinken theoretischen und praktischen Abweichungen vom Leninismus, die unterirdisch in der Partei schlummerten, sind zu ungenügend bekämpft worden. Man hat zuviel Entgleisungen ruhig passieren lassen, und das Resultat dieses ungenügenden Kampfes war die Krise auf dem Zentralausschuß vom Mai 1925. In einer Situation, in der es galt, die taktischen Notwendigkeiten des Moments rasch und energisch zu erkennen, rasch zuzupacken, auf eine neue Situation klug und schnell zu reagieren, haben uns die Ultralinken mit ihrem Kindergartengeschrei von „Koalitionspolitik“ schwer gehemmt und in der praktischen Arbeit gestört.

Daß diese ultralinken Abweichungen genau so liquidatorische Unterströmungen sind, und daß sie theoretisch derselben Quelle entstammen wie der Brandlerismus, nämlich den sozialdemokratischen Ueberresten in der Kommunistischen Partei Deutschlands, darüber sind wir uns vollständig klar. Die Ultralinken können sich in die Rolle einer Kommunistischen Partei, in der Periode zwischen zwei Wellen der Revolution eben nicht anders vorstellen, als in der Fortsetzung dessen, was die Linken innerhalb der Sozialdemokratie vor dem Kriege geleistet haben: Opposition gegen die Sozialdemokratie und sonst nichts. Gerede vom Klassenkampf, ohne aufzuzeigen, was die Notwendigkeiten des Klassenkampfes der jetzigen Stunde sind und sonst nichts. So arbeitet die linke Opposition in der SPD auch heute noch, und zu einer ähnlichen Rolle wollen uns die Ultralinken verdammen, weil sie zwar von der Führerrolle der Kommunistischen Partei sehr viel schwatzen, aber noch gar nichts davon begriffen haben. Der 10. Parteitag kann gegen die rechten Abweichungen in der KPD und in der Komintern nur dann einen erfolgreichen Kampf führen, wenn er die ultralinken Abweichungen unachsichtlich erkennt und bekämpft, wenn er nicht mehr „großmütig“ über Entgleisungen hinweggleitet, wenn er nicht mehr zuläßt, daß unter irgend welchen Deckmänteln eine versteckte Polemik gegen den Bolschewismus getrieben wird.

5. Die Linie des Bolschewismus.

Der 10. Parteitag wird seine Aufgabe um so mehr erfüllen, wird durch seine Beschlüsse alle guten Elemente der Partei um die Zentrale sammeln, je entschiedener und entschlossener er die Linie des Bolschewismus verteidigt, je mehr er zeigt, daß es der

Losung der Bolschewisierung für die deutsche Partei keine Phrase ist. Die Rechten in der deutschen Partei sind zurückgeschlagen. In längerer Sicht sind sie die größere Gefahr, weil die objektive Situation ihnen entgegenkommt, aber im Augenblick sind in der Partei die ultralinken Tendenzen innerhalb der Mitgliedschaft stärker. Im Augenblick sind sie die größere Gefahr, weil sie die Partei unfähig machen, die Ausgaben der Stunde zu lösen.

Ohne Zweifel wird der 10. Parteitag rücksichtslos die Linie durchsetzen, die auf allen Bezirksparteitagen (mit einer einzigen Ausnahme) von den Mitgliedschaften verlangt wurde. Die in Frankfurt noch gespaltene und zerrissene deutsche Partei geht auf dem Berliner Parteitag mit viel größerer Kraft, mit viel größerer Geschlossenheit und Einheitlichkeit. Wir [13] sind überzeugt, daß der 10. Parteitag ein gewaltiger Schritt vorwärts auf dem Wege der Entwicklung zu einer bolschewistischen Partei wird. Im gegenwärtigen Moment stehen vor der deutschen Partei als die wichtigsten und dringendsten Aufgaben: die Organisierung einer wirklich oppositionellen Bewegung innerhalb der Gewerkschaften, das Herankommen an die sozialdemokratischen Arbeiter, der Kampf um den Achtstundentag, gegen die Zölle, gegen die Steuern und gegen die niedrigen Löhne. Im gegenwärtigen Moment steht für die deutsche Partei in erster Reihe der Kampf gegen den Monarchismus, der nur scheinbar für den Moment in den Hintergrund getreten ist, der aber seine Arbeit stille, zähe und ausdauernd fortsetzt. Die eigenen Reihen stählen, in die Partei neue Arbeiterelemente aufnehmen, den Mut, die Kraft und den Kampfeswillen des Proletariats erwecken und stärken, die rote Front zu sammeln gegen die Bourgeoisie – das sei die Arbeit des 10. Parteitages der KPD.

*

Zur Geschichte der KPD von Frankfurt bis Berlin.

Von Hermann Remmele.

Die taktischen Differenzen, wie sie gegenwärtig innerhalb der Partei diskutiert werden, und die der bürgerlichen Presse, insbesondere der sozialdemokratischen, Veranlassung zu Kommentaren, Glossen und allerlei unsinnigen Betrachtungen gegeben haben, haben bekanntlich ihren Ausgangspunkt in Beschlüssen der Komintern, des letzten Zentralausschusses und der bei diesen Veranstaltungen gefaßten Beschlüsse und der dazu gehaltenen Reden. Insbesondere sind es die Reden des Genossen Sinowjew und der Genossin Ruth Fischer, die hierbei eine hervorragende Rolle spielen. Aus all diesen Kundgebungen haben die Gegner der Partei und dieser taktischen Festlegungen innerhalb und außerhalb der Partei geschlußfolgert, daß es sich bei der taktischen Wendung der Partei um nichts anderes handele, als um die Rückkehr zur Brandlerschen Politik in der Anwendung der Einheitsfronttaktik.

Nach meinem Dafürhalten haben die Begründer der Wendung der Taktik sehr unvollkommen gegen diese Angriffe der Gegner operiert. Sie legten das Hauptgewicht ihrer Argumentation auf den Nachweis, daß die Taktik von Frankfurt bis zur Hindenburgwahl falsch gewesen sei und zur Unterstützung dieser Auffassung zählten sie nunmehr in einer übertriebenen Zuspitzung alle die gemachten Fehler auf, um den Nachweis zu erbringen, daß diese Taktik nicht leninistisch gewesen sei. Objektiv sind diese Feststellungen richtig, aber diese Argumentation hat es nicht verstanden, der Parteimitgliedschaft die Ursachen dieser objektiv falsch angewandten Taktik klar zu machen und den Nachweis zu erbringen, aus welcher Notwendigkeit die Partei in diese Lage gedrängt wurde.

Um hierüber in der Partei noch vor dem Parteitag volle Klarheit zu schaffen, ist es erforderlich, auf Vergangenes einzugehen und einige Betrachtungen über die theoretische Grundlage des Leninismus aus der praktischen Erfahrung der deutschen Parteigeschichte anzustellen.

*

Der Leninismus stützt sich, wenn man das grob und ohne Anspruch auf eine besondere Genauigkeit sagen darf, auf drei Hauptfundamente, auf drei Säulen, Das erste Fundament ist die Lehre Lenins über das Wesen, die Gesetze und die Entwicklungstendenzen des Imperialismus und die Verbindung und Schlußfolgerungen aus dieser Lehre über das Wesen, die Gesetze und die Entwicklungstendenzen des Staates. (Leninistische Theorie über den Imperialismus und Lenini-[14]stische Staatstheorie.) Die Erkenntnisse über diese beiden Faktoren, wie sie der Leninismus gibt, sind

gewissermaßen das Gelände, die Basis, auf der sich der proletarische Befreiungskampf vollzieht. Das zweite Fundament des Leninismus ist die Lehre Lenins über das Wesen der auf diesem Boden, in diesem Gelände agierenden und sich gegenüberstehenden feindlichen Truppen, die Erkenntnisse über das Wesen, den Charakter und den Klasseninhalt der politischen Parteien innerhalb der kapitalistischen Klassenherrschaft, zu gleicher Zeit aber auch die Lehre über die Kampftruppe des um seine Befreiung ringenden Proletariats, die Lehre über das Wesen, den Ausbau und die Organisationsform der zur Führung im Befreiungskampfe berufenen Vorhut des Proletariats, über die Kommunistische Partei. Das erste Fundament zeigt also das Gelände, auf dem sich die Kämpfe abspielen, das zweite Fundament also die Kampftruppen, die diese Kämpfe durchzufechten haben.

Das dritte Fundament des Leninismus ist die Strategie, die Lehre über das Wesen und die Mittel, über den Charakter und den Inhalt des revolutionären Klassenkampfes, den die proletarischen Truppen zur Erreichung ihres Zieles anwenden müssen. Dieses dritte Fundament ist also gewissermaßen der Feldzugsplan des um seine Befreiung ringenden Proletariats. Die konkrete Anwendung der Strategie in einer bestimmten geschichtlichen Epoche bzw. zur Erledigung der augenblicklichen Tagesaufgaben in einem bestimmt gegebenen Lande, Bezirk oder Ort ergibt die Taktik zur Führung des Proletariats. Die Taktik muß also der Gesamtstrategie, dem gesamten Kriegsplan des kämpfenden Proletariats angepaßt und untergeordnet sein.

Auch historisch gesehen entwickelten sich aus den Resultaten der Erfahrungen aller Sektionen der 3. Internationale mit Ausnahme der Kommunistischen Partei Rußlands, die ja schon auf jahrzehntelange leninistische Wissenschaft zurückblicken konnte, die Erkenntnis des revolutionären Klassenkampfes ganz entsprechend dem Aufbau der leninistischen Lehre. Auf dem 1. Weltkongreß standen im Mittelpunkt der Erörterung, neben der Notwendigkeit der Gründung der Kommunistischen Internationale, die Fragen des ersten Fundamentes des Leninismus, die Lehren über den Imperialismus und den Staat, die durch die Kundgebungen des 1. Weltkongresses in die kapitalistischen Länder geschleudert wurden. Der 2. Weltkongreß beschäftigte sich in der Hauptsache mit dem Ausbau, dem Charakter, dem Inhalt der proletarischen Vorhut als Organisation, den Kommunistischen Parteien, und zugleich mit dem Wesen des Menschewismus, des Zentrismus, mit dem Opportunismus und dem „Radikalismus“ in der Arbeiterbewegung. Also der 2. Weltkongreß beschäftigte sich mit den Kampftruppen, mit der Armee, die die Entscheidung im Kampfe zwischen den Unterdrückten und Unterdrückern zu vollziehen hat. Der 3. Weltkongreß beschäftigte sich mit der Strategie, d. h. mit dem Feldzugsplan des Kommunismus, in dessen Mittelpunkt die Einheitsfronttaktik steht.

*

In der seither gepflogenen Diskussion über die Taktik der Partei wurde zu sehr „das Ding an sich“ betrachtet. Die taktischen Fehler wurden als Fehler angesehen, die innerhalb des dritten Fundamentes, d. h. innerhalb der Strategie entstanden sind. Diese Auffassung wird den Tatsachen nicht gerecht. Die Einstellung der Taktik seit Frankfurt bis zur Hindenburg-Wahl entsprang der bedeutsamsten und fruchtbarsten Lehre, die sich aus der Geschichte der revolutionären Bewegung in Deutschland ergeben hat. Die Erfahrung der deutschen Kommunisten blieb aber zu sehr an der Oberfläche haften, ohne daß bei der notwendigen Wendung, die nach der Hindenburg-Wahl vollzogen werden mußte, ein, wenn auch geringer, Widerstand ausgeblieben wäre. Hier zeigte sich erst, daß die Betrachtungen über die Oktober-Niederlage zu sehr in der Anwendung der [15] Taktik geschlußfolgert wurden und die Erkenntnis, warum diese Taktik falsch sein mußte, zu wenig Gemeingut der Partei war. In den Auseinandersetzungen, die dem Frankfurter Parteitage vorausgegangen sind, und die alsdann zum Siege des linken Flügels der Partei geführt haben, wurden zwar die Fehler der Brandler-Politik in ihrer grundsätzlichen Natur deutlich ausgezeigt, aber jene theoretischen Auseinandersetzungen blieben zunächst nur in einem engen Kreis der Parteiführung. Es tut deshalb not, daß wir mit kurzen Strichen nochmals auf die Feststellungen, die bereits schon auf der Januar-Konferenz 1924 in Moskau gemacht wurden, her eingehen.

*

In jener Konferenz und in der daran anschließenden literarischen Diskussion wurde festgestellt, daß nicht die Anwendung der Einheitsfront-Taktik grundsätzlich falsch war, sondern diese Anwendung zur Katastrophe führte, weil sie im Bewußtsein der Parteileitung auf einem unbekanntem Gelände sowohl als auch einer Verkennung des Gegners durchgeführt wurde und daher zu falschen Resultaten führen mußte. Der springende Punkt lag in folgendem: 1. Die Brandler-Politik war eingestellt auf eine falsche Theorie über das Wesen des Staates, also auf einen Fehler auf dem Gebiete des ersten Fundamentes der leninistischen **Wissenschaft**. Die vom 4. Kongreß formulierte Forderung der Arbeiterregierung hat Sinowjew wiederholt analysiert als Pseudonym der Diktatur des Proletariats, also als die Regierung während und nach der Machteroberung. Demgegenüber hat Brandler die Arbeiterregierung als ein Herrschaftsinstrument angesprochen, das der proletarischen Diktatur vorausgeht. Brandler schuf ein Vakuum zwischen der Diktatur der Bourgeoisie und der Diktatur des Proletariats. Damit analysierte er die Machteroberung nicht als revolutionär, sondern evolutionär. Seine Stufentheorie zur Erlangung der Macht wird noch allen Genossen im Gedächtnis sein: Erste Stufe: 51-prozentige Sachwerterfassung, zweite Stufe: Arbeiterregierung, dritte Stufe: Bewaffnung des Proletariats, vierte Stufe: Besetzung der Aemter im bürgerlichen Machtapparat, fünfte Stufe: Diktatur des Proletariats. Also nicht wie bei Lenin: Zerschlagung des bürgerlichen Machtapparates, sondern Eroberung desselben war die Theorie Brandlers. Er sah nicht, daß all die Losungen und Forderungen, die er ausstellte: 51-prozentige Sachwerterfassung, Bewaffnung des Proletariats, Schaffung eines proletarischen Machtapparates, nicht innerhalb des kapitalistischen Staatsapparates geschaffen werden konnten, sondern nur außerhalb und im Kampfe mit diesem, bzw. die wirtschaftlichen Forderungen der Sachwerterfassung usw. erst nach der Eroberung der Macht. Brandler erklärte ja auch in den Parteidiskussionen: „Ja, wenn wir erst die Macht haben, werden wir nicht 51-prozentige Sachwerterfassung sagen, sondern die 100-prozentige durchführen.“ Diese Auffassung über den Staat, die im schärfsten Gegensatz zur leninistischen Staatstheorie stand, erklärte Brandler auf dem Leipziger Parteitage wie folge: Die Arbeiterregierung ist eine Koalitionsregierung, ein Bündnis der SPD und KPD in der Epoche, in der die Bourgeoisie bereits zu schwach ist, um allein herrschen zu können, aber das Proletariat noch nicht stark genug ist, um die Herrschaft allein übernehmen zu können. Bei genauer Betrachtung wird man finden, daß diese Staatstheorie Brandlers im Wesen nichts anderes ist, als die Theorie Kautskys über die Koalitionspolitik, die die Epigonen des Marxismus als die Marxsche Theorie von der Diktatur des Proletariats anpreisen. Das war der erste grundsätzliche Fehler, die falsche Staatstheorie, die zum Oktoberzusammenbruch führen mußte.

Der zweite Fehler, der zur Oktoberniederlage führte, lag in der falschen Theorie der Brandler-Politik auf dem Gebiete des zweiten [16] Grundpfeilers der leninistischen Lehre auf dem Gebiete der Verkennung des Wesens und des Charakters der feindlichen Armee. Hier auf dem Gebiete war es insbesondere die falsche Einstellung der Brandler-Politik und Theorie über das Wesen der Sozialdemokratie. Auf dem Leipziger Parteitag, der im Januar 1923 stattfand, analysierte Brandler die Sozialdemokratie wie folgt: Die Sozialdemokratie ist auch eine Arbeiterpartei wie die Kommunisten, der Unterschied besteht nur darin, daß die Kommunistische Partei die Notwendigkeiten und Voraussetzungen des revolutionären Klassenkampfes klar erkannt und erfaßt hat und anwendet, während der Sozialdemokratie, die in Opportunismus verfallen ist, diese Erkenntnis fehlt. Aber die Massen der sozialdemokratischen Arbeiter, die die Revolution wollen, werden die sozialdemokratischen Führer zwingen, an der Seite der Kommunisten der Revolution zum Siege zu verhelfen. Und wörtlich sagte Brandler: „Es kommt nur darauf an, durch Massendruck die sozialdemokratischen Führer zu zwingen, vom linken Flügel der Bourgeoisie abzuschwenken, und sie zum rechten Flügel des Proletariats zu treiben.“ Dieser Theorie entsprach auch die ganze Sachsen-Politik. Brandler setzte alles auf die Karte der linken Sozialdemokraten Sachsens. Als diese Karte sich als eine Niete erwies, verkündete er den Bankerott der Revolution. Dieser Theorie Brandlers stellte Maslow bereits auf dem Leipziger Parteitage ganz klar die leninistische Theorie vom Wesen der Sozialdemokratie und von dem notwendigen Charakter der revolutionären Vorhut, der Kommunistischen Partei, entgegen.

Das waren die beiden fundamentalen Fehler der Brandler-Politik, die Ueberreste des sozialdemokratischen Opportunismus, der bis dahin die Partei beherrscht hatte. Wir sehen also, daß die Wurzeln der

Fehler der Brandler-Politik nicht im dritten Fundament der leninistischen Wissenschaft, in der Strategie und Taktik zu suchen waren, sondern daß die Fehler ihre Ursachen und Wurzeln in der Ablehnung und Verleugnung der beiden ersten Fundamente des leninistischen wissenschaftlichen Gebäudes in der leninistischen Staatstheorie und der Theorie über das Wesen des Menschewismus zu suchen sind. Allerdings sind diese Fehler erst im dritten Fundament, in der Anwendung der Einheitsfronttaktik, zum Ausdruck gekommen und ließen damit die Taktik bei Anwendung der Einheitsfront falsch erscheinen. Es ist für jeden klar, daß jede Taktik bzw. der Gesamtkriegsplan, die Strategie, zu falschen Schlüssen kommen muß, wenn er entworfen ist auf der Basis der Unkenntnis des Geländes, auf dem die Schlacht geschlagen werden muß, und der Unkenntnis des Gegners, der uns gegenübersteht. Es ist nicht allzuschwer, nachzuweisen, worin diese fundamentalen Abweichungen der Brandler-Politik von der leninistischen Theorie ihre Wurzeln und ihre Ursachen haben bzw. aus welchen besonderen deutschen Theorien sie entstanden sind. Hierüber ist in der internationalen kommunistischen Literatur in der letzten Zeit viel Klarheit geschaffen worden, so daß wir hier auf diese Gebiete nicht einzugehen brauchen.

*

Die KPD mußte nun zuletzt, um aus dieser alten Brandlerischen Ideologie herauszukommen, zuerst Klarheit über die leninistischen Grundsätze und Lehren auf dem Gebiete der zwei ersten Fundamente schaffen. Ohne hier bis ins letzte Glied der Kommunistischen Partei hinein volle Klarheit geschaffen zu haben, konnte sie unmöglich die leninistische Taktik zur Anwendung bringen, wenn sie nicht abermals vor neue Niederlagen geführt werden sollte. Die sogenannte „starre“ Taktik, wie sie zwischen dem Frankfurter Parteitag und der Hindenburg-Wahl Anwendung fand, ergab sich also durchaus aus einer parteigeschichtlichen und parteierzieherischen Notwendigkeit. Die Partei bedurfte einer Epoche, eines geschichtlichen Zeitabschnittes, in dem sie diese Erziehungsarbeit theoretisch sowohl als wie aus praktischen Erfahrungen belehrt, durchführen mußte. Diese Epoche war die Epoche, in der die Partei von einer einstmals sozia-[17]listisch-radikalen Partei zu einer zu zwei Drittel bolschewistischen Partei wurde. In dieser Epoche hat das bedeutsame letzte Drittel des Leninismus seine Anwendung gefunden und war daher in ihrer Gesamtheit keine leninistische. Der Leninismus kann selbstverständlich nur in seiner Gesamtheit angewendet werden, ohne das eine wird das andere wertlos. Aber Lenin bezeichnet eben jene Grundsätze auf den beiden ersten Gebieten des Leninismus als die Hauptsache, als das Grundsätzliche, als das Entscheidende, und das dritte als das absolut Notwendige, wenn das Grundsätzliche, das Erste, eine Bedeutung für die revolutionäre Bewegung erlangen soll. Sehr wahrscheinlich hat auch die Russische Kommunistische Partei in ihrer Geschichte eine ähnliche Epoche durchgemacht, denn wenn es wahr ist, daß der wissenschaftliche Marxismus und Leninismus nicht aus dem Kopfe erfunden ist, sondern aus den praktischen Erfahrungen abgeleitet und herausanalysiert wurde, so konnte Lenin in einer Reihe von theoretischen Betrachtungen zu seinen, Schlußfolgerungen nur durch seine Erfahrungen in der russischen Partei gelangen. In der ersten deutschen Auslage von Lenins „Radikalismus“ aus dem Jahre 1920 finden wir S. 70 usw. folgende Sätze:

„Das Nationaleigentümliche, Nationalspezifische in der konkreten Taktik eines jeden Landes zur Lösung der einheitlichen internationalen Aufgabe, Sieg über den Opportunismus und den Unten Doktrinarismus innerhalb der Arbeiterbewegung, Sturz der Bourgeoisie, Errichtung der Sowjetrepublik und der proletarischen Diktatur zu erforschen, zu studieren, herauszufinden, zu erraten und zu erfassen – das ist die wichtigste Aufgabe des historischen Augenblicks, den alle fortgeschrittenen (und nicht nur die fortgeschrittenen) Länder gegenwärtig durchmachen. Das Hauptsächlichste ... natürlich noch lange, lange nicht alles – ist schon getan in der Heranziehung der Vorhut der Arbeiterklasse, in ihrem Uebergange auf die Seite der Sowjetmacht gegen den Parlamentarismus, auf die Seite der Diktatur des Proletariats gegen die bürgerliche Demokratie. Jetzt müssen alle Kräfte, muß alle Aufmerksamkeit auf den letzten Schritt konzentriert werden, der weniger wichtig erscheint – und von einem gewissen Standpunkt aus weniger wichtig ist –, der aber dafür der praktischen Lösung der Aufgabe praktisch näher steht, nämlich: Es müssen Formen der Heranziehung oder des Uebergangs der Massen zur proletarischen Revolution gefunden werden.“

Was sagt hier Lenin? Das erste, das Wichtigste ist in der konkreten Taktik eines jeden Landes zur Lösung der einheitlichen internationalen Aufgabe der Sieg über den Opportunismus und den linken

Doktrinarismus innerhalb der Arbeiterbewegung, der Sturz der Bourgeoisie, Errichtung der Sowjetrepublik und der proletarischen Diktatur. Die Aufgabe besteht eben in jedem Lande darin, die Voraussetzungen zu diesem Ziele zu erforschen, zu studieren, herauszufinden, zu erraten und zu erfassen. Das ist, wie Lenin sagt, die wichtigste Aufgabe, die in diesem historischen Augenblick die Länder durchmachen. Weiter sagt Lenin, das Hauptsächlichste ist die Heranziehung der Vorhut der Arbeiterklasse in ihrem Uebergange auf die Seite der Sowjetmacht, auf die Seite der Diktatur des Proletariats gegen den Parlamentarismus und die bürgerliche Demokratie. War diese erste Aufgabe, wie sie Lenin hier umreißt, bis zur Oktoberniederlage erfüllt? Durchaus nicht! Wohl war in den Millionen revolutionärer Arbeiter der Wille zur Sowjetmacht, zur Räteherrschaft. Wohl haben Parteileitung und Führerschaft der proletarischen Vorhut die Absicht gehabt, auf dieses Ziel zuzusteuern. Aber die Voraussetzung, um diesen Willen verwirklichen zu können, die Vorbedingung, um das Ziel zu erreichen, war in keiner Weise gegeben. Die Brandler-Politik zeigt, wie wir das schon nachgewiesen haben, daß sie mit [18] allen Gebrechen, Halbheiten und Unzulänglichkeiten der alten radikal-sozialdemokratischen Auffassungen über das Wesen des bürgerlichen Staates, über den Charakter der Feinde der Sowjetmacht behaftet war. Also gerade jene Aufgabe, die Lenin stellt, nämlich das Erforschen, Studieren, Herausfinden, das Erraten und Erfassen, um durch die konkrete Taktik in Deutschland diese einheitliche internationale Aufgabe zu erfüllen, war nicht gegeben. Der Sieg über den Opportunismus konnte nicht erfochten werden, wenn die Grundanschauung der gesamten Partei und der daraus angewendeten Strategie selbst durch und durch opportunistisch war. Aus diesen Gründen ergab sich der notwendige Kampf, den die Partei zunächst durchzuführen hatte: gegen den Opportunismus! Erst nachdem diese Ausgabe gelöst war, konnte die Partei an die zweite Aufgabe herantreten, die Lenin wie folgt bezeichnet: Es müssen Formender Heranziehung und des Uebergangs der Massen zur proletarischen Revolution gefunden werden. In diesen paar einfachen Sätzen Lenins steht die ganze Parteigeschichte der KPD von Frankfurt bis zur Hindenburg-Wahl scharf umrissen. Dies war die Epoche von Frankfurt bis Berlin, die zunächst für die Kommunistische Partei die erste Aufgabe zu lösen hatte, und erst nachdem diese Ausgabe gelöst war, konnte die Partei an die zweite Ausgabe ernsthaft herangehen,

Ich hatte nicht das Glück, den leninistischen Zirkeln, die von Frankfurt bis in diese Tage hinein stattgefunden haben, beizuwohnen. Aber aus einer Rede des Genossen Thälmann auf dem letzten Zentralauschuß habe ich vernommen, daß diese Zirkel sich nur mit der Hauptausgabe, mit den Grundfundamenten Lenins eins und zwei beschäftigt haben und die dritte Aufgabe „der Heranziehung und des Uebergangs der Masse zur proletarischen Revolution“ nicht gelehrt worden ist. Man hat also den Leninismus nur in zwei Drittel Dosen verabreicht und das letzte Drittel unterlassen, den Schülern zu geben. Noch schärfer tritt bei Lenin diese Heranbildung bzw. diese Herauskristallisierung einer revolutionären bewußten Avantgarde des Proletariats in den Kinderkrankheiten, S. 72 und folgende, in folgenden Sätzen hervor:

„Die proletarische Avantgarde ist ideell erobert, das ist die Hauptsache. Ohne dieses kann man auch nicht den ersten Schritt zum Siege machen. Aber von hier bis zum Siege ist es noch sehr weit. Mit der Avantgarde allein kann man nicht siegen. Die Avantgarde allein in den entscheidenden Kampf werfen, bevor die ganze Klasse, bevor die breiten Massen die Position entweder der direkten Unterstützung der Avantgarde oder wenigstens der wohlwollenden Neutralität in bezug auf dieselbe und der vollen Unfähigkeit, ihren Gegner zu unterstützen, eingenommen – das wäre nicht nur eine Dummheit, sondern auch ein Verbrechen. Damit aber wirklich die ganze Klasse, die breiten Massen der Werktätigen und vom Kapital Geknechteten zu dieser Stellung gelangen, dazu gehört mehr als nur Propaganda, nur Agitation. Dazu gehört die eigene politische Erfahrung dieser Massen. Das ist das grundlegende Gesetz aller großen Revolutionen, das jetzt mit überraschender Kraft und Anschaulichkeit nicht nur von Rußland, sondern auch von Deutschland bestätigt ist. Nicht nur die auf niedriger Kulturstufe stehenden, oft des Lesens und Schreibens unkundigen Massen Rußlands, sondern auch die durchweg des Lesens und Schreibens kundigen Massen Deutschlands mit ihrer hohen Kultur mußten an ihrer eigenen Haut die ganzen Schwächen, die ganze Charakterlosigkeit, die ganze Hilflosigkeit, die ganze knechtische Gesinnung, die ganze Gemeinheit der aus den Rittern der 2. Internationale bestehenden Regierung, die ganze Unvermeidlichkeit der äußersten Reaktionäre (Kornilow in Rußland, Kapp u. Co. in Deutschland), als einzige Alternative in bezug auf die Diktatur des Proletariats erfahren, um sich entschieden dem Kommunismus zuzuwenden. Die [19] nächste Aufgabe der bewußten Vorhut in der

internationalen Arbeiterbewegung, d. h. der kommunistischen Parteien, Gruppen, Strömungen, besteht darin, es zu verstehen, die breiten (jetzt noch in der Mehrzahl der Fälle schlafenden, apathischen, trägen, noch nicht erwachten) Massen an diese ihre neue Position heranzuführen, oder richtiger, es zu verstehen, nicht nur die Partei, sondern auch die Massen während ihres Ueberganges zur neuen Position zu leiten. Konnte die erste historische Ausgabe (das Hinüberziehen der bewußten Vorhut des Proletariats auf die Seite der Sowjetmacht und der Diktatur des Proletariats) nicht ohne vollen ideellen und politischen Sieg über den Opportunismus und den Sozialchauvinismus gelöst werden, so kann die zweite Aufgabe, die jetzt zur nächsten Aufgabe wird und die in der Heranführung der Massen zur neuen Position besteht, welche fähig ist, den Sieg der Vorhut in der Revolution zu sichern, so kann diese nächste Aufgabe nicht ohne Liquidation des linken Doktrinarismus, ohne volle Ueberwindung seiner Fehler, ohne Befreiung von diesen Fehlern durchgeführt werden.“

Ist das nicht gerade für unsere Situation glänzend geschildert? Verbinden wir das zuerst Gesagte mit dem hier Gesagten, so ergibt sich: Die erste, die wichtigste, die bedeutsamste Aufgabe, das Herüberziehen der Vorhut zur Sowjetmacht, das heißt zur bewußten klaren Einsicht und Erkenntnis der Bedingungen des Sieges, kann nicht erfüllt werden, ohne vollkommene Liquidierung des Opportunismus; die zweite Aufgabe, das Heranführen der proletarischen Massen an die neugewonnenen Positionen der Vorhut kann nicht erfüllt werden ohne vollkommene Liquidierung des linken Doktrinarismus. Dieser Ausgabe, dem Ueberwinden des linken Doktrinarismus, galt der Kampf auf dem Mai-Zentral-Ausschuß, der mit dem Berliner Parteitag endgültig erledigt sein dürfte. Mit dem Berliner Parteitage dürfte die Partei endgültig zu den drei Grundpositionen des Leninismus gelangt sein. Natürlich handelt es sich hier zunächst um einen ideologischen Prozeß, behaftet noch mit vieler Unsicherheit, vorsichtigem Tasten usw. Erst die Praxis kann alsdann erweisen, wie weit wir es verstehen, das leninistische Rüstzeug zu handhaben und damit unsere Gegenwarts- und Zukunftsaufgaben zu lösen.

Der Kampf, den die Partei in den letzten Wochen im eigenen Lager zu bestehen hatte und der so rasch geklärt und durchgeführt werden konnte, beweist aber auch zu gleicher Zeit, in welchem hohem Maße die Partei durch sie Schulungsarbeit auf dem Gebiete der zwei ersten Fundamente des Leninismus zu einer wirklich bolschewistischen Partei herangereift ist. Die so rasch sich durchsetzende Erkenntnis für die zweite Ausgabe der Bolschewisierung der Partei und aber auch zu gleicher Zeit die praktische Anwendung dieser zweiten Ausgabe zeigt den hohen Reifegrad, den nunmehr die Partei erreicht hat.

Die Atempause, die die Partei nehmen mußte, um die ersten Aufgaben zu erfüllen, die Geschichte der Partei von Frankfurt bis Berlin, hat sie große Opfer an Einfluß unter den breiten Massen des Proletariats gekostet, hat sie also von der Erfüllung ihrer zweiten Aufgabe weit abgedrängt. Aber ohne daß die erste Ausgabe nicht vollkommen erledigt war, müßten diese Opfer in Kauf genommen werden. Aber nicht nur Opfer auf dem sichtbaren Gebiete des Rückganges des Einflusses unter den Arbeitermassen. Auch jene erschütternden Dramen, die sich heute täglich in den Gerichtssälen abspielen, die ekelhaften Sumpfpflanzen, das Treiben der Agents-Provokateurs, der Halunken Neumann, Botzenhardt, Diener und Konsorten, konnten in der Partei nur so viele Opfer von ehrlichen, braven revolutionären Genossen verschlingen, solange sich die Partei im Zustande der opportunistischen Revolutionsromantik, wie sie das Wesen der Brandler-Politik war, und nach der ganzen kleinbürgerlich-[20]radikal-sozialistischen Einstellung dieser Politik sein mußte, befand. An dieser Bürde dieses verhängnisvollen Opportunismus, auf dem diese Revolutionsromantik entstand, hatte die Partei schwer zu tragen und wird noch lange teuer hierfür zahlen müssen.

Und nun die Frage: Hat die Parteileitung die Grundlage des Leninismus in ihrem dritten Fundament mit der Oktoberkatastrophe vergessen und abgeschworen? Kommt jetzt erst die Parteileitung nach langen Monaten schlimmer, bitterer Erfahrungen in der praktischen Politik die Erkenntnis zu diesem dritten Fundament des Leninismus? Nach den Parteidiskussionen nach Frankfurt ist dem scheinbar so. In diesen Parteidiskussionen wurde der Kampf nur gegen den Opportunismus, gegen den Brandlerismus, nur nach rechts geführt. Die Front des Kampfes innerhalb der Partei konnte nach dem Vorausgesagten gar keine andere sein. Jeder Versuch, zu gleicher Zeit nach zwei Fronten zu kämpfen, hätte zur Abschwächung der Erfüllung der ersten Aufgabe führen müssen. Erst nachdem diese erste Aufgabe durchgeführt war, konnte die Partei auch hier einen Frontwechsel vornehmen und jene „mittlere“ Linie beziehen, die die Grundlage des Leninismus bildet.

In Wirklichkeit hatten aber wenigstens die maßgebenden Führer der Partei die Grundlage des Leninismus keinen Augenblick aus den Augen verloren. Als der maßgebende Theoretiker der Partei gilt unbestreitbar der Genosse Maslow, und gerade bei ihm war diese klare leninistische Linie auch bei den verschiedensten Manövern der Taktik innerhalb der Partei und bei der Klärung der Lage keinen Moment vergessen oder außer acht gelassen. Ich erinnere hier nur an zwei Beispiele:

Als vor dem Frankfurter Parteitag der Kampf um die Führung in der Partei ging, stand ich dem Genossen Maslow auf dem bezirksparteitag Westsachsen in Leipzig als Korreferent gegenüber. Bei dieser Gelegenheit erinnerte ich daran, daß bei der Aktion anlässlich des Rathenau-Mordes ich die Forderung aufgestellt hatte, kein gemeinsames Zusammengehen bzw. Einheitsfront von oben mit ADGB und SPD zu machen, sondern selbständig die Arbeiter zum Kampfe aufzurufen. Gleich nach mir hat in jener Sitzung der Genosse Maslow meinen Vorschlag bekämpft und ist für die Einheitsfront von oben eingetreten. Er hat hierbei klar die Frage aufgeworfen: was wollen wir, oder welches kann im historischen Augenblick das Ziel der Bewegung anlässlich des Rathenau-Mordes sein? Natürlich war man sich vollkommen darüber einig, daß der Rathenau-Mord keine so tiefe Bewegung hervorrief, die unmittelbar das Endziel, die proletarische Diktatur, ermöglichte. Und von dieser Analyse der Situation schlußfolgerte Maslow, daß es sich also nur darum handeln kann, die Halbheit und Unzulänglichkeit der Crispiene, Leipart und Wels zu beweisen, ihre Zusammengehörigkeit mit der Bourgeoisie und damit auch mit den Rathenau-Mördern zu beweisen. Und in dieser Situation kann es nur die eine Methode geben: die Entlarvungspolitik. Als ich nun Maslow an diese Tatsache erinnerte, die doch immerhin im Bewußtsein der Massen meinen Standpunkt als „radikaler“ erscheinen ließ, erklärte Maslow ruhig, trotzdem er einen entschiedenen Kampf gegen den Opportunismus zu führen hatte: „Einheitsfront von unten oder von oben sind keine prinzipiellen Fragen. Ich mache jederzeit und jeden Tag Einheitsfront von oben, aber nur unter der Voraussetzung, daß ich genau weiß, was ich will. Das, was in der Rathenau-Campagne als Einheitsfront angewendet wurde, war nicht deswegen falsch, weil es Einheitsfront von oben war, sondern deswegen falsch, weil diese Einheitsfront von oben grundsätzlich falsch angewendet wurde.“

Wir sehen also, daß Maslow selbst nach dem Oktoberzusammenbruch, als die ganze Partei schrie: Nie wieder Einheitsfront von oben!, den leninistischen Grundsätzen treu blieb und nachgewiesen hat, [21] daß diese Grundsätze nicht falsch sind, sondern daß sie in der Kommunistischen Partei noch nicht begriffen und daher falsch angewendet wurden.

Zweites Beispiel: Die Oktoberniederlage hat in der Partei eine Panikstimmung in bezug auf die Gewerkschaftsfrage hervorgerufen. Ich erinnere nur an die heftigen Debatten, die in Berlin geführt wurden, wo selbst Beschlüsse gefaßt wurden unter der Losung: Heraus aus den Gewerkschaften! Dieselbe Erscheinung sahen wir in Rhein-Ruhr, in Sachsen, in Thüringen, an der Wasserkante, am Oberrhein usw., wo es überall zur Gründung von selbständigen Verbänden gekommen ist. Diese Dinge spielten sich unmittelbar vor dem Frankfurter Parteitag ab und diese Stimmung spiegelte sich auch wider innerhalb der Parteiführung. Selbst die prominentesten Gewerkschaftler innerhalb der Parteizentrale und insbesondere auch die Berliner Genossen der Zentrale, die ganz besonders schwer unter dieser Massenstimmung zu leiden hatten, machten Versuche, dieser Stimmung nachzugeben, dem allgemeinen Drucke zu weichen. Da war es Maslow, der in einer jener Sitzungen erklärte: „In der Gewerkschaftsfrage darf es unter keinen Umständen zu einem Nachgeben kommen. Mit der Gewerkschaftsfrage steht und fällt die Partei als kommunistische. Wir haben alles einzusetzen, diese Massenstimmung zu bekämpfen und in das richtige Geleise zu führen, selbst wenn es hierbei zu organisatorischen Maßnahmen kommt. Haben wir erst in der Gewerkschaftsfrage gesiegt, dann kommt das andere allmählich von selbst. Maslow verpflichtete sich noch, in Berlin innerhalb der Mitgliedschaft die bereits gefaßten Beschlüsse niederzukämpfen und die entgegengesetzten Beschlüsse herbeizuführen. Dies ist ihm auch in der kurzen Spanne Zeit [Zeitspanne] bis zum Frankfurter Parteitag gelungen.

Was aber meinte Maslow neben der Gewerkschaftsfrage als das „andere“, als die Anwendung der Einheitsfronttaktik nach leninistischen Grundsätzen, wie wir sie in den obigen Zitaten gekennzeichnet haben? Ich glaube, daß durch Anführung dieser beiden Beispiele der Nachweis geliefert ist, daß in

dem klarsten Kopfe der Führung der KPD es keinen Augenblick ein Wanken in den leninistischen Grundsätzen gegeben hat.

Daß Maslow in der Duldung des Zustandes, wie er in der KPD vom Frankfurter Parteitag bis zu den Hindenburgwahlen bestand, die durchaus der Notwendigkeit einer bestimmten Epoche in der Geschichte der KPD entsprach, also eine Epoche, in der objektiv eine falsche, eine unleninistische Methode angewendet wurde, die aber aus dem besonderen historischen Entwicklungsprozeß der KPD aus eben denselben leninistischen Grundsätzen heraus subjektiv richtig war, seine Zustimmung gab, beweist, daß er sehr wohl verstanden hat, daß der Leninismus nicht nur eine Methode des Kampfes mit dem Klassengegner ist, sondern ebenso die Methode der Heranbildung einer ideologisch klaren Vorhut des revolutionären Proletariats in der Kommunistischen Partei.

Ich glaube, diese Betrachtungen und Auffassungen hier wiedergeben zu müssen, um dem allzu scharfen Betonen von gemachten Fehlern, Perioden der Versumpfung und Versackung usw. mit diesem Gegengewicht die richtige Linie in unserer theoretischen Auseinandersetzung zu geben. *) [22]

*

Aus den Bezirken.

Die Aufgaben der Partei im Rheinisch-Westfälischen Industriegebiet.

Von Philipp Dengel.

1. Wirtschaftslage, Eisenvertrag, Ruhräumung, Garantiepatt, Gewerkschaftseinheit.

Es war wohl die schmerzlichste Erfahrung unserer Partei im vergangenen Jahr, daß – abgesehen von einigen Gebieten mit sehr schwacher Industrie und entsprechend schwacher Organisation – gerade im dichtesten großindustriellen Gebiet Deutschlands der Rückgang des Einflusses unserer Partei relativ am stärksten gewesen ist. Ein Teil der Ursachen für diese Erscheinung ist zweifellos zu suchen in den organisatorischen Mängeln und in der schweren Belastung durch die Union und in der heute noch kaum verständlichen Vernachlässigung dieses wichtigsten proletarischsten Bezirks Deutschlands durch die Brandler-Zentrale. Wenn es auch falsch wäre, den Hauptteil der Schuld diesen übernommenen Mängeln und Schwächen zuzuschreiben, so ist es doch notwendig, sie zu sehen und möglichst rasch zu ändern. Das ist umso notwendiger, weil gerade im Ruhrgebiet sich in der nächsten Zeit die Aufgaben besonders häufen werden.

Im rheinisch-westfälischen Industriegebiet ist scharf zu scheiden zwischen dem eigentlichen Ruhrgebiet, wo die Schwerindustrie weitaus vorherrschend ist, und dem Randgebiet mit seiner Fertigindustrie. Während die Fertigindustrie des Randgebietes (Maschinenindustrie sowohl wie Kleisenindustrie und Textilindustrie) ausreichend beschäftigt ist und hier Anzeichen für eine schärfere Krise nicht vorhanden sind, befindet sich die Schwerindustrie, sowohl der Kohlenbergbau wie die Schwereisenindustrie, in einer ausgesprochenen Krise. Ueber diese Krise ist außerordentlich viel geschrieben worden, auch in unserer Presse. Es gab sogar Genossen, die den Stinneskrach, der sicher mit dieser Krise

*) Bemerkung der Redaktion: Der Artikel des Gen. Remmele ist ein wertvoller Beitrag zur Selbstkritik der Partei, und der ihm zugrunde liegende Gedanke, daß die Partei es erst lernen mußte, bolschewistisch zu manövrieren, ist unbedingt richtig. Es muß aber doch bemerkt werden, daß Gen. Remmele bei der Ausführung, des Themas etwas übertreibt. Ein tatsächlicher Irrtum ist zuerst die Annahme, daß die Genossen Sinowjew und Ruth Fischer hätten den Nachweis geliefert, daß „die Taktik von Frankfurt bis zur Hindenburg-Wahl falsch gewesen sei“. Das konnte schon [22] darum nicht nachgewiesen werden, weil es nicht den Tatsachen entspricht. Kritisiert wurde von beiden genannten Genossen die Taktik in der Hindenburg-Wahl, und zwar mit dem „Nachweis“, daß die Partei mit der richtigen bolschewistischen Taktik zu spät gekommen sei. Gen. Remmele macht hier eine zu abstrakte Unterscheidung einer objektiv falschen und subjektiv richtigen Taktik. Besser und konkret müßte dieser Gedanke so ausgedrückt werden: 1. die Linie von Frankfurt war (objektiv und subjektiv) richtig; 2. aber die Partei war infolge von Hindernissen, die vorwiegend in ihrer eigenen (von Brandler ererbten) Unreife und Organisation lagen, teils durch rechte Manöver, teils durch ultralinke Hemmungen, nicht in der Lage, diese Linie immer praktisch richtig durchzuführen; 3. dies hat in einem bestimmten Moment zu bestimmten Fehlern geführt, die eine scharfe Selbstkritik notwendig machten. Genosse Remmele hat dies in einem andern Artikel dieses Heftes sehr klar und richtig dargestellt.

zusammenhängt, zum Ausgangspunkt eines Zusammenbruchs des kapitalistischen Deutschlands machen wollten. Es ist vollständig verkehrt, diese Krise derartig auszudeuten, und es ist sogar verkehrt, diese Krise unmittelbar mit dem Dawes-Plan in Verbindung zu bringen. Worin besteht das Wesen dieser Krise? Es besteht in dem Mißverhältnis der Produktionskapazität der Schwerindustrie und dem der verarbeitenden Industrie. Solange unter den Erscheinungen der Inflation der Inlandmarkt von der ausländischen Konkurrenz so gut wie abgeschnitten war, solange unter den gleichen Erscheinungen auf dem Auslandsmarkte ein Dumping möglich war, solange große Teile der Produktionskosten auf dem Weg über die Reichsbank-Kredite von der Allgemeinheit ausgebracht wurden, solange war dieses Mißverhältnis nicht klar zu erkennen. Damals konnten die Schwerindustriellen weitausgreifende Raubpläne verwirklichen, obwohl dank des Raubbaues, der während des Krieges getrieben wurde, die Produktionsziffern infolge der technischen Zurückgebliebenheit im Verhältnis zur Belegschaftszahl verhältnismäßig gering waren, und obwohl diese technische Zurückgebliebenheit durch organisatorische Mängel noch verschärft wurde. Die Schwerindustrie hat aber gerade die Zeit des passiven Widerstandes dazu benutzt, ihren technischen Apparat zu erneuern und große neue Anlagen zu schaffen. Die bald nach dem Ende des Ruhrkrieges einsetzende Krise zwang andererseits auch zu organisatorischen Umstellungen und zur Modernisierung der Organisation. Heute liegt die Produktionskapazität der rheinisch-westfälischen Schwerindustrie weit über der Produktionskapazität der Vorkriegszeit. Die wohl mit Absicht mangelhafte Statistik ermöglicht es uns nicht, genaue Ziffern zu nennen. Verschärft wird diese Krise, soweit es Eisen und Stahl betrifft, durch das französische und vor allem durch das luxemburgisch-belgische Dumping. Es ist zum Beispiel eine Tatsache, daß trotz des Aufhörens der zollfreien Ausfuhr aus Lothringen und dem Saargebiet der süddeutsche Eisenmarkt nach wie vor von Lothringen und dem Saargebiet aus beherrscht wird.

Mit Rücksicht auf diese Verhältnisse sind die deutsch-französischen Handelsvertrags-Verhandlungen, d. h. in erster Linie die Verhandlungen zwischen der deutschen und französischen Schwerindustrie für die Arbeiterschaft Rheinland-Westfalens von der allergrößten Bedeutung. Um was geht es bei diesen Verhandlungen? Es geht um die Ausschaltung der beiderseitigen Konkurrenz, sowohl auf dem innerdeutschen Markt, als auch auf den ausländischen Märkten. Die Schwerindustriellen beider Länder wollen eine gewisse Kalkulationssicherheit auf der Grundlage der Abgrenzung der gegenseitigen Interessensphären erreichen. Nach den neuesten Meldungen ist eine Einigung über diese Punkte erzielt.

Wie wird sich ein solcher Vertrag auf das rheinisch-westfälische Proletariat auswirken? Das Abkommen der deutschen Schwerindustrie mit der französischen Schwerindustrie garantiert der französischen Schwerindustrie einen Absatz von 1,7 Millionen Tonnen Eisen in Deutschland. Dieses gesamte Kontingent wird aber von dem deutschen Syndikat übernommen und vertrieben, d. h. die französische Schwerindustrie schaltet sich von einer direkten Konkurrenz in Deutschland aus. Die Wirkung dieses Abkommens wird erhöht durch die geplanten Eisenzölle, die aller Wahrscheinlichkeit nach von dem jetzigen Reichstag angenommen werden. Damit ist für die deutsche Schwerindustrie die Möglichkeit zur Profitsicherung auch bei eingeschränkter Produktion gegeben. Und die Finanzleute, die angesichts der augenblicklichen Aktienbaisse davon sprechen, daß es ein rentables Geschäft sei, heute Aktien bei dem niedrigen Kursstand zu kaufen, werden schon recht haben, besonders wenn es sich um Montanpapiere handelt. Die Arbeiterschaft des Ruhrgebiets aber muß sich heute schon bereit machen, sich gegen die Folgen dieses planmäßigen Produktionsabbaues zu wappnen.

Diese planmäßige Produktionseinschränkung ist im Kohlenbergbau bereits im vollen Zuge. Eine ganze Reihe Randzechen, die ziemlich weit vom Wasser entfernt liegen, oder weniger ergiebige oder gute Vorkommen haben, sind bereits stillgelegt. Bei einer ganzen Reihe anderer Zechen, sogar mitten im Ruhrgebiet, sind starke Produktionseinschränkungen vorgenommen worden, während gleichzeitig die Werkzechen verstärkt produzieren und ihre Anlagen ausbauen. Es ist mit Bestimmtheit darauf zu rechnen, daß ähnlich wie im Kohlensyndikat auch im Eisensyndikat derartige planmäßige Abbaumaßnahmen vorgenommen werden, die innerhalb einzelner großer Konzerne, wie im Thyssen-Konzern, bereits begonnen wurden.

Für das Ruhrgebiet bedeuten diese Vorgänge die Schaffung einer beträchtlichen dauernden Reservearmee von Arbeitskräften. Es ist wahr-[24]scheinlich, daß im Zusammenhang mit diesen Vorgängen ein neuer großer Vorstoß der Schwerindustrie gegen die Arbeiterschaft des Ruhrgebiets, sowohl in bezug auf Löhne, als auch auf Arbeitszeit, einsehen wird. Die kommunistische Partei im Ruhrgebiet wird alle Kräfte anspannen müssen, um die Arbeiterschaft auf solche Vorstöße, die unter für die Kapitalisten verhältnismäßig günstigen Umständen vorgenommen werden, aufmerksam zu machen und zum Widerstand zu organisieren. Darüber hinaus muß die Gesamtpartei die stärksten Anstrengungen machen, um das gesamte deutsche Proletariat zur Unterstützung des bedrohten Ruhrproletariats zu mobilisieren. Denn es ist gar kein Zweifel, daß die Folgen einer schweren Niederlage des Ruhrproletariats in der gesamten deutschen Arbeiterschaft gespürt werden müssen.

Man muß die Frage des Sicherheitspaktes und der Ruhräumung in Zusammenhang bringen mit den Verhandlungen zwischen der deutschen und französischen Schwerindustrie. Die Räumung des Ruhrgebiets ist heute außer Zweifel gerückt. Die Partei hat lange Zeit diese Frage der Räumung sehr stark und einseitig behandelt. Es ist noch nicht lange her, daß man von einer eventuellen Räumung des Ruhrgebiets nicht sprechen konnte, ohne ausgelacht zu werden. Wir haben auch in unserer Propaganda uns zu einseitig auf die Nichträumung festgelegt. Das ist zweifellos ein sehr schwerer Fehler, der nicht leicht wieder gutgemacht werden kann. Wir hätten die Möglichkeit, ja Wahrscheinlichkeit einer Räumung des Ruhrgebiets viel früher beachten müssen und schon viel früher die Arbeiterschaft propagandistisch auf den Sinn und die Bedeutung einer solchen Räumung aufmerksam machen müssen. Jetzt, da die Räumung beginnt, und selbst die Parteigenossen auf diese Räumung nicht vorbereitet sind, wird es schwer sein, eine gewisse Lähmung der Arbeiterschaft, infolge dieser Räumung zu verhindern. Freilich wird der Eindruck der Räumung angesichts der wirtschaftlichen Bedrohung der Arbeiterschaft genau so wenig nachhaltig sein, wie der Eindruck der sogenannten Jahrtausendfeier, die von der gesamten rheinisch-westfälischen Arbeiterschaft kaum beachtet worden ist. Aller Wahrscheinlichkeit nach wird sich die Sozialdemokratische Partei nach der Räumung an dem nationalistischen Rummel der übrigen bürgerlichen Parteien beteiligen, wie sie sich auch an den offiziellen Feierlichkeiten des Jahrtausendrummels beteiligte. Demgegenüber wird gerade im Ruhrgebiet und überhaupt in den geräumten Gebieten im Sinne der Beschlüsse des letzten Zentralausschusses die Kommunistische Partei sich an die gesamte Arbeiterschaft, sowohl an die sozialdemokratische, als auch an die christlichen Arbeiter wenden müssen, um sie zu Gegendemonstrationen gegen die Kundgebungen der nationalistischen Bourgeoisie aufzurufen.

Es scheint uns, daß die Frage des Garantiepaktes und des Beitritts zum Völkerbund, d. h. die „westliche Orientierung“ für das deutsche Bürgertum bereits entschieden ist. Unmittelbar nach dem Bekanntwerden der vorläufigen Einigung zwischen deutscher und französischer Schwerindustrie begann in der ausschlaggebenden Presse der rheinischen Bourgeoisie, in der „Kölnischen Zeitung“ sowohl wie in der „Deutschen Bergwerkszeitung“ eine außenpolitische Schwenkung. Der Widerstand eines Teiles der Fertigungsindustrie gegen diese Politik wird genau so schwach sein, wie ihr Widerstand gegen die Getreide- oder Eisenzölle.

Die Sozialdemokratische Partei, die schon den Vertrag von Rapallo bekämpft hat und stets von neuem gegen eine östliche Orientierung im Auswärtigen Amt Sturm gelaufen ist, tritt nicht nur für den Sicherheitspakt ein, sie verlangt geradezu offene Provokation gegen Sowjetrußland. Entsprechend der Haltung des Hauptvorstandes der SPD benehmen sich auch die Provinzlakaien in der Sozialdemokratischen Partei wie im ADGB. Am 25. Juni fand eine Konferenz der sozialdemokratischen Gauleiter und Geschäftsführer des ADGB Rheinland-Westfalens in Bochum statt. Im offiziellen Bericht über diese Tagung heißt es, daß man in der Räumung des besetzten Gebietes ein Zeichen des Verständigungswillens [25] seitens der Besatzungsmächte erblicke. Dann sei der Weg für die Verhandlungen über den Sicherheitspakt vorbereitet. Es heißt dann weiter: „Die Gewerkschaften begrüßen den Abschluß eines Sicherheitspaktes ...“

Wenn auch der Abschluß des Sicherheitspaktes noch nicht unmittelbar die Einleitung eines Angriffs gegen Sowjetrußland bedeutet, weil die süßen Trauben außerordentlich hoch hängen und weil die Verständigung über die Verteilung einer so ungeheuren Beute zwischen dem imperialistischen

England und dem imperialistischen Frankreich vorläufig noch nicht erzielt ist, so bestehen auf der anderen Seite so viel Kompensationsmöglichkeiten (von denen eine Deutschland selbst ist), daß die Gefahr einer Einigung zwischen England und Frankreich gegen Sowjetrußland keineswegs unmöglich ist. Deutschland würde im Falle eines so ungeheuren Zusammenstoßes wahrscheinlich nicht nur zum Ausmarschgebiet gemacht, sondern selbst zum Kriegsschauplatz werden. Das rheinisch-westfälische Industriegebiet hätte in diesem Falle die Rolle einer ungeheuren Waffenschmiede gegen das proletarische Rußland zu spielen.

Während in der englischen Arbeiterschaft der Widerstand gegen das grauenhafte Verbrechen eines neuen Krieges und vor allem eines Krieges gegen das proletarische Rußland im raschen Wachstum begriffen ist, während selbst zahlreiche führende Mitglieder der englischen Labour Party, d. h. der 2. Internationale, gegen diese Pläne Front machen, sind es gerade die deutschen Sozialdemokraten, die einen Zusammenschluß der bestehenden kapitalistischen Mächte gegen Sowjetrußland herbeiführen wollen und offen zum gewaltsamen Vorgehen gegen die russische Arbeiter- und Bauernrepublik hetzen.

Wie muß die Kommunistische Partei den Kampf gegen diese infame Politik der SPD führen? Wie muß überhaupt die Kommunistische Partei den Widerstand des Proletariats gegen die imperialistischen Pläne und die Kriegsgefahr organisieren? Wir glauben, daß dazu nichts geeigneter ist, als eine planmäßige, systematische und zähe Kampagne für die internationale Gewerkschaftseinheit. Die deutsche Partei hat diese Kampagne bis jetzt sehr mangelhaft durchgeführt. Es blieb bei Ansätzen. Vor allen Dingen aber fehlte es an der internationalen Zusammenarbeit selbst. Wir müssen es lernen, viel besser die Gegensätze innerhalb der 2. Internationale (die sich übrigens teilweise, abgeschwächt, in der deutschen sozialdemokratischen Partei widerspiegeln) auszunutzen.

Um diese Kampagne mit dem stärksten Erfolg durchführen zu können, dazu brauchen wir freilich eine Vertiefung unserer eigenen Gewerkschaftsarbeit. Die Arbeitermassen müssen spüren, daß wir die Einheit der Gewerkschaften wollen, nicht nur um das Hindernis der reformistischen Gewerkschaftsführung bei der Organisation der Revolution zu beseitigen, sondern auch, weil wir entschlossen sind, innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft die Kämpfe der Arbeiterschaft um bessere Löhne, um den Achtstundentag, gegen die Monarchie und vor allem gegen die Kriegsgefahr zu organisieren. Es wird notwendig sein, daß nicht nur unsere Genossen in den Gewerkschaften zu festen Fraktionen zusammengefaßt werden, um sie mit diesen Parolen innerhalb der Gewerkschaften vorstoßen zu lassen, sondern wir müssen mit diesen Parolen selbst breite und langdauernde Kampagnen innerhalb der nichtorganisierten Arbeiterschaft zum Eintritt in die Gewerkschaften durchführen.

Aber die Werbekraft der Partei wird nach innen und nach außen geschwächt, solange die Frage der selbständigen Verbände nicht endgültig gelöst ist. Die Frage der Union und des ausgeschlossenen Bauarbeiter-Verbandes (der eine viel bescheidenere Rolle spielt) muß möglichst rasch zur Entscheidung gebracht werden. Diese Frage ist geradezu die entscheidende Frage bei der Organisation zukünftiger Aktionen der Partei im Ruhrgebiet. Ihre Lösung ist die Voraussetzung dafür, daß es der Partei wieder gelingen wird, im Ruhrgebiet und damit auch im Rheinland eine wirklich führende Rolle zu spielen. [26]

2. Einiges über Organisation der politischen Arbeit im Bezirk Niederrhein.

Auch eine Kommunistische Partei ist im Anfangsstadium ihrer Entwicklung nicht frei von der Gefahr der Verklüngelung und Verbonzung. Man kann sich die Leitung einer Organisation dadurch bequem machen, daß man für „Ruhe und Ordnung“ sorgt, indem man das innere Leben der Partei im höchsten Maße abdämpft, und sich dadurch in den Stand setzt, mit einer verhältnismäßig sehr kleinen Zahl von Funktionären die gesamte Organisation zu beherrschen. Diese wenigen leitenden Genossen werden zwar in der praktischen Arbeit sehr wenig leisten, aber sie werden sehr bald von der Krankheit der Ueberheblichkeit befallen, in allen Veranstaltungen das große Wort führen und jedes Emporwachsen neuer Kräfte im Keime ersticken. Solche Verhältnisse gab es im Bezirk Niederrhein bis zur großen Parteidiskussion nach dem Oktober, die die Gesamtorganisation von Grund aus aufwühlte. Nach dem Frankfurter Parteitag war es eine der hauptsächlichsten Aufgaben, die Aufwühlung der Partei

auszunutzen zu ihrer Reinigung von der Verklüngelung und Verbonzung. Diese Ausgabe war deshalb nicht leicht, seit der Funktionärkörper der Partei infolge der früheren Arbeitsmethode der Leitung außerordentlich schmal war, und weil eine beträchtliche Zahl der „braven“ Genossen, die bis dahin eine bevorzugte Stellung einnahmen, sich nach der Aenderung der Politik der Partei von der Arbeit zurückzogen.

Wir haben mit dieser Arbeit begonnen, indem wir in unseren verhältnismäßig zahlreichen großen Ortsgruppen (5 Ortsgruppen mit mehr als 1000 Mitgliedern, dazu 3 Ortsgruppen zwischen 500 und 1000, und eine ganze Reihe Ortsgruppen zwischen 230 und 500 Mitgliedern) die vielen „Ehrenstellen“ beseitigten und diese Ortsgruppenvorstände aus den wirklich unten aktiv tätigen Genossen zusammensetzten. Im UB Düsseldorf z. B. bilden die politischen Leiter der Bezirke, der größeren Ortsgruppen und der großen Betriebszellen zusammen mit den verantwortlichen Leitern der Ressorts den engeren Vorstand von Groß-Düsseldorf. Dieser engere Vorstand von Groß-Düsseldorf ist gleichzeitig die UBL für den UB Düsseldorf. Daneben besteht noch ein erweiterter Vorstand, in dem auch die unteren Organisationsteile, (Distrikte, größere Ortsgruppen, usw.) vertreten sind. Damit ist den Trägern der eigentlich praktischen Arbeit der Organisation auch die Leitung der Gesamtorganisation übertragen. Damit gleichzeitig eine Erstarrung der leitenden Körperschaft, unmöglich geworden, weil die unteren Organisationsteile (Zelle, Bezirk, Distrikt) die notwendige Korrektur anbringen, indem sie, von sich aus zwar wortbegabte, aber sonst faule und unfähige Genossen aus verantwortungsvollen Positionen entfernen.

Durch diese Zusammensetzung der Ortsgruppenvorstände und UB-Leitungen wird erreicht, daß die gerade in einer Depressionsperiode immer von neuem aufkommenden Störungen der Arbeit durch persönlichen Tratsch gehemmt und leicht erstickt werden. Wenn die verantwortlichen Genossen auch der unteren Organisationsteile mit an der Führung der Gesamtorganisation beteiligt sind, dann ist es unmöglich, die Führung selbst für das Versagen dieser Organisationsteile in der praktischen Arbeit verantwortlich zu machen. Wir konnten mehrfach „Oppositionsmacher aus Neigung und Beruf“ (es handelt sich in diesem Falle nicht um politische Opposition) dadurch erledigen, daß sie zur Leitung selbst herangezogen wurden. Stand hinter solcher Opposition mehr als Maulheldentum, nämlich wirklich revolutionäre Energie, dann konnten sich diese Genossen in der Arbeit bewähren: Nur Maulhelden dagegen verschwanden bald von der Bildfläche.

Schließlich wurde durch diese Organisationsform erreicht, daß der Unfug mit den endlos langen Rundschreiben bis auf ein Minimum herabgeschraubt werden konnte. Die Ankurbelung der Arbeit jeglicher Art kann bei solcher Organisationsform mündlich geschehen, wobei gleichzeitig der Besprechung irgendeiner Aktion die Maßnahmen der obersten Leitung [27] des Bezirks kritisiert, ergänzt und verbessert werden können. Ebenso günstig ist das Ergebnis in bezug auf die politische Durchbildung und vor allem in bezug auf das Vertrauensverhältnis zwischen der Leitung der Partei und der Organisation unten. Freilich muß man stets darauf achten, daß in den Zusammenkünften dieser führenden Funktionärkaders offen und oft auch brutal kritisiert wird. Wir haben festgestellt, daß gerade der Mangel an Kritik ein Zeichen war für eine bestimmte Ermüdung der Aktivität in der Organisation. Man muß in diesem Falle die Kritik von unten geradezu provozieren, und man kann überzeugt sein, daß eine solche Provokation besser ist als dutzende wortreicher und schön zusammengebauter Rundschreiben und Artikel.

Neben der auf die oben geschilderte Weise eingeleitete Heranbildung eines breiteren und kräftigeren Funktionärkörpers, welche Arbeit noch keineswegs ein ideales Ergebnis erzielt hat und eine fortlaufende Arbeit sein muß, stand das ganze Jahr über im Vordergrund die Umstellung der Partei auf Betriebszellen und vor allem die Organisierung der Gewerkschaftsarbeit. Das Ergebnis der Umstellung der Partei auf Betriebszellen ist noch recht mäßig. Es ist unmöglich, im Rahmen dieses kurzen Aufsatzes alle unsere Erfahrungen, unsere Schwierigkeiten und Enttäuschungen aufzuzählen. Abgesehen von der Bedrohung der wirtschaftlichen Existenz ist das Haupthindernis für die Umstellung der Organisation auf Betriebszellen die konservative Einstellung gegenüber den althergebrachten Organisationsformen. Die organisatorische Umstellung der Partei auf Betriebszellen ist in der Tat tausendmal mehr als eine organisatorische Maßnahme. Sie erfordert eine Umstellung der Köpfe. Deshalb hat

sich auch die organisatorische Maßnahme, einzelne Betriebszellen zu bilden, um erst nachher eine Gesamtumstellung vorzunehmen, schlecht bewährt! Immer wieder wurden die Genossen aus ihrer Arbeit in der isolierten Betriebszelle in die Arbeit der fortbestehenden Wohnbezirksorganisation herübergezogen, nach dem Prinzip des geringsten Widerstandes. Wir glauben, auf Grund dieser Erfahrung, feststellen zu müssen, daß eine Umstellung der Partei ernsthaft niemals durchgeführt werden kann, wenn man nur von dieser Seite, nur von der Bildung einzelner Betriebszellen anfängt. Man muß – freilich vorsichtig, freilich nach guter und vor allen Dingen ideologischer Vorbereitung – ganze Organisationsteile (Ortsgruppen oder Stadtbezirke) vollständig „umstellen“, selbst auf die Gefahr hin, zunächst in diesen Organisationen einen kleinen Rückschlag zu erleben. Wenn man das Gerippe der Wohnbezirksorganisation nicht ernsthaft angreift, dann wird die Umstellung in der Hauptsache Makulatur bleiben. Und wir glauben bestimmt, daß sie nicht Makulatur bleiben darf, sondern daß sie notwendig ist und durch geführt werden muß. Freilich warnen muß man davor, anzunehmen, daß diese Umstellung rasch durchgeführt werden kann. Hier liegt eine Aufgabe für Jahre vor uns; aber es wird gut sein, wenn der Reichsparteitag auch in dieser Beziehung einen neuen starken Anstoß nach vorwärts geben wird.

Ueber die maßlose Verwüstung, die die Oktober-Niederlage in bezug auf die Gewerkschaftsarbeit herbeigeführt hat, sind sich wohl heute alle verantwortlichen Genossen im Klaren. Wir haben in unserem Bezirk zwei Unterbezirke, in denen wir organisatorisch weit stärker sind, als die SPD, in denen aber gleichzeitig diese organisatorische Stärke schwammig ist, weil seine entsprechende Verwurzelung in den Gewerkschaften besteht. Das sind die Unterbezirke Düsseldorf und Remscheid. Es gab einst eine Zeit, wo das Proletariat im UB Remscheid unbestritten unter unserer Führung stand. Unsere Losungen, das waren die Losungen der Gesamtarbeiterschaft, unsere Aktionen die Aktionen der Gesamtarbeiterschaft. Zwar hat unsere Organisation und unsere Presse die schwere Niederlage im Februar 1924 ziemlich gut übersanden; aber die Führung des Gesamtproletariats im UB Remscheid haben wir nicht mehr. Das hängt gewiß zusammen mit der Aenderung der wirtschaftlichen und politischen Lage, und das ist sicherlich in der Hauptsache eine Folge dieser Aenderung. Aber kein Genosse, der die Ver-[28]hältnisse in diesem UB aus persönlicher Anschauung kennt, wird bestreiten, daß das erschreckende Maß an Einflußlosigkeit mit verursacht ist durch die Isolierung der Partei von den breiten Massen der Arbeiterschaft infolge der Zerschlagung des einst mächtigen Metallarbeiter-Verbandes durch die Provokation der Gewerkschaftsbürokratie, auf die wir falsch reagiert haben. Zwar sind unsere Genossen im UB Remscheid gewerkschaftlich organisiert geblieben (im ausgeschlossenen Metallarbeiter-Verband); aber diese Organisation war und wurde immer mehr eine Parallelorganisation zur Partei, während die politisch indifferenten und große Teile der mit uns sympathisierenden Arbeiter draußen blieben oder herausgingen und somit bei gleichzeitiger Reinigung der großen Betriebe von den Kommunisten sich von uns aus lösten.

Auch im UB Düsseldorf kam es zu Abspaltungen, Transportarbeiter und die im ganzen Bezirk bestehenden ausgeschlossenen Bauarbeiter. Die Hauptursache für die gewerkschaftliche Schwäche im UB Düsseldorf aber ist darin zu suchen, daß unsere Genossen die allgemeine Gewerkschaftspanik nicht nur mitmachten, sondern sie sogar begünstigten. Der einst mächtige Metallarbeiter-Verband wurde unglaublich dezimiert und zurück blieben in der Hauptsache die geschworenen Anhänger der SPD. Nun sind zwar unsere Genossen wieder in den Metallarbeiter-Verband zurückgekehrt; aber es ist nicht erstaunlich, daß sie in den Versammlungen nicht mehr in dem Maße das Echo haben, wie früher, weil mit ihnen nicht gleichzeitig die mit uns sympathisierenden Arbeiter in den Verband zurückgekehrt sind. Wenn die Metallarbeiter-Organisation von 32.000 auf weniger als 5000 in Düsseldorf sank, dann war das gewiß ein schwerer Schlag für den Metallarbeiter-Verband. Aber diese Tatsache bedeutete und bedeutet einen noch heftigeren Schlag für die Kommunistische Partei. Wir werden in Düsseldorf nach dem Reichsparteitag eine breite und langfristige Kampagne zur Zurückführung der Metallarbeiter in ihren Verband durchführen. Wir werden für lange Zeit unsere ganze Kraft in den Dienst dieser Aufgabe stellen, weil wir ihr eine außerordentliche Wichtigkeit über die hier nicht geredet werden kann, beimessen.

Im Verlaufe unserer Arbeit zur Neufundierung unseres Einflusses in den Gewerkschaften sind wir zur Ueberzeugung gelangt, daß die überlieferte Form der Gewerkschaftsarbeit durchaus mangelhaft ist. Diese Mangelhaftigkeit hängt zusammen mit der Art, wie die Brandler-Zentrale die Gewerkschaftsarbeit in der Gesamtpartei aufgezogen hat. Die Gewerkschaftszentrale war damals ein sehr ausgeblasener Apparat neben der politischen Zentrale. Und dementsprechend war die Gewerkschaftsarbeit auch unten aufgezogen als eine Arbeit neben der politischen Arbeit. Abgesehen davon, daß die opportunistischen Tendenzen des Brandlerismus in diesen Gewerkschaftsorganisationen der Partei am stärksten verwurzelt waren, und verwurzelt sein mußten (man muß hier darauf verzichten, auf diese Zusammenhänge einzugehen), blieben sie gerade dort, wo ein starkes politisches Leben pulsierte, hohle Gebilde. Unsere zahllosen Fraktionen und Roten Kartelle waren oft nur hohle Nüsse oder luftige Seifenblasen. Das ist nicht verwunderlich, wenn man bedenkt, daß faktisch die politischen Leitungen von der Verantwortung für die Gewerkschaftsarbeit so gut wie entbunden waren, oder daß sich gar – was häufig der Fall war – Eifersüchteleien zwischen der politischen Leitung und der Leitung der Gewerkschaftsarbeit ergaben.

Wir hatten im vergangenen Jahr beobachtet, daß trotz vor Rückkehr der Genossen in die Gewerkschaften unser Einfluß in den Gewerkschaften sich nicht sichtlich hob. Es kam hinzu eine dauernde Fluktuation im Bestand der Fraktionen und Roten Kartelle und eine außerordentlich geringe Beteiligung der Genossen an den Sitzungen der Fraktionen und Roten Kartelle. Daraufhin beschloß die Bezirksleitung eine Neugestaltung der Organisation der gewerkschaftlichen Arbeit. Danach wurde die Verantwortung für die Gewerkschaftsarbeit restlos der politischen Leitung jeder Organisation (Ortsgruppe, Betriebszelle, Bezirk, Distrikt) übertragen. Ihnen [29] zur Seite steht der verantwortliche Gewerkschaftsfunktionär, der in jedem Organisationsteil vorhanden sein muß und mit zum Kopf gehört. Die Leiter der Fraktionen haben in der Hauptsache nur noch beratende Funktion gegenüber der politischen Leitung. Die Mobilisierung der Partei und der Sympathisierenden erfolgt nicht mehr durch die Fraktion, sondern durch die Gesamtpartei. Dementsprechend setzen sich auch die Roten Kartelle nicht mehr nur aus den Fraktionsleitern zusammen, sondern aus den verantwortlichen Gewerkschaftsfunktionären der einzelnen Organisationsteile unter dem Vorsitz des politischen Leiters.

Es sind hier nur die Hauptpunkte dieser Umorganisation angeführt. Es ist selbstverständlich, daß diese allgemeinen Anweisungen sehr langsam verwirklicht wurden. Auch heute ist dieser Prozeß noch keineswegs vollständig. Die Erfahrung hat gezeigt, daß wir mit dieser Umorganisation den richtigen Weg beschrritten haben.

*

Das Saargebiet, eine französische Industriekolonie.

Ein Beitrag zur nationalen Frage.

Von N. Kaasch.

Ein wesentlicher Charakterzug des Kapitalismus in der Epoche des Imperialismus ist die politische Unterdrückung und wirtschaftliche Ausbeutung von hochentwickelten Industrieländern.

Die Neuverteilung der Erde durch den Krieg hat zur Verschärfung der internationalen Konkurrenz um den Weltmarkt und zu schweren Krisenerschütterungen geführt. Sie hat dahin geführt, daß das seiner Macht beraubte Deutschland bei dieser Neuverteilung durch den Dawes-Pakt in eine Industriekolonie, in ein Ausbeutungs- und Marktgebiet der imperialistischen Räuber verwandelt wurde.

Außerdem wurden durch den Versailler Vertrag wichtige Teile vom Reiche losgelöst. So unter andern auch das Saargebiet, das auf die Dauer von 15 Jahren „zu treuen Händen“ des Völkerbundes gegeben wurde, wie das Saarstatut so schön sagt.

Das Saargebiet ist aber kein selbständiges Staatswesen, sondern seine eingesetzte Regierung, in der die Franzosen maßgebenden Einfluß haben, ist ein „vertretender Ausschuß“ des Völkerbundes.

Dafür bekommt dieses Gebiet die Segnungen der „Demokratie“ auch in ihrem ganzen Umfange zu kosten.

Das Landesparlament, der Landesrat, hat nur beratende Stimme. Wählbar sind nur Saarländer, die außerdem mindestens 25 Jahre alt sein müssen.

Betriebsräte gibt es nicht. Als Betriebsvertretungen fungieren Arbeiter-Ausschüsse. Auch hier sind nur Saarländer wählbar, die noch dazu 30 Jahre alt und ein Jahr im Betrieb beschäftigt sein müssen.

Jugendliche Arbeiter haben kein Koalitionsrecht.

Nicht-Saarländer können jederzeit ausgewiesen werden.

Neben diesen Merkmalen der „Demokratie“ sind die Französisierungsbestrebungen der Regierungskommission politisch von größter Bedeutung.

Laut Versailler Vertrag gingen die 27 Kohlengruben mit 49 Schachtanlagen sofort in französischen Staatsbesitz über. Der Bergbau beschäftigt ungefähr 70.000 Arbeiter. Die Kohlenproduktion betrug im Januar d. J. 1.309.010 Tonnen, im Februar 1.223.675 To., im März 1.349.408 To.

[30] Die französische Bergwerksdirektion ersetzte die meisten deutschen Beamten durch französische, nationalistisch und separatistisch gesinnte Elemente. Französische Schulen mit besonderen Vorrechten wurden eingeführt. Post und Bahn wurden vom Reiche abgetrennt und in eigene Regie übernommen. Der französische Franken wurde als Zahlungsmittel eingeführt. Bis Anfang April dieses Jahres waren laut Bericht der Regierungskommission im Saargebiet an französischen Truppen ein Infanterie- und ein Kavallerie-Regiment sowie ein Bataillon Jäger stationiert. Außerdem ist zur Niederhaltung der Arbeiterschaft Gendarmerie, Kommunal-, Wald- und Eisenbahnpolizei in einer Stärke von ungefähr 1500 Mann vorhanden.

Neben dem Bergbau ist die Hüttenindustrie maßgebend. Das Saarland besitzt sieben Hüttenwerke mit 30 Hochöfen und beschäftigt ungefähr 35.000 bis 40.000 Arbeiter und Beamte.

Politisch zu beachten ist, daß das französische Kapital mit über 60 Prozent an den Hütten, selbst am „deutschen“ Röchling-Werk in Völklingen, beteiligt ist. Gerade hier im Saargebiet ist es leicht, die internationale politische und wirtschaftliche Verfilzung des Kapitals nachzuweisen. Die Saar-Unternehmungen Stumms gehören dem deutschen Konzern nur noch zu einem Teil, zum andern Teil den französischen Schwerindustriellen.

Im Neunkirchner und Homburger Eisenwerk sitzen die Herren Stumm und Schubert mit den Franzosen Bernard und Bressenau gemeinsam im Aufsichtsrat. Von hier gehen Fäden über die schwerindustrielle Gruppe Forges et Aciéries du Nord zur Banque de Paris et des Pays-Bas, deren Leiter Vorsitzender der Botschafterkonferenz in Paris war.

Der Vorsitzende der Dillinger Hütte Théodor Laurent war bis vor kurzem französischer Botschafter in Berlin. Der zweite Vorsitzende der Dillinger Hütte ist Konrad v. Schubert, der Staatssekretär im deutschen Auswärtigen Amt.

Diese Beziehungen haben natürlich auch ihre Auswirkungen auf den deutsch-französischen Handelsvertrag. Das Saargebiet ist seit dem 10. Januar 1925 durch eine Zollgrenze auch wirtschaftlich vom Reiche abgetrennt. Die französisch-saarländische Zollgrenze ist beseitigt und dadurch das Saargebiet in die französische Zollunion einverleibt. Die französische Bevölkerung kann sich ungehindert im Saargebiet aufhalten, während deutsche Staatsangehörige besonderer Aufenthaltsgenehmigung bedürfen.

Das Saargebiet ist ein Exportindustrieland im wahrsten Sinne des Wortes, das das größte Interesse an einer freihändlerisch orientierten Handelspolitik hat. Statt dessen ist das Saargebiet der französischen Zollhoheit unterworfen und muß sich der französischen Zollpolitik, die eine Hochschutzzollpolitik ist, ohne weiteres fügen. Das bedeutet also, daß die Saarindustrie ihren deutschen Markt auf der einen Seite verliert, während andererseits auf Grund der zollpolitischen Gegenmaßnahmen anderer Länder gegen die französische Zollpolitik dem Saargebiet andere ausländische Märkte verschlossen bleiben. Die Auswirkungen dieser Politik zeigen sich am besten in der Fertigungsindustrie, wo Betriebseinschränkungen und Arbeitsentlassungen schon vorgenommen wurden.

Politisch wirkt sich das in der Form aus, daß sich die Demokraten, die sich vor zwei Jahren mit der deutsch-saarländischen Volkspartei, also der Schwerindustrie vereinigt hatten, wieder von derselben getrennt haben. Zu gleicher Zeit ist die Arbeitsgemeinschaft zwischen allen bürgerlichen Parteien mit Einschluß der Sozialdemokratie in die Brüche gegangen.

Durch den deutsch-französischen Handelsvertrag ist die saarländische Schwerindustrie in der Lage, ihre Erzeugnisse zu günstigen Preisen und mit Zollvergütung nach Deutschland ausführen zu können. Laut Vertrag kommen für die Saar jährlich 600.000 To. Roheisen in Frage. Durch den Einschluß in diesen Handelsvertrag erhält die saarländische Schwerindustrie [31] eine Monopolstellung, die sie zur Knebelung der Fertigung und vor allem zu einer verschärften Ausbeutung der Werktätigen benutzt.

Der Garantiepakt, den der französische Imperialismus ausnutzen will zur Sicherung seiner Vormachtstellung in Europa, zur Anerkennung und Festigung seiner Militärbündnisse, zur Schaffung einer selbstgenügsamen wirtschaftlichen, vor allem schwerindustriellen Grundlage (deutscher Koks und französisches Eisen, deutsche chemische Industrie) seiner Militärmacht, dazu die Einbeziehung der deutschen Wirtschaft in seine Machtsphäre, soll außerdem durch die „Neutralisierung“ der Rheinlande und des Saargebiets für letzteres die Abstimmung 1935 illusorisch machen.

So liegen politisch und wirtschaftlich hier im Saargebiet die Dinge. Zu der politischen Entrechtung der deutschen Bevölkerung und zu den Französisierungsbestrebungen der Regierungskommission gesellt sich in der Zeit noch ein verschärfter wirtschaftlicher Druck durch die Valutakrise des französischen Franken. Der Frankenzerfall wird durch den Marokkokrieg wesentlich beschleunigt, ähnlich wie der Ruhrkrieg die deutsche Währung vollständig vernichtete,

Das Unternehmertum steckt außer seinen Gewinnen aus dem deutsch-französischen Handelsvertrag, außer den Zollvergütungen, den Frachtermäßigungen und dem Raubbau am Proletariat noch riesige Valutagewinne ein. Die Not und die Gärung unter der Arbeiterschaft wird immer größer. Um die Empörung der Werktätigen von ihren gemeinsamen Ausbeutern, den deutschen und französischen Kapitalisten, abzulenken und den Haß zwischen der deutschen und französischen Arbeiterschaft zu schüren, hat die Schwerindustrie besondere Sorgfalt auf die Vorbereitung und Durchführung der nationalistischen Jahrtausendfeier gelegt. Die Jahrtausendfeier hat wieder bestätigt, daß das nationale Empfinden in den Grenzgebieten überaus stark ist. Es gelang den Nationalisten am 21. Juni, einen wahren chauvinistischen Taumel zu entfalten. Nicht nur jedes Haus, sondern tatsächlich jedes Fenster war beflaggt und illuminiert. Die Arbeiterstraßen und -viertel wetteiferten in ihrer Ausschmückung mit den Geschäfts- und Bourgeoisiehäusern.

Die Kommunistische Partei hatte seit Wochen durch ihre Presse, durch Flugblätter und öffentliche Versammlungen den wahren Zweck des Jahrtausenddrummels den Arbeitermassen gezeigt. Zum 21. Juni organisierte sie einen Roten Tag als Gegenkundgebung zur Jahrtausendfeier mit großem internationalen Massenmeeting, Die Beteiligung und vor allen Dingen die Stimmung bewies, daß die Partei auf dem Wege ist, die Führerin des Saarproletariats zu werden.

Die Sozialdemokratie, die stets der getreue Lakai ihres Herrn ist, veranstaltete im Saargebiet eine „proletarische“ Jahrtausendfeier, um sich dadurch von den Nationalisten zu unterscheiden und es mit der französischen Regierungskommission nicht zu verderben. Ganze 120 Personen beteiligten sich an derselben.

Die Jahrtausendfeier hat der Kommunistischen Partei aufs neue bewiesen, daß sie die nationale Frage aufs engste mit den wirtschaftlichen Forderungen und Kämpfen verbinden muß.

Aus Anlaß früherer Kämpfe und Bewegungen hat sie neben den wirtschaftlichen folgende nationale Forderungen aufgestellt:

Kampf gegen jede Ausnahmebestimmung für Nichtsaarländer.

Für Zurücknahme aller bisher getätigten Ausweisungen.

Gegen die Denunzierung und den Abbau von deutschen Arbeitern und Beamten und deren Ersetzung durch französische, nationalistisch eingestellte Elemente.

Für Gleichstellung der einheimischen Beamten und Lehrer in ihrer Anstellung, Beförderung und Bezahlung mit den französischen Beamten und Lehrern.

[32] Diese müssen die deutsche Sprache beherrschen, bereits angestellte müssen zur Erlernung der deutschen Sprache verpflichtet werden.

Kampf für die Zurückziehung des französischen Militärs.

Gegen die französisch-nationalistische Propaganda und Unterdrückung.

Gegen den deutsch-französischen Handelsvertrag und die Zoll-Abschnürung,

Gegen die Lostrennung des Rhein- und Saargebiets durch den Sicherheitspakt.

Für die Beseitigung der bankrotten Frankenwährung und die Einführung der Reichsmark.

Diese letzte Losung hat die Partei dieser Tage herausgegeben und auch im Landesrat als Initiativantrag gestellt. Bei der Aufstellung der Mark-Losung ließ sich die Partei nicht von währungstechnischen Erwägungen leiten, sondern von rein politisch-nationalen Gründen. Im Frühjahr d. J. ging eine Notiz durch die Presse, daß im Saargebiet der Saarfranken eingeführt werden sollte, um angeblich die Folgen der französischen Inflation abzuwenden. Unsere deutschen Nationalisten erhoben damals den Ruf nach der Reichsmark, bekamen aber von Berlin einen Wink, abzublasen, da die Dawes-Mark auf schwachen Füßen steht und durch die Herausgabe neuer Zahlungsmittel sehr gefährdet wird. Jetzt bei der verschärften Entwertung des Franken verhalten sie sich sehr ruhig, da ihnen die Extraprofiten aus der Valutakrise sehr zustatten kommen. Die Kommunistische Partei muß die Schwäche des Franken ausnutzen, um dem französischen Imperialismus eine politische Position zu rauben, die er zweifellos in der Frankenwährung besitzt. Hinzu kommt, daß der Ruf nach der Mark in der werktätigen Bevölkerung Widerhall findet. Obwohl sich die Partei klar ist, daß durch ihre Agitation die Mark noch lange nicht im Saargebiet eingeführt wird, wird sie trotzdem den Arbeitermassen auch die Schwindsucht der deutschen Dawes-Mark zeigen und betonen, daß die Besserung der wirtschaftlichen Lage des Proletariats kein finanztechnisches Problem ist, sondern nur durch einheitlich geschlossene Kämpfe der wichtigsten Gruppen des Saargebiets, der Berg- und Hüttenarbeiter im Verein mit den Eisenbahnern, durchgeführt werden kann.

Neben der Behandlung der nationalen Frage hat die Partei natürlich die wichtige Aufgabe, der werktätigen Bevölkerung das wahre Wesen des Völkerbundes als Instrument der imperialistischen Räuber zu zeigen.

Eine glänzende Gelegenheit, den wahren Charakter des Völkerbundes und der Regierungskommission den breiten Arbeitermassen vorzudemonstrieren, bot Ende Juni der Fall Samery. 12 bis 15 französische Gendarme belagerten einen Tag lang im Orte Güdingen das Haus der oben erwähnten Familie, um den Sohn, der nach seinem Weihnachtsurlaub nicht mehr zum französischen Heer zurückgekehrt war, zu verhaften. „Diplomatisch“, wie die Regierungskommission immer ist, erteilte sie die Genehmigung, den Arbeiter nur auf der Straße festzunehmen. Als dieser aus seiner Behausung nicht herauskam, erhielten die französischen Gendarme abends 6 Uhr die Genehmigung, in das Haus einzudringen. Leider war der Vogel in Frauenkleidern entwischt, indem er die Wand zum Nachbarhaus durchbrochen hatte. So hat dieser politische Zwischenfall noch eine humoristische Gegenseite. Die Partei berief sofort für die nächsten Tage in 23 Orten des Saargebiets große öffentliche Volksversammlungen ein, um gegen diese frechen Eingriffe zu protestieren. Die Regierungskommission wurde dadurch gezwungen, noch offener für den französischen Imperialismus einzutreten, indem sie die öffentlichen Versammlungen durch berittene Landjäger und durch offizielle Verbote auseinandertreiben ließ. Die KPD hat trotzdem den Massenproteststurm als einzige Partei organisiert.

Dieser Vorfall hat deshalb eine große politische Bedeutung, weil laut „Friedensvertrag“ und laut neueren Abmachungen [33]

1. kein Saarländer zum französischen Militärdienst eingezogen werden darf;
2. die französischen Gendarme bei Ueberreichung des Gestellungsbefehls sein Recht haben, einen Zwang zum Eintritt in die französische Armee auszuüben;

3. das letzte trifft auch zu bei denjenigen Bewohnern des Saargebiets, die auf Grund ihrer elsäß-lothringischen Abstammung und des Versailler Friedensvertrages Franzosen geworden sind.

4. es darf kein Zwang ausgeübt werden bei denjenigen, die einem an sie ergangenen Stellungsbefehl Folge geleistet haben, aber dann bei Gelegenheit einesurlaubes nicht zur Truppe zurückkehrten.

Daß das Saargebiet und auch Elsaß-Lothringen nur eine französische Industriekolonie ist, ist auch daraus ersichtlich, daß die Einwohner dieser Gebiete wie Kolonialtruppen nach Marokko und in die französische Fremdenlegion gepreßt werden, während andererseits marokkanische Truppen hier Dienst tun.

Die Kommunistische Partei knüpft an diese Tatsachen an und stellt als neue nationale Forderung die Losung auf:

Entlassung der Saarländer aus der französischen Fremdenlegion und Einstellung der Werbung für dieselbe.

Durch unsere Presse, durch besondere Aufforderung, durch Stellungnahme in unseren Versammlungen und durch Herausgabe von Flugblättern beweist unsere Partei im Saargebiet, daß nur sie in der Lage ist, die nationale Frage zu lösen.

Es wäre nun noch notwendig, die Stellungnahme der einzelnen Parteien im Saargebiet, die außer der Kommunistischen Partei mehr oder weniger frankophil sind und durch nationalistisches Brimborium ihre Politik verschleiern, zu zeigen. Außerdem wäre es notwendig, die hiesigen politischen und wirtschaftlichen Kämpfe zu analysieren und Zahlen zu geben, wie die Saararbeiterschaft gewerkschaftlich organisiert ist. Das ist im Rahmen dieser Arbeit jedoch unmöglich. Bemerkt muß jedoch werden, daß die Regierungskommission, d. h. der französische Imperialismus, zu seiner Unterstützung eine Organisation, den „Saarbund“, mit einer Tageszeitung, den „Saarkurier“ hat, der jedoch unter Ausschluß der Öffentlichkeit nur durch Gratisverteilung erscheint,

*

Oberschlesien.

Von Paul Schlecht.

Ein äußerst wichtiges Fleckchen Erde bei den kommenden imperialistischen Auseinandersetzungen stellt Oberschlesien dar. Deutsch- und Poln.-Oberschlesien bilden ein zusammenhängendes Wirtschaftsgebiet, das von der Berg- und Hüttenindustrie beherrscht wird. Der abgetrennte polnische Teil zwischen Kattowitz, Königshütte und Tarnowitz stellte den größten und wichtigsten Teil des Industriegebietes dar. Hier ist auch auf verhältnismäßig kleinem Raum der größte und revolutionärste Teil des ober-schlesischen Proletariats zusammengeballt. West-Oberschlesien hat den übriggebliebenen kleinen Teil des Industriegebietes und ein agrarisches Hinterland, das zumeist in den Händen der ober-schlesischen Junker liegt, behalten. Die Struktur des Landes erleichtert der Bourgeoisie, die Ausbeutung des Proletariats in der schärfsten Form durchzuführen. Dazu kommt, daß hier die Arbeiterschaft noch vollkommen vom Klerus beherrscht wird. Die Beeinflussung durch die Pfaffen wird noch verstärkt, indem die katholische Kirche das Land mit Missionaren überschwemmt, die die Aufgabe haben, alles daran zu sehen, um die Bevölkerung vollends unter den Bann der [34] Kirche zu bringen, um auf diese Weise die Arbeiter vom Klassenkampf abzuhalten, Man schreckt auch nicht zurück, selbst das Familienleben der Arbeiter zu zerstören. Besonders haben es die Pfaffen auf die Kommunisten abgesehen. Erklärt eine Frau, ihr Mann sei Kommunist, dann fordern diese Seelenhüter, daß die Frau dem Manne unter allen Umständen den Beischlaf verweigert, um den Mann zu zwingen, aus der Partei auszutreten. Oder ein anderer preßt aus der Frau eines Eisenbahnarbeiters das Geständnis heraus, daß sich ihr Mann eine Sparmaschine gebaut habe. Der Pfaffe veranlaßt die Frau, sofort diese Maschine zur Direktion zu schaffen. Der Mann wird entlassen und ist dann mindestens über ein Jahr arbeitslos. Auf diese Weise wird das Familienleben zerstört und das Proletariat zermürt.

Die ober-schlesischen Arbeiter sind zum größten Teil instinktiv auf die Spontaneitätstheorie eingestellt. Sie glauben, daß es genügt, den Schießprügel in die Hand zu nehmen, um Revolution machen zu können. Die elende Lage der Arbeiter und die nationalistische Verhetzung durch die Pfaffen und

Nationalisten zwang das oberschlesische Proletariat, die heftigsten Kämpfe zu führen. Oberschlesien, besonders der polnische Teil, hat die schwersten Krisen durchmachen müssen. In Polnisch-Oberschlesien erhält die Wirtschaftskrise eine ungemein rasche Verschärfung. Von den 158.000 Bergarbeitern, die vor der Trennung in diesem Gebiet beschäftigt waren, sind heute nur noch 32.000 beschäftigt. Feierschichten von 2 und 3 Tagen pro Woche sind die Regel. Von den 16 Hochöfen sind nur noch 9 im Betrieb. Die Löhne sind um 30 Prozent niedriger als im Frieden. Eine Absatzmöglichkeit ist nicht vorhanden, weil Kohlen- und Hüttenerzeugnisse viel teurer sind als im Ausland. So kostet 1 Tonne Kleinkohle in Polnisch-Oberschlesien 22 Złoti 66 Groschen, während im Rheinland diese nur 18 Złoti 52 Groschen kostet. Eine Tonne Stabeisen kostet in Polnisch-Oberschlesien 195 Złoti, dagegen in Westfalen nur 150 Złoti, in der Tschechoslowakei 148, in Frankreich 136 und in Belgien nur 128 Złoti. Diese hohen Preise verstopfen jede Absatzmöglichkeit.

Dieser Zustand in Polnisch-Oberschlesien mußte auch naturgemäß seine Auswirkungen auf den deutschen Teil des Industriegebiets werfen. Auch hier die Halden voll Kohle, auch hier Feierschichten und Massenentlassungen, ein ungeheures Heer Arbeitsloser. Auch hier die schlechtesten Lohnverhältnisse. Dazu kommt, daß die aus Polnisch-Oberschlesien ausgewiesenen etwa 20.000 Optanten die Lage ungemein verschärfen. Diese Gleichartigkeit der Lage des Industriegebiets hat wesentlich dazu beigetragen, die nationalistischen Stimmungen, wie sie noch 1920 sehr scharf bei den Arbeitern zum Ausdruck kamen, zu überwinden. Die polnischen Arbeiter erkennen, daß auch Korfanty nur ein Agent des französischen Schwerekapitals ist und daß es gleich ist, ob das Proletariat von deutschen oder polnischen Kapitalisten ausgepreßt wird. Sie begreifen, daß ihre eigenen Kapitalisten, daß ihre eigene Bourgeoisie die Schuld an ihrem grenzenlosen Elend tragen. Das zeigte sich bereits bei den letzten nationalistischen Kundgebungen in Oberschlesien, die sehr schlecht besucht waren. Vor allem fehlte vollkommen das proletarische Element, trotzdem man sich nicht gescheut hatte, für Gratis-Bier und Schnaps zu sorgen.

Es war die Aufgabe der Kommunistischen Partei, für ein enges Zusammenarbeiten mit der polnischen Bruderorganisation zu wirken. In wiederholten Konferenzen wurde die beiderseitige Lage besprochen und versucht, ein einheitliches Auftreten im Kampfe gegen die Bourgeoisie herzustellen. Besonders jetzt, wo die Möglichkeit besteht, daß die Imperialisten vielleicht den ersten Vorstoß in Oberschlesien wagen werden, ist es notwendig, die Arbeitermassen des gesamten Industriegebietes zusammenzuführen, um sie geschlossen den imperialistischen Räubern entgegenstellen zu können.

Ein großes Problem in Oberschlesien ist die Gewerkschaftsfrage. Die Arbeiter, die lieber auf die Barrikade gehen, um zu kämpfen, sind schwer [35] zu überzeugen, daß zum Klassenkampf auch starke Gewerkschaften gehören. In manchen Betrieben waren kaum 4 Prozent gewerkschaftlich organisiert und diese selbst waren noch in christliche, Freie Gewerkschaften und selbständigen Organisationen gespalten. Dadurch wurde die Kampfkraft des oberschlesischen Proletariats außerordentlich geschwächt. Um diese Zersplitterung zu beseitigen, beschlossen Union und FEV sofort ihre Mitglieder in die Freien Gewerkschaften zurückzuführen, was auch ohne große Schwierigkeiten gelang. Der Erfolg zeigte sich bereits bei den Betriebsrätewahlen für die Eisenbahn. Dort erhielten von 10 Betriebsräten die Kommunisten 8, die SPD 2 Sitze. Auch die Ueberführung der Union in den Bergarbeiterverband zeigte bereits gute Auswirkungen. Die SPD-Bürokratie fürchtet das ständige Anwachsen der Opposition im BAV und versucht bereits wieder die Spaltung in den BAV hineinzutreiben. Sie verbot den aus der Union übergetretenen Kommunisten eine Betriebsratskandidatur anzunehmen, um auf diese Weise die Kommunisten in den Betrieben auszuschalten. Dieses Spaltungsmanöver gelang den Reformisten bisher nicht, weil in großen Belegschaftsversammlungen die Arbeiterschaft die Spaltungsabsichten der Bürokratie ablehnte und unsere Genossen einstimmig als Spitzenkandidaten auf die Liste setzte. Dieser Druck durch die Arbeiter hat bisher verhindert, daß unsere Genossen wieder ausgeschlossen wurden.

Die Organisierung der Arbeiter ist eine der Hauptaufgaben, die die Kommunistische Partei zu lösen hat. Bei dieser Organisierung muß unsere Zellenarbeit in den Vordergrund gestellt werden. Das politische Leben der Parteiorganisation muß in die Betriebe konzentriert werden. Aber besonders hier ist dieser Umbau äußerst schwierig. Schwierig, weil einmal wenig gute agitatorische Kräfte in den

Betrieben vorhanden sind, zweitens, weil das oberschlesische Proletariat keine gewerkschaftliche Tradition hat. Deswegen muß besonders hier sofort bei Aufbau der Zellen die Heranziehung der in den Wohnbezirken vorhandenen Kräfte durchgeführt werden.

Eine ebensolche schwierige Aufgabe ist die Organisierung der Bauern und Landarbeiter. Die verschiedensten Elemente haben hier versucht, Bauernorganisationen zu schaffen, ohne ernstlich daran zu denken, irgendwelchen Kampf gegen die Großjunker, wie Fürst von Fürstenberg, Henkel von Donnersmark und wie die Großschieber alle heißen, zu unternehmen. Dadurch ist die Landbevölkerung außerordentlich mißtrauisch geworden. Auch die Reichsbannerparteien, unter Führung der Sozialdemokraten, haben versucht, die Bauernorganisationen unter schwarzrotgoldene Führung zu bringen. Das Mißtrauen bei den Bauern ist aber so stark, daß auch dieses Manöver nicht gelungen ist. Die Bauern wollen praktisch sehen, was diese Organisationen tun. Die Kleinbauern haben zu wenig Land, um ihre Familie ernähren zu können. Die Landarbeiter brauchen Land, um sich ansiedeln zu können. Der ungeheure Steuerdruck, der auf den kleinen Bauern lastet, so daß sie vorzeitig ihr Getreide oder ihr Vieh verkaufen müssen, um die Steuern zahlen zu können, das sind die Fragen, die praktisch gelöst werden müssen. Hier sucht der Bauer und kleine Landmann einen Führer, eine Organisation, die an die Lösung dieser Fragen herangeht. Der Pächter- und Siedlerbund, der sich diese Aufgaben gestellt hat, hat bereits einige Erfolge erzielt, so daß die Siedler Bauland und Kredite bekamen. Trotzdem ist es schwer, das eingefressene Mißtrauen zu überwinden. Nur sehr langsam geht der Ausbau der Bauern- und Landarbeiterorganisationen vorwärts. Alles in allem ist hier ein reiches und dankbares Arbeitsfeld für die Partei: Ein revolutionäres Proletariat und alle Vorbedingungen, daß hier die Bourgeoisie ihre ersten imperialistischen Durchbruchversuche unternehmen wird. [36]

*

Die „linke“ SPD in Sachsen.

Von Max Strötzel.

In den Debatten über die Taktikthesen des Zentralaussschusses stand des öfteren wiederum Sachsen im Mittelpunkt der Diskussion. Das ergibt sich schon notwendig daraus, daß eine Betrachtung der Entwicklung der Partei nicht möglich ist, ohne daß die Vorgänge im Jahre 1923 in Sachsen und die Stellung der damaligen Parteiführung noch einmal berührt werden. Insbesondere aber auch ist die Tatsache nicht zu umgehen, daß die Verhältnisse in Sachsen und Thüringen gegenüber dem Reiche einige Besonderheiten aufwiesen.

Die Brandler-Zentrale hat in ihrer ganzen sächsischen Politik ein deutliches Beispiel dafür gegeben, was unbolschewistische Taktik ist und wozu sie führt. Die Brandler-Politik in Sachsen ist eine Fundgrube von Lehren für die Partei, an denen man nicht vorübergehen kann. In diesem Artikel erübrigt es sich jedoch wohl, die falsche allgemein-politische Einstellung der damaligen Parteiführung noch einmal ausführlich zu behandeln, darüber ist genug geschrieben und gesprochen worden.

Wesentlich für die Fortführung unserer leninistischen Arbeit ist die Erkenntnis, weshalb es 1923 nicht gelang, die Arbeitermassen von der Sozialdemokratie loszulösen und die Kleinbürgerschichten unter die Hegemonie des Proletariats zu bringen, trotzdem die Inflations- und Hungerperiode dieses Jahres an sich die Möglichkeit gegeben hätte, die Zwischenschichten zwischen Bourgeoisie und Proletariat, vor allem auch die sozialdemokratischen Arbeiter unter die Führung der einzigen Arbeiterpartei, der KPD, zu bringen. Die Partei versäumte damals, ihr Hauptaugenmerk auf die Bewältigung dieser notwendigsten Ausgaben zu richten. Fast ihre ganze Arbeit erschöpfte sich darin, mit organisatorischen Künsteleien, wie Aufbau von Hundertschaften und Kontrollausschüssen ohne wesentlichen politischen Inhalt, lediglich eine schwache Peripherie Sympathisierender um die Kommunisten zu schaffen.

Der Hauptfehler lag darin, daß die Parteiführung von der schwächlichen Sorge nicht loskam, die sozialdemokratische Führerclique nur ja nicht durch die „Organe der Arbeiterklasse“ verletzen zu lassen. Das führte dazu, daß immer und immer wieder das Gesicht der Partei verdeckt wurde und selbst Handlungen dieser Organe, wenn sie das Mißfallen der damaligen Regierung erregten, durch die Partei unmöglich gemacht wurden, auch wenn entschiedenes Handeln im Interesse der Arbeiterklasse gelegen hätte.

So wurden diese Organe ein Mittel für die SPD-Führer, ihren mangelnden Kampfwillen zu verschleiern und die Massen selbst durch organisatorische Spielereien von der revolutionären Erhebung abzuhalten. Zwei brennende Aufgaben blieben also in dieser Zeit ungelöst. Weder gelang es, die SPD zu zertrümmern, noch die Mittelschichten unter der Führung der Partei zu sammeln, trotzdem es kaum jemals eine günstigere Gelegenheit für eine bolschewistische Partei gab, diese Ausgaben zu lösen.

Zwei Jahre sind seitdem vergangen. Die damals nicht losgelösten Arbeitermassen und Mittelschichten stehen heute im Banne der Bourgeoisie. Eine sich links gebärdende Gruppe in der SPD hat es verstanden, große Teile der in Sachsen zusammengeballten Industriearbeitermassen nach 1923 durch revolutionäre Phrasen wieder fest an die SPD zu binden und durch Geschwätz vom Klassenkampf und durch eine Opposition im Sachsenparlament gegen die 23 „Disziplinbrecher“ zu Nutz und Frommen der Bourgeoisie in der sozialdemokratischen Partei zu halten. Hierbei soll gleich bemerkt werden, daß das Durcheinander, das in der SPD infolge der Aufstellung von Marx zum Präsidentschaftskandidaten entstand, auf keinen Fall als eine Auswirkung der Arbeit der linken SPD-Führer betrachtet werden kann, die vielmehr sich alle Mühe gaben, Marx bei den sozialdemokratischen Arbeitern populär zu machen.

Wie sieht der Kampf aus, durch den die Linken versuchen, sich vor der Arbeiterschaft als Interessenvertreter des Proletariats aufzuspielen? Sie „kämpfen“ gegen die 23 Abgeordneten, die zur sogenannten Rechten gehören und die mit der Volkspartei und den Demokraten die sächsische Regierung gebildet haben, in welcher die SPD die Mehrheit hat. Daß es sich dabei nur um einen Scheinkampf handelt, geht schon aus der Tatsache hervor, daß die Linke es nicht wagt, sich auch nur gegen die Koalitionspolitik mit der deutschen Volkspartei grundsätzlich zu wenden.

Der Kleinkrieg, der in der Frage der 23 „Disziplinbrüchigen“ geführt wird, zeigt nur allzu deutlich daß der Wille der Linken zu positiven Handlungen nicht vorhanden ist. Zwar haben sie in der Presse gegen die Verschandelung der sächsischen Gemeindeverordnung, die an sie schon lückenhaft genug war, in Artikeln „Opposition“ gemacht. Auch bei der Aufhebung der Immunität kommunistischer und sozialdemokratischer Abgeordneter durch die Mehrheit im Parlament hat man eine schwache Opposition in der Presse gemacht. Ebenso bei der Ablehnung eines Amnestie-Antrages, wie bei Maßregelungen einiger sozialdemokratischer Beamter. Die Linken ließen es bei den Artikeln beruhen, ohne zu wagen, an die Mitgliedschaft zu appellieren, in welcher sie vorgeben, die Mehrheit hinter sich zu haben.

Am deutlichsten wurde es, daß der Gruppe um Levi-Saupe-Seydewitz nichts daran liegt, den Kampf gegen die 23 und insbesondere auch gegen den Parteivorstand durchzuführen, als dieser die Entscheidung, die von den Parteiorganisationen gegen die Disziplinbrecher getroffen wurden, durch eine Kommission revidieren ließ. Der Vertreter des Parteivorstandes entschied, daß die 23 nicht als ausgeschlossen zu gelten hätten und die Linken beruhigten sich und ihre Mitglieder damit, daß auf dem Parteitage der SPD eine nochmalige Aussprache über diese Angelegenheit stattfinden würde. Dabei sieht die Tagesordnung des Parteitages der SPD eine Stellungnahme zum Sachsenkonflikt überhaupt nicht vor, so daß schon heute feststeht, daß in der Dunkelkammer einer Kommissionsberatung der Friede zwischen den feindlichen Brüdern hergestellt werden wird, zumal die Linken sich in allen politischen und wirtschaftlichen Hauptfragen (Zölle, Steuern, Dawes-Pakt, Garantiepakt, Entwaffnungsnote und auch der Rußlandhetze) durchaus einig sind mit dem Parteivorstand und dem ADGB.

Trotz all dieser Gesten, welche die Linken gegen den Parteivorstand in parlamentarischen sächsischen Fragen machen, ist es ihnen doch nicht gelungen, die Gliedermassen in Sachsen vollkommen zusammenzuhalten. Es ist festzustellen, daß das Interesse der Arbeiterschaft an der SPD nachgelassen hat. Die Verrätereien dieser Partei sind mit sächsischen „linken“ Manövern allein nicht zu decken. So spricht der Bericht des Bezirkes Groß-Leipzig der SPD von einem Mitgliederverlust von 4000, was bedeutet, daß mindestens der doppelte Verlust für diesen Bezirk in Frage kommt. Für uns ist hierbei festzustellen, daß diese Arbeiter nicht zur KPD gekommen sind. Sicher befinden sich aber auch unter den Ausgetretenen Teile aus den Mittelschichten, die im Jahre 1923 der SPD zuströmten. Die allzu starre Einstellung der Partei erschwerte die Sammlung der proletarischen Elemente in der KPD. So

hat das Geschrei „Hindenburg auf den Schultern Thälmanns“ und hat insbesondere auch die demagogische Ausnutzung verschiedener in der Arbeiterschaft schwer verständlicher Handlungen von KPD-Vertretern in den Gemeindeparlamenten ihre Wirkung nicht verfehlt.

Demgegenüber gibt die im Zentralausschuß festgelegte Taktik in Sachsen der Partei die Möglichkeit mehr und besser an die Massen heranzukommen und ihnen klar zu machen, welchen Betrug die linken Führer [38] an der Arbeiterschaft vornehmen. Aber diese Möglichkeit kann nur dann vollkommen ausgenutzt werden, wenn sich die Partei weit mehr als bisher an die Arbeit in den Gewerkschaften macht. Sachsen hat starke Gewerkschaften. Durch energische Arbeit der Kommunisten in den Gewerkschaften kann eine Bewegung ausgelöst werden, die der englischen Minderheitsbewegung entspreche. Eine solche linke, stark auf Rußland orientierte Gewerkschaftsbewegung, die von den Kommunisten geführt wird, könnte der Arbeit der Partei den nötigen Nachdruck geben und bewirken, daß in allen wichtigen wirtschaftlichen und politischen Kämpfen die sächsischen Arbeitermassen der Führung der Partei folgen. Der Einfluß der Partei in den Gewerkschaften, z. B. im Erzgebirge-Vogtland, ist durch die Einheitskampagne, durch die Agitation für Rußland-Delegationen usw. so gestiegen, daß jetzt nicht nur SPD-Arbeiter in größerer Anzahl, sondern auch Angestellte der Gewerkschaften, die politisch in der SPD organisiert sind, als Delegierte nach Sowjetrußland fahren, um von dort ein objektives Bild über die russischen Verhältnisse zu erhalten.

Durch die Organisierung einer starken linken Gewerkschaftsbewegung würden die linken SPD-Führer unter den Druck durch die Massen gesetzt. Es würde sich noch deutlicher als bisher zeigen, daß sie zu keiner wirklich proletarischen Handlung und Aktion bereit sind. Es liegt vor allem an der Arbeit der Partei in den Gewerkschaften, das Problem der linken Sozialdemokratie in Sachsen vor der sächsischen Arbeiterschaft in aller Schärfe aufzurollen und dadurch zu erreichen, was bisher nicht gelang: Die Loslösung der Arbeiter aus der Gefolgschaft linker sozialdemokratischer Führer.

*

Mehr Interesse für Bayern, den Herd der deutschen Reaktion!

Von Buchmann.

I.

Einige Voraussetzungen der monarchistischen Politik.

Der Tag, an dem in München die bayerische „sozialistische“ Regierung abdankte (beim Kapp-Putsch) zugunsten des reaktionärsten bayerischen Beamten v. Kahr, als Erhard Auer, die Seele der bayerischen Sozialdemokratie, dem neuen Ministerpräsidenten ein Glückwunschtelegramm zusandte, bedeutete für die bayerischen separatistischen Monarchisten den Beginn der Verwirklichung ihrer Bestrebungen. Kahr begann seine Regierung mit der Fortsetzung der sozialdemokratischen Politik des Ausnahmezustandes, der Ausnahmegesetzgebung und der Ausnahmevolksgerichte, die ihren Ursprung den klassenverräterischen Sozialdemokraten verdanken. – Schwer lasteten die Folgen der blutigen Unterdrückung der Räterepublik auf den breiten Schichten der Arbeiterschaft, vor allem auf deren führender Partei, der KPD, Hunderte der Besten kamen auf Jahre hinter Zuchthausmauern, Presse und Partei verfielen dem Massenterror der Polizei, deren Spitzeln und Provokateuren. Verzweifelt lehnten sich die revolutionären Gruppen immer wieder auf gegen den Druck politischer und wirtschaftlicher Entrechtung. Die kommunistische Presse konnte nur in kurzen periodischen Zwischenräumen erscheinen, um regelmäßig wieder dem Polizeiverbot zu verfallen. Die Lage der Arbeiterschaft verschlechterte sich analog den Verhältnissen im Reiche. SPD und Gewerkschaften (von Hause aus auf dem rechten Flügel der Reformisten stehend) taten nichts, um der Wirtschaftsreaktion entgegenzutreten. Sie hatten sich längst mit dem Gedanken ausgesöhnt, auf dem Boden des herrschenden kapitalistischen Staatssystems sich häuslich einzurichten und schufen somit die Voraussetzungen zur Festigung der Pläne der bayerischen Monarchisten. [39]

II.

Das Erstarren der Reaktion.

Ebenso zähe wie brutal ging die regierende Bayerische Volkspartei an ihre Ausgabe heran, aus Bayern die erste monarchistische „Ordnungszelle“ zu machen. Mit Hilfe der Nationalsozialisten, dem Schoßkind der Bayerischen Volkspartei, wurde die öffentliche Massenstimmung vorbereitet zum „Großen Marsch nach dem Sündenbabel Berlin“. Die Knillingsche Notverordnung vom 11. Mai 1923 hob alle Staatsbürgerrechte – der Arbeiterschaft – auf. Die Drohungen der frech gewordenen Nationalaktiven, deren Führer in Polizei- und Regierungsapparat maßgebenden Einfluß besaßen, wurden aber der Schwerindustrie, die sich eben anschickte, das Ruhrabenteuer möglichst profitabel zu liquidieren, zu unbequem; dem deutschen Ausnahmezustand, der gegen eine eventuelle Rebellion der nationalistischen Maulausreißer verhängt wurde, ging wenige Minuten zuvor der bayerische Ausnahmezustand voraus. Eine erste Etappe auf dem Wege zum bayerischen Staatspräsidenten als Platzhalter für den Exkronprinzen Rupprecht war erreicht; Kahr wurde Diktator, Generalstaatskommissar. Unter Androhung von Zuchthaus- und Todesstrafe wurden wirtschaftliche Kämpfe, Streiks usw. verboten – die Arbeiterschaft unterlag wiederum einem eisernen Terror der Polizei und ihrer faschistischen Räuberbanden.

Die verhältnismäßig schwache KPD rüstete zur Mobilisierung der bayerischen Arbeiterschaft. Ihr Einfluß begann zu steigen, besonders bei den kleinbäuerlichen Schichten auf dem flachen Lande. Dagegen war aber auch ein unverkennbar starker Einfluß der Nationalsozialisten festzustellen, wenn auch nur oberflächlich wurzelnd. SPD und Gewerkschaften unternahmen nichts gegen die nationalistische Gefahr; große Teile der Arbeiterschaft wandten sich von den Reformisten ab, um in ihrer Verzweiflung teilweise im rechten Lager Erfüllung ihrer Wünsche zu suchen. Die KPD wurde neuerlich verboten, ihre Funktionäre ins Gefängnis gesteckt; die Reformisten freuten sich dessen,

Am 8. November 1923 wurde der gewitterschwülen Spannung ein Ventil geöffnet; Hitler, Ludendorff unter einer sonderbaren „treudeutschen“ Assistenz Kahrs, Lossows usw. machten ihre „nationale“ Revolution! Sie brach kläglich zusammen vor den Flintenläufen einiger Dutzend Polizeimannschaften. Noch ein kurzes Aufflackern dieser nationalaktiven Romantik – die ihren Ausdruck fand in einer stattlichen Anzahl von Landtagsmandaten bei der Wahl 1924 (24 Abgeordnete), dann brach dieser wirklichkeitsfremde Popanz zusammen. Die Landtagsfraktion fristet für die Dauer der Landtagsperiode ein unrühmliches, sehr un„deutsches“ Dasein in drei bis vier sich gegenseitig bekämpfenden Gruppen. Die Regierung wiegte sich nach dieser Periode, die in gewissem Sinne eine abschließende genannt werden kann, in dem angenehmen Bewußtsein des teilweise erreichten Prinzips der „Ruhe und Ordnung“.

III.

Die gegenwärtige Lage.

Die Bayerische Volkspartei, die Partei des römischen Klerus, gleichzeitig herrschende Regierungspartei mit dem Ministerpräsidenten Held an der Spitze, hält unverrückbar und zähe fest an ihren monarchistischen Restaurierungsplänen. An ernstlich konkreten Versuchen ließ sie es nicht fehlen. Gleich mit der Wahl zum Landtag am 6. April 1924 war ein Antrag der Bayerischen Volkspartei verbunden, der besagte: „Der neugewählte Landtag ist ermächtigt, ein Gesetz zur Umgestaltung der Verfassung mit Mehrheit seiner Mitglieder zu beschließen.“ Durch Volksentscheid wurde dieser Vorstoß abgelehnt.

Um so besser gelang der zweite reaktionäre Schlag gegen die Arbeiter und werktätigen Bauern, der Abschluß des Konkordats mit dem [40] Römischen Stuhl, der neben einer Unsumme bayerischen Wirtschaftsvermögens die gesamte geistige Erziehung der werktätigen Jugend im Interesse der Ausbeuter an die schwarzen Kuttenträger ausliefert.

Dieser Vertrag bildet gewissermaßen eine Ergänzung zum Abschluß des Dawes-Vertrages. Die bayerische Regierung, die sich erbietet, alle anderen Bundesstaaten an Nationalismus zu übertreffen (die Geschichte beweist, daß gerade die bayerischen Fürsten durch Verrat an den Interessen der Nation

das meiste leisteten), warf sich dem Dawes-Vertrag mit offenen Armen entgegen. Regierungsparteien und Sozialdemokraten versprachen dem Handel und Verkehr, den Arbeitern und Bauern Besserung der Wirtschaft, Kredite, Ausschwing usw.

Der Rausch der damaligen Versprechungen beginnt nun zu schwinden. Die im Verhältnis zu West- und Mitteldeutschland geringe Industrie (vorwiegend Fertigungindustrie) leidet an Aufträgen- und Kreditmangel. Selbst der „Bayerische Staatsanzeiger“ muß in seinem Handelsteil periodisch klagen über „– seit Monaten herrschende Depression im Wirtschaftsleben, die auch im Monat Mai anhält“. Schlechte Löhne, teilweise Ausstellung von Arbeitern, mangelnde Kaufkraft, sind die Kennzeichen der Depression, die nach wie vor andauert.

Die Klasse, die wir als schlimmsten Feind beurteilen müssen, sind die Großbauern, die gemeinsam mit den Industriellen ihre Interessenvertretung finden in der Bayerischen Volkspartei und dem Deutschnationalen Landbund. Sie sind bestimmend für den Kurs der Politik, sie bestimmen über die Kreditgewährung besonders durch ihre großen kapitalistischen Landwirtschafts- und Genossenschaftsbanken, sie verlangen noch schlimmere Zoll- und Steuergesetzgebung, sie sind die Träger der separatistischen monarchistischen Sonderbestrebungen, die Träger der offenen und geheimen Militär- und Mordorganisationen, die Anstifter jedes offenen Konfliktes gegen Reichstag und Reichsregierung (gegen Amnestie der Räterepublikaner, gegen Wiederaufnahme der Verfahren der bayerischen Volksgerichtsurteile usw.), sie sind die Träger der Reaktion in Deutschland, die wütendsten Bekämpfer des Kommunismus. Sie traten gegen ihren christlich-katholischen Gesinnungsgenossen Marx für den protestantischen Monarchistengeneral Hindenburg ein, weil sie von ihm eine Förderung ihrer separatistischen Bestrebungen erwarten. (Am 2. September 1923 fand, von Dr. Heim einberufen, in München eine große Separatistenkonferenz statt, die die Abtrennung Süddeutschlands vom Reich forderte und vorbereitete. Auf dieser Konferenz war auch ein Intimus aus Hindenburgs näherer Umgebung als Horchposten vertreten).

Ihnen gegenüber stehen die werktätigen Bauern und die Arbeiterschaft, denen langsam die Erkenntnis dämmert, daß der Dawes-Vertrag den Strick an ihrem Hals bedeutet.

Die Kleinbauernschaft hat ihre organisatorische Vertretung im Bauernbund, dessen Führer eine Schwanzpolitik gegenüber der Bayerischen Volkspartei betreiben. Sie sind bei den Reichspräsidentenwahlen für Hindenburg eingetreten, weil ihnen Marx „zu sehr links orientiert“ war! (Weite Kreise katholischer Organisationen traten in offene Rebellion gegen Bauernbund und Bayerische Volkspartei und wählten Marx.) Die Kleinbauern erkennen allmählich, daß ihre Führer einen falschen Weg gehen, sie finden aber noch nicht genügend Kraft zum Anschluß an die Kommunisten (deren „Schreckensherrschaft aus der Rätezeit“ teilweise noch auf ihnen lastet).

IV.

Die Aufgaben der KPD.

Entsprechend der oben gezeigten Situation ist es für die Kommunistische Partei in Bayern nicht schwer, ihre Ausgaben zu erkennen. Die jahrelange Illegalität hat der Partei schwere Wunden geschlagen. Naturgemäß konnte die politische Tätigkeit im engeren Sinne nur konspirativ sein; der Einfluß [41] auf die Massen der Arbeiterschaft ging wesentlich zurück. Es fehlte der Partei an genügend durchgebildeten Kadern, es fehlte die Organisationsgrundlage der Zellen in den Betrieben, es mangelte an tüchtigen Gewerkschaftsfunktionären und Betriebsräten.

Aber ganz zerschlagen konnte die Polizeireaktion die kommunistische Bewegung nicht. (Staatsanwalt Full bei einem Prozeß im August 1924 in München: „Man muß die Kommunisten härter bestrafen, um diese Bewegung endlich totzukriegen!“) Trotz der Tatsache, daß seit Aufhebung des Parteiverbotes jede öffentliche Versammlungstätigkeit verboten wird, ja sogar harmlose musikalische Veranstaltungen, trotz neuerlicher massenhafter Haussuchungen und Beschlagnahmungen bei Kommunisten wächst der Einfluß der KP. Die Folgen des Dawes-Vertrages, Zölle, Steuern, geringe Kaufkraft, Beschäftigungslosigkeit usw., beginnen sich auszuwirken. Das Antikommunisten-Gesetz im Bayerischen Landtag, von dem nur der erste und zweite etwas abgeschwächte Teil angenommen

wurden, trägt seinen Teil mit dazu bei. Neue Vorstöße der bayerischen Landtagsmehrheit gegen die Kommunisten im Landtag werden zweifellos folgen. Die bayerische Regierung läßt kein Mittel unversucht, um der Reaktion in Deutschland voranzugehen.

Aber auch die Kommunistische Partei hat die Bedeutung der gegenwärtigen zähen Kämpfe um die Führung der Arbeiterklasse im Kampf um ihre Existenz erkannt. In Nordbayern sowohl wie in Südbayern haben es unsere Genossen in geduldiger Arbeit verstanden, die Organisation zahlenmäßig und ideell zu verdoppeln. Die Wahlen der Betriebsräte und Gewerkschaftsfunktionäre brachten gegenüber dem Jahre 1994 allgemein einen bedeutenden Fortschritt.

Nicht verstanden hat es die Partei, mehr in das Bewußtsein der durch Kreditnot, Steuerdruck und Hypothekenbelastung in Verzweiflung geratenen Kleinbauern und Mittelbauern einzudringen. Diese Aufgabe ist neben der restlosen Zurückeroberung und Verstärkung unserer alten Gewerkschaftsfunktionärpositionen, neben dem Kampf um die revolutionäre Gewerkschaftseinheit die wichtigste Arbeit der KP in Bayern: Loslösen der breiten Schichten der kleinen Bauernschaft von dem Bauernbund, von der Bayerischen Volkspartei heißt, sie loslösen von der monarchistischen Ideologie: heißt, der bayerischen Reaktion ihre besten und willigsten Stoßtrupps zu entreißen. Das heißt gleichzeitig, dem klassenbewußten Teil der Arbeiterschaft einen tüchtigen Bundesgenossen an die Seite stellen.

Der Kampf gegen den Dawes-Plan und seine Durchführung, gegen die bayerische, reaktionäre Monarchistenregierung (das nachahmenswerte Vorbild für die Reichsregierung) erfordert von der Kommunistischen Partei höchste Kraftentfaltung. Sie wird beweisen, daß auch auf diesem Kampfboden Sozialdemokratie und Gewerkschaft nicht nur nichts tun, sondern durch ihre Haltung die reaktionären Reichs- und Länderregierungen in ihrem Kampfe gegen die Arbeiterschaft unterstützen.

Noch ist die Kommunistische Partei in Bayern verhältnismäßig schwach, noch ist sie keine Massenpartei; aber der Parteitag im Juni hat klar und entschieden den Willen und den Weg gezeigt, wie die Partei an ihre Aufgaben herangehen muß. Im Kampf gegen die offenen und verkappten Klassengegner muß ein erhöhtes Maß von Arbeit und Opfern gebracht werden. Aber mehr als bisher muß auch die gesamte Reichsarbeiterschaft, die Arbeiterschaft in Mittel-, West- und Norddeutschland den Vorgängen in Bayern ernstere Interesse entgegenbringen. Bayerische Reaktion bedeutet in der Regel Reaktion im ganzen Reich. Arbeiterfeindliche Vorstöße der bayerischen Regierung finden in der Regel ihre Uebertragung auf Reichs- und Länderregierung. Deshalb: mehr als bisher entschlossenes Einwirken der Kommunisten Partei und der Arbeiterschaft im ganzen Reich gegen die Uebertragung der konterrevolutionären bayerischen Bestrebungen auf das Reich. [42]

*

Gebiete der Parteiarbeit.

Die Partei und die Lage in den Gewerkschaften. Rückblick und Aufgaben.

Von A. Enderle.

Mit zu der wichtigsten Aufgabe des Parteitages gehört es zweifellos, daß er sich gründliche Rechenschaft ablegt über die kommunistische Gewerkschaftsarbeit seit dem Frankfurter Parteitag und auch gleichzeitig den vor uns stehenden Aufgabenkreis in bezug auf die Gewerkschaftsarbeit scharf umgrenzt und der gesamten Partei klare Richtlinien für die zukünftige Arbeit auf gewerkschaftlichem Gebiete gibt.

Voraussetzung jeder erfolgreichen kommunistischen Gewerkschaftsarbeit ist die genaue Kenntnis der gegenwärtigen Stärke der deutschen Gewerkschaften, der Politik und Tendenzen ihrer Leitungen. In Frage kommen muß hier selbstverständlich vor allem die freie Gewerkschaftsbewegung, wenn auch festgestellt werden muß, daß die Partei allzu leicht geneigt ist, anderen Gewerkschaftsrichtigen (christliche, demokratische und nationale) viel zu wenig zu beachten,

Die deutschen Gewerkschaften hatten zur Zeit des Frankfurter Parteitages in bezug auf Mitgliederstärke wie auch Einfluß auf die Arbeitermassen ihren äußersten Tiefstand erreicht. Die Nachwirkungen der Inflation und des beispiellosen Verrats der Gewerkschaftsbürokratie im Herbst 1923 hielten

noch bis etwa zur Mitte des vorigen Jahres an. In den meisten Verbänden ging, trotz der schon seit Dezember 1923 stabilisierten Mark, die Mitgliederziffer immer weiter zurück. Dieser Erscheinung lag auch die starke antigewerkschaftliche Stimmung breiter Parteimitgliedermassen zugrunde, die den Frankfurter Parteitag, den 5. Weltkongreß und seitdem die ganze Partei fast das ganze Jahr beschäftigte. Doch inzwischen ist in fast allen Verbänden eine umgekehrte, aussteigende Mitgliederbewegung eingetreten. Eine Tatsache, die viele Parteigenossen heute noch nicht voll zu würdigen verstehen, die aber nichts destoweniger einwandfrei feststeht. Außerlich kommt das schon darin zum Ausdruck, daß die Gewerkschaften wieder dazu übergehen, ihre genaue Mitgliederziffern zu veröffentlichen, nachdem sie darüber aus begreiflichen Gründen fast über eineinhalb Jahre geschwiegen bzw. nur ihre alten Mitgliederzahlen vom Jahre 1923 oder noch früherer Jahre öffentlich genannt haben.

Allerdings ist bei den einzelnen Gewerkschaften eine sehr verschiedenartige Mitgliederbewegung zu beobachten. Während es Verbände gibt, wie den Zimmerer-Verband, den Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter, der Buchdrucker, der Lithographen und andere, die ihre frühere Mitgliederziffer gehalten bzw. wieder erreicht oder gar überschritten haben, ist die Mitgliederzahl der meisten übrigen Verbände, trotz der inzwischen auch bei ihnen wieder eingetretenen Mitgliederzunahme, heute durchschnittlich kaum 50 Prozent des Standes von 1922/23. So zählte beispielsweise die größte Gewerkschaft, der Deutsche Metallarbeiter-Verband, 1923 1.600.000 und hat heute, gemessen an der Zahl seiner Delegierten zum Gewerkschaftskongreß, etwa 900.000, der Fabrikarbeiter-Verband statt 680.000 jetzt 359.000, der Textilarbeiter-Verband statt 600.000 etwa 350.000, der Baugewerksbund hat heute mit etwa 350.000 Mitgliedern dieselbe Stärke wie 1913, er hat den Zustrom nach der Revolution von etwa 200.000 Mitgliedern vollkommen eingebüßt.

Sehr wichtig ist auch die Tatsache, daß in der Hinsicht ein vollkommener Wechsel im Organisationsverhältnis eingetreten ist, daß die Arbeiterschaft der Großindustrie, die früher am besten organisiert war, prozentual heute [43] am schlechtesten organisiert ist, während das früher sehr schlechte Organisationsverhältnis in den Mittel-, Klein- und Handwerksbetrieben allgemein als ein gutes bezeichnet werden kann. Berlin z. B. hatte 1913 etwa 330.000 gewerkschaftlich Organisierte, während es heute bestenfalls 300.000 sind, 1922 waren es an die 800.000, allein der Metallarbeiter-Verband ging von 176.000 auf heute 60.000 zurück (1913 90.000). Die freien Gewerkschaften zählten 1913 insgesamt 2,5 Millionen. Eine genaue Ziffer über den jetzigen Stand ist nicht vorhanden. Der IGB berichtet von 7,5 Millionen, was aber offensichtlich falsch ist, weil in Ermangelung neuerer Berichte alte Zahlen eingesetzt wurden. Die Gesamtziffer dürfte heute etwa 5 bis höchstens 5,5 Millionen sein, gegen rund 9 Millionen im Jahre 1922.

Die Mitgliederzunahme in den Gewerkschaften hat zweifellos seine Ursache auch mit in der scharfen Kampagne der KPD unter der Parole: Hinein in die freien Gewerkschaften! Doch liegt ihr hauptsächlichster Grund darin, daß die Gewerkschaften heute durch ihre Tarifpolitik kleine Erfolge erzielen, allgemein wieder Unterstützungen an die Mitglieder zahlen, wieder regelmäßig Verbandszeitungen liefern usw. Es ist unstrittig das Wachsen eines gewissen Vertrauens zu den Gewerkschaften bei den Massen zu beobachten. Auch bei den christlichen Gewerkschaften sind wieder Zunahmen zu verzeichnen. Und was von besonderer Bedeutung ist, die neutralen, zum Teil unter nationalem Fahrwasser segelnden Gewerkschaften, speziell unter den Beamten, die nach der Revolution fast vollkommen desorganisiert waren, haben sich im letzten Jahre sehr stark gefestigt. Der durch den Eisenbahnerstreik 1922 fast vollkommen zerstörte Deutsche Beamtenbund ist heute weitaus die stärkste Beamtenorganisation in Deutschland, er hat die große Masse der einst radikalen Reichsgewerkschaft deutscher Eisenbahnbeamten wieder zu sich herangezogen, während der Rest sich mit dem freigewerkschaftlichen DEV verbunden hat.

Wie steht demgegenüber unser Einfluß in den Gewerkschaften, unsere Fraktionsarbeit?

Man verrät kein Geheimnis, wenn man ausspricht, daß trotz aller Bemühungen der Partei unsere Gewerkschafts- und Fraktionsarbeit als eine sehr schlechte bezeichnet werden muß. Trotzdem schon der Frankfurter Parteitag sich in seiner Gewerkschaftsresolution für das Verbleiben und den Wiedereintritt in die Gewerkschaften aussprach, war unmittelbar nach dem Parteitag noch die gegenteilige

Tendenz unter der Parteimitgliedschaft sehr stark. Die Fraktionen zerfielen, statt daß sie auf- und ausgebaut worden wären. Erst der 5. Weltkongreß und der 3. RGI-Kongreß brachten durch die damit verbundene intensive ideologische Bearbeitung der Parteimitglieder eine langsame Wendung. Doch wenn auch nach vielen Monaten erst die antigewerkschaftliche Stimmung bis auf kleine Ueberreste beseitigt war, so ist die organisatorische Stimmung bzw. die praktische Arbeit in Fraktionen und Gewerkschaften heute noch sehr mangelhaft und hat längst noch nicht den Grad von 1922/23 erreicht. Immer haben noch viele Genossen die Bedeutung und die Notwendigkeit der Gewerkschafts- und Fraktionsarbeit nicht begriffen. Als Entschuldigung oder besser Ausrede wird vielfach die Passivität der einzelnen Mitglieder vorgeschützt. Daß dies aber nicht ausschlaggebend ist, geht am besten daraus hervor, daß in einer Anzahl von Bezirken bzw. Gewerkschaften und Ortsgruppen, wo wirklich zielbewußt gearbeitet wurde, feste arbeitsfähige Fraktionen bestehen, die auch Erfolge aufzuweisen haben, während es andererseits Bezirke gibt, in denen es bis heute trotz aller Aufforderungen und aller Kongreß- und Parteibeschlüsse noch so gut wie gar keine Fraktionen gibt bzw. nur in den großen Städten und in den größten Verbänden Fraktionen gebildet oder aufrecht erhalten werden, aber im ganzen übrigen Bezirk und in allen kleineren Verbänden und Betrieben nicht die geringste Fraktions- und Gewerkschaftsarbeit betrieben wird.

[44] Die Auswirkungen dieser Passivität zeigen sich daher auch bei den diesjährigen Gewerkschaftswahlen, bei Neuwahl von Ortsverwaltungen, Wahl der Delegierten zum Verbandstag und Gewerkschaftskongreß in katastrophaler Weise. Auf all den vielen Verbandstagen, die in diesem Sommer schon tagten bzw. deren Tagungen bevorstehen, sind die kommunistischen Fraktionen viel schwächer als auf den letzten Verbandstagen. Ihre Stärke beträgt meistens nur ein Drittel und ist noch viel weniger als auf früheren Verbandstagen. In dieser Tatsache kommt die Stärke der SPD und die Schwäche der KPD in den Gewerkschaften zum Ausdruck.

Die Rolle der Gewerkschaften in den politischen und wirtschaftlichen Kämpfen.

Die Ursache der mangelnden Gewerkschaftsarbeit vieler Parteimitglieder, ihr Widerwille gegen diese Arbeit überhaupt beruht zu einem großen Teil in dem Verkennen der Gewerkschaften als politischer Faktor. Mit Widerstreben gingen die Genossen wieder zurück in die Gewerkschaften, doch zu einem praktischen Arbeiten sind sie nicht zu bewegen. Das von ihnen häufig gebrauchte Argument ist: Wir werden zwar wieder Mitglied der Gewerkschaft, wir fügen uns den Kongreß- und Parteibeschlüssen, jedoch betätigen werden wir uns nur „politisch“ in der Partei und in sonstigen mit der Partei sympathisierenden Organisationen. Weil in der Gewerkschaft der Kampf nur geht um Lohnbewegungen, Arbeitszeitfragen, Kampf gegen die reformistische Verbandsbürokratie, Besetzung von Gewerkschaftsfunktionen usw. halten sie diese Arbeit für nicht politisch, ja sogar für reformistisch. In Wirklichkeit jedoch kann es keine Arbeit geben, die im wahrsten Sinne des Wortes „politischer“ wäre als eben Gewerkschaftsarbeit. Die ganze SPD-Politik, die Koalition mit der Bourgeoisie, die Klassenjustiz gegen revolutionäre Proletarier, die Durchführung des Dawes-Planes mit allen seinen Auswirkungen, der Zoll- und Steuerwucher, das Wiederaufleben der monarchistischen Reaktion usw. wären unmöglich, wenn nicht die Gewerkschaften, diese größte, millionenstarke Wirtschaftsorganisation, diese Politik dulden, ja unterstützen und fördern würde. So wertvoll und notwendig politische Demonstrationen, kommunistische Erfolge bei Parlamentswahlen, politische Ausklärung unter den Massen usw. auch sind, so wird dies alles ohne nachhaltigen Erfolg bleiben, wenn es den Kommunisten nicht gelingt, den festen Block der Gewerkschaften so zu beeinflussen, zu revolutionieren und schließlich zu beherrschen, um diese Massenorganisationen von Stützen der kapitalistischen Politik in Organe der Revolution zu verwandeln.

Es darf nicht vergessen werden, daß die Gewerkschaften bzw. deren Leitungen nicht nur bei ihrer bisherigen Politik stehen bleiben, sondern die Passivität der revolutionären Elemente benützen, um die Gewerkschaften noch weit mehr als bisher in das reaktionäre Lager führen, sie noch mehr als bisher zu Organen der Bourgeoisie, der rein kapitalistischen Politik machen. Die Tagesordnung des diesjährigen Gewerkschaftskongresses in Breslau zeigt deutlich, wohin die Reise geht. Es soll dort unter Punkt 5 über: „Die deutsche Wirtschaft und die Gewerkschaften“, über „Wirtschaftsdemokratie“ beraten und Beschluß gefaßt werden. Das Bestreben der ADGB-Führer geht dahin, in

Konsequenz der bisherigen Politik den Klassenkampf und die „wirtschaftsstörenden“ Streiks vollkommen zu unterdrücken und sich nicht nur durch Abschluß von Tarif- und Arbeitsgemeinschaftsverträgen, sondern auch materiell an der deutschen Wirtschaft zu beteiligen. Die Gewerkschaftsführer fühlen sich als Teil der republikanischen Staatspartei und „verantwortlich“ für das Wohlergehen der deutschen Wirtschaft. Sie wollen an Stelle des Klassenkampfes den ruhigen materiellen Konkurrenzkampf mit Hilfe der Gewerksklassen, der Gewerkschaftsbank, den Genossenschaftsgeldern usw. führen und so allmählich den Kapitalismus „überwinden“, was auf gut deutsch dessen restlose Anerkennung und Verteidigung durch die Gewerkschaften bedeutet.

[45] Die Durchführung dieser Politik bedingt seitens des ADGB, die möglichste Ausschaltung aller Revolutionäre und ehrlichen Klassenkämpfer aus den Gewerkschaften. Daher die schroffe Feindschaft der ADGB-Führer gegen die Gewerkschaftseinheit sowohl in Deutschland als auch im internationalen Maßstabe. Sie bedingt ferner den schärfsten Kampf gegen Sowjetrußland, wo der Kapitalismus als politische Macht vollkommen vernichtet wurde und, soweit er auf wirtschaftlichem Gebiet noch zugelassen ist, vollkommen unter der Kontrolle der Arbeiterklasse steht. Daher kommt es auch, daß gerade die deutschen Gewerkschaftsführer nicht nur die schärfsten Gegner der Verbindung mit den russischen Gewerkschaften sind, sondern sich auch vollkommen einreihen in die kapitalistisch-imperialistische Kriegsfront gegen Sowjetrußland. Daß die Zerstörung, die Zersetzung, ja schon die Hemmung dieses reformistisch-konterrevolutionären Blocks, den heute die ADGB-Bürokratie darstellt, nicht nur innerpolitisch, sondern weltpolitisch von weittragender Bedeutung ist, das muß auch der letzte deutsche Kommunist begreifen und daraus die Konsequenz ziehen, daß es gar keine wichtigere Arbeit für einen Kommunisten geben kann, als sich überall, wo ihm nur die Möglichkeit geboten ist, gewerkschaftlich zu betätigen.

Was sind die unmittelbaren Aufgaben der Kommunisten in den Gewerkschaften?

Auch die Genossen – und es sind heute erfreulicherweise die Mehrzahl der Parteimitglieder –, die von der politischen Notwendigkeit der Gewerkschaftsarbeit überzeugt sind, sind meistens aber noch weit entfernt, die praktische Nutzenanwendung zu ziehen. Sie sind entweder passiv oder verstehen es nicht, die richtigen Anknüpfungspunkte in der Gewerkschaftsarbeit zu finden, wodurch sie das Vertrauen der Mitgliedermassen gewinnen können. In Nachfolgendem sollen daher nur die wichtigsten Aufgabengebiete umrissen werden.

In Lohn- und Arbeitszeitkämpfen der Gewerkschaften sind heute die Kommunisten in den wenigsten Fällen die Initiatoren, die vorwärts treibenden und führenden Elemente in den Gewerkschaften, vielmehr werden sehr oft unsere Genossen erst munter, wenn von den Bürokraten eine Lohnbewegung angekündigt oder eingeleitet wird. Aber auch dann beschränken sich vielfach unsere Genossen lediglich darauf, höhere Forderungen als die Reformisten zu stellen, im übrigen aber versuchen sie nicht, in sofortigen Fraktionsversammlungen zu den Dingen Stellung zu nehmen und alles zu tun, um den Kampf durch Demonstrationen, Mobilisieren der übrigen Arbeiterbevölkerung usw. zu aktivisieren und selbst an der Führung teilzunehmen. Das muß anders werden. Lange vor Beginn eines Lohn- oder Arbeitszeitkampfes müssen sich die Kommunisten in den Fraktionen klar darüber sein, was sie wollen, sie müssen konkrete Vorschläge machen, sie müssen die Masse ideologisch für den Kampf vorbereiten, kurzum: sie müssen alles tun, um wirklich in den Augen der Masse als die faktischen Führer der Lohn- und Arbeitszeitkämpfe dazustehen. Notwendig dabei ist, darauf zu drücken, daß die von den Gewerkschaftsversammlungen selbst aufgestellten Forderungen nicht von den Bürokraten bei Verhandlungen sofort fallen gelassen, sondern im Kampf wirklich durchgefochten werden.

Die Betriebsrätebewegung ist heute sehr schlecht. Es fehlt ihr jede Initiative. Ja sehr häufig unterscheiden sich kommunistische Betriebsräte nach außen fast überhaupt nicht von den SPD-Leuten, beschränken sich vielmehr lediglich auf ihre Tätigkeit im Betrieb. Das liegt einmal daran, daß die Gewerkschaften systematisch die Betriebsräte in ihrer Tätigkeit, soweit sie über die unmittelbaren täglichen Aufgaben im Betrieb hinausgeht, einengen und beschränken, zum andern aber auch daran, daß unsere Genossen nicht die notwendige Verbindung der Betriebsräte der verschiedenen Betriebe

untereinander herstellen. Die Betriebsräte [46] müssen aber unter allen Umständen zu Eckpfeilern, zu den Trägern und ausschlaggebenden Faktoren in den Gewerkschaften werden. Dabei genügt es nicht, gelegentlich oppositionelle Betriebsrätevollversammlungen abzuhalten, sondern es muß systematisch gearbeitet werden, um die Gewerkschaften zu zwingen, die Betriebsräte industriegruppenweise im Bezirks- und Reichsmaßstabe zusammenzufassen. Eine der ersten Voraussetzungen hierzu ist die Zusammenfassung sämtlicher Betriebsräte eines Konzerns. Dies ist auch ein Weg, um weit mehr als bisher aktiv in die Gegenwartskämpfe einzugreifen und den Betriebsräten konkrete Ausgaben zuzuweisen, die von der Masse der in den Konzernbetrieben beschäftigten Arbeiter leicht verstanden und auch aktiv unterstützt werden.

Bei Wahlen in den Gewerkschaften, Wahl der Ortsverwaltungen, Branchenleiter, Kartelldelegierten usw. wie auch bei der Wahl der Verbandstags- und Gewerkschaftskongreß-Delegierten ist ein oppositioneller Erfolg überhaupt nur möglich durch eine systematische Klein- und Fraktionsarbeit und durch eine genaue Kenntnis der Statuten, der Wahlreglements, der Geschäftsordnung in Sitzungen und Versammlungen usw. Heute wird oft eine an sich sehr gute Massenstimmung von der Bürokratie nur deshalb unterdrückt und ausgeschaltet, weil es auf seiten unserer Genossen an der Kenntnis all dieser kleinen organisatorischen Schliche und Tricks und an der geschickten Taktik gegenüber den Bürokraten fehlt.

Alle diese notwendigen Maßnahmen zur Beeinflussung der Mitgliedermassen, zur Besetzung der Gewerkschaftsfunktionen bedingt aber in jedem Falle das Vorhandensein einer arbeitsfähigen Fraktion. Diese alte Wahrheit wird heute weniger denn je in der Praxis angewandt. Nicht nur die Mehrzahl der Genossen in den Betrieben und Gewerkschaften, sondern auch vielfach leitende Funktionäre in den Bezirksleitungen, Ortsvorständen usw. der Partei lassen aber gerade hier die Zügel vollkommen schleifen. Es gibt keine zielbewußte Arbeit, es gibt keine oppositionellen Erfolge ohne eine Fraktion. Deshalb wird der Parteitag ganz scharfe Beschlüsse fassen müssen in bezug auf Bildung von Fraktionen in jeder Ortsgruppe, in jeder Branche und, wenn es notwendig ist, auch neben der Zelle in jedem Betrieb. Die leitenden Genossen in den Bezirksleitungen und Ortsvorständen müssen für die Durchführung dieser einen Voraussetzung einer ersprießlichen Gewerkschaftsarbeit, für die Gründung und den Ausbau von Fraktionen verantwortlich gemacht und zur Rechenschaft gezogen werden.

Das wichtigste für eine erfolgreiche kommunistische Gewerkschaftsarbeit aber ist das Eindringen in den Funktionärkörper der Gewerkschaften. Wenn heute die SPD die Gewerkschaften fast vollkommen beherrscht, so nicht nur deshalb, weil die Gewerkschaftsführer und ADGB-Bürokraten führende SPD-Leute sind, sondern weil von der SPD, auch die große Mehrzahl aller mittleren und unteren Funktionär- und Vertrauensposten in den Gewerkschaften besetzt sind. Die gewerkschaftlichen Vertrauensleute sind heute in jedem Kampf und auch vielfach bei den Wahlen der Ortsverwaltungen und Verbandstagsdelegierten, bei Aufstellung der Betriebsratskandidaten usw. die ausschlaggebenden Faktoren. Diese Funktionärposten müssen unbedingt von Kommunisten besetzt, um jeden einzelnen Posten muß, wenn es notwendig ist, gekämpft werden. Doch es steht fest, daß in den wenigsten Fällen um diese unteren Funktionärposten gekämpft, sondern daß sie meist kampfflos den SPD-Leuten überlassen werden, obwohl es in der Mehrzahl der Fälle lediglich von dem Arbeitswillen unserer Genossen abhängt, diese Posten selbst zu besetzen. Diese Passivität ist der Krebschaden unserer Gewerkschaftsarbeit, ist die Hauptursache des Rückganges des kommunistischen Einflusses in den Gewerkschaften und ist daher der Punkt, wo vor allem der Hebel angesetzt werden muß. Jeder Kommunist ein [47] Gewerkschaftsfunktionär! Das muß zur allgemeinen Parteiparole werden.

Die Ausnützung der Parteipresse für die Gewerkschaftsarbeit läßt heute noch fast alles zu wünschen übrig. Die SPD hat darin an sich schon den ungeheuren Vorteil, daß ihr die Artikel und Nachrichten über die Gewerkschaftsbewegung von den Gewerkschaftsbürokraten ohne weiteres geliefert werden. Dieser Vorsprung muß von unseren Genossen durch eine rege Berichterstattung aus dem Gewerkschaftsleben ausgeglichen werden. Es darf im Verbreitungsgebiet einer Parteizeitung keinen gewerkschaftlichen Vorgang geben, zu dem nicht im

Parteiorgan Stellung genommen oder der nicht zum mindesten dort registriert würde.

Der Kampf um die Gewerkschaftseinheit wird heute noch viel zu schematisch und leblos und vor allem fast nur organisatorisch geführt. Er muß zum Mittelpunkt des politischen Kampfes überhaupt werden. Gerade weil die Gewerkschaftsbürokratie die Gewerkschaftseinheit sabotiert, weil sie mit Recht befürchtet, daß durch die Gewerkschaftseinheit das Selbstbewußtsein und das Machtgefühl der Arbeitermassen gestärkt, der revolutionäre Klassenkampf gefördert wird, muß die Frage der Gewerkschaftseinheit immer und überall in den Vordergrund gestellt werden. Erfolge können aber nur erzielt werden, wenn an konkrete Tatsachen, an die Lebensfragen des Proletariats, wie Lohn, Arbeitszeit, Kampf gegen Zölle und Steuern usw. angeknüpft wird. Es darf keinen Lohn- oder Arbeitszeitkampf geben, dem nicht von unseren Genossen diese Frage ausgerollt, die Masse mobilisiert und als Endergebnis dieser Mobilisation ein Einheitskomitee gebildet wird. Daß in der Masse der Wille zur Einheit absolut vorhanden ist, daß es nur darauf ankommt, diesen Massenwillen in die richtigen Bahnen zu lenken, ihn organisatorisch zu erfassen, das beweisen täglich zahlreiche Ereignisse. Aus den in den Verbandszeitungen veröffentlichten Anträgen zur Gewerkschaftseinheit ist ersichtlich, daß derartige Anträge sehr oft von Zahlstellen gestellt werden, wo die Kommunisten überhaupt keinen Einfluß haben.

Auf die internationale politische Bedeutung der Gewerkschaftseinheit haben wir schon eingangs des Artikels hingewiesen. Der Kampf gegen die Kriegsgefahr, die Sprengung des imperialistischen Blocks gegen Sowjetrußland, der Kampf gegen den Dawes-Plan, die Erhaltung bzw. Eroberung des Achtstundentages usw. kann nur erfolgreich ein durch die Herstellung der Gewerkschaftseinheit. Kampf um die Gewerkschaftseinheit ist revolutionärer Kampf, ist Vorbereitung zur sozialen Revolution. Fraktions- und Gewerkschaftsarbeit ist daher die wichtigste Ausgabe jedes Revolutionärs, jedes Kommunisten, ist in der Tat die Durchführung der wichtigsten Lehre unseres großen Führers Lenin, ist Organisation der Revolution.

*

Die Arbeit der Partei auf dem Lande.

Von E. Hoernle.

Unsere Partei hat allmählich die Bedeutung der Frage des Bündnisses der Arbeiterklasse mit den übrigen ausgebeuteten und werktätigen Schichten begriffen. Theoretisch sind wir uns alle einig, daß die KPD keine „zünftlerische“ Arbeiterpolitik betreiben darf, sondern sich zum Führer und zum Anwalt des gesamten werktätigen Volkes aufwerfen muß. Aber es kommt nicht nur darauf an, einen Grundsatz theoretisch anzunehmen, sondern ihn praktisch zu verwirklichen. Und hier stecken wir trotz aller Bemühungen noch immer in den ersten Anfängen.

[48] Genossin Ruth Fischer hat in ihrem Artikel zum Parteitag: „Der Parteitag der Bolschewisierung“, die Bemerkung gemacht, daß ihrer Meinung nach die deutsche Partei immer noch nicht den richtigen Weg gefunden habe zur Bauernschaft. Dies ist insofern richtig, als wir praktisch nur in ganz vereinzelten Gebieten eine wirkliche systematische Arbeit unter der schaffenden Bauernschaft geleistet haben. So in einigen Teilen der Rhön, des Erzgebirges und Ostpreußen. In den großen kleinbäuerlichen Bezirken Süddeutschlands und Westdeutschlands, in Hannover und Nordwest sind wir heute noch von den Massen der Kleinbauern wie durch eine Mauer getrennt. Nicht als ob der Boden in der kleineren und mittleren Bauernschaft dieser Gebiete nicht für uns günstig wäre. Im Gegenteil, noch nie war der Boden für die kommunistische Propaganda und Agitation so günstig wie heute unter den Kleinbauern. Der Fehler liegt bei uns selber. Die Parteimitgliedschaft und insbesondere der Funktiorstabs der Partei ist auf die Arbeit nicht eingestellt. Den Weg, der zur Bauernschaft führt, kennen wir ziemlich genau. Er ist vorgezeichnet durch die Praxis der russischen Bruderpartei, durch die Beschlüsse der Komintern, durch die Entschließungen der ersten Internationalen Bauernkonferenz in Moskau, und durch die ausführlichen Anweisungen, die die Zentrale der KPD wiederholt in gedruckten Rundschreiben an sämtliche Ortsgruppen der Partei versandt hat. Wir müssen feststellen, daß dort, wo unsere Parteigenossen diese Anweisungen gewissenhaft befolgt haben, die überraschende Erfolge

zeitigten. Die Methoden der Arbeit also, die wir auf dem flachen Lande anwenden müssen, und die Taktik gegenüber den Bauernverbänden sind uns ziemlich bekannt, aber sie sind noch nicht Allgemeingut der Parteimitgliedschaft geworden. Und vor allem der Funktionärstab hat sich noch nicht so eingehend und gründlich mit ihnen beschäftigt, wie es notwendig wäre.

Die Hindernisse sind also wesentlich innerparteilicher Natur. Sie liegen zum Teil in der organisatorischen Schwäche unserer großen Agrarbezirke, denen sowohl Finanzen wie geeignete Funktionäre fehlen. Sie liegen aber auch zum großen Teil in den Resten der alten sozialdemokratischen Einstellung zur Bauernfrage. Dies ist zum Beispiel der Fall, wenn die Bezirksleitung eines ausgesprochen kleinbäuerlichen Bezirks die These aufstellt: Zunächst müssen wir einmal die Partei in den Industriebezirken ausbauen, erst nachher können wir aufs Land vorstoßen. Das hört sich sehr „bolschewistisch“ an, ist es aber durchaus nicht. Denn praktisch bedeutet diese These den Verzicht auf die Bündnispolitik, die nicht warten kann, bis der Bezirkssekretär mit der Durchorganisation seiner Betriebszellen, Gewerkschaftsfraktionen und mit der Verdoppelung der Mitgliederzahl fertig geworden ist. Die Arbeit unter der Bauernschaft muß von den Ortsgruppen und Betriebszellen als eine ihrer großen Elementarausgaben von allem Anfang an in Angriff genommen werden, sie ist neben der Gewerkschafts- und Betriebsarbeit ein Mittel zur Aktivisierung der Mitgliedschaft, zur wirklichen „Bolschewisierung“ der Partei. Eine unserer nächsten Aufgaben muß es deshalb sein, die Funktionäre in den Arbeitsgebieten und Bezirken zu Kursen und instruktiven Konferenzen zusammenzufassen, um sie nicht nur mit der Theorie, sondern auch mit der Praxis einer wirklichen leninistischen Agrarpolitik bekanntzumachen. Die Schulung der Funktionärskaders erweist sich immer mehr als eine der wesentlichsten Ausgaben, die die Partei im kommenden Jahr zu lösen hat.

Wie war die Arbeit der Partei bis jetzt? Die verschiedenen Reichstags-, Landtags-Präsidentenwahlen, die uns das vergangene Jahr bescherte, haben zweifellos das Interesse unserer Mitgliedschaften an der „Landagitation“ gesteigert. An sich etwas, was wir auch in der Sozialdemokratie vorfinden, wenn Wahlen vor der Tür stehen. Und in der Tat, unsere Roten Landsonntage sind nach geschehener Wahl in vielen Bezirken so gut wie wieder eingeschlafen. Dies beweist, daß die Genossen ihre Landagitation nur unter dem Gesichtspunkt der Wahlkampagne und nicht [49] unter dem Gesichtspunkt einer revolutionären leninistischen Bündnispolitik betrachtet hatten.

Die Roten Landsonntage müssen unbedingt zu einer ständigen, sich regelmäßig wiederholenden Einrichtung der Partei gemacht werden. Jede Ortsgruppe, jede Betriebszelle, muß ihr ländliches Arbeitsgebiet haben, muß dieses Gebiet systematisch bearbeiten, muß in ihrer Arbeit kontrolliert werden und muß über ihre Arbeit berichten. Hierbei wird das System der „Dorfpatenschaften“ eine bedeutende Rolle spielen. Die Einrichtung von Dorfpatenschaften ist trotz wiederholter Anregungen von seiten der Zentrale in den meisten Bezirken und Ortsgruppen nicht einmal diskutiert worden. Einzig vom 4. Verwaltungsbezirk in Berlin liegt ein Bericht vor. Danach hat sich das System der Dorfpatenschaften ausgezeichnet bewährt. Es gelang durch regelmäßige Bearbeitung ein und derselben Ortschaft durch ein und dieselbe Gruppe von Genossen, die auch brieflich mit den Landarbeitern und Kleinbauern in Verbindung blieben, während eines einzigen Halbjahres eine vollkommene Umgruppierung der politischen Kräfteverhältnisse an diesem Orte herbeizuführen. Die Zahl der kommunistischen Wahlstimmen wuchs von Wahl zu Wahl, im Gegensatz zu dem Rückgang der kommunistischen Stimmen, der sonst zu verzeichnen war. An die Stelle des Reichsbanners und der faschistischen Organisationen trat der Rote Frontkämpferbund. Die Partei, die früher nicht einmal einen Vertrauensmann am Orte hatte, zählte nach einigen Monaten eine stattliche Ortsgruppe, eine Ortsgruppe, die nun ihrerseits wieder die nächsten Dörfer bearbeitete und so das Netz weiter spannte.

Auch dort, wo man nach den Wahlen an der Methode der Roten Landsonntage festhielt, leiden diese noch an schwerwiegenden Mängeln. Vor allem, sie werden nicht systematisch in regelmäßiger Folge gemacht, sondern ganz gelegentlich, nur bei besonderen Vorfällen und in großen Zwischenräumen. Das bedeutet aber, daß kein festes und auf persönlicher Bekanntschaft gegründetes Vertrauensverhältnis zwischen dem revolutionären Industrieproletariat und den leinen Bauern oder Landproleten entstehen kann. Gerade diese persönliche Bekanntschaft aber, dieses persönliche Vertrauensverhältnis, dieser regelmäßig wiederkehrende Besuch derselben Genossen in derselben Ortschaft, ist

eins der wichtigsten Erfordernisse für dauernden Erfolg. Auch macht man meist die Roten Landsonntage ohne genügende Vorbereitung. Es ist vorgekommen, daß die Bezirksleitung drei bis vier Tage vor dem Termin an die Zentrale um Propagandamaterial herantrat. Ferner überläßt man es dem Zufall, welche Genossen an der Landfahrt teilnehmen, und wie sie auf dem Dorfe ihre Aufgabe erfüllen. Das ist aber durchaus nicht gleichgültig. Nicht jeder Genosse eignet sich zu Agitation auf dem Lande. Sehr viele greifen die Sache in bester Absicht am verkehrten Ende an. Es ist vorgekommen, daß Genossen den christlichen Kleinbauern ausgerechnet mit der Religionsfrage auf den Leib rückten und sie dadurch ein für allemal abschreckten. Andere wiederum hatten sich das Agrarprogramm der Partei so wenig angesehen, daß sie auf die Frage des Bauern, was aus seiner Wirtschaft werden soll, wenn die Kommunisten die Macht haben, mit allerlei unverdauten Phrasen über die Sozialisierung und genossenschaftlichen Großbetrieb antworteten, so daß den kleinen Bauern wind und wehe wurde.

Die Genossen, die sich zur Roten Landfahrt melden, oder bestimmt sind, müssen vorher zusammengefaßt und gut instruiert werden. In Landarbeiterdörfern sind die Hauptfragen, in denen der Genosse Bescheid wissen muß, die ländlichen Lohn- und Arbeitsverhältnisse, die Gewerkschaftsfrage in ihrer speziellen Anwendung auf den DLV, die Rolle der faschistischen Organisationen und des Reichsbanners. Unter Kleinbauern ergeben schon die wenigen Erfahrungen, die wir bis heute haben, einen ganzen Index von Verhaltensmaßregeln bei Versammlungen, Hausagitation und Literaturvertrieb.

[50] Einige besonders schwere Mißgriffe seien hier mitgeteilt. Infolge mangelnder Vorbereitung ist es zum Beispiel vorgekommen, daß man Genossen aus Dorf schickte mit kommunistischen Zeitungen, die von der ersten bis zur letzten Zeile kein Wort über die Nöte und Schmerzen des Landarbeiters und Kleinbauern enthielten, dagegen eine Reihe großer Artikel in einer Sprache, die kaum der Industrieprolet, geschweige denn der Kleinbauer verstand. Man hat Broschüren, die ganz und gar auf den großstädtischen Proletarier zugeschnitten waren, an die Kleinbauern vertrieben und sich gewundert, daß sie davon nicht erbaut waren. Man hat Zeitungen, die sich an die Landarbeiter wandten, in ein ausgesprochenes Kleinbauerndorf getragen oder sich in der Diskussion mit einem wohlhabenden Großbauern abgemüht, während die kleinen und mittleren Bauernhöfe vernachlässigt wurden. Alles das ist nur möglich bei mangelnder Schulung des Funktionärstabes und mangelnder Vorbereitung.

Ein weiterer Fehler ist es, wenn unsere Genossen immer und immer wieder Material anfordern, aber nur solches, das nichts kostet und verschenkt werden kann, Sie berufen sich darauf, daß der Kleinbauer kein Geld hat, und nichts kaufe. Unsere Erfahrungen beweisen aber, daß, wenn die Genossen den Bauern zu interessieren verstehen, er die Pfennige schon aufbringt, und die gekaufte Broschüre weit höher schätzt, als die geschenkte. Wenn man natürlich die Broschüren nur auf einem Tisch nahe bei der Tür deponiert und wartet, bis die Bauern kaufen kommen, so wird man nichts verkaufen,

Aber auch bei gut durchgeführten Landsonntagen fehlt meist die systematische Ausnutzung, die Weiterverwertung der erreichten Erfolge. Es kommen keine Berichte ein, weder an die Bezirke noch die Zentrale, es werden trotz immer wiederholter Aufforderungen die Adressen sympathisierender Kleinbauern und Landarbeiter nicht sorgfältig aufgeschrieben und dem Landvertrauensmann übergeben, Man bleibt nicht in Verbindung mit den Dorfbewohnern, deren Bekanntschaft man gemacht hat, schickt ihnen nicht auch späterhin Zeitungen oder Material zu. Das alles trägt dazu bei, daß wir jedesmal wieder neu anfangen müssen. Vor allem ist es wichtig, daß man Beschwerden und Klagen sorgfältig notiert und vom Landvertrauensmann zur weiteren Behandlung übergibt. Der Landarbeiter und kleine Bauer muß das Gefühl haben, daß die Kommunisten nicht nur große Reden machen, sondern die einzigen sind, die sich ganz ernsthaft ihrer Nöte und Sorgen annehmen und sich bemühen, ihnen zu helfen.

Wo dies geschehen ist, haben die Stimmen bei den Gemeinde-, Landtags- und Reichstagswahlen sehr deutlich gezeigt, daß die Sympathie der Kleinbauern und Landarbeiter bei den Kommunisten ist, wenn sie es auch aus Furcht vor Behörden und Landbund nicht immer offen auszusprechen wagen. Ueberhaupt müssen sich unsere Genossen den unbolschewistischen Gedanken abgewöhnen, als handle es sich darum, möglichst rasch und möglichst viel Parteiortsgruppen auf dem Lande zu gründen, um beim Or[ts]sekretär mit Zahlen auswarten zu können. Die Arbeit auf dem Lande wird sich

ziffernmäßig, nach Parteimitgliedsbüchern gerechnet, niemals rentieren. Und das kann auch gar nicht unser Ziel sein. Der Bauer ist Kleinproduzent und nicht Proletarier, Vertreter einer untergehenden, nicht einer aussteigenden Klasse. Er gehört zu jenen schwankenden Mittelschichten, deren endgültige Gewinnung erst nach Eroberung der Mache möglich ist, deren Sympathien wir jedoch bereits vorher haben müssen. Von der Bauernschaft werden es immer nur einzelne sein, die sich schon jetzt zum Kommunismus durchringen, und auch diese werden in manchen grundsätzlichen und taktischen Fragen stets schwankend bleiben. Anders sieht es natürlich bei den Landarbeitern. Aber auch Betriebszellen und Ortsgruppen aus Landarbeitern können nur dann wirklich lebendig und aktiv bleiben, wenn sie dauernd von den städtischen Ortsgruppen, also vom revolutionären Industrieproletariat aus, beeinflußt und befruchtet werden.

[51] Das bedeutet jedoch nicht, daß die Partei auf eine organisatorische Auswertung in ihrer Arbeit unter den Kleinbauern verzichten darf. Ganz im Gegenteil! Das war bisher einer unserer schwersten Fehler. Wir sind aufs Land gegangen, haben eine gut besuchte Versammlung abgehalten, haben uns mit Landbündlern und Stahlhelm herumgeschlagen, haben den Beifall der kleinen Bauern und Landarbeiter erhalten und sind dann seelenvergnügt nach Hause gekommen mit dem Bericht: Die Stimmung ist glänzend für uns. Aber die Stimmung der Kleinbauern hängt oft von vorübergehenden Faktoren ab. Nachher kam der Landbund, der Christliche Bauernverein, der Pfaffe, der Schultheiß, der Lehrer, und die Bauern wurden wieder umgestimmt. Die Partei ließ nichts mehr von sich hören, und alles blieb beim alten.

Unsere wichtigste organisatorische Aufgabe auf dem Lande ist deshalb, die Sammlung der werktätigen Bauernschaft in selbständigen Interessenverbänden im Gegensatz und im Kampf mit den alten von Großagrariern und Pfaffen geführten Vereinen. Wie wir den Landarbeiter für den Deutschen Landarbeiterverband zu gewinnen suchen, so müssen wir auch den Kleinbauern in seinem Kleinbauernverband organisieren. Wo solche schon bestehen, – und in den letzten Jahren haben sich eine ziemliche Anzahl Kleinbauern-, Pächter- und Siedlerverbände, Gütlervereine usw. gebildet –, da ist es unsere Ausgabe, in diesen Einfluß zu gewinnen, in ihnen zu arbeiten. Es gibt immer Parteigenossen, die selber neben ihrer industriellen Arbeit noch ein bißchen Acker und Vieh besitzen, diese müssen sich zu allererst in einem Kleinbauernverein organisieren und dort eine revolutionäre Fraktion bilden.

Wo die Kleinbauern in ihrer Masse im Landbund oder in den deutschen Bauernvereinen, im bayerischen Bauernbund usw. organisiert sind, müssen wir mit den oppositionellen Vereinen in Fühlung treten, ihnen helfen, sich zu organisieren und ihnen die notwendigen Zeitpunkte und Kampfeslosungen geben.

Praktische Erfolge haben unsere Genossen mit dieser Arbeit bereits in einer Reihe kleiner Bauernverbände erreicht. Es gehört viel Geduld und Zähigkeit zu dieser Arbeit, der Boden ist hart und die Früchte reifen langsam. Besonders wichtig ist es, Genossen ausfindig zu machen, die sich gerade für diese Arbeit eignen, die es verstehen, ohne das Firmenschild: „Ich bin Kommunist!“ stets auf der Brust zu tragen, trotzdem im Sinne des Kommunismus für die Loslösung der Bauernmassen aus der großagrarischen und pfäffischen Führung und für das Bündnis mit dem Industrieproletariat eintreten.

Die Aufgabe der Kleinbauernverbände ist der Kampf um die kleinen Tagesinteressen, verbunden mit der politischen Aufklärung und der systematischen Annäherung an das revolutionäre Proletariat. Dem Streben der Bauern nach einer eigenen parlamentarischen Vertretung kann die Partei dadurch Rechnung tragen, daß sie selber Bauern vom Pfluge, die schon Kommunisten sind, ins Parlament schickt, oder aber einer parteilosen Kleinbauernliste ihre Unterstützung gewährt. An den Konferenzen und Kundgebungen der Verbände müssen Delegationen aus den Betrieben und Arbeiterorganisationen teilnehmen.

In der parlamentarischen Arbeit zugunsten der Landarbeiter und Kleinbauern haben wir die besten Fortschritte gemacht. Hier hat die Partei wirklich schon etwas gelernt. Anläßlich der Mißernte des letzten Jahres sowie infolge des Steuerdrucks, der Pfändungen, der Kreditnot unter den Kleinbauern sind in fast allen Parlamenten von unseren Fraktionen mehr oder minder gut formulierte Anträge eingebracht worden. Das Material über die Not der Kleinbauern wurde in den Ausschüssen und im

Plenum ausgenützt. Bei der Stellungnahme zu den verschiedensten Gesetzen wurde das Interesse der kleinen Pächter und Bauern sorgfältig abgewogen. Dies zeigte sich im Reichstag anlässlich des deutsch-spanischen Handelsvertrags und des Pachtschutzgesetzes. In Thüringen und in Sachsen haben unsere [52] Fraktionen einen energischen und geschickten Kampf geführt gegen die kleinbauernfeindlichen Landwirtschaftskammergesetze. In der Bodenbewertungsfrage, in der Frage der Grundsteuern, der Hauszinssteuer, der Umsatzsteuer, der Zugtiersteuer usw. hat die Partei das Interesse der Kleinbauern mit dem Interesse des Industrieproletariats zu verbinden verstanden. Einzelne Fälle schwerer Benachteiligung kleiner Pächter und Bauern, so in Moosbruch, in der Herrschaft Hessenstein, bei Letgenbrunn, die Vorkommnisse anlässlich des Gersfelder Bauerntags usw. sind zum Gegenstand von Interpellationen und Anträgen gemacht worden.

Woran es aber gefehlt hat, war die Auswertung dieser parlamentarischen Arbeit unter den Kleinbauern selbst, die meist gar nichts davon erfahren haben, da die bürgerliche Presse die Tätigkeit der Kommunisten unter den Bauern ständig unterschlägt. Es ist notwendig, durch kleine Broschüren oder Flugblätter, wie sie die Partei anlässlich des deutsch-spanischen Handelsvertrags herausgab, die Bauern mit der Tätigkeit der Kommunisten bekanntzumachen. Wo das nicht geschehen kann, muß die Partei die Zeitungen sympathisierender Kleinbauernverbände mit den notwendigen Berichten versehen und einen Massenvertrieb dieser speziellen Nummer mit Hilfe des Parteiapparates organisieren. Hieran fehlt es noch vollkommen. Die Zeitung zum Beispiel der Arbeitsgemeinschaft schaffender Landwirte wird von den Parteigenossen fast überhaupt nicht vertrieben, trotzdem sie in loyalster Weise fast sämtliche Anträge unserer Genossen in den Parlamenten und Auszüge aus den Reden veröffentlicht und auch sonst ihre Sympathie für die Kommunistische Partei ziemlich offen betont.

Die Parteipresse hat als ganzes noch sehr geringe Fortschritte auf dem Gebiete der Bauernagitation und der Organisation eines Netzes von Dorfkorrespondenten gemacht. Die meisten Parteidakteure sind vollkommen zufrieden, wenn sie von Zeit zu Zeit einen agrarischen Artikel aus dem Pressedienst abdrucken. Sehr wenig eigenes Material, Mitteilungen aus den Bezirk, wenig Anknüpfung an Provinz und Landesfragen, die den Bauern berühren! Am besten arbeitet unsere Presse in Thüringen, Erzgebirge und Ostpreußen. Das sind eben auch die Bezirke, die wirkliche Bauernarbeit leisten. Die Einrichtung periodischer Bauernbeilagen beginnt sich langsam in einer Anzahl von Bezirken durchzusetzen. Was soll man aber dazu sagen, wenn kommunistische Zeitungen, die in ausgesprochenen Landarbeiterbezirken erscheinen, fast nie eine Korrespondenz oder fast nie einen Bericht aus Landarbeiterkreisen über die Verhältnisse in Gutsbetrieben, über die Vorgänge im Deutschen Landarbeiterverband veröffentlichen? Das gewerkschaftliche Organ der Landarbeiter, die wichtigsten Organe der Bauernverbände gehören unbedingt zum eisernen Bestand einer kommunistischen Redaktion. Ganz miserabel ist die Verbreitung des oppositionellen Landarbeiterorgans, des „Roten Land- und Forstarbeiter“.

Anlässlich des 400jährigen Jubiläums des großen Bauernkrieges hat die Partei wenigstens in Thüringen und Mitteldeutschland versucht, einige größere Kundgebungen zu veranstalten. Diese sollten den Charakter von Arbeiter- und Bauernfeiern tragen. Sie sollten das Bündnis der Arbeiter und Bauern öffentlich bekräftigen. Doch gerade hier zeigte sich die Schwäche der Partei auf dem Lande. Sowohl die Feiern in Thüringen, wie die Feier in Eisleben waren von breiten Arbeitermassen besucht. Bauern jedoch waren nur wenig anwesend. Die Partei hat es nicht verstanden, für diese Feiern die Bauernschaft zu interessieren. Sie hat die Feier nicht durch eine breite Agitation auf den Dörfern vorbereitet.

Auch die Kampagne gegen die Schutzzollvorlage ist von der Partei nur in sehr geringem Maß aufs Land getragen worden. Und das, obwohl die Stimmen aus der Kleinbauernschaft sich ständig mehren, die sich entweder ablehnend oder doch äußerst skeptisch den Zollplänen der Landbündler und der Regierung gegenüber äußern. Hier ist unendlich viel nachzuholen.

[53] Es wird die Aufgabe des Parteitags sein, die Frage der praktischen Arbeit der Partei unter der Landarbeiterschaft, unter den kleinen Bauern und Pächtern, als eine Teilfrage der großen Gesamtaufgabe der Bolschewisierung aufzurollen, und die Aufgaben der Partei auf dem Dorfe zu den Aufgaben der Partei in Betrieb und Gewerkschaft ins richtige Verhältnis zu setzen.

*

Partei und Rote-Frontkämpfer-Bewegung.

Von Ernst Thälmann.

Das stetige Anwachsen der Roten Frontkämpferbewegung macht es für die Partei zur gebieterischen Pflicht, sich allen Ernstes mit dieser Frage auseinanderzusetzen, um mit allen Kräften und einheitlich an die Nutzbarmachung der RF-Bewegung für die allgemeine revolutionäre Entwicklung heranzugehen. Die Partei darf sich um diese Frage keinesfalls herumdrücken, wenn sie nicht Schaden erleiden will. Die Meinung, die hin und wieder auftaucht, daß der RFB eine Militärspielerei und daher eine Gefahr für die Partei sei, ist vollkommen falsch. Ebenso verkehrt ist es, das Wachstum der RF-Bewegung, welches in verschiedenen Bezirken ein schnelleres ist als das der Partei, mit scheelen Augen anzusehen. Die Genossen, die das Wachstum des RFB nicht begrüßen und fördern, haben das Problem der Mobilisierung der breiten Proletariermassen durch Schaffung und Unterstützung revolutionärer Hilfsorganisationen nicht begriffen.

Der RFB ist seiner Zusammensetzung und Führung nach eine rein proletarische und seinen Zielen und Bestrebungen nach eine revolutionäre Organisation des Klassenkampfes. Er ist keine kommunistische Organisation. Er vereinigt neben kommunistischen Arbeitern einen verhältnismäßig großen Prozentsatz parteiloser und politisch anders organisierter Arbeiter. Aber der RFB ist seinen Bestrebungen nach ein Teil der kommunistischen Gesamtbewegung. Er hat Aufgaben zu erfüllen, die die Partei als solche nicht erfüllen kann, zu deren Durchführung die Partei ihn aber in jeder Weise fördern muß.

Halten wir uns vor Augen, unter welchen Bedingungen der RFB entstanden ist und sich entwickelt hat, und die vorstehende Behauptung wird sofort verständlich werden. Nach dem Aufmarsch der Faschisten in Halle im Mai 1924 entstanden im Januar d. J. im Bezirk Halle-Merseburg die ersten Roten Frontkämpferorganisationen. Die Niederlage des deutschen Proletariats im Herbst 1923, nach einem nicht geführten Kampf, wo die revolutionäre Bewegung noch unter stärkstem politischen und wirtschaftlichen Druck durch Regierung und Unternehmertum stand, nach dem dadurch möglich gewordenen Erstarken der reaktionären Rechtsverbände (Stahlhelm, Werwolf usw.) und dem Aufblühen des Reichsbanners, haben die Proletarier in einzelnen Bezirken des Reiches spontan als Gegenmaßnahme die ersten Roten Frontkämpfer-Vereinigungen geschaffen. Die Arbeiter haben instinktiv die militärpolitische Bedeutung der Rechtsverbände und des Reichsbanners als Bürgerkriegsorganisationen der Bourgeoisie erkannt. Sie schufen im RFB gegen diese Menschenreservoirs für neue imperialistische Kriege und gegen diese Schutztruppen der Bourgeoisie, die die Rechtsverbände und das Reichsbanner darstellen, das notwendige revolutionäre Gegengewicht.

Die vereinzelt und spontan gegründeten Roten Frontkämpfer-Vereinigungen in einzelnen Bezirken des Reiches führten lange Zeit ein kümmerliches Dasein, isoliert voneinander und von der Partei wenig oder [54] überhaupt nicht beachtet, obwohl gerade in diese Zeit der ersten Entwicklung des RFB das Erstarken der Rechtsorganisationen und des Reichsbanners fällt. Dem Reichsbanner und den hinter ihm stehenden republikanischen Parteien war dadurch die Möglichkeit gegeben, sich in demagogischer Weise als die einzigen ernsthaften Gegner der wachsenden monarchistischen Gefahr auszuspielen. Das Reichsbanner hat dadurch, namentlich auf dem flachen Lande, große Proletariermassen, die an einen ernsthaften Kampf gegen die Reaktion interessiert waren, in sich vereinigt und dieselben somit unter den ideologischen Einfluß der SPD gebracht. Erst gegen Ende des Jahres 1924 begann die Partei der Roten Frontkämpfer-Bewegung mehr Aufmerksamkeit zuzuwenden. In den Wahlbewegungen Ende des letzten und Anfang dieses Jahres hatte der RFB ein geeignetes politisches Betätigungsfeld. Er hat sich während dieser Zeit organisatorisch gefestigt und ist zahlenmäßig ganz rapid gewachsen. In einzelnen Teilen des Reiches verkörperte er nach außen hin geradezu das Gesicht der revolutionären Partei. In dieser Zeit begann er auch als aktives Zersetzungsinstrument gegen das Reichsbanner zu wirken. In einzelnen Bezirken des Reiches bildeten sich zwischen proletarischen Reichsbanner-Elementen und Roten Frontkämpfern spontan Kampfgemeinschaften gegen die Rechtsverbände. Diese Kampfgemeinschaften wurden gebildet gegen den Willen und entgegengesetzte Anordnungen der Reichsbannerführer. Bis in die letzte Zeit dauern diese Tendenzen im Reichsbanner fort. Auch nach der

Wahlbewegung hat es der RFB verstanden, in Stadt und Land durch Veranstaltung Roter Tage werbend für die revolutionäre Bewegung zu wirken. Gerade das, was einige ängstliche und kleinbürgerlich angehauchte Gemüter in der Partei als Militärspielerei ansehen, hat bei diesen Roten Tagen außerordentlich belebend auf breite Proletarierschichten gewirkt, hat ihnen neuen moralischen Rückhalt und Glauben an den Sieg der revolutionären Bewegung gegeben. Auch auf den Gegner haben diese Veranstaltungen ihre Wirkungen nicht verfehlt.

Selbstverständlich darf beim RFB nicht das Hauptgewicht auf gut disziplinierte Ausmärsche gelegt werden. Wer den Wert des RFB nach seinen rein äußerlichen Erscheinungsformen beurteilt, verkennt den politischen Wert desselben. Wenn sich der RFB nur mit Paraden und Aufmärschen beschäftigen würde, müßte er innerlich sehr bald zusammenbrechen. **Der RFB ist eine lebensfähige Organisation nur dann, wenn er im engsten Kontakt mit der revolutionären Partei arbeitet und politische Aufgaben erfüllt, für die er infolge seines Organisationscharakters besonders geeignet ist.**

Wir wollen uns mit einer Reihe solcher Aufgaben kurz beschäftigen. Angesichts der drohenden Kriegsgefahr ist der RFB die berufene Organisation, die den revolutionären Kampf gegen Krieg und Kriegsgefahr führen und organisieren kann. Durch eine intensive Beschäftigung innerhalb des RFB mit den Problemen des revolutionären Kampfes gegen den Krieg werden in den Angehörigen des RFB die geeigneten Elemente herangeschult, die als erste berufen sind, in anderen proletarischen Organisationen (Gewerkschaften, Sportorganisationen usw.) für den Kampf gegen den Krieg zu wirken. Damit hängen eng zusammen die Aufgaben des RFB, gegen die nationalistischen Verbände und gegen das Reichsbanner. Der RFB hat die Aufgabe, den zahlreichen proletarischen Anhängern der Rechtsverbände ihre Rolle als Schlachtvieh der Bourgeoisie in neuen Kriegen, gegen den äußeren oder inneren Feind, klar zu machen und zu versuchen, sie für die proletarische Klassenfront zurückzugewinnen. Den Proletariern im Reichsbanner muß der RFB im Zusammenhang mit der Kriegsgefahr die Verlogenheit und Heuchelei der pazifistischen Idee beweisen und sie von der Notwendigkeit des revolutionären Klassenkampfes der Roten Proletarierfront gegen die Bourgeoisie überzeugen. Da für einen wirkungsvollen, ernstesten Kampf gegen den Krieg die nationale und internationale Gewerkschaftseinheit die elementarste Voraussetzung ist, muß der RFB auch für diesen Zweck in verstärktem Maße herangezogen werden. Einmal dadurch, daß man innerhalb des RFB jeden einzelnen Kameraden von der Notwendigkeit der Gewerkschaften überzeugt und sie als Mitglieder für dieselben gewinnt und daß überdies die Roten Frontkämpfer in den Betrieben die eifrigsten Werber für die Gewerkschaftseinheit und für eine revolutionäre Führung der Gewerkschaften werden. Außerdem müssen sie in den Betrieben mit der revolutionären Arbeiterschaft gemeinsam die Interessen des gesamten Proletariats gegen den Kapitalismus verteidigen und darüber hinaus sich immer und immer wieder einsetzen für die Erämpfung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen. Aehnliche Aufgaben haben die Roten Frontkämpfer in den Sportorganisationen zu lösen, da sie neben den Kriegsoffer- und Kriegsbeschädigten-Organisationen die geeignetsten sind, um mit ihnen in ein Kartellverhältnis einzutreten.

Ein besonderes Kapitel ist das der Jugend. Zur Erfassung der Jugend ist innerhalb des RFB im Roten Jungsturm eine besondere Abteilung geschaffen worden. Auf die Jugend wirken naturgemäß das äußere Gepränge und die straff disziplinierten Ausmärsche besonders anziehend. Die Jugend im RFB ist zum größten Teil noch zu wenig herangezogen zur politischen Arbeit und entscheidet sich oft rein gefühlsmäßig. Der Rote Jungsturm hat im Verhältnis zur Kommunistischen Jugend einen äußerst starken Zulauf zu verzeichnen. Die Kommunistische Jugend hat dadurch Gelegenheit und die Aufgabe zu erfüllen, zu einer Massenorganisation zu werden, wenn sie versteht, im Roten Jungsturm gute Arbeit zu leisten.

Ganz Hervorragendes kann der RFB zusammen mit der Partei auf dem Gebiete der Landagitation leisten. In einzelnen Gegenden haben die Roten Frontkämpfer unter der kleinbäuerlichen und Landarbeiterbevölkerung schon gute Arbeit auf dem Gebiete der revolutionären Propaganda geleistet. Diese Art Landagitation ist um so notwendiger, weil sowohl die Rechtsverbände wie auch das Reichsbanner ihren stärksten organisatorischen Rückhalt in den Kleinstädten und auf dem flachen Lande

haben. Die proletarischen und halbproletarischen Elemente kann man an diesen Orten dem ideologischen und organisatorischen Einfluß der Rechtsverbände und des Reichsbanners nur entreißen durch ein wirkungsvolles Auftreten der revolutionären Arbeiter und durch eine gute politische Arbeit.

Damit ist natürlich der Ausgabenkreis des RFB nur in seinen wesentlichsten Punkten umschrieben. Der RFB ist in kurzer Zeit zu einer Massenorganisation geworden. Der Prozentsatz, der unpolitischen Anhänger des RFB ist nicht gering, namentlich kann das gesagt werden von den jugendlichen Elementen. Die Organisation des RFB ist außerdem sehr jung und hat noch zu wenig politische Erfahrung. Die politische Durchdringung des RFB läßt aus diesen Gründen noch viel zu wünschen übrig, ebenso läßt zu wünschen übrig die Klarheit über die eigentlichen Ziele und Ausgaben des RFB unter den breiten Mitgliedermassen desselben. Diese Mängel sind unumgängliche Kinderkrankheiten, deren Auftreten um so unvermeidlicher war, weil die Partei der Bewegung lange Zeit keine und heute oft noch zu geringe Bedeutung im allgemeinen beigemessen hat.

Fast ohne Uebertreibung kann man sagen, daß die Gegner des RFB dessen Bedeutung für die revolutionäre Bewegung besser begriffen haben [56] wie ein Teil unserer eigenen Genossen. Das geht hervor aus der wüsten Verfolgungswut der Behörden und der Polizei und der giftigen Sprache der bürgerlichen und sozialdemokratischen Presse gegenüber dem RFB.

Die Blutbäder in Halle und Teltow im besonderen, Polizeibefehle und Berichte aus Berlin und anderen Teilen des Reiches lassen darauf schließen, daß von seiten der Regierung ein systematisches Kesselstreben gegen den RFB zum Zwecke seines Verbotes inszeniert wurde und momentan mit Verstärkung des Suchens nach Anklagematerial betrieben wird. Wenn der Regierung und ihren Agent provokateurs, die sie in die Reihen der revolutionären Arbeiter des RFB schickt, ihr Plan gelingen würde, dann wird ein Sturm der Entrüstung in der deutschen revolutionären Arbeiterschaft unvermeidlich sein. Auch das Vorgehen der SPD- und der Reichsbanner-Führer beweist, daß sie den RFB zu fürchten beginnen. Das „Reichsbanner“, das Bundesorgan des RB, von Mitte Juni beschäftigt sich mit der Taktik des RFB gegenüber dem RB und sagt, daß diese neue Taktik der Anbiederung an die proletarischen Elemente des RB nicht ungefährlich für dasselbe sei. Das Vorgehen der Sozialdemokratie in Berlin in ihren letzten Versammlungen gegen den Zollwucher hat gezeigt, daß sich die sozialdemokratischen Führer alle erdenkliche Mühe geben, durch solche Zusammenstöße, wie sie dort vorgekommen sind, die Kluft zwischen den proletarischen Reichsbannerelementen und den revolutionären Arbeitern, besonders des RFB, unter allen Umständen zu erweitern.

Aufgabe der Partei ist es, zentral und örtlich die Entwicklung der RF-Bewegung mit allen Mitteln zu fördern. Zur politischen Belebung des RFB durch die Partei kommen in Frage: gemeinsames Auftreten bei allen Veranstaltungen und Demonstrationen der Partei und des RFB, Heranziehung des RFB für Arbeiten, die im Interesse der revolutionären Bewegung liegen (Land- und Presseagitation, Unterschriftensammlung für Rote Hilfe, Antikriegswoche, Arbeitersportveranstaltungen u. ä. m.). Dabei muß immer wieder betont werden, daß die organisatorische Selbständigkeit des RFB gewährleistet sein muß. Bei einer intensiven planmäßigen Zusammenarbeit der kommunistischen Genossen im RFB innerhalb einer Fraktion unter Kontrolle der Gesamtpartei müssen politische und organisatorische Entgleisungen desselben ein Ding der Unmöglichkeit sein. An dieser planmäßigen Arbeit der Partei im RFB hat es bisher noch gefehlt. Es gilt jetzt Vorsäumtes nachzuholen, die Entwicklung des RFB ist noch lange nicht auf ihrem Höhepunkt angelangt, sie befindet sich vielmehr noch in aussteigender Linie. Je näher die Gefahr eines neuen Krieges rückt, je frecher die monarchistische Reaktion ihr Haupt erhebt, je mehr die Reichsbanner-Führerschaft vor diesen Gefahren feige den Schwanz einzieht, um so mehr werden alle ehrlichen klassenbewußten Proletarier neben der KPD im RFB die einzige und die geeignetste Organisation zur Bekämpfung der Reaktion und der Kriegsgefahr erblicken. Besonders in der heutigen Situation, wo durch den Garantiepakt, der Deutschlands Eintritt in den Völkerbund verlangt, die Kriegsgefahr verschärft wird und Deutschland das Aufmarschgebiet gegen Sowjetrußland werden kann, ist es die Aufgabe der KPD, gemeinsam mit dem RFB dieser Hindenburg-Front, die die Pläne der imperialistischen Räuber verwirklichen will, die rote lebendige Klassenfront entgegenzustellen.

Das ideologische und organisatorische Kapital, das die Partei in die RF-Bewegung hineinsteckt, erhält sie mit Zins und Zinseszinsen zurück durch das Anwachsen der revolutionären Bewegung, durch das siegreiche Vordringen der Roten Front. [57]

*

Die Arbeit unter den Frauen.

E. H. Seit Jahrzehnten wird in der Arbeiterbewegung über die „Frauenfrage“ diskutiert. Aber vollständige Klarheit wurde nie darüber geschaffen. Die alte Sozialdemokratie hat sie insofern richtig beantwortet, als sie im Gegensatz zu den bürgerlichen Frauenvereinen eine besondere Organisation für proletarische Frauen ablehnte und den Eintritt in die sozialdemokratische Partei propagierte. Aber damit war das schwierige Problem nicht gelöst. Immer wieder tauchten die Fragen auf: „Was machen wir mit den Frauen in der Partei?“ und „mit welchen Mitteln gewinnen wir neue weibliche Mitglieder?“

Die SPD der Vorkriegszeit wollte die Frauen, da sie politisch weit ungeschulter waren als die Männer, zu guten Sozialistinnen erziehen. Sie ließ den weiblichen Mitgliedern Referate halten über Kapitalismus und Marxismus, die den Frauen „viel zu hoch“ waren. Sie verstanden sie nicht und blieben den „Bildungsabenden“ fern. Die SPD verfiel nun ins andere Extrem und veranstaltete Unterhaltungsabende, die den Frauen natürlich besser gefielen. Sie kamen zwar wieder, wurden aber keine Sozialistinnen. Heute sieht es noch viel schlimmer in der SPD aus. Ihre weiblichen Mitglieder machen in Wohlfahrt, Fürsorge und Pazifismus. Vom Klassenkampf der proletarischen Frauen ist nicht mehr die Rede. Die Frauenzeitschrift der SPD sorgt für gute Schnittmuster.

Die Kommunistische Partei hat seit ihrem Bestehen streng darauf geachtet, diese alten Fehler nicht zu wiederholen. Für sie gibt es keine „Frauenfrage“ im bürgerlichen Sinn. Für die Kommunistische Partei steht im Vordergrund ihrer Arbeit die Frage: „Wie mobilisieren wir so schnell wie möglich die Massen des Proletariats zur Revolution?“

Der größere Teil dieser proletarischen Massen sind die politisch rückständigen, in der kleinbürgerlichen Ideologie befangenen Frauenmassen. Die Mobilisierung der „Massen“ wäre also einfach eine Phrase, wollte die KPD sich um diesen Zeil der Massen gar nicht kümmern. In Beschlüssen der Partei und der Internationale wird darum auch immer wieder auf die Notwendigkeit der Arbeit unter den Frauenmassen hingewiesen. Aber was nützen alle Beschlüsse, wenn sie nicht durchgeführt werden? Was nützen alle „Grundsätze“, wenn man nicht danach handelt. Grundsätzlich ist die SPD auch für die Mobilisierung der Frauenmassen. Es kommt darauf an, Mittel und Wege ausfindig zu machen, diese „grundsätzlich“ als notwendig anerkannte politische Arbeit nun auch tatsächlich zu leisten.

Die KPD steht auch auf dem Standpunkt, daß keine besonderen Frauenorganisationen geschaffen werden dürfen. Die klassenbewußte Proletarierin gehört in die Gemeinsam müssen Männer und Frauen über Politik und Taktik der Partei entscheiden, gemeinsam müssen sie arbeiten, gemeinsam geschult werden.

Die KPD will auch ihre weiblichen Mitglieder zu „guten Kommunistinnen erziehen“. Das ist aber nicht möglich, allein oder in erster Linie durch theoretische und wissenschaftliche Referate, sondern vor allem durch die praktische Arbeit. Die KPD will nicht etwas „für ihre Frauen“ tun, indem sie Bildungs- und Unterhaltungsabende für sie veranstaltet, sie will ihre weiblichen Mitglieder einreihen in die allgemeine Parteiarbeit.

Dieser durchaus richtige Standpunkt hat nun bei vielen Genossen die Auffassung erweckt, als sei überhaupt keine Frauenarbeit mehr notwendig. Darüber besteht auch bei uns noch keine Klarheit. Wollen wir die Frauenmassen für die Revolution mobilisieren, müssen wir unter diesen Frauen arbeiten, müssen „Frauenarbeit“ leisten. Es ist keine angenehme Aufgabe, vielleicht die schwierigste, die es gibt, den proletarischen Frauen die Notwendigkeit des Kampfes der Arbeiterklasse begreiflich

zu machen. [58] Aber einen Kommunisten dürfen die Schwierigkeiten doch nicht schrecken. Die Hindenburgwahlen haben uns mit aller Deutlichkeit gezeigt, wie wenig klassenbewußt die Arbeiterfrau noch ist. Gewiß wird sie stark beeinflußt von den gegenwärtigen allgemeinen Verhältnissen. Scheinstabilisierung, „Völkerbund und Völkerfrieden“, Versprechungen zur Wiederherstellung der guten alten Zeit haben sie ruhig und zufrieden gemacht. Aber ganz schuldlos ist die Partei nicht, Sie hat sich zu wenig um die proletarischen Frauenmassen gekümmert. Die Arbeiterinnen in den Betrieben, die proletarischen Hausfrauen, die Heimarbeiterinnen müssen besonders von uns erfaßt werden.

Bürgerliche Frauenvereine und auch heute die SPD nähren den Gedanken in den Arbeiterfrauen, als könnte die ungeheure Not der Arbeiterklasse beseitigt werden im friedlichen Einvernehmen mit den Unternehmern. Sie nutzen die kleinbürgerliche, gefühlsmäßige Einstellung der Frauen aus, um sie vom Klassenkampf abzuhalten. Unsere Aufgabe ist es, den Frauen an Hand ganz konkreter Ereignisse (Lohnforderungen, Streiks, Steuern, Zölle) die Widersinnigkeit dieses „Friedens“ zwischen Kapital und Arbeit zu zeigen.

Die Org-Beratung der erweiterten Exekutive im Mai 1925 hat eine Resolution angenommen, in der sie die Sektionen verpflichtet, die bisher gefaßten Beschlüsse über die Frauenarbeit besser durchzuführen. Sie verlangt, daß in allen Parteiinstanzen von der Zentrale bis zur Betriebszelle besondere Organisatoren eingesetzt werden, die für die Arbeit unter den Frauen verantwortlich sind.

Die Frauenreichskonferenz am 11. Juli wird zu all diesen Fragen Stellung nehmen und über neue Möglichkeiten der Agitation und Propaganda beraten. Auch der Parteitag muß sich ernstlich mit der Frauenarbeit beschäftigen und wird sicher die konkreten Anweisungen des Org-Büros der erweiterten Exekutive sehr begrüßen.

Die Hauptsache ist aber, daß alle Parteigenossen die politische Notwendigkeit der Frauenarbeit wirklich einsehen, den gesamten Parteiapparat darauf einstellen, und selbst tatkräftig an die Arbeit gehen. Frauenarbeit ist nicht Arbeit der Frauen der Partei, sondern Arbeit der Partei unter den proletarischen Frauen.

*

Zur Bolschewisierung des Jugendverbandes.

Von Adolf.

I. Rolle des Jugendverbandes im Prozeß der Bolschewisierung der Partei.

Das Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale hat die Anregung dazu gegeben, im unmittelbaren Anschluß an den Parteitag eine Konferenz von Jugenddelegierten zusammen mit den Parteidelegierten der einzelnen Bezirke stattfinden zu lassen. Die Partei hat dem zugestimmt und wird diese Konferenz genau wie die Agitprop- und Frauenkonferenz als eine Konferenz des Parteitages stattfinden lassen. Dieser Beschluß zeigt ebenso wie der Absaß über die Erfassung der Arbeiter- und Bauernjugend in den Bolschewisierungsthesen der letzten Erweiterten Exekutivesitzung, der auf Antrag der KPD eingefügt wurde, daß die Partei die Rolle des Jugendverbandes im Gesamtprozeß der Bolschewisierung richtig einschätzt. Es wird gut sein, an dieser Stelle einen kurzen Ueberblick darüber zu geben, was der Jugendverband seit dem Frankfurter Parteitag zur Bolschewisierung der Partei beigetragen hat, Fehler und Mängel in der Zusammenarbeit aufzuzeigen, um daraus die notwendigen Schlüsse und Lehren für die kommende Zeit zu ziehen.

Die Etappe der Parteientwicklung vom Frankfurter Parteitag bis heute hat sich bis ins einzelne natürlich auch in der Entwicklung des Jugendver-[59]bandes widerspiegelt und wir können heute sagen, daß der Jugendverband an der Herausarbeitung der Parteilinie doch keinen ganz geringen Anteil gehabt hat. Das anormale Verhältnis, das gleich nach dem Frankfurter Parteitag und auch noch auf dem im Mai 1924 stattfindenden Leipziger Jugendkongreß insofern bestand, als die Ueberwindung der Reste des Brandlerismus im Verband in einem etwas langsameren Tempo und zum Teil mit größeren Schwierigkeiten als in der Partei vor sich ging (das Stimmenverhältnis auf dem Leipziger Jugendkongreß ergab

nur etwa $\frac{2}{3}$ -Mehrheit für die Taktik des Frankfurter Parteitages), änderte sich in den Wochen nach dem Jugendkongreß rasch. So war eine ernsthafte Opposition politischer Art schon auf dem unmittelbar nach Rückkehr der Delegation vom V. Kominterkongreß abgehaltenen Halleschen Reichsaus-schuß im August 1924 nicht mehr vorhanden. Der Versuch, in den sächsischen Bezirken und im Bezirk Halle-Merseburg eine rechte Fraktion aufzuziehen, wurde schnell erstickt und in allen Fällen, in denen die Partei in den folgenden Monaten in einzelnen Bezirken mit einer rechten Opposition zu kämpfen hatte, wie z. B. in Württemberg, war gerade die Jugend von Anfang geschlossen auf der Linie der Partei und unterstützte die Zentrale bei der Ueberwindung der Schwierigkeiten, die sich bei der Durchführung der politischen Linie ergaben, aktiv durch Stellung von Referenten usw. Ueberhaupt war festzustellen; daß schon in der nach dem Oktober 1923 einsetzenden Parteidebatte das Niveau der taktischen Auseinandersetzungen im Jugendverband ein durchaus gutes, zum Teil sogar ein höheres als bei der Partei war. Auch bei den Auseinandersetzungen über die Durchführung der vom V. Weltkongreß beschlossenen Gewerkschaftstaktik marschierte der Jugendverband in vorderster Linie. Die letzte taktische Debatte schließlich über die auf der Erweiterten Exekutivesitzung festgelegte Taktik in der Frage der monarchistischen Gefahr und des schwarzrotgoldenen Blockes fand wiederum den Jugendverband auf dem Posten, der bereits kurz vor dem letzten Zentralaus-schuß der Partei in einer Plenarzentralesitzung sich gegen nur zwei Stimmen klar und eindeutig für die Linie der Mehrheit der Parteizentrale aussprach und auf dem Zentralaus-schuß der Partei selbst aktiv in die Debatte eingriff. Die im Juni in Magdeburg abgehaltene Reichskonferenz des Verbandes entschied sich dann auch mit einer großen Mehrheit (37 gegen 8 Stimmen) für die Taktik des Zentralaus-schusses. Inzwischen haben auch die oppositionellen Bezirke auf ihren Bezirkskonferenzen bzw. Bezirks-ausschußsitzungen sich zum Teil sogar einstimmig für die Linie der Partei ausgesprochen.

II. Entwicklung des Verbandes zur Massenorganisation der arbeitenden Jugend.

Wenn man so auf dem Gebiete der Durchführung der politisch-taktischen Parteilinie im Jugendverband durchaus zufrieden sein kann, so gilt das nicht von der Frage der Entwicklung des Verbandes zu einer wirklichen Massenorganisation der arbeitenden Jugend. Die enge Verbindung mit der Massen der Arbeiter- und noch mehr der Bauernjugend ist dem Verband durchaus noch nicht genügend gelungen. Diese organisatorische Schwäche des Jugendverbandes, die vom Standpunkte des Nachwuchses, den die Partei so dringend braucht, eine auch für die Partei ungeheuer wichtige Frage ist, hat verschiedene Gründe. Der Hauptgrund liegt darin, daß unser Verband in der Illegalität jeden organisatorischen festen Zusammenhalt infolge des völligen Fehlens jeder illegalen Praxis verloren hatte, so daß ein auch nur einigermaßen sicherer Ueberblick über den tatsächlichen Stand der Organisation für die Zentrale erst sehr langsam durch persönliche Kontrolle aller Bezirke usw. gewonnen werden konnte. Auch die Kassierung hatte in der Illegalität vollkommen aufgehört und mußte (und muß zum Teil heute noch) erst langsam aufgebaut werden.

Der zweite Grund für die Schwäche der Organisation liegt in dem geringen Prozentsatz der Großbetriebsjugend in unserer Mitgliedschaft (etwa 20 Prozent), wodurch die enge Verbindung und damit auch der Zustrom [60] aus den eigentlich entscheidenden industriellen Zentren sehr erschwert wird. Es ist nur eine Folge dieser Tatsache, daß der Jugendverband noch in den Gewerkschaften nur einen verschwindenden Einfluß hatte und so in der wichtigen Frage der Vertretung der wirtschaftlichen Tagesinteressen der Jungarbeiterschaft, die wohl theoretisch klar erkannt wurde, praktisch nur sehr langsame Fortschritte machte. Wohl hat der Verband in der letzten Zeit in einigen Bezirken eine starke Zunahme durch intensive Werbetätigkeit zu verzeichnen. Aber es mangelt den Bezirken hier zum großen Teil noch die Fähigkeit, diese Zunahme zu einer dauernden Erscheinung zu machen, d. h. praktisch die neugewonnenen Mitglieder auch wirklich zu behalten und zu einem wertvollen Teile der Organisation heranzubilden.

III. Die Zellenarbeit und die wirtschaftlich-gewerkschaftliche Tätigkeit des Verbandes.

Um diesen Fehler der mangelnden Großbetriebsjugend im Verban-de zu korrigieren, hat sich der Jugendverband im letzten Jahr mit großer Energie auf die Frage der Reorganisation des Verbandes auf Grundlage der Betriebszellen konzentriert und die Erfahrungen, die auf diesem

Gebiete gemacht wurden, haben auch für die Partei ihre große Bedeutung. Der Verband hatte in dieser Arbeit keinerlei Erfahrung, infolge des Fehlens der engen Verbindung mit den Großbetrieben bestand auch über die eigentliche Lage der jungen Arbeiter in der Großindustrie keine genügende Klarheit. Gerade hier aber hätte eine gute Zellentätigkeit einsetzen müssen. Statt dessen haben verschiedene Bezirke das Wesentliche der Reorganisation mehr in einer technisch anderen Form der Registrierung der Mitgliedschaft als in dem völligen Wandel im Gesamtcharakter unserer Arbeit, wie er bei einer wirklichen Zellenorganisation eintreten muß, gesehen. Die Mitglieder wurden vielfach rein mechanisch auf die großen Betriebe aufgeteilt, um sie in Ermangelung von im Betrieb arbeitenden Genossen „von außen zu bearbeiten“. So entstanden z. T. Zellen von beispielsweise 20 Mitgliedern, von denen 2 Mitglieder im Betrieb selbst arbeiteten und 18 sogenannte „zugeteilte“ waren. Viele Bezirke betrachteten mit dieser Zuteilung die Reorganisation als beendet. Die entscheidende Frage des lebendigen Inhalts der Zellenarbeit wurde nicht befriedigend gelöst. Auch der Versuch, die Zellen durch Herausgabe regelmäßiger Zellenzeitungen zu beleben, scheiterte meistens. Hinzu kam, daß unsere Genossen in den Betrieben zu unvorsichtig, zu wenig illegal arbeiteten, so daß die wenigen, im Betrieb stehenden Genossen oft auf die Straße flogen und die Zellen so zusammenbrachen.

Alles das waren Fehler, die bei der Unerfahrenheit in dieser Arbeit unvermeidlich waren. Es war durchaus richtig, daß der Verband terminmäßig und mit aller Energie auf die Frage der Reorganisation eingestellt wurde. Manche Uebertreibungen und Fehler, die wir heute klar erkennen, werden korrigiert werden müssen. Das sofortige Auflösen der Wohnorganisation, bevor noch wirklich lebensfähige Zellen bestanden, die mangelnde Beschäftigung der „zugeteilten“ Mitglieder nach Schluß der Zellenversammlungen, die Vernachlässigung der nur wohnbezirksweise zu leistenden Arbeit der Hausagitation usw. gehören in dieses Kapitel und werden jetzt ausgeglichen, z. B. durch die Zusammenfassung der Mitglieder in ihren Wohnbezirken zur Erledigung bestimmter Arbeiten usw.

Eine Hauptlehre aus der einjährigen Erfahrung auf diesem Gebiet ist weiter die, daß wir ohne feste gewerkschaftliche Positionen in den Betrieben nicht zu einer guten Zellentätigkeit kommen werden. Die Propaganda für die Schaffung gewerkschaftlicher Jugendvertrauensleute in allen Betrieben, die der Verband jetzt begonnen hat, wird es uns erleichtern, die wirtschaftliche Interessenvertretung der arbeitenden Jugend in die Tat umzusetzen. Ueberhaupt bekommt die wirtschaftlich-gewerkschaftliche Tätigkeit des Verbandes erst in der letzten Zeit mehr System. Die in Vorbereitung befindlichen Industriekampagnen in den fünf wichtigsten Industrien und das [61] bereits veröffentlichte reiche Material zur Frage des Jugendschuhes werden dabei gute Dienste leisten und unseren Fraktionen einen lebendigen Inhalt ihrer Arbeit geben.

IV. Die leninistische Schulungsarbeit des Verbandes.

Auf diesem Gebiet ist in der Frage der Durchschulung der Funktionäre schon ein gut Teil Arbeit geleistet worden, die in der Abhaltung einer für den Herbst geplanten zentralen Schule für die Dauer von vier Wochen ihren Abschluß finden wird. Woran es noch fehlt, ist die breite Mitgliederschulung, wie allgemein die praktische Durchführung vor politischen Information in den Zellen und Ortsgruppen. Die zum 15. Juli geplante achttägige Herausgabe der „Jungen Garde“ wird hier das Herankommen an die breiten Mitgliedermassen mit den aktuellen Fragen der Tagespolitik in ihrer Beziehung zum Jugendverband wesentlich erleichtern.

V. Die Arbeit unter den gegnerischen Jugendorganisationen.

Hier ist das Gebiet, auf dem die Durchführung der vom letzten ZA der Partei beschlossenen Taktik den direktesten Einfluß auf die Arbeit des Jugendverbandes ausübt und wo sich am ersten zeigen muß, ob die Bezirke des Jugendverbandes im einzelnen in den konkreten Verhältnissen ihres mit eigener Initiative verstehen werden, die Taktik der Einheitsfront konkret und ohne Abweichung nach der einen oder anderen Seite durchzuführen. Hier gerade ist es notwendig, daß sich der Hauptstoß des Kampfes gegen diejenigen Jugendorganisationen richtet, die in dem betreffenden Bezirk den stärksten Einfluß unter den jungen Arbeitern hat (was keinesfalls überall die die sozialistische Arbeiterjugend ist!) Die Gährung und fortschreitende Zersetzung in der SAJ, im Reichsbanner und bei den Jungsozialisten eröffnet große Möglichkeiten für die künftige Arbeit des Jugendverbandes.

VI. Perspektiven der nächsten Entwicklung des Jugendverbandes und Ausgaben der Partei in seiner Unterstützung.

Welches sind die Aussichten für die nächste Entwicklung des Jugendverbandes? Man kann ohne Uebertreibung sagen: Es sind alle objektiven Voraussetzungen gegeben, die in der nächsten Zeit für einen Aufschwung der Jugendorganisation in allen Bezirken notwendig sind. Die letzte Reichskonferenz des Verbandes im Juni d. J. in Magdeburg hat für alle Gebiete der Arbeit genaue und richtige Direktiven gegeben. Das ZK hat heute einen ziemlich guten Ueberblick über den Stand der Organisation in allen Bezirken und hat ohne irgendwelche Illusionen eine nüchterne, scharfe Kritik der Verbandsarbeiten vorgenommen. Subjektiv ist auch heute noch eine sehr starke Passivität im Verband vorhanden, die erst langsam zu weichen beginnt. Die für den ganzen Monat Juli angesetzte Werbe- und Organisationskampagne wird da zweifellos viel zur Zusammenfassung der Organisation und zu ihrer inneren Festigung beitragen.

Es hängt gerade im gegenwärtigen Moment viel davon ab, inwieweit die Partei die Notwendigkeit der Unterstützung der Jugendarbeit erkennt. Die Partei, die verhältnismäßig stärkere Positionen in den Betrieben und Gewerkschaften hat als die Jugend, kann und muß durch ihre Fraktionen die Gründung von Jugendfraktionen in den Gewerkschaften, durch ihre Zelle die Gründung von Jugendzellen in den Betrieben überall dort erreichen, wo solche nicht bestehen. Das Beispiel einer Werbekampagne im Bezirk Niederrhein, die mit der aktiven Unterstützung der Partei durchgeführt wurde und gute Erfolge zeitigte, beweist, welche Möglichkeiten hier bestehen

Möge die Einberufung der Jugendkonferenz zum Parteitag den Auftakt für eine engere und bessere Zusammenarbeit zwischen Jugend und Partei bilden. Dann wird auch die Partei in naher Zukunft im Jugendverband diejenige Stütze und diejenige Reserve finden, die sie mit Recht im Jugendverband erwartet. [62]

*

Probleme der inneren Parteiarbeit.

Zur Organisationsfrage.

Einige noch ungelöste organisatorische Fragen.

Von W. Scholem.

1. Organisatorische Fragen sind keine prinzipiellen Fragen!

Die Kommunistische Partei ruht auf einem Fundament, dessen politische Wesensart klar umschrieben werden kann. Die Grundsätze der Kommunistischen Internationale, über die Fragen Staat und Revolution, Imperialismus, Verhältnis zum Reformismus und über die Rolle der Partei, sind das unzerstörbare Gut aller Sektionen der Kommunistischen Weltpartei. Starkes Festhalten an diesen Grundsätzen ist geboten. Die Auffassungen über die Rolle der Partei schließen in sich gewisse Folgerungen auch auf organisatorischem Gebiete, die, sehr im großen gesehen, ebenfalls für eine ganze Generation maßgebend sind: erstens, die selbständige Organisation der Kommunistischen Partei, und zweitens, den zentralistischen Aufbau innerhalb der Kommunistischen Partei.

Gibt es noch andere „prinzipielle“ organisatorische Fragen innerhalb der Kommunistischen Partei? Keineswegs! Alle Organisationsfragen in diesem Rahmen sind reine Zweckmäßighkeitsfragen und die Partei muß sich gewöhnen, die als solche aufzufassen und zu diskutieren. Es wäre auch gut, wenn diese Wahrheit, welche eine Binsenwahrheit ist, etwas mehr betont würde, denn es scheint Leute zu geben, welche in organisatorischen Dingen „prinzipieller“ zu sein pflegen als in politischen.

Die Kommunistische Internationale hat 52 Parteien. Ebenso verschieden wie die politische Taktik, ebenso verschieden muß auch je nach der Situation die Behandlung der organisatorischen Fragen sein. Der Versuch, alles über einen Kamm zu scheren, ist zwar nicht leninistisch, würde aber dafür von fortschreitender Arterienverkalkung zeugen.

Trotzdem wird es unentwegt „Organisatoren“ geben, welche über Ketzerei zetern werden, wenn einmal unverblümt über gewisse Fragen gesprochen wird, welche die Parteiorganisation der KPD

lösen wollte, welche sie aber keineswegs gelöst hat und welche sich allmählich zu wirkliche „Fragen“ auswachsen.

2. Die Wohnarbeitsgruppe ist die Voraussetzung für die Lösung der Betriebszellenfrage.

Die Ueberschrift zeigt bereits, um welche Fragen es sich handelt. Auf dem Gebiete der Betriebszellen-Reorganisation hat die KPD einen toten Punkt erreicht. Es geht, nicht mehr so weiter, wie es in den letzten Monaten ging, und deshalb muß einmal klar ausgesprochen werden, warum die ganze Reorganisation stecken bleibt und welches die Wege sind, auf denen wir weiter kommen.

Das Ziel der Betriebszellen-Reorganisierung, welches der V. Weltkongreß gezeigt hat, ist unverrückbar. Die Verankerung der Partei in den Stätten der Produktion ist eine Lebensfrage gerade für die KPD. Schon diese Zielsetzung allein vermochte den Blick der Parteimitgliedschaft in erhöhtem Grade auf die wichtigste Parteiarbeit, die Arbeit in den Betrieben, zu richten.

Aber wir sind seit Oktober vorigen Jahres dem keinen Schritt mehr näher gekommen, im Gegenteil, wir haben Terrain verloren.

Die gegenwärtige Lage kann folgendermaßen beschrieben werden: Die KPD besitzt etwa 3000 Betriebszellen, von denen höchstens die Hälfte so funktioniert, daß man sagen kann, diese Zelle fühlt sich wirklich als ein tätiger und verantwortlicher Parteikörper. In allen Bezirken der KPD [63] ohne Ausnahme beträgt die Zahl der in Betriebszellen erfaßten Mitglieder nur einen geringen Bruchteil der gesamten, nach abgerechneten Beiträgen festgestellten Mitgliederzahl. Von einer wirklichen Reorganisation kann gar keine Rede sein. Die Betriebszellengruppe als Uebergangsform, in welcher Straßenzellen und Betriebszellen zusammengefaßt sind, existiert an verschiedenen Stellen im Reiche, da aber seit Oktober vorigen Jahres über den weiteren Weg Unklarheit herrscht, ist sogar in dieser Uebergangsform der Einfluß der Betriebszellen wieder zurückgegangen. Zusammenfassend kann gesagt werden, daß die alte Wohnorganisation in der KPD unangestastet noch immer das Fundament der Parteiorganisation ist, während die Betriebszellen, ähnlich wie die Gewerkschaftsfractionen, ein mehr oder weniger gut funktionierendes Anhängsel der Wohnorganisation sind.

Dieser Zustand ist außerordentlich bedauerlich. Gerade, weil innerhalb unserer Partei Klarheit darüber herrscht, daß das Schwergewicht in die Betriebe zu verlegen sei, muß mit großer Unzufriedenheit festgestellt werden, daß wir nicht weiterkommen.

Woran liegt das? Natürlich kann man nun noch einmal und zum tausendstenmal alle jene Momente aufzählen, welche sich der Durchführung der Reorganisation hemmend entgegenstellten, z. B. die alte sozialdemokratische Tradition, den Unternehmerterror, die zahlenmäßige Schwäche dieser Betriebszellen, usw. Aber das genügt nicht mehr! Unsere Funktionäre haben sich tatsächlich Mühe gegeben, und die wirtschaftlichen Zustände seit einem Jahr waren sogar dem Ausbau der Betriebszellenorganisation günstiger als man hätte vorher denken können.

Die wirkliche Ursache für das Stoppen des Reorganisationsprozesses seit mehreren Monaten ist in der Tatsache zu suchen, daß über den nächsten Schritt nach wie vor völlige Unklarheit herrscht. Wir haben die Mitglieder doppelt registriert. Wir haben Betriebszellengruppen aus Straßen- und Betriebszellen ausgebaut und nun steht die Frage vor uns: Sollen wir jetzt die Wohnorganisation auflösen, sollen wir sozusagen mit einem kühnen Kopfsprung vom sicheren Stande der bisherigen Organisation in etwas Neues hineinspringen?

Die Berliner Jugendorganisation hat im Herbst vorigen Jahres den Spaß geleistet. Radikal, unentwegt und prinzipiell löste die Wohnorganisation auf. Die Folgen waren abschreckend. Eine Umorganisation, welche der Parteiorganisation Mitglieder kostet, statt ihr Wachstum zu fördern, taugt offenbar nichts.

Sollen wir also die Wohnorganisation beibehalten? Das heißt aber, den bisherigen Zustand ohne jede Aenderung ausrecht erhalten und d. h. die unbedingt notwendige Verankerung in den Betrieben wirklich vernachlässigen.

Wir werden aus diesem Dilemma niemals herauskommen, wenn wir nicht endlich klar und deutlich erkennen, daß die „Auslösung der Wohnorganisation“, d. h. der Aufbau einer Parteiorganisation, in welcher die Betriebszelle zum Parteitag wählt, kassiert, die internen Parteifragen debattiert usw., nur dann möglich wird, wenn die Wohnarbeitsgruppe neben der beschließenden Betriebszelle als ausführende Körperschaft bestehen bleibt. Solange unsere tätigen Funktionäre nicht die Sicherheit bekommen, daß alle Genossen, die im bisherigen Wohnbezirk organisiert waren, zum Zwecke der Arbeit auch weiterhin in einem gewissen Zusammenschluß bleiben, solange können wir die schönsten Resolutionen, Beschlüsse und Parteibefehle auf tausend Konferenzen über die Notwendigkeit der Reorganisation fassen, ohne daß diese Beschlüsse irgendwelchen praktischen Wert haben.

Ist denn wirklich die Frage der Wohnarbeitsgruppe eine prinzipielle Frage? Es gibt Genossen, welche glauben, daß hier hintenherum die alte Wohnorganisation aus irgendwelchen geheimnisvollen Gründen wieder eingeschmuggelt werden soll. Die Prin-[64]zipienfestigkeit dieser Genossen gegenüber der Wohnarbeitsgruppe bedeutet faktisch die vollkommene und ungeänderte Aufrechterhaltung der bisherigen Wohnorganisation, wie es das Beispiel der KPD in den letzten drei Viertel Jahren wohl zur Genüge bewiesen hat.

Der mir zur Verfügung stehende Raum reicht leider nicht aus, um hier noch einmal im einzelnen über die Bildung der Wohnarbeitsgruppen und die Art ihrer Arbeit zu schreiben. Es genügt darauf hinzuweisen, daß alle Genossen der früheren Wohnorganisation auf dem neuen Gebiet der Betriebszellen-Gruppe, gleichviel, wo sie arbeiten, abends zur Erledigung der Arbeit im Wohnviertel (Wählerarbeit, Fraktionsarbeit in den verschiedenen Organisationen, Vorbereitung von öffentlichen Versammlungen und Organisationen, Hausagitation, Zeitungsvertrieb usw.) herangezogen werden müssen. Diese Arbeitsgruppen sollen keinerlei parteipolitisches Beschließungsrecht bekommen, sie unterstehen der Betriebszellengruppenleitung. Aber nur durch diese Organisation ist es möglich, die Reorganisation des Parteiapparates durchzuführen, ohne daß Genossen verloren gehen und ohne daß Ortsgruppen gar aufgelöst werden (siehe Berliner Jugendexperiment!).

3. Delegiertenversammlung oder Funktionärversammlung?

Mit der Frage der Reorganisation hängt eng die Frage zusammen, welche Rolle künftig der Funktionärkörper innerhalb der Parteiorganisation spielen soll. Es sind Bestrebungen im Gange, welche darauf hinzielen, die Einrichtung des Funktionärkörpers überhaupt zu beseitigen und dafür ein System von Delegierten zu schaffen, die regelmäßig zusammentreten und über diejenigen Fragen beraten, welche bisher in Funktionärversammlungen besprochen wurden.

Nun ist festzustellen, daß die Funktionärversammlung in unserer Partei gar keine beschließende Körperschaft ist, sondern eine Körperschaft, welche als Versammlung aller tätigen Parteiarbeiter über die Durchführung der Parteiaktionen berät und welche in Fragen, wie Leitungswahlen, politische Entscheidungen usw. nur Vorarbeit leisten kann. Die endgültigen Entscheidungen fallen immer in Mitgliederversammlungen und Parteikonferenzen, zu denen natürlich delegiert wird (Unterbezirkskonferenzen, Bezirksparteitage, Reichsparteitag). Es ist nicht recht einzusehen, warum die Funktionärversammlung beseitigt werden soll. In der Praxis wird das so aussehen, daß dann nicht mehr alle tätigen Parteiarbeiter zusammenberufen werden, sondern nur ein Teil von ihnen, der zu einer Delegiertenversammlung gewählt wird. Die Erinnerungen, welche wir aus der Vorkriegszeit in bezug auf die Delegiertenversammlungen in den großen Ortsgruppen der Sozialdemokratie haben, sind wenig ermutigend. Damals waren diese Delegiertenversammlungen Körperschaften, welche den Willen der Mitgliedschaft zur Mitarbeit innerhalb der Partei ersticken.

Natürlich ist nichts dagegen einzuwenden, wenn große Ortsgruppen solche Mitgliederversammlungen, in welchen wichtige organisatorische und politische Entscheidungen gefällt werden, durch Delegierten-Generalversammlungen ersetzen, sobald klar ist, daß die Zahl der Mitgliedschaft zu groß ist, als daß in Ruhe über die wichtigen Entscheidungen debattiert werden könnte. Wie aber überall der feste Vertrauensmännerkörper der Partei durch ein Delegierten-System ersetzt werden soll und wie dadurch die Reorganisation der Partei gefördert werden sollte, das ist völlig unverständlich.

Der Parteitag sollte in diesen Fragen endlich ein klares Wort sprechen. Erst dann wird es auch möglich sein, eine weitere Frage zu lösen, die geradezu zu einem Skandal geworden ist, nämlich

4. die Frage des Parteistatuts.

Wer sich eine vergnügte Stunde machen will, dem empfehle ich die Lektüre unseres Parteistatuts. Man kann sich kein veraltetes Ungetüm von Statut vorstellen! Es paßt in ein Altertummuseum, aber nicht in das Mitgliedsbuch von Arbeitern, welche wir neu für die Kommunistische Partei gewinnen.

[65] „Sehr einfach,“ werden viele sagen, „warum ändert ihr nicht das Statut?“ Die Exekutive der Komintern hat sogar ein Musterstatut herausgegeben. Warum wird nicht einfach auf Grund dieses Musterstatuts ein neues Statut für die KPD beschlossen? Die Antwort darauf ist leicht zu geben:

Der im vorigen Kapitel beschriebene Zustand macht es uns direkt unmöglich, jetzt ein neues Statut zu beschließen. Denn es ist klar, daß der jetzige Zustand innerhalb der Organisation auf die Dauer nicht aufrecht erhalten bleibt. Aber noch sehen die Funktionäre nicht, welcher neue Weg endgültig beschritten wird. Würden wir nun einfach das Musterstatut der Exekutive abschreiben, so hätten wir zwar ein schönes Statut, aber diesem Statut würde es so ergehen, wie jenem Löwen, der zwar schön und majestätisch, aber leider tot war. Ein Statut, das in seiner Weise den wirklichen Zuständen in unserer Partei entspricht, wäre nicht nützlich. Das Statut ist die Verfassung, der Partei. Das Statut muß von der Mitgliedschaft geachtet werden. Es kann aber nur geachtet werden, wenn es dem Zustand der Entwicklung angepaßt ist, den unsere Partei zumindest in der allernächsten Zeit erreichen wird.

Allein die Lösung der Reorganisationsfrage ist daher auch die Lösung der Frage des Statuts.

5. Zentralisation in der Führung – Dezentralisation in der Durchführung.

Alle Organisation bedeutet Durchführung der politischen Aufgaben der Partei. Die zentralistische Partei ist wirklich, wie wir gesehen haben, eine prinzipielle Frage, die mit der Leninschen Lehre über die Rolle der Partei zusammenhängt.

Aber es kann einem übel werden, wenn man sieht, wie manche Leute den Leninismus auf diesem Gebiete der Zentralisierung auffassen. Diese Leute scheinen zu glauben, daß die preußische Armee vor dem Kriege ungefähr das verkörperte Ideal einer leninistischen Partei sei. „Mut in allen Dienstobliegenheiten“, „Die Fahne ist das heiligste, was der Soldat hat“ und im übrigen hat der Soldat zu gehorchen! Hier muß gesagt werden: Eine wirklich mit der Mitgliedschaft verbundene Leitung regiert nicht mit den Paragraphen des Statuts und mit der ewigen Drohung der Parteidisziplin. Eine Führung, die sich andauernd mit Drohungen hält, ist eine innerlich schwache Führung, eine Führung ohne politische und persönliche Autorität, eine unleninistische Führung. In unserer Partei wird viel zu viel über einen Kamm geschoren. Wir vergessen, daß in Ostpreußen andere Verhältnisse herrschen als im Ruhrgebiet. Wir vergessen, daß die Gewerkschaftsarbeit nach anderen Gesichtspunkten durchgeführt werden muß als die Betriebszellenarbeit. Wir glauben, Zentralismus sei Gleichartigkeit der Anweisungen.

Auf diesem Gebiet ist es seit dem Frankfurter Parteitag zweifellos schon viel besser geworden. Immerhin hat sich bereits der Gedanke Bahn gebrochen, daß das Zentralkomitee der Partei nicht durch verschiedene Ressorts in stumpfsinniger Gleichförmigkeit „Apparate“ aufzieht, sondern daß das Zentralkomitee ohne Ressortarbeit im üblen Sinne alle Gebiete der Partei übersehen und führen muß. Die nächste Stufe der Entwicklung muß aber die Dezentralisierung der Durchführung, unserer politischen Aufgaben je nach den verschiedenen Verhältnissen sein. Bedeutet das Demokratisierung der Partei? Es gibt Leute, welche in Ohnmacht fallen, wenn sie das Wort Parteidemokratie hören und es gibt ferner Leute, welche von der Parteidemokratie reden, um die Partei ein bißchen nach rechts zu rücken. Das kann uns aber nicht verhindern, klar zu sagen, daß dezentralisierte Durchführung der Parteanweisungen auch eine Stärkung des notwendigen Selbstbestimmungsrechtes der Mitgliedschaft mit sich führt. Eine politisch starke

Führung kann es durchaus vertragen und muß es geradezu fördern, wenn überall selbständig denkende und bei der [66] Mitgliedschaft verankerte Ortsgruppen- und Bezirksführungen entstehen. Die Brandler-Zentrale verstand den Zentralismus so, daß sie selbständig denkende Bezirksleitungen für eine Gefahr hielt. Damals war es geradezu ein Prinzip, daß man von Zeit zu Zeit Sekretäre und Redakteure verschob, damit nicht etwa jemand sich allzu fest einwurzelte.

Nachdem wir mit dem Brandler-System politisch gebrochen haben, sollten wie mehr Vertrauen zur Mitgliedschaft der Partei haben und sollten auch bei der Auswahl der Führung innerhalb der Bezirke dem gesunden Instinkt unserer Mitgliedschaft trauen, welche in den letzten zehn Jahren immerhin einiges gelernt hat. Ich meine damit, daß, abgesehen von politisch notwendigen Fällen, den Parteibezirken wieder mehr als bisher angewöhnt werden sollte, daß ihnen nicht die Parteizentrale die Führung stellt, sondern daß sie sie selbst zu wählen und selbst zu verantworten haben. Die Erziehung von Berufsrevolutionären kann, wie auch die Thesen der Erweiterten Exekutive zur Frage der Bolschewisierung andeuten, nicht mit der Herausbildung einer neuen Bonzokratie identisch sein. In unserer Partei entwickelt sich die Anschauung, als ob der Parteiangestellte etwas anders sei als der ehrenamtlich tätige Funktionär. Diese Anschauung erinnert an die Entwicklung innerhalb der SPD vor dem Kriege. Die Trennung der führenden Funktionäre und Angestellte und nicht Angestellte muß unbedingt vermieden werden. Manche Anzeichen deuten darauf hin, daß das in der Partei nicht verstanden wird.

6. „Heraus mit der Sprache!“

Auf dem Parteitag muß die Organisationsfrage offen und ungeschminkt besprochen werden. Die Probleme, welche in diesem Artikel nur aufgerollt wurden, müssen auf dem Parteitag eine gründliche Beleuchtung finden. In der Mitgliedschaft ist viel Unzufriedenheit über manche Dinge innerhalb der Parteiorganisation. Heraus mit der Sprache! Offene Kritik auf dem Parteitag! Die Partei muß es lernen, Fragen, wie die der Reorganisation, des Statuts und der Zentralisierung zu debattieren, ohne daß der Kritiker von vornherein als Ketzler verbannt wird.

*

„Heraus mit der Sprache!“

Von Ernst Schneller.

Vorbemerkung: Genosse Scholem hat seinen Artikel nachträglich nach Rücksprache mit mir in zwei Punkten verändert: 1. hat er einen neuen Absatz über die Funktionärversammlung eingefügt und zweitens hat er den Schlußpassus des 5. Abschnittes erweitert, um ihn gegenüber meinen angeblich falschen „Vermutungen“ zu „erläutern“. Am Wesen der Darlegungen wird dadurch nichts geändert, ich verzichte darum darauf, auf diese Aenderungen noch einzugehen. E. Sch.

Genosse Scholem behandelt „einige noch ungelöste organisatorische Fragen“, daß man nach der Fragestellung annehmen sollte, er wollte Wege zu ihrer Lösung weisen. Das tut er nicht – oder vielmehr, er tut nur so! Daß er keine Lösungen weiß, daraus würde ihm kein Vorwurf zu machen sein. Es wäre durchaus denkbar, daß zunächst nur die Fragen gestellt und die zu ihrer Lösung notwendigen Voraussetzungen vielseitig behandelt und daraus die verschiedenen Möglichkeiten einer Lösung abgeleitet würden. Aber gerade das vermeidet Genosse Scholem und er gibt andererseits auf seine Fragen keine Antwort, die ernsthaft als Antwort gelten könnten.

Zunächst: Welche Fragen sind nach Scholems Meinung ungelöst? Er sagt: einige! In Wirklichkeit nennt er nur eine: Die Reorganisation auf Grundlage der Betriebszellen! Die Frage des Parteistatuts führt er ja lediglich auf diese Frage zurück, und was er sonst für ungelöst hält, ist [67] ja längst gelöst; nämlich das Problem der Zentralisation und der Dezentralisation. Allerdings sieht die Lösung, die Lenin im Jahre 1902 („Brief an einen Genossen über unsere organisatorischen Aufgaben“ s. Lenin Ueber Organisationsfragen Seite 54) gegeben hat, ein klein wenig anders aus, als sie der leninistische Organisator Genosse Scholem im Jahre 1925 findet. Ich bin – ohne Scholems Lösung zu kennen – auf diese Frage bereits an anderer Stelle eingegangen. Hier sei nur der Ansicht Scholems die Lehre Lenins, die für heute noch volle Gültigkeit hat – gegenübergestellt:

Scholem sagt: Dezentralisierte Durchführung der Parteianweisungen führt mit sich auch eine Stärkung des notwendigen Selbstbestimmungsrechts der Mitgliedschaft! Worüber soll sie nun selbst

bestimmen? Etwa über die besonderen Maßnahmen, die infolge der besonderen örtlichen, bezirklichen, wirtschaftlichen, sozialen Verhältnisse notwendig sind, oder über die zweckmäßige Einteilung der Kräfte über die besondere Berücksichtigung dieser oder jener aktuellen Tatsache oder Lösung? Keineswegs! Ausgerechnet nicht darüber – sondern über die Führung der Führer, die der gesunde Instinkt der Mitgliedschaft auswählen soll. Diese Neuauflage der Spontanitätstheorie sollte im Jahre 1925 wirklich nicht möglich sein! Die Parteimitgliedschaft soll ihre Führer erproben, soll gründlich prüfen, soll neue Führer züchten, vor allem aber soll sie an der Durchführung der Parteiarbeit voll und aktiv teilnehmen; und dabei von oben und unten kontrolliert durch wirklich dezentralisierte Zusammenarbeit soll sich die Partei einen Führerkader schaffen – aber nicht durch Scholems „gesunden Instinkt“. Diese Dezentralisation Scholems, nämlich die Ausschaltung der Zentrale von der Bestimmung über die untere Führung, heißt Untergrabung der Zentralisation der Führung – und ist alles andere als leninistische Dezentralisation bei der Durchführung der politischen Arbeit.

Genosse Scholem, der berufene Hüter gegen die Bonzokratie – soll herausrücken mit der Sprache! Was will er? Gegen wen kämpft er? Für wen kämpft er? Wo sind die „Anzeichen“, „die darauf hindeuten“, daß „das“ (nämlich Dezentralisation) nicht verstanden wird? Jeder Genosse mag prüfen – ob nicht Genosse Scholem derjenige ist, der nichts verstanden hat von der „Dezentralisation der Durchführung unserer politischen Aufgaben“, die er als nächste Stufe der Entwicklung gekennzeichnet wissen will.

Lenin (in dem bereits angeführten Briefe S, 58) sagt klar das Gegenteil von dem, was Scholem zu dieser nach seiner Meinung ungelösten Frage ausführt:

„Wenn in bezug auf die ideelle und praktische Führung der Bewegung und des revolutionären Kampfes des Proletariats möglichst große Zentralisation nötig ist, so ist in bezug auf das Unterrichtetsein der Parteizentrale (und infolgedessen der Gesamtpartei überhaupt) über die Bewegung, in bezug auf die Verantwortlichkeit vor der Partei größtmögliche Dezentralisation notwendig. Geleitet werden muß die Bewegung von einer möglichst geringen Zahl möglichst gleichartiger Gruppen wohlverfahrener Berufsrevolutionäre. An der Bewegung teilnehmen muß eine möglichst große Zahl möglichst mannigfaltiger und verschiedenartiger Gruppen, aus den verschiedensten Schichten des Proletariats (und anderer Volksklassen). Und in bezug auf jede solche Gruppe muß die Parteizentrale stets nicht nur genaue Angaben über ihre Tätigkeit, sondern auch möglichst volle Angaben über ihren Bestand vor sich haben. Wir müssen die Leitung der Bewegung zentralisieren. Wir müssen ebenso (und deswegen, denn ohne Informiertheit ist keine Zentralisation möglich) die Verantwortung vor der Partei dezentralisieren, die jedes einzelne Parteimitglied, jeder Teilnehmer an der Arbeit, jeder zum Bestand der Partei gehörende oder ihr angegliederte Zirkel trägt. Diese Dezentralisation ist notwendige Bedingung für die revolutionäre Zentralisation und notwendiges Korrektiv für sie. Gerade wenn die Zentralisation restlos durchgeführt sein wird und [68] wir ein ZO und ZK^{*)} haben werden, wird die Möglichkeit für jede kleinste Gruppe, sich an sie wenden zu können – und nicht nur die Möglichkeit, sondern die durch langjährige Praxis ausgearbeitete Regelmäßigkeit der Verbindung mit dem ZO und dem ZK – dazu führen, daß die Möglichkeit trauriger Ergebnisse eines Fehlschlages in der Zusammensetzung des einen oder anderen Ortskomitees beseitigt wird. Jetzt, wo wir dicht an die tatsächliche Vereinigung der Partei und die Schaffung einer wirklichen, leitenden Zentrale herantreten, müssen wir es besonders gut behalten, daß diese Zentrale machtlos sein wird, wenn wir nicht gleichzeitig die größtmögliche Dezentralisation durchführen, sowohl in der Verantwortung vor ihr als auch in ihrer Unterrichtung von allen Rädern und Rädchen der Parteimaschine. Eine solche Dezentralisation ist nichts anderes als die Kehrseite der Arbeitsteilung, die, wie allgemein zugegeben wird, eine der dringendsten praktischen Bedürfnisse unserer Bewegung ausmacht.“

Also gerade Dezentralisation, damit u. a. die Zusammensetzung der Ortskomitees usw. korrigiert werden kann – mit Hilfe, der „Bonzokratie“. Immerhin, der Organisator Genosse Scholem kennt doch die Literatur der Partei oder sollte er sie nicht kennen – warum übernimmt er mit der Bezeichnung

^{*)} ZO = Zentralorgan, ZK = Zentralkomitee, Zentrale.

Lenins Dezentralisation bei der Durchführung der Arbeit nicht zugleich die Begriffsbestimmung Lenins?! Heraus mit der Sprache!

Wir meinen: Auch der sehr geschätzte Organisator Genosse Scholem sollte sich bei dem großen Mißtrauen der Arbeiter hüten – unter dem Deckmantel: Dezentralisation der Durchführung der Arbeit den Kampf gegen angebliche Bonzokratie als leninistisch anzupreisen. Neben anderen muß auch dieser Katze die Schelle umgehängt werden. Natürlich soll und muß gegen Bürokratismus, Schematismus und Bonzentum durch richtige Organisierung der Arbeit vorgegangen werden. Der Parteitag wird die richtige Dezentralisation bei der Durchführung der Arbeit finden, er wird aber auch herauskommen mit der Sprache für die richtige Zentralisation in der Führung.

Der Kampf des Genossen Scholem für das Selbstbestimmungsrecht der Mitglieder ist besonders interessant – wenn man ihn in Zusammenhang setzt mit der Lösung Scholems in der anderen ungelösten Frage: der der Reorganisation auf Grundlage der Betriebszellen. Hier sieht der Organisator Genosse Scholem nicht oder will nicht sehen, wie wenig er Rücksicht nimmt auf das Selbstbestimmungsrecht der Mitgliedschaft! Er sagt: Die Wohnorganisation bleibt erhalten, das ist die Voraussetzung für die Umstellung auf Betriebszellen! Ueber das Problem der Umstellung selbst sei später gesprochen. Zunächst zur Selbstbestimmung. Als neuer fanatischer Anhänger dieses schönen Rechtes hätte Genosse Scholem doch ein nicht unbeachtliches Argument für die Stagnation in der Betriebszellenbewegung finden müssen; die Betriebszellen haben jetzt so gut wie nichts zu sagen, sie sind fast nur Durchführungsorgane! Also heraus mit der Sprache: Gebt den Betriebszellen das Beschlußrecht, von den Delegierten der Betriebszellen soll über die Zweckmäßigkeit und Durchführung der Partearbeit beschlossen werden. Die Betriebszellen sollen die Arbeit machen, müssen sie also das Beschlußrecht haben!

Auf diesen Gedanken kommt Genosse Scholem merkwürdigerweise nicht. Er kommt überhaupt auf keinen Gedanken der Belebung der Betriebszellenumstellung: denn sein Vorschlag der Beibehaltung der Wohnorganisation dient doch wahrlich nicht der Förderung – der Betriebszellen, sondern nimmt die Stagnation als Fatum hin und als Argument zur Förderung der Wohnorganisation.

Nun, Genosse Scholem wird vielleicht behaupten: er habe das anders gemeint, er sei natürlich für das Beschlußrecht der Betriebszellen! In [69] Worten sagt er das auch tatsächlich – aber, darin liegt der Fehler, er gibt seinen Weg an, wie die Betriebszellen wirklich das Beschlußrecht bekommen, wie sie wirklich die untersten Organe und Träger der Partei werden – ihm liegt an der Beibehaltung der Wohnorganisation und darüber vergißt er seine eigene Frage.

Mit dieser negativen Methode: das Alte nicht schädigen! werden ungelöste Fragen allerdings nicht gelöst.

Es soll auf dem Parteitag klar herausgesagt werden, daß wir über die Stagnation hinauskommen müssen! Ohne Rücksicht auf das Alarmgeschrei leninistischer erfahrener Organisatoren der Dezentralisation gilt es, die Rechte der Betriebszellen zu erweitern. Damit alle Arbeiten der Partei von der Betriebszelle durchgeführt werden, ist notwendig, daß sie in der Betriebszelle durchdiskutiert und beschlossen werden und daß die Betriebszellen in der Ortsgruppe, im Unterbezirk, im Bezirk entscheidend mitwirken können. An Stelle der Funktionärversammlung hat die Delegiertenkonferenz der gewählten Vertreter der Betriebszellen und der Straßenzellen zu treten. Die Ortsleitungen, die Unterbezirks- und Bezirksleitungen müssen in ihrer Mehrheit aus Vertretern der Betriebszellen zusammengesetzt werden. Wir müssen näher an die Massen herankommen, die Genossen in den Betrieben müssen unmittelbar an der Leitung beteiligt werden – sie wissen über die Stimmung, über die Möglichkeiten der Aktionen am ehesten Bescheid, mit ihnen müssen die zu leistenden Arbeiten durchberaten werden, sie müssen die Arbeit selbst organisieren lernen! Natürlich muß sich die Partei vor Experimenten à la Jugend Berlin hüten – aber sie muß endlich einen Schritt weiter gehen. Soll damit radikal die Wohnorganisation in der Form aufgelöst werden? Absolut nicht! Als Straßenzellen wird sie aller Wahrscheinlichkeit nach bestehen bleiben und die verschiedenen von Scholem bezeichneten Aufgaben erfüllen müssen. Die Frage der Belebung der Betriebszelle wird aber nicht durch Betonung der Beibehaltung der Wohnorganisation gelöst – sondern meines Erachtens durch tatkräftige Umstellung in der Frage des Beschlußrechtes. Damit kann das Problem der Politisierung der

Betriebszellenarbeit (die Zelle als Organ der Partei im Betrieb – nicht Organ des Betriebes) ein gut Stück der Lösung nähergebracht werden.

Das ist vielleicht keine endgültige Lösung, aber das ist der Weg, auf dem die Lösung zu finden ist. Wenn der Parteitag die Lösung will, dann wird auch der „Skandal“ des Parteistatuts keine großen Schmerzen machen; dann kann es im allgemeinen das Musterstatut des Ekki zur Grundlage nehmen, und Uebergangsbestimmungen bis zur nötigen Umstellung auf Betriebszellen als die untersten beschließenden Parteiorgane.

Noch ein Wort zu der weisen Behauptung: „Organisatorische Fragen sind keine prinzipiellen Fragen“. Offenbar will Genosse Scholem damit gewissen Uebertreibungen in der Umstellung auf Betriebszellen – mechanisch durchgeführt, nur organisatorisch-technisch verstanden, nicht aber politisch organisatorisch entgegengetreten, wie aus seinen weiteren Ausführungen hervorgeht. Diese krasse Uebertreibung in der ausschließenden Formulierung ist zugleich jedoch Ausdruck der Unterschätzung der Organisationsfragen. Hat Lenin nicht einen prinzipiellen Kampf in der Organisationsfrage durchgeführt, wo er die Zusammenhänge zwischen Opportunismus in der Organisationsfrage mit opportunistischer Politik gründlich auseinandersetzte? Genosse Scholem nennt eigene Organisation der Kommunisten und Zentralisation im Aufbau: wie steht es mit dem „Prinzip“, die legale mit der illegalen Arbeit zu verbinden oder mit dem Prinzip, sich mit der breiten Masse der Werktätigen, mit der proletarischen, aber auch der nicht proletarischen zu verbinden, wie ist es mit dem Prinzip der Zentralisation in der Führung bei gleichzeitiger Dezentralisation in der Arbeit? Diese Auffassungen wird Genosse Scholem nicht prinzipiell ablehnen. Er wendet sich – das sei wiederholt, ohne das klar und offen zu sagen – gegen ein Prinzip der ausschließlichen Umstellung auf Betriebszellen unter allen [70] Umständen – und macht daraus einen prinzipiellen Kampf. Untersuchen wir lieber – wirklich, die Zweckmäßigkeit und die Möglichkeiten der Umstellung, d. h. so, daß wir wirklich in engsten Beziehungen, zur Masse der Arbeiter und der übrigen Werktätigen kommen, um sie für die revolutionäre Bewegung gewinnen und mobilisieren zu können. Gut, jedes Schema, jedes Umorganisieren (technisch, um der Organisation und ihres Schemas willen) kann im höchsten Maße schädlich wirken. Aber nutzen wir die Erfahrungen der KPD auch auf organisatorischem Gebiete aus, wagen wir selbst, Erfahrungen zu sammeln, nutzen wir die gebotenen Möglichkeiten des Organisationsausbaues – nicht ohne gesunden Instinkt, aber vor allem mit klarem, zähem Willen – aus. Gerade jetzt zum 16. Parteitag nicht nur mit Warnungen und Bedenken, vielmehr mit guten Ratschlägen und Anleitungen. In diesem Sinne: Heraus mit der Sprache!

*

Zur Agitation und Propaganda.

Von Max Engel.

Im Anschluß an den Parteitag ist eine Reichs-Agitprop-Konferenz vorgesehen, deren Aufgabe es sein wird, die gesammelten Erfahrungen auf dem Gebiet der Agitation und Propaganda festzustellen und der Partei zu übermitteln. Gleichzeitig sind die Richtlinien festzulegen, nach denen die Organe für die Agitproparbeiten aufgebaut werden sollen. Die bisher geführten Kampagnen zeigen die größte Schwäche darin, daß die Partei es bisher nicht im genügenden Maße verstanden hat, planmäßig vorzugehen, die verschiedenartigsten Arbeiten den Parteiorganen zuzuweisen und trotzdem darauf zu achten, daß die Arbeit unter den zentralen Anweisungen koordiniert wird.

Eine gründliche Agitation, die von den breiten Massen der Funktionäre und Mitglieder getragen sein soll, ist nur möglich, wenn unsere Genossen die Prinzipien und Methoden des Marxismus-Leninismus beherrschen, wenn sie die revolutionäre Strategie kennen und wenn sie durch ihre Kenntnisse und Erfahrungen selbständig imstande sind, bei der täglichen Kleinarbeit im Betrieb, Gewerkschaft usw. die richtige Taktik anzuwenden.

Wir müssen feststellen, daß auf dem Gebiete der Erziehungsarbeit die Partei bisher viel zu wenig geleistet hat. Nach dem Parteitag wird es eine der wichtigsten Aufgaben sein, in der Gesamtorganisation ein Netz von leninistischen Zirkeln und Arbeitsgemeinschaften aufzubauen, Elementar- und

Funktionärkurse einzurichten, eine Erziehungsarbeit zu organisieren, die ihre Spitze im Leninzirkel und in einer Parteischule findet. Die Schwierigkeiten, die sich entgegenstellen, Kräftemangel usw. müssen überwunden werden! Diese Erziehungsarbeit muß unmittelbar verbunden sein mit den täglichen Arbeiten in Betrieb und Gewerkschaft. Wie wir in der Agitation von den Ereignissen ausgehen, die den Arbeitern am meisten bekannt sind, so müssen wir in der Propaganda bei den Tagesfragen anknüpfen und an ihnen konkret und praktisch Grundsätze und Methoden der marxistisch-leninistischen Theorie erläutern.

Die mechanische Uebertragung der zentralen Losungen, die schematische Anwendung der Parolen kann in der Kleinarbeit keinen Erfolg bringen. Es ist die Kunst der kommunistischen Agitation, bei jeder Frage den konkreten Ausweg zu zeigen. Die zentralen Losungen können lokale und Bezirksergebnisse nur bedingt berücksichtigen. In der Agitation haben wir dann den größten Erfolg, wenn es uns gelingt, an die lokalen Ereignisse anzuknüpfen und dann zu den zentralen Losungen überzuleiten. Eine [71] Kapitaloffensive gegen die Werktätigen ist nicht ein einheitlicher Frontalangriff, sondern jede Gruppe wird entsprechend den Verschiedenheiten der Berufe und sozialen Stellung verschieden betroffen. Das gründliche Studium der sozialen Lage der einzelnen Schichten, Frauen, Landarbeiter; Intellektuelle usw. ist die Voraussetzung dafür, daß wir bei der Agitation von solchen Ereignissen ausgehen, die den betreffenden genau bekannt sind,

Die höchste Form der Agitation aller Parteiorgane ist die Kampagne, sie erfordert ein ebensolches Höchstmaß an Organisiertheit, Konzentration und Intensität aller Beteiligten wie eine militärische Operation.

Wenn auch die Methodik des militärischen Krieges und die Anwendung seiner technischen Hilfsmittel nicht mechanisch auf die Methodik und Technik des Klassenkrieges übertragen werden kann, so kann die Präzisionsarbeit eines Generalstabes doch als Beispiel für die Arbeit einer Kampagnenleitung gelten. Der ideologische Zustand der eigenen Truppe ist ein wichtiges Moment für den Erfolg eines Gefechtes, den die militärischen Heerführer niemals unterschätzen. Die Ausnutzung aller Kräfte und Hilfsmittel nach einem sorgfältig vorbereiteten Plan, die Konzentration der Kräfte auf die schwächste Stelle der Front des Gegners, das exakte Ineinandergreifen der verschiedensten Organisationsgruppen innerhalb des Frontabschnittes ist eine wesentliche Voraussetzung für den Erfolg. Die Gefechtsleitung ist bei einer gutorganisierten Truppe jederzeit über alle Verschiebungen im Kräfteverhältnis über alle Erfolge und Mißerfolge, sowie deren Ursachen fortlaufend genau informiert. Durch die Verbindung der kleinsten Gruppe mit der Leitung ist die Möglichkeit gegeben, den Angriff zu steigern, ihn abzublasen, die Angriffsrichtung zu ändern oder den Rückzug vorzubereiten.

Die Leitung einer Kampagne kann keine erfolversprechenden Organisations- und Arbeitspläne aufstellen, wenn sie nicht über die Stärke des Gegners, seine Hilfsmittel, seine schwächsten Stellen genau orientiert ist. Sie kann nicht auf einen Erfolg rechnen, wenn die eigene Truppe (die Funktionäre und Mitglieder der KP) nicht ganz genau den Zweck, Termine, Losungen und Ziele der Kampagne kennen. Sie verzichtet freiwillig auf eine Erfolgsmöglichkeit, wenn sie auf die Ausnutzung von Kräften und Agitationsmitteln verzichtet. Sie verpulvert ihre Kräfte und Mittel, wenn sie nicht dafür sorgt, daß nach einem einheitlichen Plan terminmäßig, konzentriert der Angriff auf den Gegner vorgenommen wird.

Die Formulierung kommunistischer Losungen, die Durchführung einer klaren kommunistischen Taktik sind die wichtigsten Voraussetzungen für den Erfolg jeder kommunistischen Arbeit. Aber der Erfolg muß ein geringer bleiben, wenn nicht durch systematische, planmäßige, intensive Organisationsarbeit das Mittel geschaffen wird, alle Möglichkeiten nach einem einheitlichen Plan auszunutzen.

Nicht der Zufall, sondern das Maß der Systematik, Organisiertheit und Intensität der Arbeit ist entscheidend.

Die wichtigste organisatorische Aufgabe, die in den letzten Monaten viel zu wenig beachtet wurde, ist eine systematische Organisation der ganzen Agitation und Propaganda. In jedem Bezirk, in

jeder Ortsgruppe muß eine Agitpropkommission gebildet werden. In den Zellen und Fraktionen sind für Agitation und Propaganda die besten und fähigsten Genossen zu bestimmen.

Wenn wir berücksichtigen, welchen Einflußapparat unsere Gegner zur Verfügung haben, wenn wir wissen, daß die kapitalistische Ideologie durch Familie, Presse, Kino usw. täglich die Arbeiterhirne verseucht, so sehen wir die Größe der Aufgabe, die vor uns steht. Wir wissen wohl, daß wir in der Quantität unseren Gegnern eine gleichwertige Propaganda nicht entgegenstellen können, aber in der Qualität sind wir ihnen überlegen. [72] Unüberbrückbar ist der Gegensatz zwischen der bürgerlichen Phraseologie und der brutalen Wirklichkeit. Hier ist die Achillesferse des Kapitals, aber wir werden sie nur verletzen können, wenn wir es erreichen, daß durch ein hohes Maß von Planmäßigkeit und Systematik alle Agitationsmittel, alle Agitationsmöglichkeiten ausgenutzt werden, wenn wir es verstehen, planmäßig alle uns zur Verfügung stehenden Kräfte auf den schwächsten Punkt der gegnerischen Front zu konzentrieren.

*

Bemerkungen über die Presse.

Von Hohmann.

Die Ausgestaltung unserer Presse hat große Fortschritte gemacht. (Vor allem Arbeiterkorrespondenten und Zeitungssillustration.) Dennoch bleibt viel zu tun. Daher der nachfolgende Vorschlag. Die kritischen Bemerkungen wollen wir nicht verallgemeinern. Vielmehr weist unsere Presse die stärksten Unterschiede auf, die sich durch organisatorische und zeitungstechnische Mängel erklären lassen. Während man beispielsweise in einem Blatt zahlreiche gute kurze A.-K. findet, sieht man einem anderen eine sogenannte A.-K. in Gestalt eines spaltenlangen Artikels, in dem ein braver Anfänger das Thema „Wald und Wiese“ quält. Während ein Blatt erkennen läßt, daß man dort ideologisch die Bolschewisierung der Partei erfaßt hat, wird in einem anderen Blatt aus der Not eine Tugend gemacht und erklärt, daß die kommunistische Presse überhaupt (also nicht nur mit Bezug auf die A.-K.) auf die „glänzende Feder“ verzichte.

Ohne Erziehung der Redakteure wird es nicht oder nur langsam gehen. Redakteurkurse sind notwendig, aber teuer und können immer nur wenig Genossen erfassen, und selbst für sie ist die praktische Lehre die Hauptsache. Nur muß ein Organ vorhanden sein, daß die Mängel, die schlechten und guten Erfahrungen in Organisation und Technik der Presse untersucht und die Ergebnisse in unbeirrter zäher Erziehungsarbeit zum Eigentum aller an der Presse arbeitenden Genossen macht. Daß gelegentliche Artikel nicht genügen und fast keine Spur hinterlassen, beweist jahrelange Erfahrung. So war festzustellen, daß Wochen nach Erscheinen der Sondernummern der Inprekorr (Nr. 34, Agitprop) grobe Fehler, die dort gerügt waren, wiederholt wurden. (Wie denn überhaupt die Tatsache Aufmerksamkeit verdient, daß verbreitet noch nicht „gelesen“ bedeutet. Stichproben durch gelegentliche Befragung sind zu empfehlen. Grund: Ueberlastung, die sich oft aus schlechter Oekonomie der Zeit und der Kräfte erklärt.

Daher ist laufende Kontrolle und Beratung notwendig, die sich beim besten etwa nach folgendem

Vorschlag

regeln ließe:

1. a) Zentral-Agitprop beauftragt einen auch mit den Verhältnissen der Provinzpresse bekannten Genossen, der ohnehin regelmäßig die Presse durchsieht, wöchentlich etwa eine Seite Pressedienst an Hand bestimmter Beispiele zeitungstechnische Kritik zu liefern. Die Sache größer aufzuziehen, ist nicht ratsam. Die Seiten sollten technisch so herauskommen, daß die Aufbewahrung erleichtert wird, wozu die Redaktionen verpflichtet werden. Alle Redakteure sollten Kenntnis nehmen. Im Laufe der Zeit entwickelt sich durch vielseitige Mitarbeit eine Art Handbuch für redaktionelle Praxis, das gerade neu eintretenden Redakteuren unentbehrlich ist und daher (ebenso wie Rezensionsexemplare, die gern verschleppt werden) Eigentum der Zeitung bleiben muß. Durch das Wort „Abheften!“ am Kopf sollte ständig daran gemahnt werden. Es empfiehlt sich (was technisch

leicht möglich ist) jeder B. L. ein Exemplar der Pressekritik [73] zu senden, weil es wichtig ist, daß auch die B. L. bzw. ihre Abteilung Agitprop, die Möglichkeiten und Beschränkungen des Zeitungswesens kennen lernt.

b) Auf demselben Wege sollten kritische Notizen des Pol-Büros an Presse und B. L. gehen, wenn es politische Entgleisungen und Unzulänglichkeiten zu rügen hat.

c) Jeder Redakteur (auch Nichtredakteur) wird am Kopf jeder Nummer zur Mitarbeit aufgefordert. Dadurch und mehr noch durch die kritischen Stöße, gewinnen wir die Mitarbeit der Genossen, die von Berufs wegen täglich die Parteipresse durchsehen.

d) Ob die Einsendungen veröffentlicht oder nur als Material benutzt (in dem Fall muß unter allen Umständen dem Einsender eine Mitteilung gemacht werden, weil kein Mensch gern für den Papierkorb arbeitet), ob eine kritisierte Zeitung mit Namen genannt wird (was überflüssig oder angebracht sein kann), wird von Fall zu Fall bestimmt.

Es wäre gut, wenn an zentraler Stelle die Parteipresse genau angesehen würde (allerdings eine Strafarbeit) und daraus u. a. auch Zentral-Agitprop (wie andere Abteilungen für ihre Arbeit) für diese erzieherische Arbeit gespeist würde. Aber selbst wenn das geschieht, ist die Mitarbeit der Genossen im Reiche die Hauptsache.

e) Der Nutzen der Einrichtung würde sich in kurzer Zeit offenbaren. Die größten Vorstöße werden schon in Wochen verschwinden, wenn der Parteijournalist weiß, daß seine Arbeit auch in dieser Hinsicht sachverständig beobachtet und eventuell parteiöffentlich kritisiert wird. Vor allem darf die Kritik auch an scheinbar kleinen Mängeln nicht vorübergehen, die in ihrer Summe schädlich sind und oft die falsche Einstellung zur behandelten Sache oder zu ihrer zeitungstechnischen Verwertung erkennen lassen. (Beispiele unten.) – Am Erscheinungsort gibt es durchweg wenig Genossen, die das Blatt vor allem technisch kritisch beurteilen können, umsomehr, als ihnen meist nur ein Parteiblatt zu Gesicht kommt. Das trifft auch auf Mitglieder der B. L. und selbst auf Sekretäre zu, die oft aus Zeitmangel das eigene Blatt nicht gründlich lesen können. Die zentral geleitete Kritik wird ihnen wertvolle Fingerzeige geben und sie in höherem Maße zur Kontrolle befähigen.

2. Von der inneren Organisation des Redaktionsbetriebes hängt die Arbeitsfähigkeit der Redaktion und die Zeitung viel ab. Trotz der lokalen Verschiedenheiten (technischen Voraussetzungen usw.) könnten die Redaktionen voneinander lernen. Daraus ergibt sich in Anknüpfung an das oben Gesagte folgender

Vorschlag:

An alle Redaktionen ergeht eine Umfrage mit dem Ziel, festzustellen: Zahl der Redakteure, der Hilfskräfte, Arbeitsteilung (personell und zeitlich), in welche Tageszeit fällt die Hauptarbeitszeit, Redaktionsprechstunde, welche Funktionen haben die Redakteure (einzeln aufzuführen) außerhalb der Redaktionstätigkeit, welche Nachrichtenquellen (für Reich, lokal), Urteil über Nachrichtenquellen, einschließlich Komm. Pressedienst, besteht brauchbares Hausarchiv, (Aufforderung, über Erfahrungen bei Führung und Benutzung des Handarchivs zu berichten), desgleichen Redaktionsbibliothek, wieviel Schreibmaschinen, in welchem Umfang wird diktiert, welche Redakteure können die Schreibmaschine selbst bedienen, welche technischen Mängel hemmen die Redaktionsarbeit, Erfahrungen mit A. K., wie wurden sie herangezogen usw.

Ueber den Rahmen der gestellten Fragen hinaus sollen die Redakteure über alle einschlägigen Erfahrungen berichten, Vorschläge machen usw. Es soll nicht ein Redakteur für die Gesamtedaktion summarisch berichten (dies [74] nur bei den erfragten Tatsachen), sondern jedem Redakteur nahegelegt werden, seine Meinung zu sagen, wozu z. B. der Lokalredakteur verpflichtet werden muß. Die B. L. muß von den Antworten Kenntnis haben.

Zur Fertigstellung der Umfrage sollte Zentralagitprop einen Genossen heranziehen, der schon in mehreren Provinzredaktionen gearbeitet hat.

Das Ergebnis wird sein: Uebersicht für die Z., zahlreiche Anregungen, die an anderer Stelle benutzt werden können, Feststellung organisatorischer, auch ideologischer und personeller Schwächen, (Bereicherung der Personal-Registatur), der äußere Anstoß für die Redaktionen, sich mit den aufgeworfenen Fragen zu beschäftigen, die Einleitung des laufenden Erfahrungsaustausches und gegenseitigen Kontrolle.

3 Der Redakteur soll nicht nur Redakteur sein, er soll auch in der Parteiorganisation arbeiten (vergleiche Karl Voß, Sondernummer der Inprekorr). Das ist richtig. Aber vielfach muß umgekehrt die Forderung durchgesetzt werden (manchmal gegen Bezirksleitungen, meist gegen den Redakteur selbst), daß der Redakteur zunächst Redakteur ist, und anderweitige Tätigkeit nicht als Entschuldigung für eine mangelhafte Zeitung gelten kann. (Ausnahmen bestätigen die Regel.) Es ist nicht unabänderlich („Kräftemangel“), daß unter der Ausübung zahlreicher Tätigkeiten (Mitglied verschiedener Parteiorgane, Stadtverordneter, vielbeschäftigter Referent usw.) Die Zeitung leidet. Oft, ja meist ist schlechte Oekonomie der Parteikräfte der Grund.

Es kommt hinzu, daß unsere Redaktionen aus finanziellen Gründen durchweg viel (bis zu 50 Prozent und mehr) schwächer besetzt sind als z. B. Redaktionen der SPD des gleichen, meist noch kleineren Verbreitungsgebietes. Daß der manchmal geringere Umfang unter Berücksichtigung aller Umstände, mehr anstatt weniger Arbeit verlangt, versteht jeder erfahrene Redakteur. Gewiß ist ein mechanischer Vergleich mit anderen Zeitungen nicht angebracht, doch bleibt zu berücksichtigen: Weniger Nachrichten, (die übernommen und bearbeitet werden müssen), weniger lokale Nachrichten, (die SPD hat Beziehungen zu den Behörden), weniger qualifizierte, gelegentliche Mitarbeiter, weniger zeitungstechnisch erfahrene Kräfte, kein oder sehr mangelhaftes Handarchiv, geringere technische Hilfsmittel in jeder Hinsicht.

Um so notwendiger ist die Ausnutzung aller vorhandenen Möglichkeiten und dahin zu wirken, daß die Redakteure in erster Linie eine gute Zeitung machen. Das schließt in sich, daß sie sich sämtlich (wenn auch nicht immer in gleichem Maße) um die A.-K. in Betrieben und Fraktionen kümmern, d. h. die Sitzungen der Fraktionen und Zellen nicht nur gelegentlich als „Referent“, sondern vor allem als Beobachter und Lernende besuchen – und dies nicht nur dem Redakteur des „Ressorts“ Gewerkschaftliches und Lokales überlassen.

Jedenfalls darf keine Kritik der Presse an den personellen und technischen Schwächen vorübergehen, weil sie bei den Vorschlägen zur Besserung berücksichtigt werden müssen.

Anschließend einige kritische Einzelheiten:

4. Die Taktik des Totschweigens aller irgendwie lästigen Tatsachen. in der SPD-Presse entspricht ihrer Politik. Nur gelegentlich wird in der Parteipresse darauf hingewiesen als eine Tatsache, mit der man sich abgefunden hat. Wir brauchen uns nur vorzuhalten, warum das Totschweigen geübt wird, um die Bedeutung dieser Schwäche zu erkennen und auszunützen. Selbst der verbohrteste SPD-Arbeiter ist, wenn er es auch nicht zeigt, mindestens schwer geärgert, wenn ihm in der Werkstatt an Hand von Tatsachen vorgehalten wird, daß ihn sein Blatt täglich belügt, daß er nicht einmal erfährt, was in der eigenen Partei vorgeht der sozialdemokratische Nachläufer, Wähler, Nur-Abonnent reagiert aber anders, wenn ihm solche Tatsachen fortgesetzt vorgehalten werden; er wird [75] mißtrauisch gegen jene und gewinnt Vertrauen zu unserer Presse, wenn er sie auch nicht gleich abonniert. Mithin muß unsere Presse häufig die gebotenen Gelegenheiten wahrnehmen, um in dieser Richtung zu „hämmern“, (hämmern und schlagende Kürze ist eins), daß unser Leser garnicht anders kann, als die totgeschwiegene Tatsache wie das Totschweigen selbst agitatorisch zu verwerten. – In dieser Hinsicht, wie überhaupt erscheint es angebracht, allen an den Zeitungen arbeitenden Genossen immer wieder bewußt werden zu lassen, daß man bei der Zeitungsarbeit erstens den Arbeiterleser und zweitens vor Augen haben muß, wie der Leser nach außen auf andere Arbeiter reagiert auf das Gelesene. Wie notwendig das ist, beweist unsere Presse jeden Tag.

5. Die Gerichtsberichterstattung spielt für die bürgerliche, einschließlich der sozialdemokratischen Presse eine große Rolle. Sie sollte auch für unsere Presse eine größere Rolle spielen, als es

gegenwärtig der Fall ist. Wir treten keinen Wettlauf, in Sensationen an. Aber an aufreizenden Tatsachen und sozialer Kritik ist aus den Gerichten mehr herauszuholen, als wir unterbringen können. Es sei nur angedeutet, daß die Klassenjustiz täglich handwerkelt, daß ihr Klassencharakter breiten Massen durchaus nicht so klar ist, als wir uns gewöhnt haben, anzunehmen, daß wir alle Ursache haben, nicht nur die Urteile gegen die Kommunisten, nicht nur die ganz offenbar politisch gefärbte Justiz, sondern auch die kleine tausendfach geübte Klassenjustiz an den Tatsachen aufzuzeigen, daß die schwarzrotgoldene Presse nicht zufällig im Punkte Justiz empfindlich ist und im Totschweigen das Menschenmögliche leistet. – Gewiß können die wenigsten kommunistischen Zeitungen eine ständige Berichterstattung durch redaktionelle Kräfte finanziell tragen. Aber sie können:

a) alle wichtigen Klassenurteile aus dem Reich und alle aus dem Verbreitungsgebiet kurz melden, auch wenn sie nicht gegen Kommunisten, sondern gegen Sozialdemokraten und andere gerichtet sind (was jetzt meist nicht geschieht).

b) die sozialdemokratischen Helfer der Klassenjustiz peitschen (was selten geschieht), wenn sie über „ungerechte“ Urteile gegen Schwarzrotgoldene jammern;

c) dadurch unseren Genossen und Lesern Tatsachen für die Einzelagitator in die Hand geben, da alle Arbeiter auch und gerade die demokratischen SPD-Anhänger und Nachläufer im Punkte „zweierlei Recht“ empfindlich sind;

d) mit Gerichtsschreibern und ähnlichen Leuten Verbindung suchen, um vom Stattfinden interessanter (für uns) Prozesse rechtzeitig zu erfahren, die in der bürgerlichen Presse gut zugestutzt oder überhaupt nicht besprochen werden. (Es macht einen sonderbaren Eindruck, wenn selbst unser Zentralorgan in der aus der andere Presse übernommenen Meldung eines Klassenurteils in einem Prozeß wegen Sittenverbrechens ausdrücklich erkennen läßt (Nr. 9), daß wir keine Spürnase bei den Gerichten haben. Die gegnerische Presse und die Justiz sind damit sicher sehr zufrieden;)

e) in vielen Fällen arbeitslose Genossen (eventuell mit finanzieller Unterstützung) als Redaktionsvertreter oder Jusstudenten in die Gerichte schicken, besonders in die kleinen Gerichte, wo sich die meisten sozialen Tragödien abspielen. (Uebrigens werden unsere Genossen dabei nicht nur schreiben lernen.)

Jedenfalls gehört das Skizzierte in hohem Grade zum (Leser) werdenden Teil der Zeitung. Die Frage ist nicht ganz richtig gestellt: Erst viele Leser werben, damit wir die Zeitungen ausbauen können, sondern ernstlich prüfen, mit welchen Mitteln schon jetzt der werbende Teil der Zeitung (der natürlich auch immer kommunistischen Charakter haben muß), erweitert werden kann, damit insofern die Voraussetzungen für das Anwachsen der Abonnentenzahl geschaffen wird. [76]

6. Die Kommentare sind häufig viel zu lang und zerkauen die Tatsache oft gerade dann, wenn es für die politische Einsicht des Lesers ganz überflüssig ist. Häufig werden gleiche und verwandte Tatsachen an mehreren Stellen desselben Blattes (politischer, gewerkschaftlicher, lokaler Teil) in gleicher oder ähnlicher Weise breitgetreten.

7. Sehr verbreitet ist die Gewohnheit, bei Wahl und anderen Kampagnen die Losung (Wählt ... oder „Heraus mit den politischen Gefangenen“ u. a. einfach mit ein paar Uebergangsworten und selbst ohne das an möglichst viel Artikel und Notizen in ein und derselben Zeitungsnummer anzuhängen. Das ist gar zu primitiv und ein Mittel, eine gute Losung zur inhaltlosen Phrase zu machen. Die Losung soll nicht angeklebt, sondern in ihrer vielfachen Bedeutung verarbeitet werden. Ohne fortgesetzte Kritik und Aufzeigung guter Beispiele wird diese üble Erscheinung nicht verschwinden.

8. Hierher gehört die Kunst des „Hämmerns“, d. h. bestimmte Tatsachen täglich, manchmal zweckmäßig an der gleichen Stelle, in immer neuer, packender (nicht nur technischer) Aufmachung so auf den Leser wirken zu lassen, daß bei ihm die gewünschte Handlung ausgelöst wird. – Wir haben Redakteure, denen ganz schroff gesagt werden muß, daß die Zeitung mit dem Gehirn gemacht werden soll. So waren in einem Fall die zur Aufmachung kleiner Kästchen vom Zentral-Agitprop herausgegebenen kurzen Texte aneinandergehängt und zu einem, „Artikel“ vereinigt worden. Das grenzt doch

an Idiotie, und es ist nicht einzusehen, wie ohne Ueberwachung und Kritik solche Dinge verschwinden sollen. – Die Form des Anrufs (Tut dies oder jedes) ist für die Presse die allerprimitivste und wirkungsloseste, besonders dann, wenn sie mit denselben Worten, in derselben technischen Aufmachung Wochen und Monate hindurch wiederholt wird.

9. Bei der Wahlagitation (das naheliegende Beispiel, natürlich auch bei anderen Gelegenheiten) tritt die Rolle der Zeitung als „kollektiver Organisator“ zu wenig hervor. Die ständigen Leser der kommunistischen Presse sind feste Wähler für die KPD, und sie bedürfen nicht der wochenlangen, in allen Spalten schreienden Aufforderung: Wählt! Wählt! Sie wählen schon. Dagegen bedürfen sie möglichst viel politischer Tatsachen, die für den Zweck der massenhaften Agitation von Mund zu Mund geschickt aufgemacht sind, täglicher geschickter Aufmunterung und Anstachelung zur Agitation und konkrete Anweisungen für diesen Zweck. Während einerseits die Zeitungen in der Wahlkampagne aufgemacht werden, als seien sie vor allem für Arbeiter bestimmt, die noch – hier zunächst als Wähler – gewonnen werden sollen, war andererseits selten, teils gar nicht, die Aufforderung zu erblicken, die Zeitung an solche Arbeiter weiterzugeben,

40. Die Zeitung ist kein Plakat. Das Plakat wird im Format dem Stoff angepaßt. Da der Zeitung diese räumliche Freiheit fehlt, muß die Stoffanordnung dem Raum angepaßt werden. Selbstverständlich! Aber Beispiele beweisen, daß oft Schlagzeilen in solcher Weise und solcher Fülle angebracht werden, daß eine Wirkung die andere erdrückt, und als Ergebnis ein unruhiges Durcheinander bleibt, abgesehen davon, daß an kritischen Tagen keine Steigerung mehr möglich ist.

11. Die Polemik (um nur einen häufig auffälligen Mangel zu nennen) selbst daran, daß der Inhalt der gegnerischen Aeußerung so in die Sätze des Polemisierens hineingerührt wird, daß der Arbeiterleser oft nur mit Mühe und manchmal überhaupt nicht feststellen kann, um was es eigentlich geht. Ein Disput von Redaktionsstube zu Redaktionsstube, bei dem man den Leser vergißt, der nicht wie die polemisierenden Redakteure, beide Blätter liest. Wenn ein markantes Zitat nicht möglich [77] ist, so doch immer die klare Angabe des Inhalts der gegnerischen Aeußerung.

12. Beim Zitieren ist der mehrfach gerügte Mangel noch immer weit verbreitet, daß auch bei wichtigen gegnerischen Aeußerungen, die in der Agitation eine Rolle spielen, die Quelle ungenau angegeben wird (nicht nur Zeitung, sondern auch Datum oder Zeitungsnummer). In der Agitation kann man es oft erleben, daß der Gegner frech die Tatsache leugnet und von Fälschung spricht, wenn man ihn nicht durch genaue Quellenangabe zum Schweigen bringen kann. Der Mangel wird den Redaktionen selbst hinderlich, wenn sie auf ältere Zitate zurückgreifen wollen.

13. Das Schimpfen will auch gelernt sein. Eine saftige Kennzeichnung des Gegners entspricht sicher dem Geschmack des Arbeiterlesers, der das Gesäusel nicht liebt. Wer jedoch fort und fort dieselben Kraftausdrücke (manchmal gehäuft in einem Artikel) benutzt, nutzt sie ab und verrät Armut an polemischen Waffen. – In den Zellenzeitungen finden sich die kräftigsten Ausdrücke, aber sie sind originell, natürlich, unverbraucht.

14. Arbeiter-Korrespondenten bedürfen der Beratung durch die Redakteure. Unsere Presse zeigt, wo die Redaktionen die A.-K. heranzuziehen und zu beraten wissen und wo nicht. Der Augenschein lehrt, daß die betreffenden Redakteure auf die Mängel hingewiesen, daß sie kontrolliert und beraten werden müssen. – Es ist verschiedentlich festgestellt worden, manche Zellenzeitungen seien besser aufgemacht, als manche Tageszeitungen. Dabei ist zu berücksichtigen, daß viele Arbeiter sich aus den Zeitungen einen schlechten, phrasenhaften Sprachgebrauch angelesen haben.

Wenn durchweg die Zellenzeitungen trotzdem so erfreulich frisch und gegenständlich aufgemacht sind, so ist das der stärkste Beweis, wie mächtig der Wille zum Konkreten ist und welche Nutzanwendung für die Tagespresse daraus gezogen werden muß.

15. Versammlungsberichte sollen in der Regel Stimmungsbilder sein. Dagegen ließ sich noch bei der Präsidentenwahl beobachten, daß vielfach der knappe Raum mit mehr oder weniger ausführlicher Wiedergabe der Ausführungen irgend eines Redners verschwendet wurde, auch da, wo die

Wiedergabe nur ein schlechter Aufguß des bereits bekannten Inhalts der Zeitung war, und sogar dann, wenn es sich um Versammlungen desselben Redners an verschiedenen Orten handelte.

16. Die Berichte aus den Gemeindeparlamenten sind häufig trotz der Länge zu inhaltslos oder (siehe oben) unverständliche Polemik. Das kann nicht anders werden, wenn die Redakteure die Mühe nicht scheuen, auf die berichtenden Genossen erzieherisch einzuwirken, manchmal eine Geduldsarbeit, die auch noch brieflich erfolgen muß, weil es sich meist um kleinere Orte im Verbreitungsgebiet handelt.

17. Ueberflüssige Zeitungsfremdwörter sind ein so eingefressenes, durch die bürgerliche Presse immer neu genährtes Uebel, daß es einiger Zeit bedarf, um unsere Presse davon zu reinigen. Während teils unsere Presse dazu übergegangen ist, fremdsprachigen Eigennamen die Aussprache und anderen Wörtern die „Bedeutung“ anzufügen (oder in einer kleinen Rubrik „Fremdwörtererklärung“ zu verdeutschen) geschieht dies vielfach noch nicht. – Ein grobes Beispiel der Wichtigtuerei mit Fremdwörtern:

„Zunächst eine Revokation und Deprektion, d. h. einen Widerruf und ein zerknirschtes „Bitte um Entschuldigung“ in feierlichster Form usw.“ – Oder: „Womit nicht gesagt sein soll, daß dieses Epitheton ornans – schmückendes Beiwort – nicht auch für – usw.“

18. Feuilleton. Dazu nur dies: Im Malik-Verlag ist der „Bürgerspiegel“ erschienen. Einige Zeitungen verwenden die Satyren und [78] Glossen geschickt am Ende des Romans, beleben diesen Teil, überlassen es nicht dem Metteur, den Roman irgendwo abzubrechen und alle Tage in schlicht-langweiliger Vierkantform aufzubauen. Andere werfen die ganze Ausbeute aus dem Bürgerspiegel in dicken Klumpen irgendwo in die Zeitung. An einer Stelle wurde damit eine ganze Spalte gefüllt. (!!!)

Damit genug. Es sollten nur Beispiele für die Notwendigkeit des oben gemachten Vorschlages sein und – nochmals – keine Verallgemeinerungen; die guten Seiten unserer Presse und die gutgeleiteten Zeitungen sind bekannt.

*

Die zweite Reichstagung des marxistisch-leninistischen Zirkels.

Lz. Zu Pfingsten, am 31. Mai und 1. Juni, hielt der marxistisch-leninistische Zirkel im Volkshaus zu Weimar seine zweite Reichstagung ab. Anwesend waren 56 Genossen, darunter 18 Sekretäre, 16 Redakteure und 11 Arbeiter aus den Betrieben. Die Tagesordnung lautete: „Staatstheorie und Imperialismus“ und gliederte sich in folgenden Punkte:

1. Staat und Gesellschaft, 2. Entwicklung des Staates in der bürgerlichen Gesellschaft, 3. der reaktionäre Charakter des Imperialismus, 4. bürgerliche Demokratie und Proletariat.

Es war außerdem noch vorgesehen, diese Fragen an Hand der Entwicklung der KPD und der Geschichte der deutschen Revolution durchzubespochen. Dieser Punkt der Tagesordnung mußte aber infolge Mangels an Zeit ausfallen. Die Themen wurden seminaristisch in breiter Diskussion durchgesprochen, die Aussprache war sehr lebhaft und zeugte von dem großen theoretischen Interesse innerhalb des Kreises unserer leitenden Parteifunktionäre. Das Protokoll dieser Sitzung wird demnächst erscheinen. Wir geben im folgenden in kurzen Zügen die zu den einzelnen Punkten von dem Referenten im Anschluß an die einschlägigen Stellen der marxistisch-leninistischen Literatur dargelegten Gedanken und die Einwendungen der Genossen wieder, die in wichtigen Fragen wesentlich abweichende Meinungen vertraten.

1. Staat und Gesellschaft.

Der Aussprache wurde die ausführliche Definition des Staates aus Engels „Ursprung der Familie“ zugrunde gelegt. Nach dieser Erklärung ist der Staat immer eine Zwangsorganisation zur Aufrechterhaltung der bestehenden Klassenherrschaft, daher in der Regel ein Unterdrückungsinstrument in der Hand der jeweils ökonomisch entscheidenden Klasse. Doch gibt es, besonders in Zeiten von Krisen und Uebergängen, Ausnahmefälle, wo der Staat eine gewisse Selbständigkeit auch gegenüber der

herrschenden Klasse oder gegenüber den um die Vorherrschaft kämpfenden Ausbeuterklassen gewinnt, wo er zu einem Machtinstrument in der Hand einer Gruppe oder Clique (Bonapartismus) wird, die sich allerdings nur dadurch an der Macht halten kann, daß sie die Ausbeutungsordnung schützt, die Ausgebeuteten niederhält, die aber trotzdem auch ihre eigenen Interessen gegen die ökonomisch ausschlaggebende Klasse durchsetzen kann. Diese Fragen des Staates nicht nur abstrakt, schematisch, sondern lebendig, konkret mit allen Nuancen zu verstehen, ist gerade in unserer revolutionären Zeit notwendig, wo das Leben alle möglichen Uebergänge zeigt. Lenin selbst nennt die Kerenski-Republik als ein Beispiel eines solchen zwischen den Klassen balancierenden Staates.

Unsere „radikalen“ Opponenten, die Genossen K o r s c h und S c h u m a n n, fürchteten, die Erklärung – wie gesagt, ist es die Erklärung [79] von E n g e l s – könnte die Grenze gegen den Opportunismus verwischen. Der Opportunismus besteht aber nicht darin, daß man die Tatsache wegleugnet, daß auch der bürgerliche Klassenstaat je nach den Verhältnissen mehr oder minder fest in der Hand der Bourgeoisie ist, mehr oder minder von der Bourgeoisie beeinflusst wird, sondern der Opportunismus liegt darin, daß man an die Möglichkeit eines Staates glaubt, der kein Unterdrückungsinstrument ist und insbesondere an die Möglichkeit eines bürgerlich-demokratischen Staates, der keine Diktatur gegen das Proletariat bedeutet.

Genosse Korsch wollte zuerst nur eine Ausnahme zugestehen, nämlich die proletarische Diktatur, in der das Proletariat zwar politisch herrsche, aber ökonomisch noch immer schwächer sei als die Bourgeoisie. Demgegenüber wurde gezeigt, daß die Aeußerungen von L e n i n und S t a l i n, aus denen das herausgelesen werden sollte, nur soviel besagen, daß nach dem Sturze der Bourgeoisie in einem Lande sie i n t e r n a t i o n a l stärker bleibt als das Proletariat. Hingegen kann es keinen Zweifel darüber geben, daß das Proletariat nach seinem Sieg im Bürgerkriege nicht nur den Staat, sondern auch die Wirtschaft beherrscht. Gerade für die Diktatur des Proletariats eine solche Ausnahme zugestehen, hieße sich den Antibolschewisten anschließen, die erklären, in Sowjetrußland herrsche nicht das Proletariat, sondern eine Parteiclique, während ökonomisch die Bauern und die Bourgeoisie den Ausschlag gäben.

2. Die Entwicklung des Staates in der bürgerlichen Gesellschaft.

Hier war zu zeigen, erstens wodurch sich der bürgerliche Staat als bürgerlicher gegenüber dem feudalen konstituiert: durch die Aufhebung der ständischen Vorrechte, der Leibeigenschaft, der Zunftorganisation, durch die Herstellung der formalen Gleichheit der Staatsbürger, durch die Schaffung der rechtlichen Bedingungen für die freie Konkurrenz und die freie Lohnarbeit, zweitens welche Aenderung der Staatsauffassung und der Staatsform der Aenderung des ökonomischen Unterbaus beim Uebergang von der freien Konkurrenz zum imperialistischen Monopol entspricht; der Uebergang vom Staat des Liberalismus zum Staat des Imperialismus. An die Stelle des „Nachtwächterstaates“, der sich möglichst wenig in die Angelegenheiten der Bürger hineinmischen darf, tritt der starke, mächtige „Vater Staat“, der den Bürger gegen die Feinde außerhalb und innerhalb der Grenzen bei seinen Geschäften mit bewaffneter Gewalt schützt.

Bei diesem Punkte wurde nur darüber gestritten, ob die Sozialpolitik ein spezifisches Mittel des imperialistischen Staates zur Gewinnung des Proletariats für seine Machtpolitik ist. Es wurde dagegen eingewendet, daß England eine sozialpolitische Gesetzgebung schon vor dem Zeitalter des Imperialismus kannte, während andererseits die Vereinigten Staaten von Amerika, der gegenwärtig führende imperialistische Staat, nichts dergleichen kennen. Man muß jedoch verstehen, daß die K o r r u p t i o n der Arbeiteraristokratie zum Bestand des Imperialismus notwendig ist, daß daher der Staat sich überall dort, wo das Proletariat zum Klassenbewußtsein erwacht, dieser Methoden der Korruption bedienen muß. In England geschah das zuerst, weil hier die kapitalistische Entwicklung zuerst eintrat und daher auch Merkmale des Imperialismus sich zeigten, ehe noch die imperialistischen Tendenzen sich international durchgesetzt hatten, während umgekehrt die USA als jüngste imperialistische Macht erst in den letzten Jahren auch in der Staatsform (Militarismus) den Uebergang zum Imperialismus zeigen. Hier tritt in solchen Erscheinungen wie dem F o r d i s m u s, ebenso wie in der Existenz einer ausgeprägten imperialistischen Arbeiteraristokratie (Gompers-Gewerkschaften) die Korruption der

Arbeiteraristokratie scharf in Erscheinung und wird gewiß im Laufe der weiteren Entwicklung auch in der Gesetzgebung ihren Ausdruck finden. [80]

3. Der reaktionäre Charakter des Imperialismus.

Der Imperialismus als die reaktionäre Epoche des Kapitalismus ist zunächst ökonomisch dadurch gekennzeichnet, daß die kapitalistischen Produktionsverhältnisse immer mehr zu Fesseln der Produktivkräfte werden (Stagnation und Parasitismus). Das gilt für das ganze Zeitalter des Imperialismus, in dem zwar vorübergehende Phasen der Entwicklung der Produktivkräfte vorkommen, die aber immer wieder durch Kriege, Bürgerkriege und Krisen unterbrochen werden, so daß im ganzen die Tendenz zur Fesselung der Produktivkräfte, der Stillstand und die Rückschläge überwiegen.

Die Diskussion zeigte, daß auch solche Genossen, die auf dem Boden des Leninismus zu stehen glauben, in Wirklichkeit noch in den Gedankengängen der **luxemburgischen Akkumulationstheorie** befangen sind. Nach der Auffassung des Genossen Schumann z. B. ist es ein Verstoß gegen den Marxismus, zu leugnen, daß es eine Schranke gibt, über die der Kapitalismus sich nicht weiterentwickeln kann. Dies sei Reformismus, man räume dem Kapitalismus „unbegrenzte Entwicklungsmöglichkeiten“ ein usw. Der Fehler Rosa Luxemburgs bestehe nur darin, daß sie die Schranke der kapitalistischen Entwicklung rein ökonomisch bestimmen wollte, während sie in der Gesamtheit der gesellschaftlichen Verhältnisse (Zuspitzung der imperialistischen und der Klassegegensätze usw.) begründet sei.

Demgegenüber war zu zeigen:

1. daß die Auffassung von der unbeschränkten Entwicklungsmöglichkeit des Kapitalismus allerdings eine rein bürgerliche Illusion ist;
2. daß die Reformisten nicht diese Auffassung vertreten, sondern vielmehr die vom automatischen, schmerzlosen Uebergang des Kapitalismus in den „Sozialismus“, wie sie ihn auffassen;
3. daß der Fehler Rosa Luxemburgs nicht allein in einer falschen Bestimmung der Schranke der kapitalistischen Entwicklung liegt, sondern in der falschen Fragestellung nach einer absoluten, terminmäßig zu bestimmenden Schranke überhaupt;
4. daß der „Punkt“, wo die kapitalistischen Eigentumsverhältnisse aus Entwicklungsformen in Fesseln der Produktivkräfte umzuschlagen beginnen, nach Marx der Beginn der Epoche der sozialen Revolution, ist, eines Zeitalters von Bürgerkriegen und revolutionären Kriegen, nach Lenin der Beginn der imperialistischen Epoche, die die Epoche der Weltrevolution ist.

In dieser reaktionären Epoche des Kapitalismus ist nicht jede Entwicklung der Produktivkräfte unmöglich, im Gegenteil findet im Zeitalter des Imperialismus zeitweilig und in gewissen Gebieten noch eine Entfaltung der Produktivkräfte in großem Maßstabe statt (z. B. in Amerika und in den Kolonialländern gerade in der Zeit des Weltkrieges, wo in Europa Produktivkräfte im höchsten Maße zerstört wurden), aber infolge der ständigen katastrophalen Rückschläge (Krisen, Kriege, Bürgerkriege) und infolge der durch den Monopolcharakter des Kapitalismus ungenützt bleibenden technischen und wirtschaftlichen Entwicklungsmöglichkeiten ist diese Epoche im ganzen eine Epoche des Stillstandes und des Rückschritts. Die historische Schranke für die Entwicklung des Kapitalismus im ganzen ist schon erreicht, aber es ist keine absolute Schranke für jede mögliche Entwicklung der Produktivkräfte im Kapitalismus. Sucht man eine andere Schranke, dann verkennt man, daß die proletarische Revolution jetzt schon eine aktuelle Aufgabe ist und nicht erst bei einem in der Zukunft liegenden höheren Reifegrad des Kapitalismus auf die Tagesordnung kommt.

Aus den ökonomischen Grundzügen des Imperialismus wurden die reaktionären Tendenzen im politischen Ueberbau in ihrem Gegensatz zu den fortschrittlichen Tendenzen der aufstrebenden bürgerlichen Gesellschaft ab-[81]geleitet: Bündnis der Großbourgeoisie mit dem reaktionären Grundbesitz gegen das Proletariat und demokratisches Kleinbürgertum, Militarismus und Bürokratismus, Einschränkung der bürgerlichen Demokratie, nationale Unterdrückung, Rückschritt auf dem Gebiete der Schule und Kirche.

Dagegen wurde von dem Genossen Korsch eingewendet, daß in der kapitalistischen Gesellschaft die Grundbesitzer keine besondere Klasse gegenüber der Bourgeoisie sind, die feudale Tendenzen verkörpert, ja, es wurden Ueberreste des Feudalismus im heutigen Deutschland überhaupt abgeleugnet. Dies durch Tatsachen zu widerlegen, ist nicht schwer. Es ist unbestritten, daß der wilhelminische Staat noch ein halbfeudaler Militärstaat war. Man muß sich über die Gründlichkeit der Novemberumwälzung merkwürdigen Illusionen hingeben, um zu glauben, daß in der Hindenburg-Republik von feudalen Ueberbleibseln keine Rede sein kann. Da die Bourgeoisie nicht die November-Revolution durchgeführt, sondern im Gegenteil die Konterrevolution nach dem November gegen die Arbeiterklasse im Bunde mit der alten Armee, mit der alten Bürokratie, mit den Junkern und unter dem Schutzschild der Sozialdemokratie eingeleitet hat, so war eine gründliche Vernichtung der Junkerherrlichkeit in Preußen-Deutschland von vornherein unmöglich. Man kann die monarchistische Konterrevolution in Deutschland nicht begreifen, wenn man diese Tatsache nicht kennt oder nicht anerkennt.

Unsere abstrakten „Radikalen“ befürchten jedoch, die Anerkennung dieser Tatsachen müßte der sozialdemokratischen Demagogie Vorschub leisten, die dem Monarchismus lediglich als eine Angelegenheit der Zunker ansieht und daher ihre Taktik auf das Bündnis mit der Bourgeoisie gegen „die Reaktion“ aufbauen will. Demgegenüber erkennen wir das Klassenbündnis zwischen den entscheidenden Schichten der Bourgeoisie, der Schwerindustrie, und den Junkern als die reale Basis der monarchistischen Gefahr, die wir so aus unserer Analyse der Lage Deutschlands im System des Weltimperialismus verstehen. Gerade bei einer solchen Analyse geraten wir nicht in die Gefahr, anders gegen die Reaktion kämpfen zu wollen als mit den Methoden des proletarischen Klassenkampfes.

Der leere, abstrakte „Radikalismus“ hingegen, der die Tatsachen nicht anerkennen will, der mit seinem primitiven Schema an die konkrete Wirklichkeit nicht herankommt, gibt den Arbeitern, die überall auf die harten Tatsachen stoßen, nicht das Rüstzeug zum marxistischen Verständnis dieser Tatsachen und liefert sie gerade dadurch wehrlos dem reformistischen Schwindel aus*).

*

Diskussion.

Von Frankfurt bis Berlin).**

Von Ernst Meyer.

I.

Von manchem Genossen wird mit großem Nachdruck behauptet, daß die Beschlüsse des letzten Zentralaussschusses absolut nichts Neues gebracht hätten, sondern bloß die konsequente Fortsetzung der alten Linie von Frankfurt bedeuteten. Es scheint mir überflüssig, zu streiten, ob die Beschlüsse des Z.-A. mit dem Wortlaut der Frankfurter Parteitagsbeschlüsse noch vereinbar sind oder nicht. Aber berechtigt ist wohl folgende Frage: [82] Woher kommt es, daß vor dem Z.-A. die Ausführung der Frankfurter Beschlüsse den wiederholten Sturz der Weimarer Koalition in Preußen mit Hilfe und zugunsten der Deutschnationalen bedeutete, nach dem Z.-A. aber die Frankfurter Linie die Duldung der Weimarer Koalition gegen den Willen der Deutschnationalen zuläßt? Ich möchte auch die Antwort geben: die Möglichkeit, zwei ganz entgegengesetzte taktische Haltungen auf die gleichen Frankfurter Beschlüsse zurückführen zu können, beweist zum mindesten die Unklarheit der Frankfurter Beschlüsse zur Taktik (Parteitagsprotokoll Seite 370), gegen die bekanntlich 35 Parteitagsdelegierte gestimmt haben.

Der Z.-A. hat einer Resolution zugestimmt, die die Duldung einer bürgerlich-sozialdemokratischen Koalitionsregierung durch die KPD mit Hilfe der Stimmenthaltung zuläßt. Vertreter der Zentrale erklärten, daß Ministerwahlen und Etatsabstimmungen prinzipiell nicht voneinander zu scheiden seien, so daß damit auch die Möglichkeit der Stimmenthaltung bei Etatsabstimmungen zugegeben wurde.

*) Der Schluß des Berichtes folgt im Augustheft. Die Red.

**) Auf Verlangen der Redaktion ist der Artikel, der bereits seit 3. Juni der Redaktion vorlag, von mir gekürzt worden. E. M.

Damit vergleiche man die Haltung der früheren linken Opposition, der jetzigen Parteimehrheit, gegenüber der sächsischen rein sozialdemokratischen Regierung. Am 25. März 1923 legte die Opposition (Ruth Fischer) auf dem Bezirksparteitag des Ruhrgebiets in Essen eine Resolution vor, in der es heißt:

„Der Bezirksparteitag stellt fest, daß er mit der Unterstützung der sozialdemokratischen Minderheitsregierung in Sachsen durch unsere Partei nicht einverstanden ist ... Zwischen der jetzigen Form der Unterstützung einer sozialdemokratischen Minderheitsregierung und der Wahl eines sozialdemokratischen Ministerpräsidenten und dem Eintritt von Kommunisten in eine sozialdemokratische Regierung ist weder theoretisch, noch praktisch ein Unterschied zu erblicken.“

Es ist erfreulich, daß Ruth Fischer inzwischen diese Unterschiede entdeckt hat.

In der Resolution des Berliner Zentralvorstandes vom 18. April 1923 hieß es:

„Als die größten Fehler unserer Taktik in Sachsen sind die folgenden zu nennen:

a) Durch die Unterstützung einer „linken“ sozialdemokratischen Regierung gaben die Kommunisten dieser Regierung sowie der Sozialdemokratischen Partei den Nimbus des „Revolutionären“, stärkten also ihren fallenden politischen Kredit.

b) Die Taktik ist gewählt worden, ohne daß die Konsequenzen berücksichtigt sind. Diese können nur bestehen im erneuerten Sturz der sozialdemokratischen Regierung, die doch nichts sein kann als eine bürgerliche Regierung, oder aber im Eintritt der Kommunisten in ein Koalitionskabinett mit den Sozialdemokraten ...

Der Einwand, daß die Ablehnung einer Unterstützung zur Bildung einer Großen Koalition und zum Stillstand der Zersetzung der SPD in Sachsen geführt hätte, ist falsch. Entweder ist die Situation allgemein revolutionär, dann hätten die sächsischen sozialdemokratischen Arbeiter ihre rechten Führer, die gegen den Willen der Mitgliedschaft in die Koalition gehen, verlassen. Oder aber die Situation macht unmittelbare revolutionäre Machtkämpfe unwahrscheinlich. Dann stärken wir durch unsere Unterstützung nur die Illusion, als ob der Klasseninhalt des tatsächlichen Staates sich geändert habe, weil ‚Arbeiter‘ als Minister an seiner Spitze stehen. Wir hemmen so die Zersetzung der SPD im Reichsmaßstabe, weil uns gesagt werden wird: Ihr unterstützt dort: die SPD, wo die ‚Sache ernst wird‘ (während faktisch nichts ‚ernst‘ ist).“

Genossen werden mir antworten, daß ich den Unterschied der Situation von 1923 und von 1925 übersehe. Ich führe die Zitate aber nur insofern an, als in ihnen eine grundsätzliche Ablehnung der Unterstützung oder Duldung selbst einer sozialdemokratischen Regierung zum Ausdruck kommt. In dem letzten Zitat wird ausdrücklich die Unterstützung einer sozialdemokratischen Regierung auch in flauen Situationen, wo unmittelbare revolutionäre Machtkämpfe unwahrscheinlich sind, grundsätzlich als Stärkung sozialdemokratischer Illusionen verworfen.

Vielleicht wird man hier einwenden, daß zwischen Duldung und Unterstützung ein großer Unterschied bestände. Ich überlasse dies Thema den politischen Philologen und begnüge mich, Lenin über die Zulässigkeit von – Bündnissen mit bürgerlichen Parteien sprechen zu lassen:

„Noch vor der Entstehung des Bolschewismus hat die die Redaktion, der ‚Iskra‘ (zu der Plechanow, Axelrod, Sassulitsch, Martow, Potressow und ich gehörten) ein förmliches politisches Bündnis (freilich nicht für lange) mit Struve, dem politischen Führer des Liberalismus geschlossen, zu gleicher Zeit verstand sie es, einen unaufhörlichen, schonungslosen, ideologischen [83] und politischen Kampf gegen den bürgerlichen Liberalismus und gegen die kleinsten Aeüßerungen seines Einflusses innerhalb der Arbeiterbewegung zu führen. Die Bolschewiki haben stets die gleiche Politik fortgesetzt.“ („Kinderkrankheiten“, Ausgabe von Maslow, S. 86-87.)

Es besteht jetzt die große Gefahr, daß die Partei unklar, ohne die Konsequenzen zu übersehen, in eine Taktik hineinstolpert, die nur dann erfolgreich und ohne opportunistische Entgleisungen durchgeführt werden kann, wenn jeder Schritt vorher ernstlich überlegt ist.

Viele Genossen, und nicht nur ultralinke, haben gegen die vom Z.-A. beschlossenen Manöver große Bedenken, weil die Partei völlig unvorbereitet ist und weil die Manöver sehr weit gehen. Nun, den ersten Fehler muß man korrigieren durch eine umso gründlichere Diskussion mit offenem Eingeständnis aller bisherigen Fehler. Vor allem aber muß man den Parteimitgliedern klar machen, daß die jetzigen sehr riskanten Manöver (z. B. das Angebot an die Weimarer Koalition in Preußen)

notwendig worden sind infolge früherer eigener Versäumnisse, früherer Unterlassung von einfacheren, weniger gefährlichen Manövern.

Die Partei hat die Einheitsfronttaktik seit einem Jahre auf politischem Gebiet nicht mehr angewandt – aus Furcht vor ultralinken Stimmungen und aus Furcht, mit Brandler in eine Linie zu kommen. Aber Furcht ist in der Politik stets der schlechteste Beweggrund und führt regelmäßig zu noch größeren Fehlern, die dann umso schwerer zu korrigieren sind.

Jetzt, wo die Partei weiter zurückgeschlagen ist, als in der gleichen Situation bei besserer eigener Taktik notwendig war, muß sie natürlich größere „Kompromisse“ eingehen. Der Geschlagene muß immer teurer zahlen.

Für viele Genossen schien es ein Wesenszug der alten Parteitaktik zu sein, daß die Zentrale jedesmal vor den Zentralausschuß oder den Parteitag mit dem Eingeständnis trat, daß die Partei in dieser und jener Situation Unterlassungen und Fehler begangen habe. Diese Genossen träumten, das sei durch Frankfurt überwunden. Auf dem letzten Zentralausschuß trat indessen auch die in Frankfurt gewählte Zentrale mit dem Bekenntnis auf, daß wir in Preußen und bei der Hindenburg-Wahl Fehler gemacht haben, und auf dem Parteitag wird sie dies Eingeständnis, hoffentlich ergänzt durch die Erkenntnis weiterer früherer Fehler, wiederholen.

Die neue Zentrale glaubte blütenweiß zu sein, wenn sie alle ihre Vorgängerinnen pechrabenschwarz malte. Die Genossen, die das glaubten, sind jetzt begreiflicherweise enttäuscht.

Scholem verkündete auf dem Bezirksparteitag Ostsachsen („Dresdener Arbeiterstimme“ vom 7. April 1925):

„Man wirft der Zentrale vor, die Tradition der Partei zerstört zu haben. Diese Tradition war aber schlecht. Die Periode der Tradition beginnt jetzt.“ (Von der „Arbeiterstimme“ fett gedruckt.)

Das waren törichte Phrasen, und sie rächen sich. In der Politik, auch in der Parteipolitik geht's eben auf die Dauer nicht so, wie mancher Berliner Reisende es sich denkt: „Bescheidenheit ist eine Zier, doch weiter kommt man ohne ihr.“

II.

Der letzte Zentralausschuß brachte zwei Ergebnisse:

1. das Eingeständnis eigener Fehler bei der Preußenfrage und bei der Hindenburg-Wahl, 2. das Bekenntnis zu einer bolschewistischen Manövriertaktik. Der Z.-A. stellte aber keine genauen Untersuchungen an, woher die beiden Fehler kamen, und er gab auch keine Richtlinien für die nächsten Manöver.

Die Zentrale kann nicht die Mitglieder für die Fehler verantwortlich machen, denn in beiden Fragen hat die Zentrale zunächst allein entschieden. Die Fehler beruhen auf einer seit einem Jahre betriebenen starren Politik, die aus Furcht vor Wiederholung von Fehlern der Brandler-Politik überhaupt alle Erfahrungen der Partei über Bord warf. [84] Die Erweiterte Exekutive vom Januar 1924 hat zwar vor diesem Fehler gewarnt, aber praktisch wurde gerade dieser Fehler das A und O der Politik der KPD. Auf dem Frankfurter Parteitag hat auch, wenigstens nach dem Bericht des Vertreters der Exekutive, die jetzige Parteiführung in den Fraktionssitzungen der Linken gegen die Ultralinke angekämpft. Aber Ruth Fischer und Maslow haben im Plenum des Frankfurter Parteitages mehr als einmal versichert, es gäbe keine ultralinke Gefahr, Rechte und Mittelgruppe sähen Gespenster. Nun, nach der jetzigen Darstellung mehrerer Mitglieder der Zentrale haben die Ultralinken die bolschewisierte Parteileitung im letzten Halbjahr an einer richtigen, leninistischen Politik gehindert! Weshalb hat die Zentrale den Kampf nicht früher aufgenommen, ehe Rückschläge eintraten?

Die Zentrale hat immer nur gegen rechte Gefahren gekämpft. Sie betonte, daß abgeschwächte revolutionäre Situationen reformistische und opportunistische Gefahren hervorrufen. Diese Gefahren sind in der Tat sehr groß. Aber gerade nach dem Abebben revolutionärer Wellen gab es immer (schon nach 1848 und besonders in Rußland nach 1905) zwei Gefahren: eine rechtsopportunistische und eine links-liquidatorische. Und das Geniale der Revolutionäre Marx und Lenin bestand gerade

darin, beiden zu entgehen und gegen beide den unerbittlichsten Kampf zu führen. Es widerspräche jeder geschichtlichen Erfahrung, wenn nicht auch jetzt in Deutschland, nach dem Rückschlag der revolutionären Erhebungen von 1918 bis 1920 und nach dem Oktober 1923, beide Gefahren auftreten würden. Die Einwände: „die Partei muß rein, aber klein bleiben“, „die Partei beginnt erst jetzt Erfahrungen zu sammeln“, „in flauen Situationen ist ein Rückgang ganz normal“, „die Arbeiter interessieren sich nur für wirtschaftliche Fragen, sind daher für politische Kämpfe nicht zugänglich“ u. a. entsprechen ganz dieser links-liquidatorischen Stimmung und widersprechen vollkommen der leninistischen Auffassung über die Rolle der Partei.

Wie verwandt Rechts-Opportunismus und Links-Liquidatorentum sind, zeigt sich auch in der Uebertreibung des unrevolutionären Charakters der Situation. Nach 1905 war es geradezu ein Merkmal der Unterscheidung der Bolschewiki von den Menschewiki, daß diese die Revolution für eine im Augenblick begrabene, erst wieder für die weite Zukunft zu erwartende Angelegenheit erklärten, während die Bolschewiki die Nähe der Revolution und die ständige, ununterbrochene Vorbereitung für die Revolution propagierten. Heute gefallen sich manche Linke darin, die Situation möglichst schwarz zu schildern, um ihre eigene Untätigkeit und Unfähigkeit zu entschuldigen.

Diese ganze Entwicklung ist seit dem Winter 1923-24 vollkommen klar. Aber die Zentrale schlug alle Warnungen der Genossen in den Wind, die auf diese Gefahr aufmerksam machten, beschuldigte sie des Opportunismus und solidarisierte sich darin mit den Ultralinken. Diese Solidarisierung übt die Parteimehrheit trotz mancher Kritik im Einzelnen auch noch heute – nicht nur gegenüber Angriffen auf Brandler. Die gegenseitigen Schwüre der Linken und Ultralinken auf dem letzten Z.-A. wie eine Mauer gemeinsam gegen jeden Kritiker und Warner zu stehen, waren deutlich genug, und die Nichtdurchführung der Beschlüsse der Erweiterten Exekutive in bezug auf die Heranziehung „oppositioneller“, nicht linksfraktioneller Genossen sprechen die allen verständlichen Sprache der Tatsachen.

Diese Uebereinstimmung der Linken mit den Ultralinken zeigt sich weiter in dem Ausweichen vor den Konsequenzen der Beschlüsse des Z.-A. Die Thesen des Z.-A. beschäftigen sich nur mit dem Manövrieren im allgemeinen und mit zwei konkreten Manövern, von denen das eine (Hindenburg-Wahl) überholt ist. Dagegen sagte der Z.-A. kein Wort über die Haltung der Partei zu den aktuellen wirtschafts- und sozialpolitischen Fragen (Zölle, Steuern usw.).

[85] Ich unterbreitete dem Z.-A. einen Zusatzantrag zu dem Abschnitt „Unsere Aufgaben“ (in der Resolution des Z.-A.), der aber von der Redaktionskommission einstimmig abgelehnt wurde. Es heißt darin u. a.:

„... Alle politischen, wirtschaftlichen und sozialen Fragen stehen heute im engsten Zusammenhange mit der Durchführung des Dawes-Paktes. Je größer im Laufe der nächsten Jahre die Reparationszahlungen werden, desto brennender wird für die Partei eine Taktik, um die Massen einschließlich der Kleinbauern, Kleinrentner usw. zu mobilisieren; diese Taktik darf nicht opportunistisch sein durch eine auch noch so verschleierte Anerkennung des Dawes-Planes. Sie darf nicht abstrakt und daher wirkungslos sein durch das bloße Aussprechen der Formel: ‚Verwerfung des Dawes-Planes‘. Die Partei muß die Frage: ‚Was soll die Arbeiterschaft heute und morgen gegen die Lasten des Dawes-Gutachtens tun?‘, konkret-revolutionär beantworten. Die Antwort muß sein: Abwälzung aller Lasten auf die Bourgeoisie! Diese Losung muß die Sammellosung zum Kampfe aller werktätigen Schichten gegen die Bourgeoisie werden. Auf diesem Boden kann der Schwindel von der gerechten Lastenverteilung zerstört und die SPD praktisch entlarvt werden. Auf diesem Boden können die breiten Schichten des Kleinbauerntums dem Einfluß der Junker entrissen werden ...

Führt die Partei den Kampf gegen den Dawes-Plan unter der Sammellosung ‚Abwälzung aller Lasten auf die Bourgeoisie‘, und verbindet sie alle Teilforderungen mit der Forderung der Sozialisierung, dann ist mit dieser Sammellosung auch die Machtfrage gestellt: Die Bourgeoisie muß alle Lasten tragen, das Proletariat muß dafür auf allen Gebieten kämpfen, und man muß die Bourgeoisie, die sich weigert, die Lasten zu tragen, vernichten und die Herrschaft der Werktätigen errichten. Die Propaganda der Diktatur des Proletariats läßt sich in dieser Weise lebendig mit der konkreten Mobilisierung der Massen zur Abwälzung aller Lasten auf die Bourgeoisie verbinden.“

Niemand kann darüber im Zweifel sein, daß der Kampf gegen Zölle und Steuern ebenso wichtig ist wie der gegen die monarchistische Gefahr, und daß den Arbeitern der demagogische Scheinkampf

der SPD durch eigenes geschicktes Verhalten klar gemacht werden muß. Schon heute ist die Partei gegenüber den raffinierten, zähen Methoden der SPD in der Zoll- und Steuerfrage im Rückstand. Die Partei muß rechtzeitig vor neuen Versäumnissen gewarnt werden, auch wenn wiederum Linke und Ultralinke gemeinsam auf den angeblichen Opportunismus dieser Forderungen dreinschlagen und die Zentrale die organisatorischen „Schlüsse“ daraus ziehen sollte. Die Beschlüsse des Z.-A. haben nur dann Wert, wenn sie ihre konkrete Anwendung auf die aktuelle Situation finden. Ich schlage deshalb vor ein Angebot an die Gewerkschaften zum Zwecke gemeinsamer Aktionen (beginnend mit Versammlungen, Demonstrationen) gegen die Zoll- und Steuerbelastung. Das Ziel muß dabei die Bildung gemeinsamer lokaler Komitees von KPD und Gewerkschaften sein. Die Verbindung der Partei mit den Gewerkschaften, auf die Genosse Stalin mit Recht so großes Gewicht legt, wird erst dann erreicht werden, wenn die bisher mehr organisatorisch geführte gewerkschaftliche Einheitskampagne einen sozial- und wirtschaftspolitischen Inhalt erhält. Vielleicht ist es zweckmäßig, an einzelnen Orten von vornherein oder im Verlaufe der Kampagne ähnliche Aufforderungen an die SPD zu richten.

Ich möchte hier einfügen, daß ein Erfolg der antimonarchistischen Propaganda nur dann zu erwarten ist, wenn sie sich nicht auf parlamentarische Aktionen beschränkt. Mir scheint daher eine Ausdehnung der Einheitsfrontkampagne im Kampfe gegen Monarchie und Faschismus in der Form zweckmäßig, daß der Rote Frontkämpfer-Bund sich an lokale proletarisch zusammengesetzte Reichsbannerorganisationen mit dem Vorschlage gemeinsamer Demonstrationen gegen die Monarchisten und Störung faschistischer Demonstrationen wendet.

Zur richtigen Durchführung des Manövers gehört auch die Ueberlegung aller Konsequenzen und eine möglichst genaue Formulierung der Angebote. Manche Formulierungen in Reden und Artikeln waren schon in der letzten Zeit so salopp, daß sie leicht den Widerstand gegen Manöver überhaupt stärken konnten. So erklärte Genossin Ruth Fischer in ihrer Reichstagsrede („Rote Fahne“ vom 20. Mai 1925):

„Wenn Sie unserem Mißtrauensantrag gegen die Regierung Luther zustimmen und eine Regierung gegen Hindenburg und die Monarchisten bilden, die die monarchistischen Beamten beseitigt und durch gute Republikaner ersetzt, wenn Sie die Reichswehr auflösen und die politischen Gefangenen freilassen, wenn Sie die Steuern auf Klöckner und Stinnes statt auf die Arbeiter legen, so versichern wir Ihnen, daß wir dann nicht gegen Ihre Regierung (d. h. die Volksblockregierung der Reichsbannerparteien, E. M.) sein werden.“

[86] In dieser Formulierung fehlt die von Lenin als notwendig für die Zulässigkeit jedes Kompromisses betrachtete unerbittliche Kritik an den bürgerlichen Parteien, denen man ein Bündnis anbietet. Die Formulierung läßt auch das außer acht, was Lenin in den „Kinderkrankheiten“ anlässlich der Ankündigung, der „loyalen Opposition“ durch die Rumpfzentrale des Spartakus-Bundes im Kapp-Putsch 1920 geschrieben hat.

Alle diesen kleinen und großen Fehler der Anwendung der Taktik der Einheitsfront müssen überwunden werden, ohne die rechtzeitige, konsequente Durchführung dieser Taktik aufzugeben.

*

Meyers politischer Musterkoffer.

Von Hermann Remmele.

Oberflächlich betrachtet, scheint die unsystematische „Kritik“ des Genossen Ernst Meyer an der Politik der Partei, das Zusammentragen und Gegenüberstellen von allerlei Zitaten und Bemerkungen, als ein kleinliches unfruchtbares Beginnen, hinter dem sich scheinbar nur Verstimmung und Kritikasterei verbirgt. In Wirklichkeit steckt hier viel mehr dahinter und zwar:

1. Vollkommene Verkennung der geschichtlichen Entwicklung der revolutionären Vorhut des deutschen Proletariats von der opportunistischen, radikal-sozialistischen Bewegung zum bewußt revolutionären, bolschewistischen Vortrupp.
2. Vollkommene (und nach zweijähriger Ueberlegungszeit hoffnungslose) Unkenntnis der Ursachen, die zum Oktoberzusammenbruch führten.

3. Damit das weitere Verharren in der Parteiideologie, wie sie die Partei bis zum Oktober 1923 beherrschte.
4. Trotz des vielen Lenin-Zitieren, hoffnungsloses Mißverstehen der leninistischen revolutionären Strategie und damit der von dieser Strategie abzuleitenden Parteitaktik.
5. Hoffnungsloser Opportunismus.

Im nachfolgenden werde ich die fünf Punkte zu beweisen haben. Eins vorweg: Meyer kritisiert zunächst die Thesen des Frankfurter Parteitages und behauptet, daß diese Thesen „unklar“ seien. Das ist in der Tat so! Meyer gehörte auf dem Frankfurter Parteitag, gleich mir, der Mittelgruppe an. Ueber diese Mittelgruppe sagen die Parteitagsthesen: „Sie (die Mittelgruppe) zeigte eine gewisse Entwicklungstendenz der Partei an.“ „Die Mittelgruppe hat nach dem November erst eine zögernde, dann eine etwas schnellere Entwicklung nach links genommen.“ (Parteitagsprotokoll S. 272).

Als Maslow das schrieb, hat er bestimmt nicht an den Genossen Meyer gedacht, sonst hätte er diesen Satz zweifellos „klarer“ formuliert. Das war ein „Mangel“ der Linken.

Daß aber damals schon die Mittelgruppe, d. h. die ersten der aus der Brandlerfront ausbrechenden Mitglieder der Zentrale, die die Väter der Mittelgruppe waren, die obige Analyse der Linken rechtfertigten, beweist die Geburtsurkunde der Mittelgruppe, die Anfang November 1923 von mir verfaßt wurde. Diese Urkunde war der Brief an den Genossen Sinowjew, als Antwort auf seinen Brief an die Zentrale über das sächsische Experiment. Das Kernstück dieses Briefes war der Nachweis, daß die sächsische Regierungsbeteiligung eine „banale parlamentarische Komödie“ war, die mit revolutionärer Strategie nichts gemein hatte. Mit diesem Brief waren wir an die Seite der Linken getreten und es ist äußerst interessant, daß just Meyer gerade mit den gleichen Argumenten in seinem vorstehenden Aufsatz polemisiert, mit denen Brandler seinerzeit den Linken und dem Briefe der Mittelgruppe entgegengetreten ist. Ist das ein bloßer „Zufall“? [87]

Zunächst versucht Genosse Meyer, die in der Periode vom Frankfurter Parteitag bis zur Hindenburg-Wahl eingeschlagene Taktik der Partei in der Preußenpolitik, auf die „Unklarheiten der Frankfurter Beschlüsse zur Taktik (Parteitagprotokoll S. 370 u. f.) zurückzuführen. Er unterläßt es wohlweislich, die konkreten Stellen dieser angeblichen „Unklarheit“ anzuführen und ihnen die „klaren“ Thesen der Mittelgruppe entgegen zu setzen. Das ist auch nicht das Entscheidende. Worauf es Meyer ankommt, ist die Betonung: Seht ihr lieben Genossen! Wir (die Mittelgruppe) deren geistigen Kopf und ausdauernder Kämpfe, ich Ernst Meyer bin, wir haben Recht behalten. Die Partei kehrt heute zu dem zurück, was ich, Ernst Meyer, schon in Frankfurt vorgeschlagen habe. Alle Niederlagen und Irrwege wären euch, ihr armen verführten dummen Teufel, erspart geblieben, wenn ihr mir, Ernst Meyer, schon in Frankfurt gefolgt wäret. Ernst Meyer sieht nicht, daß das, was er für eine „Rückkehr“ zu den „alten bewährten Traditionen“ ansieht, in Wirklichkeit gar kein Rückmarsch sondern Vormarsch auf sehr höherer Stufenleiter ist.

Selbst, wenn Ernst Meyer recht hätte, daß der Weg der Partei falsch gewesen sei, weil die Beschlüsse in Frankfurt „unklar“ waren, so zeigt doch diese Betrachtungsweise von einer solchen Ignoranz der marxistisch-leninistischen Erkenntnis über das Wesen des Heranwachsens eines revolutionären Vortrupps des Proletariats, wie sie schlechterdings nicht mehr überboten werden kann. Das notwendigste über dieses Thema habe ich in meinem Aufsatz: „Von Frankfurt bis Berlin“ im gleichen Hefte gesagt.

Aber Ernst Meyer hat mit seiner Behauptung nicht recht. Er hat auch nicht einen einzigen Punkt über diese angebliche „Unklarheit“ angeben können. An einem Punkt weisen die Thesen von Frankfurt scheinbar eine andere Haltung auf, als die, die heute bezogen wird. Es ist jener Punkt wo von der Einheitsfront gesprochen wird. Dort heißt es unter dem Kapitel „Revolutionäre Einheitsfront von unten.“ „2. Für Deutschland hat die Moskauer Konferenz als taktische Formel die Formel der revolutionären Einheitsfront von unten gegeben.“ (Parteitagsprotokoll S. 376.). Für jene Periode nach dem Oktober war diese Formel durchaus richtig und nach Lage der damaligen Verhältnisse die einzig mögliche Formel. Wurden damit die übrigen Möglichkeiten der Einheitsfront etwa abgeschworen? Durchaus nicht. Ich habe schon in meinem Aufsatz nachgewiesen, daß Maslow, der bei dieser Formel

in Moskau mitgewirkt hat, mitten im Kampf um die richtige Methode der Einheitsfront, damals auch die Einheitsfront von oben genau so grundsätzlich anerkannt hat, wie die Einheitsfront von unten. Es kommt hierbei immer darauf an, in welcher Kombination die verschiedenen möglichen Formeln anwendbar und möglich sind. Nach dem Oktober war die Partei geschlagen, ihre Reihen desorientiert, das Vertrauen zur Führung stand auf dem Nullpunkt, das Proletariat war irritiert und steuerlos, die Bourgeoisie warf sich mit ganzer Kraft auf die revolutionäre Vorhut, die bürgerliche Gesellschaft bildete einen festen, einheitlichen Block von den Sozialdemokraten bis zu den Deutschnationalen, galt es doch, den gemeinsamen Feind niederzuwerfen: die drohende soziale Revolution und ihren Träger den Kommunismus. Die feindlichen Reihen zeigten in dieser aggressiven Kampfesstellung gegen uns wenig Risse und Gegensätze, die Todfeindschaft der feindlichen Lager zeigte eine tiefe Kluft, die keine Berührungspunkte zur Ausnutzung der Gegensätze im gegnerischen Lager aufwies, in dieser Situation blieb als einzige Möglichkeit des Lavierens und Manövrierens nur die Einheitsfront von unten. Das hatte die Moskauer Konferenz klar erkannt und „für Deutschland“ in dieser Situation die „Einheitsfront von unten“ als die Methode zunächst bestimmt.

Heute aber ist die Situation eine wesentlich andere. Heute, wo sich die Bourgeoisie nicht unmittelbar von der sozialen Revolution bedroht fühlt, [88] treten die inneren Gegensätze im bürgerlichen Lager mit einer solchen Schärfe zu Tage wie selten zuvor. Der Dawes-Pakt, der Eintritt der Deutschnationalen in die Reichsregierung, der auf die Dauer ganz unmögliche Zustand einer rechtsgerichteten Reichsregierung und einer Volksblockregierung in Preußen, die nationale Frage in der deutschen Außenpolitik, der Garantiepakt, die Entwaffnungsnote, die Völkerbundfrage, der wirtschaftliche Kampf der verschiedenen Interessengruppen innerhalb der Bourgeoisie um die Steuern und Zölle, der Kampf um die Aufwertung, der politische Kampf um Volksblock, Reichsblock und Volksgemeinschaft, der Kampf um Monarchie oder Republik, alle die Fragen brachten nicht nur eine Verschärfung der Gegensätze zwischen den einzelnen Parteien, sondern zugleich einen heißen Kampf der verschiedensten Interessengruppen innerhalb der Parteien selbst. In allen Parteien geht ein Kampf um die Führung, um die Vormachtstellung. Kabalen und Intrigen spinnen ihre Fäden und alle Augenblicke kommt es da und dort zur Explosion. Und diese vollkommen veränderte Situation sollen wir nicht ausnutzen? Die Vorteile, die sich daraus für uns ergeben, nicht beachten?

„Einen mächtigeren Feind besiegen, kann man nur unter größter Anspannung der Kräfte und bei unbedingter, sorgsamer, vorsichtiger, geschickter Ausnutzung wie eines jeden – wenn auch des kleinsten – ‚Risses‘ zwischen den Feinden, eines jeden Interessengegensatzes zwischen der Bourgeoisie innerhalb der einzelnen Länder – so auch einer jeden – wenn auch des kleinsten – Möglichkeit, sich einen Verbündeten zu erwerben, wenn auch nur einen zeitweiligen, schwankenden, unbeständigen, unzuverlässigen, bedingte. Wer das nicht begriffen hat, der hat auch nicht einen Gramm von Marxismus und vom wissenschaftlichen, heutigen ‚zivilisierten‘ Sozialismus überhaupt begriffen. Wer nicht praktisch während einer ziemlich bedeutenden Zeitspanne und in ziemlich verschiedenartigen politischen Lagen erwiesen hat, daß er es versteht, diese Wahrheit in der Praxis anzuwenden, der hat noch nicht gelernt, der revolutionären Klasse in ihrem Kampf um die Befreiung der ganzen werktätigen Menschheit von den Ausbeutern zu helfen.“

(Lenin „Kinderkrankheiten“ erste Ausgabe S. 59.)

Seite 72 bis 73 derselben Schrift sagt Lenin:

„Die Uneinigkeiten zwischen den Churchill und Lloyd George (diese politische Typen gibt es in allen Ländern) einerseits, und darauf zwischen den Henderson und Lloyd George andererseits, sind ganz unwichtig und geringfügig vom Standpunkt des reinen, des abstrakten, d. h. des für die praktische politische Massenaktion noch nicht reifen Kommunismus. Aber vom Standpunkt dieser praktischen Aktion der Massen sind diese Uneinigkeiten äußerst wichtig. In ihrer Abwägung, in der Bestimmung des Augenblicks der vollen Reise der unter diesen ‚Freunden‘ unvermeidlichen Konflikte, die alle diese ‚Freunde‘ insgesamt schwächen und entkräften – besteht die ganze Aufgabe des Kommunisten, der nicht nur ein bewußter, überzeugter, illegaler Kommunist, sondern auch ein praktischer Führer der Massen in der Revolution sein will. Man muß die strengste Hingebung für die Ideen des Kommunismus mit dem Vermögen vereinigen, auf alle notwendigen, praktischen Kompromisse, Lavieren und Paktieren, auf Zickzacklinien, Rückzüge und dergl. einzugehen, um die Verwirklichung und Ueberwindung der politischen Macht der Henderson (der Helden der II. Internationale, um nicht die Namen der einzelnen Personen, der Vertreter der kleinbürgerlichen Demokratie, die sich Sozialisten nennen, anzuführen) zu beschleunigend der die Massen gerade in unserm Geiste, gerade in der Richtung zum

Kommunismus aufklärt: um unvermeidliche Reibungen, Streitigkeiten, Konflikte, den vollen Zerfall zwischen den Henderson, Lloyd George, Churchill (den Menschewiki und Sozialrevolutionären, Kadetten, Monarchisten, der Scheidemann-Bourgeoisie, Kapp usw.) zu beschleunigen und um richtig den Augenblick des größten Zerfalls zwischen allen diesen ‚Streitereien über den heiligen Privatbesitz‘ zu wählen, um durch einen entschlossenen Angriff des Proletariats alle zu schlagen und die politische Macht zu erobern.“

Diese Zitate zeigen uns deutlich genug, um was es sich bei der Anwendung der Einheitsfronttaktik handelt. Stärkung unserer eigenen Positionen, Schwächung, Zerschlagung der Machtpositionen des Gegners, gleichgültig, ob des Henderson, des Loyd George oder des Churchill. War das auch die Auffassung in der Brandlerzentrale? Durchaus nicht. Dort glaubte man mit der Einheitsfronttaktik den Henderson, oder auf deutsche Verhältnisse angewendet, Scheidemann für die Revolution zu gewinnen. Die Sozialdemokratie war doch keine bürgerliche Partei wie die Deutschnationalen, sondern sie war nach der Ansicht des Leipziger Parteitages „auch eine Arbeiterpartei, die man zwingen muß vom linken Flügel der Bourgeoisie abzutreten und auf den rechten Flügel des Proletariats zu kommen“. Hier liegt der grundsätzliche, der prinzipielle Unterschied zwischen „Einheitsfronttaktik“ und Einheitsfronttaktik.

[89] Die Moskauer Vorkonferenz zum Frankfurter Parteitag und der Frankfurter Parteitag, haben diesen Unterschied klar aufgezeigt und die Thesen dieser beiden haben scharf umrissen, was unter Einheitsfronttaktik zu verstehen ist.

„Die fehlerhafte Durchführung der Einheitsfronttaktik, insbesondere im Anfang in einer Reihe von Ländern, bedeutet nicht, daß die Taktik selbst falsch ist. Die Einheitsfronttaktik ist lediglich eine revolutionäre Methode der Agitation und Mobilisation der Massen. Jede andere Auslegung ist opportunistisch und muß von der Komintern bekämpft werden.“

Und hierzu sagen alldann die Frankfurter Thesen:

„Damit sind die Auffassungen des Leipziger Parteitages endgültig liquidiert. Die Partei muß jene Auffassungen bis in die untersten Zellen hinab ausrotten, damit auch nicht eine Spur jenes opportunistischen Geistes übrig bleibt, der zur sächsischen Politik geführt hat.“ (Parteitagprotokoll S. 376.)

II.

Ich glaube, daß diese wenigen Stellen genügen, um klar zu zeigen, worauf es ankommt. Freilich für Meyer sind diese Thesen zu „unklar“. Ob das an den Thesen liegt oder an dem Genossen Meyer, mußte die Geschichte erweisen und die hat gezeigt: Neunundneunzig Prozent der Gesamtpartei hat die Thesen begriffen, ein Prozent nicht, darunter der Genosse Meyer, also liegt der Mangel nicht an den Thesen, sondern an dem Genossen Meyer.

So lange der Genosse Meyer den entscheidenden Punkt bei Anwendung der Einheitsfronttaktik nicht begriffen hat, muß die von ihm propagierte „Einheitsfronttaktik“ stets zu opportunistischen Schweinereien führen. Seine krampfhaften Bemühungen als vermeintlicher Hüter des Kapitals der „revolutionären Taktik“, graduelle Unterschiede in den Formen und äußerlichen Erscheinungen der Einheitsfront bzw. der Manöver zu konstruieren, beweist, daß er den entscheidenden Punkt nicht begriffen hat.

Daß Meyer den grundsätzlichen Gegensatz der Einheitsfronttaktik der Brandlerperiode und der Einheitsfronttaktik wie sie der Frankfurter Parteitag beschlossen hat nicht begriffen hat, zeigt er in jeder Zeile seines Aufsatzes. Sehr scharf tritt das aber bereits zu Anfang beim Beginn des zweiten Absatzes hervor. Dort „entdeckt“ er die furchtbare Ungeheuerlichkeit, daß Vertreter der Zentrale keinen prinzipiellen Unterschied machen wollen zwischen „der Duldung einer bürgerlich-sozialdemokratischen Koalitionsregierung, Ministerwahlen und Etatsabstimmungen“. Die „Duldung“ ist nach Meyer „grundsätzlich erlaubt“ und „nicht opportunistisch“, die Ministerwahl und die Etatszustimmung hingegen ist „opportunistisch und nicht erlaubt.“ Das ist die typische alte sozialdemokratische Vorkriegsideologie, die nicht das Wesen, den inneren Gehalt des Opportunismus, sondern die äußeren Erscheinungen, die in einer durch und durch opportunistischen Bewegung zutage tretenden besonderen Auswüchse als den Opportunismus ansah. Meyer sieht nicht, worin der Opportunismus besteht

und sucht aus diesem Grunde irgendwo Grenzen, wo es keine Grenzen gibt. Ich rate ihm, auch hier wieder Lenin, den er ach so oft zitiert, ohne ihn zu begreifen, zu lesen, gerade wieder in den Kinderkrankheiten, was dort über seine, Meyers, Grenztheorie, gesagt ist.

„Naive and ganz unerfahrene Leute nehmen an, es genüge, die Zulässigkeit von Kompromissen überhaupt anzuerkennen, um jede Grenze zwischen dem Opportunismus, gegen den wir einen unversöhnlichen Kampf führen und führen müssen, und dem revolutionären Marxismus oder Kommunismus verwischen. Aber solchen Leuten, wenn sie noch nicht wissen, daß Grenzen, wie in der Natur, so auch in der Gesellschaft beweglich und bis zu einem gewissen Grade bedingt sind, ist nichts anders zu helfen, als durch Unterricht, Erziehung, Aufklärung, politische Erfahrung und Lebenserfahrung. In den praktischen Erfahrungen eines jedes Einzelnen oder im spezifischen historischen Augenblick ist es notwendig, diejenigen Fragen herauszufinden, in denen die wichtigste Art der unzulässigen, verräterischen, den für die revolutionäre Klasse verderblichen Opportunismus verkörpernden Kompromisse zum Ausdruck kommt, und ihrer Enthüllung, dem Kampfe mit ihnen alle Kräfte zuzuwenden.“
(„Kinderkrankheiten“, erste Ausgabe S. 48.)

Das ist zwar ein bißchen grob, aber jedenfalls doch nicht „unklar“.

[90] Diese Unkenntnis der Dinge, das Nichtbegreifen des Unterschiedes einerseits der leninistischen revolutionären Strategie, die auf den leninistischen Theorien über den Imperialismus und der von Marx übernommenen und ergänzten Staatstheorie Lenins, auf der aus diesen Theorien schärfer herausgebildeten Klassenlehre und Gesellschaftslehre beruht, und andererseits der alten sozialdemokratischen oberflächlich-parlamentarischen Parteibewegungserscheinungen und der daraus gefolgerten Anschauungen über Bündnisse und Bündnispolitik führt den Genossen Meyer in eine Ideologie, die schlechterdings mit den Grundanschauungen der heutigen kommunistischen Bewegung nichts gemein haben. Nur so ist zu begreifen, daß er in seinem Aussage Zitate der ehemaligen Linken, der heutigen Parteiführung, aus ihrem Kampfe gegen den Brandlerismus anführt, die heute noch so berechtigt sind wie damals, wenn es sich darum handelt, das, was damals bekämpft werden mußte: die falsche Anwendung der Einheitsfronttaktik. Die Polemik mit diesen Zitaten beweist, daß Meyer den Unterschied der Brandlerischen Einheitsfronttaktik und der, wie sie durch den Frankfurter Parteitag festgelegt wurde, immer noch nicht begriffen hat. Naiv und gottergeben doziert Meyer: Die Brandlerzentrale hat Einheitsfronttaktik mit den Sozialdemokraten gemacht, die Ruth-Fischer-Zentrale macht Einheitsfronttaktik, ergo macht Ruth Fischer genau dieselbe Politik wie Brandler! Amen!

III.

Köstlich wird Meyer, wo er glaubt feststellen zu müssen, daß inzwischen, „erfreulicherweise“ die Genossin Ruth Fischer die grundsätzlichen Unterschiede zwischen „der jetzigen Form der Unterstützung einer sozialdemokratischen Minderheitsregierung und der Wahl eines sozialdemokratischen Ministerpräsidenten und dem Eintritt von Kommunisten in eine sozialdemokratische Regierung“ „entdeckt“ hat. Natürlich bestehen zwischen diesen verschiedenen Formen der Kompromisse nur graduelle Unterschiede und keine grundsätzlichen. Wie wir oben gezeigt haben, bestehen die Grundsätze der leninistischen Kompromisse auf einem ganz anderen Gebiete, wo sie natürlich Meyer nie finden wird, weil ihm diese Gebiete fremd sind, wie er ja durch seine Ausführungen selbst beweist. Das, was in einer bestimmten, konkreten, historischen Situation an Kompromissen zulässig und notwendig ist, ist in einer anders gearteten Situation unzulässig und falsch. Das Entscheidende bei solchen Kompromissen ist natürlich immer, unter welchen Voraussetzungen und Möglichkeiten zur Schwächung des Gegners, der Kräftesammlung und Steigerung der eigenen Reihen, unter welchem Kräfteverhältnis und wenn das alles gegeben ist dann als Hauptsache mit welcher theoretischen Klarheit und prinzipiellen Festigkeit, vor allem in der Frage des Staates, solche Kompromisse eingegangen werden. Ein konkretes Beispiel wie das zu verstehen ist, dazu möge der Genosse Meyer die Frankfurter Thesen, Parteitagsprotokoll S. 377 nachlesen, was dort in den Kapiteln „Bolschewistische Methoden der Einheitsfront“ und den nachfolgenden, gesagt ist.

Das ist ja das bezeichnende des Opportunismus, daß er eine abstrakte Grenze in der graduellen Steigerung der Kompromisse sucht, also nur das Aeußerliche der Kompromisse sieht, und den konkreten Inhalt, den besonderen Charakter derselben nicht erkennt.

Ist es nicht geradezu amüsan, daß Meyer hier ein Kunststück fertig bringt, das Lenin als unmöglich ansieht? Vielleicht liegt hier der Mangel an Lenin, den Meyer mit seinen Fähigkeiten übertrifft. Lenin wiederholt mehr denn einmal in seinen Schriften, daß man für das Manövrieren, für Kompromisse, für Paktieren, eben für die revolutionäre Taktik keine Schablone schaffen könne. Er wiederholt immer wieder, daß man für die revolutionäre Taktik kein Schema, keine Gesetze, kein Regulativ und keine Skala aufstellen kann.

[91] „Es versteht sich, in der Politik, wo es sich um äußerst komplizierte – nationale und internationale – Wechselbeziehungen zwischen den Klassen und den Parteien handelt, wird es sehr viele Fälle geben, als die Frage gerechtfertigten Kompromiß beim Streik oder des verräterische Kompromisses des Streikbrechers, des verräterischen Führers usw. Ein derartiges Rezept oder eine solche allgemeine Regel zu verlassen, die auf alle Fälle paßt, das ist eine Absurdität. Man muß einen eigenen Kopf auf den Schultern haben, um sich in jedem einzelnen Falle zurechtzufinden. Darin besteht u. a. die Parteidisziplin und der Parteiführer (der diesen Titel verdient), um durch langwierige, beharrliche, verschiedenartige, allseitige Arbeit aller denkenden Vertreter der gegebenen Klasse, die notwendige Erfahrung, den notwendigen – außer Wissen und Erfahrung – politischen Instinkt, auszuarbeiten, und komplizierte Fragen schnell und richtig zu lösen.“

(„Kinderkrankheiten“, erste Ausgabe S. 48.)

Meyer aber sagt uns in seinem Aufsatz, ganz genau im Voraus und für alle Zeiten, welches Kompromiß „groß“ und „klein“ ist, welches eingegangen werden kann und welches nicht, ganz gleichgültig, wie die Situation ist und welche Begleitumstände in Frage kommen. Als richtiggehender alter „Fachmann“ öffnet er einfach seinen Musterkoffer, legt seinen Preiskurant vor, gibt uns für jede einzelne Ware seine Empfehlungen, schön sortiert nach „Opportunismus“, der „nicht zu empfehlen“ ist und dauerhafter, echter wasserdichter Ware der revolutionären Zuverlässigkeit, die natürlich „sehr warm empfohlen“ ist usw. und dann bitte: wähle. Das ist doch famos! Das was Lenin so viel Sorge, Mühe, Grübeln kostet, das löst Ernst Meyer im Handumdrehen nur so im Vorbeigehen. Ein Tausendsassa! Nur hat diese Musterkofferkollektion so verflucht viel Aehnlichkeit mit den Kollektionen der Otto Bauer, Hilferding, Snowden usw., die da auch sagen: Kompromiß ist Kompromiß, gleichgültig, wer es macht und wem es dient; kann Lenin Kompromisse schließen, warum sollten wir es nicht dürfen? Diese Uebereinstimmung ist bedenklich, sonst könnte man ganz zufrieden sein mit einer solch famosen Einrichtung.

Nur so und nicht anders ist auch die wertere Polemik des Genossen Ernst Meyer zu begreifen, die er führt mit der Aufführung der Thesen zum Bezirksparteitag im Ruhrgebiet und des Berliner Zentralvorstandes aus dem Jahre 1923. Wie vollinhaltlich jene Resolutionen berechtigt waren, bewies die Geschichte des Oktober. Das ist aber für Meyer Luft, es paßt eben nicht in die Musterkollektion. Meyer ist bis heute noch nicht dahintergekommen, daß der Eintritt in die sächsische Regierung nicht geschah nach den leninistischen Grundsätzen, um die bürgerliche Staatsordnung zu zerschlagen und an ihre Stelle die proletarische Staatsordnung zu organisieren, sondern daß sie geschah mit dem Plane, auf „gesetzlichem“ Wege mittels des bürgerlichen Machtapparates, die Herrschaft des Proletariats aufzurichten zu wollen, das heißt, den bürgerlichen Staat in einer revolutionären Situation zu stabilisieren und zu konservieren. Die eingangs erwähnte „banale parlamentarische Komödie“ hat Meyer immer noch nicht begriffen. Das Zitieren jener beiden Resolutionen beweist, wie weit Meyer noch davon entfernt ist, den Oktober 1923 zu kapieren.

IV.

Der Musterkoffer des Genossen Ernst Meyer hat noch ein paar Fächer. Eines enthält schön säuberlich geordnet die verschiedenen Muster für „Linke“, „Ultralinke“, eine andere Richtung gibt's innerhalb der KPD Gott sei Dank nicht, so daß sich Ernst Meyer hierfür keine Muster anzuschauen braucht. Aber in derselben Abteilung finden wir noch eine andere Kollektion, nämlich die „zwei großen Gefahren“: „eine rechts-opportunistische“ und „eine links-liquidatorische“. „Das Geniale der Revolutionäre Marx und Lenin besteht gerade darin, beiden zu entgehen und gegen beide den unerbittlichsten Kampf zu führen“, meint Ernst Meyer. Und das Geniale des Genossen Ernst Meyer besteht darin, daß er eigenartigerweise nur die ultralinken Tendenzen als liquidatorisch anspricht. Das tut er nicht nur einmal, sondern das ist bei ihm ein stehender Sprachgebrauch. Aber gerade die Geschichte der KPD

zeigt, daß es die rechtsopportunistischen Tendenzen waren, die innerhalb der KPD zum offenen Liquidatorentum geführt haben.

Nun das nächste Fach: Zunächst wird kritisiert, daß die Zentrale bzw. die Linken aus Furcht vor den Ultralinken den Konsequenzen der Beschlüsse [92] des Zentralausschusses ausweichen. So beschäftigten sich angeblich die Thesen des Mai-Zentral-Ausschusses nur mit dem Manövrieren im allgemeinen, und nur zwei konkrete Fälle würden angeführt. Also Meyer vermißt hier die fertigen Muster aus seiner Kollektionssammlung. So muß nach Auffassung des Genossen Meyer in solchen Beschlüssen festgelegt werden, welche Formen und welche Arten von Manövern, Kompromissen, Pakten, Offenen Briefen usf. usf. genau vorgeschrieben mit Stunde und Tag bis zum nächsten Zentralausschuß angewendet, abgeschlossen oder übernommen werden. Ist das nicht eine glänzende praktische Taktik? Man braucht nur in die Kollektionssammlung hineinzugreifen, das Ding am bestimmten Tage und zur bestimmten Stunde in die Welt hinauszusenden, und die Politik ist gemacht. Einfach fabelhaft!

Das nächste Muster, das uns in die Augen fällt, ist der Zusatzantrag, den der Genosse Meyer zur Resolution des Mai-Zentral-Ausschusses gestellt hat. Er führt diesen Zusatzantrag im Wortlaut an. In diesem Antrage heißt es, daß die Taktik der Partei, in deren Mittelpunkt alle politischen, wirtschaftlichen, sozialen Fragen im engsten Zusammenhang mit der Durchführung des Dawes-Paktes stehen, nicht opportunistisch sein darf und auch nicht abstrakt, wenn sie nicht wirkungslos sein soll usw. Und nun gibt Meyer sofort die entscheidenden Anweisungen als Muster einer solchen nichtopportunistischen und nichtabstrakten Taktik. Dieses Muster lautet: „Abwälzung aller Lasten auf die Bourgeoisie!“ Und hierzu bemerkt Meyer, daß dies die Sammellosung zum Kampf aller werktätigen Schichten, zum Kampf gegen die Bourgeoisie werden müsse. Und angeblich soll auf diesem Boden der Schwindel von der „gerechten Lastenverteilung“ der SPD zerstört werden. Der Genosse Meyer sieht nicht, daß die abstrakte Losung: „Abwälzung aller Lasten auf die Bourgeoisie“ an sich und aufgeblasen zu dem Kampf gegen den Dawes-Plan nichts anderes ist als die sozialdemokratische Losung „gerechte Lastenverteilung“.

Abwälzung der Lasten des Dawes-Paktes auf die Schultern der Bourgeoisie ist eine sehr schöne Sache, die wir längst ohne Meyer praktizieren. Und auch als agitatorische Formel brauchbar. Auch dies tun wir schon ohne Meyer. Aber Meyers abstrakte „Sammellosung“ sagt nichts über die praktischen Aufgaben der Organisation dieses Kampfes selbst und weckt als Generallosung im Kampfe gegen den Dawes-Pakt mit der Steuerpolitik im Mittelpunkt dieselben Illusionen, wie die „gerechte Lastenverteilung“ der SPD. Nicht darin liegt der Unterschied zwischen dem Reformismus der SPD-Parole und unserem Bolschewismus, daß sie nur einen Teil, wir alle Lasten überwälzen wollen. Dies ist wieder Meyers Schablone. Der Unterschied liegt in der Art der Anwendung im praktischen Kampf, darin, daß derlei Parolen von uns überhaupt nicht in den Mittelpunkt gestellt werden, daß sie nur wirtschaftliche Hilfsparolen sind zur Organisation des politischen Kampfes. Auf die richtige Stellung der praktischen Aufgaben kommt es hundertmal mehr an als auf allgemeine Parolen. Und gerade hier, wo wir noch heute unter dem schlechten Erbeil der Brandler-Zeit zu leiden haben, sagt Meyer nichts.

Was hat in dieser Situation die KPD zu tun? Die KPD hat durch ihre Politik, die nicht eine Politik nur in den Parlamenten und nur in den Amtsstuben ist, sondern eine Politik innerhalb der Masse, klar zu zeigen, wie die Arbeiter dieses Ziel der Abwälzung der Lasten auf die Bourgeoisie erreichen können. Das geschieht, indem die Kommunisten in den Betrieben, in den Fabriken, die Führer der Lohnkämpfe wie aller proletarischen Kämpfe, die die Lebenslage des Proletariats verbessern, sind und bleiben. Das geschieht, indem die Kommunisten bei den Arbeitslosen ihnen den Weg zeigen, wie sie durch gemeinsame Aktionen ihre verzweifelte Lage einigermaßen bessern können. Das geschieht, indem die Kommunisten im öffentlichen Leben alle Gebrechen der bürgerlichen Gesellschaft aufdecken, die Mieter und Hausbewohner organisieren, um sie gegen Mietswucher zu schützen, um ihre Woh-[93]nungen, Heizung und Licht und anderes lebensmöglich zu gestalten. Das geschieht, indem die Kommunisten in den Amtsstuben der Gemeinden, der Kreise und Distrikte die Korruption, die Verbrechen der bürgerlichen Gesellschaft aufdecken und solche Maßnahmen durchführen, die lediglich den arbeitenden Volksschichten Nutzen bringen. Das geschieht endlich, indem die Kommunisten

in den Parlamenten zu jeder politischen Frage, die auftaucht, lediglich die Interessen der breiten Volksschichten vertreten und solche politischen Maßnahmen ergreifen, die den Ausgebeuteten nützen, den Ausbeutern schaden. Nur durch Kombinationen, Zusammenfassung, gegenseitige Ergänzung, Hand in Hand arbeiten auf allen diesen Gebieten, Herausbilden eines Systems in der Parteipolitik, das all diesen Anforderungen gerecht wird, nur in dem kann die KPD ihre große Gegenwartsaufgabe lösen.

V.

Wie sehr der Genosse Meyer bei all diesen Fragen gerade den konkreten Aufgaben ausweicht, allgemeine Formeln herbetet infolge seines Unvermögens, strategische Aufgaben mit taktischen Maßnahmen zu lösen, bewies er in Dutzenden anderen Fällen.

Vor wenigen Tagen las ich einen Aufsatz des Genossen Meyer, in dem er gegen jenen vielfach angegriffenen Artikel des Genossen Maslow in der „Internationale“ polemisiert, der die monarchistische Gefahr aufweist, und in dem ein Vorschlag gemacht wird, daß wir von den sogenannten republikanischen Parteien fordern müssen, daß die gegen die monarchistische Gefahr die einfachsten und primitivsten republikanischen Maßnahmen durchführen sollen. Unter diesen Maßnahmen ist auch aufgeführt die Forderung: Beseitigung der Reichswehr, Einführung der Volksmiliz mit wählbaren Offizieren und Vorgesetzten. Diese Forderung bezeichnet Meyer als „opportunistisch“ und er setzt dieser opportunistischen Forderung, die ganz bestimmt „revolutionäre“ Forderung der Bewaffnung der Arbeiterschaft entgegen. Was zeigt sich hier? Hier zeigt sich ganz deutlich, daß Meyer absolut nicht begriffen hat, um was es geht. Auch der naivste Mensch weiß, daß die Forderung der Bewaffnung, der Arbeiter nichts anderes bedeutet, als den unmittelbaren Kampf um die Diktatur des Proletariats. In Wirklichkeit kam es hier aber doch darauf an, innerhalb der konkreten Umstände (monarchistische Gefahr, große Worte, doch tatsächlich Verkriechen der „Republikaner“) Politik zu machen, und nicht nur eine Propagandalosung auszugeben. Ein Fraktionsgänger des Genossen Meyer, der dieselbe Ansicht ganz zufällig in Stuttgart kolportierte, meinte: daß die Forderung der Volksmiliz eine opportunistische Forderung sei, auf die die Bourgeoisie jederzeit eingehen könne; dagegen aber die Forderung der Arbeiterbewaffnung sei eine revolutionäre Forderung, weil hierauf die Bourgeoisie nie eingehen könne. Jeder sieht sofort, daß hier wieder zwei Dinge verwechselt werden: nämlich Propaganda, die wir selbstverständlich jederzeit betreiben müssen, und Politik machen, die im Rahmen der konkreten Verhältnisse die Garantien und Möglichkeiten schaffen soll, die für das Proletariat die günstigste Plattform für seinen Klassenkampf ergeben sollen. Angenommen: die deutsche Bourgeoisie bzw. der Volksblock ginge auf eine solche von ihm wohl kaum erfüllbare Forderung ein, anstelle der Reichswehr die Volksmiliz zu setzen, dann wäre das zweifellos für die weitere Entwicklung des revolutionären Klassenkampfes die Möglichkeit einer freieren Entfaltung der proletarischen Kräfte. Geht der sogenannte Volksblock aber auf eine solche Forderung nicht ein, was mit größter Sicherheit anzunehmen ist, dann beweist er nur, daß er nicht republikanisch, sondern monarchistisch ist, was wiederum den Kommunisten die Möglichkeit gibt, die Entlarvung dieser sogenannten Republikaner zu vollziehen. Wir haben den Massen nicht zu beweisen, daß der Volksblock nicht kommunistisch, sondern daß er nicht republikanisch ist.

Opportunistisch ist aber, zu glauben, daß man mit leerer Propaganda ohne praktisch in die lebendige Politik der Bourgeoisie einzugreifen, ledig-[94]lich mit Propagandazielen in näherer oder fernerer Zukunft die leninistisch-bolschewistische Politik in Anwendung bringt. Der Arbeiter wird heute, wenn wir nur solche Losungen und Forderungen erheben, die nur propagandistisch sind, erklären, daß ihm solche Losungen dann nicht das geringste nützen. Die Verheißung auf die glückbringende Zukunft befriedigt ihm nicht die Bedürfnisse des gegenwärtigen Augenblicks. Das ist genau so, als wenn bei einer Grubenkatastrophe, bei der die Kumpels von der Außenwelt abgeschlossen sind, der Kommunist seinen übrigen Klassengenossen in einer solchen Situation einen Vortrag halten will, wie schön es sein wird, wenn einstmals das Proletariat die Macht in Händen hat, statt ihnen den Weg zu zeigen, wie sie augenblicklich aus ihrer verzweifelten Lage herauskommen sollen. Wenn in dieser Situation den Kumpels ein christlicher Arbeiter, auf den sie sonst nie hören, einen Ausweg aus ihrer verzweifelten Lage zeigt, so werden sie nicht bei den Kommunisten sitzen bleiben, der ihnen das

Zukunftswerk ausmalt, sondern sie werden samt und sonders dem christlichen Arbeiter folgen, der ihnen einen Ausweg vor dem drohenden Untergang zeigt. Und genau so ist es in der Politik.

Wenn die Kommunistische Partei dem Proletariat nichts anderes zu bieten hat als allgemeine Losungen, wenn die Kommunistische Partei nicht in jedem Augenblick, in jeder Stunde, in jeder Situation den Arbeitern klar zeigt, was sie augenblicklich zu tun und zu lassen haben, wird die Partei nie die Führerin des Proletariats sein.

VI.

Und hier an dieser Stelle, bei Erfüllung dieser Tagesarbeit, die in der brutalsten Nacktheit täglich an uns herantritt, hier hat die Taktik einzusetzen, jene gewandte, schmiegsame, harte, zähe, aber auch kluge, gut durchdachte, ausdauernde Methode, deren einziger Leitstern sein muß: Wie diene ich am besten meiner Klasse, welche Maßnahmen sind die wirksamsten zur Erreichung meines Zieles der Schwächung des Klassengegners und der Stärkung meiner eigenen Position. Zugleich aber muß ich daran denken, wie gestalte ich meine Maßnahmen, welche Formen wähle ich, um zu erreichen, daß als richtig erkannten Maßnahmen von den Klassengenossen, den Kleinbauern, Beamten usw. als die richtigen erkannt werden. Und da gibt es vielfältige, unzählige Möglichkeiten, Variationen, Mittel und Methoden, die sich nur in langer, gewissenhafter, umsichtiger und unter steter kritischer Ueberprüfung des eigenen Tuns und seiner Wirkungen erlernen lassen. In dieser Hinsicht sind wir den gerissenen in allen Schlichen bewanderten, mit allen Wassern gewaschenen, mit allen Oelen gesalbten, schlaunen Füchsen der Zweiten Internationale noch lange nicht gewachsen.

Und auch genau so muß man verstehen, die aus den Gegensätzen innerhalb des feindlichen Lagers sich ergebenden günstigen Situationen zum Vorteile der eigenen Klasse herauszufinden. Alle Intrigen, mit denen sich unsere Gegner gegenseitig betrügen und prellen muß man auszunutzen verstehen. Hier hat das Manövrieren und „Paktieren“ unsererseits einzusetzen. Dabei muß man beachten, daß es zwischen uns und dem Kompromißpartner keine Gesetze und keine Moral der „Ehrlichkeit“ gibt. Der Kompromißpartner geht immer nur Kompromisse ein in der Hoffnung, für sich hierbei zu gewinnen. Wozu er aus eigener Kraft zu schwach ist, das sucht er durch ein Kompromiß zu erreichen. Das gleiche gilt für uns. Bei Kompromissen unsererseits gilt nur ein Gesetz: Wie diene ich meiner Klasse. Mit den Industriellen und den Sozialdemokraten im Bunde sind wir gegen die Agrarzölle. Mit den Agrariern im Bunde sind wir gegen die Industriellen und gegen die Sozialdemokraten, die jenen immer folgen, gegen die Industriezölle. Mit Wirth sind wir für den Rapallo-Vertrag, gegen Wirth sind wir gegen den Völkerbund. So wechseln ständig diese gelegentlichen Kompromisse. Aber es gibt auch andere Probleme, bei denen man nicht so aus einem Lager ins andere kommt. So zum Beispiel das Problem der Links- oder Rechtsregierung, beziehungsweise der Monarchie [95] der Republik mit der die Regierungsfrage auf das engste zusammenhängt. Regierungen und Regierungssysteme wechseln eben nicht so rasch wie die Tagesordnungspunkte in einer Parlamentssitzung. Da wird diese Methode der wechselnden Kompromisse nicht nur wirkungslos, sondern schlägt in ihr Gegenteil um, wie wir das in Preußen erlebten. Dies ist dann schon ein kompliziertes Kompromiß, bei dem man nicht auf den oberflächlichen Blick die Zusammenhänge sofort erkennen kann. Hier müssen schon kompliziertere Methoden Anwendung finden.

„Große“ oder „kleine“ Kompromisse, Kompromißangebote nach außen hin weit sichtbar, oder stillschweigende Kompromisse, Kompromisse von kurzer oder langer Dauer, Kompromisse bis zu einem vorübergehenden oder für eine bestimmte Periode in einer speziellen Frage einzugehende Bündnisse, stillschweigende Bündnisse ohne Verabredung und gegenseitiger Verpflichtung, gegenseitige Verabredung und Verpflichtung zum Bündnis in einer bestimmten Frage, alles das sind Kompromisse, die man nicht wie Meyer nach der Elle messen kann, um sie als „opportunistisch“ zu etikettieren, nicht das Länge- und HöHEMAß bestimmt den Opportunismus, sondern die Zweckmäßigkeit, die Frage, wem dient das Kompromiß. Jeder wird begreifen, daß eine solch bewegliche und allseitige Taktik nicht zu tun hat mit der Koalitionspolitik der Sozialdemokraten.

Denn bei diesen taktischen Schwankungen verlieren wir unser Ziel nicht einen Moment aus den Augen und hören nicht auf, es zu propagieren. Immer und immer wieder muß vor den breitesten

Volksmassen die Unzulänglichkeit, die Unmöglichkeit, die Aussichtslosigkeit der Lösung der wirtschaftlichen, sozialen, politischen, kulturellen und technischen Probleme in der bürgerlichen Gesellschaftsordnung im Mittelpunkt unserer gesamten politischen, sozialen und kulturellen Betätigung stehen. Nur so kann die Partei ihre großen Gegenwartsaufgaben erfüllen, und nur so ist es möglich, wenn wir nie das strategische Ziel Sturz der Bourgeoisie und Aufrichtung der proletarischen Herrschaft aus dem Auge verlieren, daß keine opportunistische Abweichungen in der Taktik der Partei entstehen.

Gerade die Tatsache, daß bei der Brandler-Politik das Verschweigen unserer strategischen Ziele eine wesentliche und entscheidende Rolle mitspielte, aus Furcht, die Arbeitermassen kopfscheu zu machen, aus der opportunistischen „Schlauheit“ heraus durch Verschweigen der strategischen Ziele das Proletariat in den revolutionären Kampf führen zu können, gerade das war ein Stück jenes Opportunismus, das mit zur Oktober-Katastrophe geführt hat. Also gerade die Lehren, die uns der Oktober 1923 mit so blutigen Wunden eingebläut hat, die sind es, die uns davor beschützen, in jene Fehler zu verfallen, deren uns heute der Genosse Meyer zeihen will.

VII.

Die (nach Lenin) für die Politik so unerläßlichen demagogischen Tugenden, als da sind: Lug und Betrug, Verschweigen der Wahrheit, Verschmitztheit und Verschlagenheit, Schlauheit und List, hat der Gen. Meyer von uns allen vielleicht am höchsten entwickelt. Nur auch hier wieder hat er die zu diesen Tugenden unerläßlich erforderlichen Gesetze der Politik noch nicht begriffen. Eines dieser Gesetze lautet, daß man die demagogischen Tugenden nur dem Klassengegner gegenüber in Anwendung bringen darf und nie der eigenen Klasse gegenüber selbst. Wenn dieses Gesetz schon für die Klasse gilt, dann um so mehr für die Partei. Innerhalb der Partei gelten nicht die demagogischen Tugenden der Politik, sondern die gerade entgegengesetzten Tugenden, als da sind: Absolute und stets verläßliche Wahrheitsliebe, absolute und unbeugsame Treue der Genossen zu einander, nicht Verschweigen, sondern Sagen der ganzen Wahrheit usw. Was aber tut Meyer? Er hat irgendwo einmal gehört oder gelesen, daß man in der Politik mit List und Schlauheit arbeiten soll. Er hat dort auch gefunden „dem Gegner gegenüber“. Er hat aber nicht begriffen, daß das nicht innerhalb der Partei gilt. [96] Also macht er sich ein Muster zurecht, das allen Erfordernissen der demagogischen Tugenden gerecht wird, und demonstriert den Genossen, welche Mittel man anwenden soll gegen eine Zentrale, der man nicht selbst angehört. Genau so wie er in der Theorie Grenzen sucht, wo keine sind, genau so übersieht er die Grenzen, wo sie wirklich zum eisernen Bestand gehören, unverrückbar und unwandelbar Voraussetzungen des revolutionären Klassenkampfes sind. Die demagogischen Tugenden, die er gegen den Klassengegner anwenden soll, wendet er aus Mangel an einem andern Objekt gegen die Genossin Ruth Fischer an.

Dieses Muster sieht so aus: Meyer zitiert einen Satz aus einer Reichstagsrede der Genossin Ruth Fischer, der ein Bündnisangebot für einen bestimmten Zweck enthält. Zu diesem Satze bemerkt alsdann Meyer: „In dieser Formulierung fehlt die von Lenin als notwendig für die Zulässigkeit jedes Kompromisses betrachtete unerbittliche Kritik an den bürgerlichen Parteien, denen man ein Bündnis anbietet.“ Diese „Kritik“ des Genossen Meyer an der „Formulierung“ der Genossin Ruth Fischer, enthält alle Bestandteile der demagogischen Tugenden restlos. Genosse Meyer: Wer „formulierte“? Du oder die Genossin Ruth Fischer? Zur Beurteilung dieser Frage möchte ich die Genossen ersuchen, sich irgendwie die Nummer der „Roten Fahne“ vom 20. Mai zu beschaffen. In jener Nummer wird er finden, daß der eine Satz, den Genossen Meyer herausgegriffen hat, der hundertste Teil von dem ist, was Genossin Ruth Fischer in jener Rede sagte. Die übrigen neunundneunzig Teile waren eine beißende, scharfe und umfassende Kritik an eben den gleichen Parteien, an die man sich mit Angebot gewandt hat. Alles das, was eine bolschewistische Bündnispolitik erfordert, ist im überreichlichsten Maße geschehen. Leider können wir nicht die ganze Rede hier abdrucken. Nur ein Satz, der nicht länger sein soll als das Zitat Meyers und der unmittelbar vor dem von Meyer zitierten Satze in der „Roten Fahne“ steht:

„Hindenburg ist der legale Sohn von Noske und Ebert. Wir können folgendes Symbol aufstellen: Ebert war Hindenburgs Vorfahre; er sieht jetzt vom Himmel wohlgefällig auf Hindenburg herunter; Noske hat Hindenburg in Hannover den Abschied gegeben und in Loebes Hand legte Hindenburg den Eid auf die Verfassung. Dieses schöne Dreierkollegium ist das Symbol dafür, wer Hindenburg in Deutschland zur Macht verholfen hat.“

Und so geht es Zeile um Zeile, Spalte um Spalte weiter, eine unbarmherzige Abrechnung, wie sie jenen zuteil wird, an die das Angebot gerichtet ist. Nun ist aber der Reichstagsbericht in der „R. F.“, wie das bei allen Zeitungsberichten bei unserem beschränkten Raum ist, nur ein Wiedergeben von Stichworten. Das weiß auch Meyer. Ehe er einen solchen Vorwurf erheben wollte, hätte er sich, zumal er selbst ein alter Parlamentarier ist, erst aus dem Parlamentsstenogramm überzeugen müssen, ob seine Vorwürfe berechtigt sind. Klarer und deutlicher wie Genossin Fischer diese Frage des Angebotes behandelt hat, kann sie nicht behandelt werden.

Jene Kritik, die Meyer vermißt, ist im ausreichenden Maße geübt worden.

*

Nach wohlwollender Besichtigung und Prüfung der Meyerschen Musterkollektion für politische Wissenschaften glaube ich, können wir diesen Koffer schließen, ohne von den angepriesenen Mustern Gebrauch zu machen. Ich glaube kaum, daß die Partei etwas verliert oder dabei zu Schaden kommt, wenn sie die geprüfte Ware als zu leicht und zu unecht befindet.